

2022 | BAND 3 · VOLUME 3

UNTER BEOBACHTUNG. VERTRIEBENENVERBÄNDE IM BLICK DER SOZIALISTISCHEN SICHERHEITSDIENSTE

UNDER SURVEILLANCE. THE MONITORING OF EXPELLEE ORGANIZATIONS BY THE SOCIALIST SECURITY SERVICES

Herausgegeben von
Stefan Lehr

DE G
DE GRUYTER
OLDENBOURG

Journal für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (JKGE)/
Journal for Culture and History of the Germans in Eastern Europe
3/2022

Journal für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (JKGE) / Journal for Culture and History of the Germans in Eastern Europe

Band 3 / 2022

Unter Beobachtung. Vertriebenenverbände im Blick der sozialistischen Sicherheitsdienste

Under Surveillance. The Monitoring of Expellee Organizations by the Socialist Security Services

Herausgegeben von Stefan Lehr



Das Journal für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (JKGE) / Journal for Culture and History of the Germans in Eastern Europe wird in jährlicher Folge im Auftrag des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) herausgegeben von:

ISBN 978-3-11-079522-6
e-ISBN (PDF) 978-3-11-079528-8
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-079533-2
ISSN 2702-2455
DOI https://doi.org/10.1515/9783110795288



Library of Congress Control Number: 9783110795288

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

Einbandabbildung: Lennart Hoes, leGraph, Bremen, unter Verwendung eines Visumsantrages von Emil Peuker von 1956 (ABS. MTH 21609 I. S zur Reg.-Nr. 40943 I. S) und eines Überwachungsfotos von Rudolf Hilf (li.) von 1970 (ABS. MTH 21435 I. S zur Reg.-Nr. 11713/115-IV I. S)
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

www.degruyter.com

Inhalt

UNGARN

RUMÄNIEN

JUGOSLAWIEN

Stefan Lehr

Einleitung

In den sozialistischen Staaten des östlichen Europas betrachtete man die bundesdeutschen Vertriebenenverbände mit großem Misstrauen. Sie galten als antikommunistisch sowie insbesondere aus der Sicht Polens und der Tschechoslowakei als revisionistisch[1] bzw. revanchistisch.[2] Zahlreichen Vertriebenenfunktionären machte man auch ihre nationalsozialistische Vergangenheit zum Vorwurf und unterstellte ihnen, an ihrer Gesinnung festzuhalten.[3] Wie setzte sich dieses negative Bild durch und welche Rolle spielten dabei die Sicherheitsdienste? Diejenigen Staaten, in denen vor 1939 deutsche Minderheiten gelebt hatten oder an die nach dem Zweiten Weltkrieg Gebiete des Deutschen Reiches übergegangen waren, beauftragten ihre Nachrichtendienste damit, die politischen Aktivitäten der geflohenen, vertriebenen oder später ausgesiedelten Deutschen in der Bundesrepublik aufmerksam zu beobachten. Die Observation von Vertriebenenverbänden und ihrer Funktionäre sowie von deren Kontakten zu den in diesen Staaten verbliebenen Deutschen durch die Geheimdienste der DDR, Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens und Jugoslawiens sind das Thema der vorliegenden Publikation. Bei der Überwachung handelte es sich um

1 In Polen wurde im Kontext der Vertriebenenverbände in der Regel von Revisionisten und in der Tschechoslowakei von Revanchisten gesprochen. Vgl. für Polen: Madajczyk, Piotr: „Rewizjonizm zachodnioniemiecki“ – problemy terminologiczne i trudności badawcze zjawiska [„Westdeutscher Revisionismus“ – Terminologische Schwierigkeiten und Forschungsprobleme eines Phänomens]. In: Rosenbaum, Sebastian (Hg.): „Po linii rewizjonizmu zachodnioniemieckiego“. Aparat bezpieczeństwa i akcja antyrewizjonistyczna wobec ludności niemieckiej i rodzimej w Polsce [„Dem westdeutschen Revisionismus auf der Spur“. Der Sicherheitsapparat und die antirevisionistischen Aktionen gegen die deutsche und einheimische Bevölkerung in Polen]. Katowice-Warszawa 2020, S. 16–31. Für die Tschechoslowakei: Průša, Jiří: Západoněmecký revanšismus [Westdeutscher Revanchismus]. In: Ders. (Hg.): Abeceda reálného socialismu [Das Alphabet des Realsozialismus]. Praha 2011, S. 597; o. A.: Revanšismus [Revanchismus]. In: Potočný, Miroslav; Regner, Václav; Urban, Josef: Slovník mezinárodního práva a politiky [Wörterbuch des internationalen Rechts und der Politik]. Praha 1988, S. 295 f.

2 Vgl. z. B. Zwicker, Stefan: Zur Darstellung der Sudetendeutschen in Literatur, Publizistik und Film der Nachkriegszeit in der Tschechoslowakei und Deutschland. In: Kochanowski, Jerzy; Sach, Maike (Hg.): Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität. Osnabrück 2006, S. 392–411; Schallner, Dieter: Obraz Němců a Německa v letech 1945 až 1947. Vznik soudobého českého stereotypu Němce a Německa [Das Bild der Deutschen und Deutschlands in den Jahren 1945–1947. Die Entstehung des zeitgenössischen tschechischen Stereotyps des Deutschen und Deutschlands]. In: Křen, Jan; Broklová, Eva (Hg.): Obraz Němců, Rakouska a Německa v české společnosti 19. a 20. století [Das Bild der Deutschen, Österreicher und Deutschlands in der tschechischen Gesellschaft des 19. und 20. Jh.]. Praha 1998, S. 253–267; Jakubowska, Anna: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen (1957–2004). Selbst- und Fremddarstellung eines Vertriebenenverbandes. Marburg 2012.

3 Vgl. Schwartz, Michael: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“. München 2013, S. 2 f.

https://doi.org/10.1515/9783110795288-001

keine objektive, sondern um eine durch Misstrauen geprägte und ideologisch aufgeladene ‚Feindbeobachtung' im Kalten Krieg.[4] Ihre Erforschung stellt einen bisher vernachlässigten Aspekt in den Ost-West-Beziehungen und der Geschichte der Vertriebenenverbände dar.[5]

Die Gründe für die negative und feindliche Wahrnehmung, die zur Beobachtung der Vertriebenenverbände führten, waren sowohl historisch als auch politisch bedingt. Die meisten der von der Observation betroffenen Personen kamen aus den Regionen, die nunmehr zu Polen und der Tschechoslowakei gehörten. Seit dem Aufkommen des modernen Nationalismus war es insbesondere zwischen Polen und Deutschen bzw. Tschechen und Deutschen zu Spannungen gekommen.[6] Im 19. Jahrhundert kämpften beide slawischen Nationen für ihre Gleichberechtigung. In der Zwischenkriegszeit fühlten sich die deutschen Minderheiten in den neu entstandenen Staaten des östlichen Europas oftmals benachteiligt[7] und nach 1933 instrumentalisierten die Nationalsozialisten sie für ihre Zwecke.[8] Während des Zweiten Weltkrieges hatten insbesondere Polen und Serben, aber auch Tschechen und weitere Nationen unter den NS-Verbrechen, in die auch ‚Volksdeutsche' involviert waren, zu leiden.[9] Die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Kroatien arbeiteten in unterschiedlicher Intensität

---

4 Vgl. Satjukow, Silke; Gries, Rainer: Feindbilder des Sozialismus. In: Dies. (Hg.): Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus. Leipzig 2004, S. 13 – 70.

5 Vgl. den Überblick über die Geschichtsschreibung zu den Vertriebenenverbänden: Stickler, Matthias: Die deutschen Vertriebenenverbände – historiographische Aspekte. In: Brechtken, Magnus (Hg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium. Göttingen 2021, S. 317 – 334.

6 Vgl. Hackmann, Jörg; Kopij, Marta (Hg.): Nationen im Kontakt und Konflikt. Deutsch-polnische Beziehungen und Verflechtungen 1806 – 1918. Darmstadt 2014; Mommsen, Hans; Kořalka, Jiří (Hg.): Ungleiche Nachbarn. Demokratische und nationale Emanzipation bei Deutschen, Tschechen und Slowaken (1815 – 1914). Essen 1993.

7 Vgl. Kotowski, Albert S.: Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1918 – 1939. Wiesbaden 1998; Hoensch, Jörg K.; Kováč, Dušan: Das Scheitern der Verständigung. Tschechen, Deutsche und Slowaken in der Ersten Republik (1918 – 1938). Essen 1994; Kučera, Jaroslav: Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918 – 1938. München 1999; Janjetović, Zoran: Die jugoslawische Minderheitenpolitik zwischen beiden Weltkriegen. In: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung; Donauschwäbisches Zentralmuseum (Hg.): Vom „Verschwinden" der deutschsprachigen Minderheiten. Ein schwieriges Kapitel in der Geschichte Jugoslawiens 1941 – 1955. Ulm 2016, S. 24 – 38. Für die Donauschwaben in Ungarn, Rumänien und Jugoslawien vgl. ländergreifend Seewann, Gerhard; Portmann, Michael: Donauschwaben. Deutsche Siedler in Südosteuropa. 2., akt. Aufl. Potsdam 2020, S. 153 – 234 sowie Hausleitner, Mariana: Die Donauschwaben 1868 – 1948. Ihre Rolle im rumänischen und serbischen Banat. Stuttgart 2014.

8 Vgl. Luther, Tammo: Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933 – 1938. Die Auslanddeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten. Stuttgart 2004; Kochanowski/Sach, Die „Volksdeutschen" (wie Anm. 2).

9 Vgl. Benz, Wolfgang (Hg.): Deutsche Herrschaft. Nationalsozialistische Besatzung in Europa und die Folgen. Freiburg/Br. 2022.

und Dauer als Satelliten und Verbündete mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich zusammen.[10]

Während die Vertriebenen ihre kollektive Entrechtung und Diskriminierung sowie die ‚wilden Vertreibungen' und die Zwangsaussiedlung nach dem Krieg als Unrecht betrachteten, sahen die Staaten des östlichen Europas sie als berechtigte und notwendige Folgen des Zweiten Weltkrieges an.[11] Insbesondere die als bedrohlich empfundenen Forderungen der Vertriebenenverbände nach Entschädigung und Gebietsrückgabe im Falle der verlorenen deutschen Ostgebiete und des ‚Sudetenlandes' stießen oftmals auf bereits vorhandene Feindbilder und negative Erfahrungen.[12] Zudem waren die Vertriebenenverbände den kommunistischen Staaten im östlichen Europa gegenüber tatsächlich feindlich eingestellt und pflegten häufig bereits bestehende antislawische Stereotype weiter.[13]

Die Vertriebenenverbände verstanden sich als Interessenvertreter und Pressure-Group[14] der infolge des Zweiten Weltkrieges aus dem östlichen Europa geflohenen und vertriebenen sowie später ausgesiedelten Deutschen in der Bundesrepublik.[15] Dabei

---

10 Vgl. ders: Verbündete, Satelliten, Freunde des Deutschen Reiches. In: Ebd., S. 77–100; Kellmann, Klaus: Dimensionen der Mittäterschaft. Die europäische Kollaboration mit dem Dritten Reich. Bonn 2019.

11 Vgl. Beer, Mathias: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen. München 2011; Brandes, Detlef: Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer" der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. 2., überarb. u. erw. Aufl. München 2005. Zur Diskussion über die Erinnerungskultur in Deutschland vgl. die unterschiedlichen Positionen: Hahn, Hans Henning; Hahn, Eva: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. München 2008; Kittel, Manfred: Vertreibung der Vertriebenen? Der historische Deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik. 1961–1982. München 2006.

12 Zum deutschen Feindbild vgl. Zaremba, Marcin: Im nationalen Gewande. Strategien kommunistischer Herrschaftslegitimation in Polen 1944–1980. Göttingen 2011, S. 167–169, 313–319.

13 Vgl. Schwartz, Michael: Antikommunismus und Vertriebenenverbände: Ein differenzierter Blick auf scheinbar Eindeutiges in der frühen Bundesrepublik Deutschland. In: Creuzberger, Stefan; Hoffmann, Dierk (Hg.): „Geistige Gefahr" und „Immunisierung der Gesellschaft". Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik. München 2014, S. 161–176.

14 Vgl. Stöver, Bernd: Pressure Group im Kalten Krieg. Die Vertriebenen, die USA und der Kalte Krieg 1947–1990. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53/10 (2005), S. 897–911.

15 Vgl. allgemein zur Geschichte der Vertriebenenverbände in der BRD: Stickler, Matthias: „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch". Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004; Ahonen, Pertti: After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990. Oxford-New York 2003; Eberl, Immo: Vertriebenenverbände. Entstehung, Funktion, Wandel. In: Beer, Mathias (Hg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Sigmaringen 1994, S. 211–234. Zur Sudetendeutschen Landsmannschaft vgl.: Weger, Tobias: „Volkstumskampf" ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen 1945–1955. Frankfurt/M. 2008; Franzen, K. Erik: Der vierte Stamm Bayerns. Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954–1974. München 2009. Zur Landsmannschaft Schlesien vgl. Lotz, Christian: Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972). Köln 2007; Demshuk, Andrew: The Lost German East. Forced Migration and the Politics of Memory, 1945–1970. Cambridge 2012. Für das Verhältnis zwischen SPD und Vertriebenenverbände vgl. Müller, Matthias: Die SPD und

hatten sie neben integrationspolitischen Maßnahmen auch zum Ziel, auf die Beziehungen und die Politik der BRD zu ihren östlichen und südöstlichen Nachbarn Einfluss zu nehmen. Hierzu gehörte ihre sogenannte Heimatpolitik, womit außenpolitische Ziele und Forderungen wie das ‚Recht auf Heimat',[16] das Recht auf nationale Selbstbestimmung und im Falle Polens die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze gemeint waren.[17]

Die Größe der hier zu betrachtenden deutschen ‚Volksgruppen' unterschied sich stark.[18] Die beiden größten Gruppen waren vor dem Zweiten Weltkrieg die Schlesier (4.576.000) im Deutschen Reich und die Sudetendeutschen (3.012.000) in der Tschechoslowakei.[19] Die Zahl der Deutschen in Rumänien (782.000),[20] Ungarn (600.000)[21]

die Vertriebenenverbände 1949 – 1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht. Berlin 2012. Die Geschichte der einzelnen Landsmannschaften ist oftmals noch nicht aufgearbeitet, was auch mehrere Beiträge in dieser Themenausgabe feststellen.

16 Vgl. Demshuk, Andrew: What was the „Right to the *Heimat*"? West German Expellees and the Many Meanings of *Heimkehr*. In: Central European History 45/3 (2012), S. 523 – 556; Ahonen, Pertti: *Heimat*, Europe, and the German Expellees. National Traditions and International Trends of the German Federal Republic's *Westpolitik*. In: Kießling, Friedrich; Rieger, Bernhard (Hg.): Mit dem Wandel leben. Neuorientierung und Tradition in der Bundesrepublik der 1950er und 60er Jahre. Köln-Weimar-Wien 2011, S. 107 – 128; Stickler, Ostdeutsch (wie Anm. 15), S. 347 – 428.

17 Vgl. Krzoska, Markus; Zajas, Paweł (Hg.): Kontinuität und Umbruch. Deutsch-polnische Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Darmstadt 2021; Stickler, Matthias: „... bis an die Memel"? Die Haltung der deutschen Vertriebenenverbände zur deutsch-polnischen Grenze. In: Gil, Karoline; Pletzing, Christian (Hg.): Granica. Die deutsch-polnische Grenze vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. München 2010, S. 105 – 134.

18 Die Zahlenangaben zu dem gesamten Komplex wurden in der Nachkriegszeit häufig politisch instrumentalisiert und differieren bis heute auch in der Forschung mitunter erheblich. Beer, Flucht und Vertreibung (wie Anm. 11), S. 128 verweist darauf, dass oft Zahlen genannt werden, „die in sich widersprüchlich sind und mehr Fragen aufwerfen, als sie zu beantworten vorgeben". Hahn/Hahn, Die Vertreibung (wie Anm. 11), S. 706 sprechen von einem „Zahlenlabyrinth", das nur schwer zu durchdringen sei. Vgl. dazu ausführlich ebd., S. 659 – 726. Die im folgenden genannten Zahlen dienen hier vor allem zur groben Orientierung.

19 Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges lebten in den Ostgebieten des Deutschen Reichs schätzungsweise 9.955.000 Menschen, davon neben den oben genannten Schlesiern 1.884.000 in Pommern. In Polen (insgesamt 1.200.000) wohnten jeweils 335.000 in Posen und Westpreußen, 330.000 in Ost-Oberschlesien sowie 360.000 in Mittelpolen. Im slowakischen Landesteil der Tschechoslowakei lebten circa 130.000 Karpatendeutsche. Zahlen hier und im Folgenden nach Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der Deutschen Vertriebenen nach 1945. München ³2008, S. 22 f.; Kováč, Dušan: Die „Aussiedlung" der Deutschen aus der Slowakei. In: Brandes, Detlef; Ivaničková, Edita; Pešek, Jiří (Hg.): Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei. Essen 1999, S. 235 – 240, hier S. 236.

20 Davon in Siebenbürgen 253.000 und im Banat 274.000.

21 Davon wohnte jeweils circa die Hälfte (220.000) im ungarischen Mittelgebirge sowie in der Schwäbischen Türkei. Vgl. andere Angaben bei Seewann/Portmann, Donauschwaben (wie Anm. 7) und Hahn/Hahn, Die Vertreibung (wie Anm. 11).

und Jugoslawien (536.000) war deutlich kleiner.[22] Nach Kriegsende bezahlte die deutsche Bevölkerung im östlichen Europa für die Politik und die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands, indem sie kollektiv entrechtet, enteignet und mehrheitlich vertrieben oder ausgesiedelt wurde.[23] Trotz einer überall einsetzenden Diskriminierung gab es im Hinblick auf die Zwangsaussiedlung jedoch auch deutliche Unterschiede.

So siedelten Polen und die Tschechoslowakei zwar den Großteil der deutschen Bevölkerung aus, gleichzeitig blieb in Nieder- und insbesondere in Oberschlesien jedoch noch eine erhebliche Zahl von Deutschsprachigen und sogenannten Autochthonen zurück.[24] In Rumänien dagegen verblieb – bis auf circa 70.000 Personen, die in die Sowjetunion deportiert wurden – der überwiegende Teil der deutschen Minderheit, die Siebenbürger Sachsen und Donauschwaben, in ihren Heimatorten.[25] Aus Ungarn wurde – anders als die Regierung es wünschte – nur circa die Hälfte der Deutschen ausgesiedelt (220.000).[26] Auch hier wurden circa 60.000 Personen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert.[27] Für die nach Evakuierung, Flucht, Vertreibung und Aussiedlung verbliebenen Deutschen werden folgende Angaben genannt: 1.230.000 in Polen, 343.913 in Rumänien, 240.000 in der Tschechoslowakei, 230.000 in Ungarn und 200.000 in Jugoslawien.[28] Diese Werte sanken später suk-

---

22 Größere deutsche Bevölkerungsgruppen konzentrierten sich im Banat (126.000) und in der Batschka (191.000).

23 Zur Rechtslage der Deutschen in der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Jugoslawien vgl. Kittel, Manfred; Möller, Horst; Pešek, Jiří; Tůma, Oldřich (Hg.): Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich. München 2007.

24 Zur Tschechoslowakei vgl. Brandes, Detlef: 1945: die Vertreibung und Zwangsumsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. In: Ders.; Kováč, Dušan; Pešek, Jiří (Hg.): Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848–1989. Essen 2007, S. 223–248. Zur Evakuierung der Deutschen aus der Slowakei vgl. Zückert, Martin; Schvarc, Michal; Fiamová, Martina: Die Evakuierung der Deutschen aus der Slowakei 1944/45. Verlauf, Kontexte, Folgen. Göttingen 2019. Zu Polen vgl. Nitschke, Bernadette: Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949. München 2004.

25 Zu Rumänien vgl. Weber, Annemarie (Hg.): Die Deutschen in Rumänien 1944–1953. Eine Quellensammlung. Köln-Wien 2015.

26 Vgl. Tóth, Ágnes: Migrationen in Ungarn 1945–1948. Vertreibung der Ungarndeutschen, Binnenwanderungen und slowakisch-ungarischer Bevölkerungsaustausch. München 2001; dies.: Rückkehr nach Ungarn 1946–1950. Erlebnisberichte ungarndeutscher Vertriebener. München 2012; Beer, Mathias: „die helfte hir und die tie helfte zuhause". Die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn und ihre Eingliederung im geteilten Deutschland. In: Almai, Frank; Fröschle, Ulrich (Hg.): Deutsche in Ungarn. Ungarn und Deutsche. Interdisziplinäre Zugänge. Dresden 2004, S. 37–69.

27 Zu den Besonderheiten des Schicksals der Jugoslawiendeutschen vgl. Portmann, Michael: Die donauschwäbische Bevölkerung in der Vojvodina: Flucht, Internierung und Aussiedlungspolitik (1944–1954). In: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung/Donauschwäbisches Zentralmuseum, Vom „Verschwinden" (wie Anm. 7), S. 96–106 sowie Beer, Mathias: ‚Flucht und Vertreibung' aus Jugoslawien in vergleichender Perspektive: zehn Thesen. In: ebd., S. 137–149.

28 Vgl. Hahn/Hahn, Die Vertreibung (wie Anm. 11), S. 695 f. Für Ungarn vgl. Tóth, Rückkehr (wie Anm. 26), S. 18.

zessive durch weitere Abwanderung in die BRD, insbesondere aus Polen und Rumänien.[29]

Für die in dieser Themenausgabe behandelten Deutschen, die aus dem Osten in die BRD gekommen waren, gab das Auswärtige Amt 1956 folgende Zahlen an: 1.875.200 Sudetendeutsche, 1.483.800 (Nieder-)Schlesier, 848.000 Pommern, 556.800 Oberschlesier, 333.500 Deutsche aus dem ‚Weichsel-Warthe-Raum', 296.700 Siebenbürger Sachsen, 201.100 Jugoslawiendeutsche, 169.600 Ungarndeutsche und 43.900 Karpatendeutsche.[30] Entsprechend unterschied sich auch die Mitgliederstärke der hier zu betrachtenden Landsmannschaften. So hatte die Landsmannschaft der Sudetendeutschen 1957 350.000 Mitglieder, die der Schlesier 319.000, die der Oberschlesier 110.000 und die der Pommern 84.500. Wesentlich kleiner und damit auch weniger einflussreich waren die Landsmannschaften der Jugoslawiendeutschen (35.360), Weichsel-Warthe (28.000), der Siebenbürger Sachsen (20.000), Ungarndeutschen (19.000) und Karpatendeutschen (10.000).[31]

Die Größe der jeweiligen Landsmannschaft und die Zahl der verbliebenen Deutschen hatten Einfluss auf die Wahrnehmung und die Bedeutung, die die Staaten des östlichen Europas den Vertriebenenverbänden zuschrieben. Weitere Faktoren waren, ob es sich bei ihren Herkunftsgebieten, wie im Falle Schlesiens, um ehemalige Reichsgebiete handelte oder nicht, und wie sich im letzteren Fall die Beziehungen der deutschen Minderheit zum deutschen Staat vor, während sowie unmittelbar nach dem Krieg gestaltet hatten. Ebenso spielte es eine Rolle, wie gut die deutschen Minderheiten in den Staaten, in denen sie vor dem Zweiten Weltkrieg gelebt hatten, bereits integriert gewesen waren. Diese Faktoren unterschieden sich und wirkten sich auf das Verhältnis der sozialistischen Staaten zu ihren (ehemaligen) Deutschen und zur BRD aus.

Schwerpunkte und Fragestellung

Die vorliegende Themenausgabe hat zwei inhaltliche Schwerpunkte. Sie nimmt erstens die Beobachtung und Wahrnehmung der Vertriebenenverbände und ihrer Funktionäre im Kontext des Kalten Krieges durch die Sicherheitsdienste der sozialistischen Staaten in den Blick. Dabei liegt der Fokus auf der Sammlung und Auswertung von Informationen. Gefragt wird dabei auch, wofür die Sicherheitsdienste sich speziell interessierten, wie gut sie informiert und wie differenziert ihre Berichte

29 Vgl. Bade, Klaus J.; Oltmer, Jochen: Einführung: Aussiedlerzuwanderung und Aussiedlerintegration. Historische Entwicklung und aktuelle Probleme. In: Dies. (Hg.): Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Göttingen 2003, S. 9–51, hier S. 21–25.

30 Vgl. Stickler, Ostdeutsch (wie Anm. 15), S. 146.

31 Der Organisationsgrad variierte zwischen 8,4 % (Weichsel-Warthe), 10 % (Pommern und Ungarndeutsche), 12,4 %, (Jugoslawiendeutsche), 18 % (Oberschlesier), 18,1 % (Sudetendeutsche), 21,4 % (Niederschlesier), 21,8 % (Siebenbürger Sachsen) und 22,8 % (Karpatendeutsche). Vgl. ebd., S. 144.

waren. Welche Ziele verfolgten sie und wie erfolgreich waren sie in ihrer Arbeit? Hierbei geht es auch um die Frage, ob und inwiefern man über die bloße Beobachtung hinaus ging. Mehrere Beiträge widmen sich der Anwerbung von Agenten. Wer waren diese Personen? Welche Motivation hatten sie für die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Geheimdiensten und wie gestaltete sich diese?

Zweitens wird nach der Rolle der im Lande verbliebenen Deutschen gefragt. Sie bildeten eine Verbindung zwischen den Landsmannschaften und den sozialistischen Ländern des östlichen Europas. Die Kontakte zwischen ihnen und den Landsmannschaften wurden von den kommunistischen Staaten misstrauisch beobachtet. Zugleich boten sie aber auch Möglichkeiten für diese Länder, Informanten und Informationen zu gewinnen. Hierbei spielten Besuche von im östlichen Europa zurückgebliebenen Deutschen in die BRD ebenso wie Reisen der Vertriebenen in ihre alte Heimat eine wichtige Rolle.[32]

Die Themenausgabe problematisiert sowohl die Arbeitsweise der Sicherheitsdienste als auch den angemessenen Umgang mit der Überlieferung ihrer Quellen.[33] Sie versteht sich als Beitrag zur Institutionsgeschichte (der Landsmannschaften und der Sicherheitsdienste) wie auch zur Biographiegeschichte der behandelten Akteure. Sie soll Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern des ‚Ostblocks' und ihrem Verhältnis zu den Landsmannschaften erkennbar werden lassen und zu einer transnationalen Beziehungs- und Begegnungs-, Verflechtungs- und Transfergeschichte im Kalten Krieg beitragen. Denn auch die Überwachung und Beobachtung mit Agenten und Informanten bedeutete Begegnung, Kontakt und Interaktion.

---

32 Für Ungarn vgl. hierzu Slachta, Krisztina: „Rokonlátogatók". A magyarországi németek kapcsolatainak állambiztonsági ellenőrzése. Egy ellenségkép története [„Verwandtenbesucher". Die Kontrolle der Beziehungen der Ungarndeutschen durch die Staatssicherheit. Geschichte eines Feindbildes]. Pécs-Budapest 2020; dies.: Banalität der Bürokratie? Überwachung ungarndeutscher „Verwandtenbesuche". Eine Fallstudie: János Tófalvi. In: Kührer-Wielach, Florian; Nowotnick, Michaela (Hg.): Aus den Giftschränken des Kommunismus. Methodische Fragen zum Umgang mit Überwachungsakten in Zentral- und Südosteuropa. Regensburg 2018, S. 337–358. Zu Heimatreisen der Vertriebenen vgl. Felsch, Corinna: Reisen in die Vergangenheit? Westdeutsche Fahrten nach Polen 1970–1990. Berlin-München-Boston 2015, S. 153–262; Demshuk, Andrew: ‚Heimaturlauber'. Westdeutsche Reiseerlebnisse im polnischen Schlesien vor 1970, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 60/1 (2011), S. 79–99; ders.: *Heimweh* in the Heimat. Homesick Travelers in the Lost German East, 1955–1970. In: Beinek, Justyna; Kosicki, Piotr (Hg.): Re-Mapping Polish-German Historical Memory: Physical, Political, and Literary Spaces since World War II. Bloomington 2011, S. 57–79.

33 Vgl. Großbölting, Thomas; Kittel, Sabine: Welche „Wirklichkeit" und wessen „Wahrheit"? Methodische und quellenkritische Überlegungen zur Geheimdienst- und Repressionsforschung. In: Dies. (Hg.): Welche „Wirklichkeit" und wessen „Wahrheit"? Das Geheimdienstarchiv als Quelle und Medium der Wissensproduktion. Göttingen 2018, S. 7–16; Gieseke, Jens: Intelligence History und ihre Quellen. Beobachtungen aus einer Studie über das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und die westdeutschen Grünen. In: Ebd., S. 83–106; Krieger, Wolfgang; Weber, Jürgen: Nutzen und Probleme der zeitgeschichtlichen Forschung über Nachrichtendienste. In: Dies. (Hg.): Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges. München 1997, S. 9–22.

Der Untersuchungsgegenstand bietet sowohl für die gegenseitige Wahrnehmungs- und Rezeptionsgeschichte als auch für die transnationale Geschichte erhebliches Potenzial und neuen Erkenntnisgewinn. In der Regel wurde und wird die Geschichte der Landsmannschaften nur aus einer nationalen Perspektive geschrieben. Dabei wird außer Acht gelassen, dass man sich kontinuierlich gegenseitig beobachtete und oftmals Wahrnehmungen der anderen Seite erst für Reaktionen und Aktivitäten sorgten. Geht es in der vorliegenden Themenausgabe um die Beobachtung der Landsmannschaften sowie der zurückgebliebenen Deutschen durch die osteuropäischen Nachrichtendienste, so muss eine wünschenswerte Einbeziehung auch der anderen Seite weiteren Forschungen vorbehalten bleiben. Die Vertriebenenverbände und ihre Funktionäre bemerkten nämlich durchaus, dass die sozialistischen Geheimdienste sich für sie interessierten,[34] verfolgten im Rahmen ihrer Heimatpolitik aber auch selbst die Entwicklungen in ihren Herkunftsländern und standen diesbezüglich mit Emigrantenorganisationen sowie mit der Organisation Gehlen und dem Bundesnachrichtendienst in Kontakt.[35] Leider ist der Aktenzugang zu diesen bundesdeutschen Institutionen (anders als zu den Einrichtungen der östlichen Nachbarstaaten) selbst für Forschungszwecke noch heute äußerst restriktiv oder gar nicht möglich.[36]

Auch für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der Vertriebenenfunktionäre bietet das Thema neues Erkenntnispotenzial und hier besteht auch weiterhin Forschungsbedarf.[37] In den Sicherheitsarchiven der Staaten des östlichen Europas befinden sich umfangreiche Unterlagen, die die Aktivitäten der zukünftigen Vertriebenenfunktionäre bis 1945 dokumentieren. Im Falle der Tschechoslowakei handelt es sich beispielsweise um die Aktenüberlieferung aus dem Reichsgau Sudetenland und

34 Vgl. beispielsweise Becher, Walter: Zeitzeuge. Ein Lebensbericht. München 1990, S. 242–249.

35 Vgl. Hilger, Andreas; Nowack, Sabrine: Die BND-Spionage in Südosteuropa 1956–1968. Personal, Sicherheit, Operationen. In: Krieger, Wolfgang (Hg.): Die Auslandsaufklärung des BND. Operationen, Analysen, Netzwerke. Berlin 2021, S. 263–395.

36 Vgl. hierzu die Beiträge von Michal Schvarc und Michał Turski.

37 Für den BdV vgl. Schwartz, Funktionäre (wie Anm. 3); ders.: Vertriebenenpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland. NS-Vergangenheit und politisches Engagement in der Demokratie. In: Brechtken, Aufarbeitung des Nationalsozialismus (wie Anm. 5), S. 335–370. Siehe auch Wachs, Philipp-Christian: Der Fall Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte. Frankfurt/M. 2000. Für Rumänien vgl. Hausleitner, Mariana: Selbstbehauptung gegen staatliche Zwangsmaßnahmen. Juden und Deutsche in Rumänien seit 1830. Berlin 2021, S. 275–290. Auch die Beobachtung der westdeutschen Ostforschung bedarf weiterer Untersuchungen. Hier liegen für die DDR und Polen bereits Arbeiten vor. Vgl. Korb, Alexander: Ostforscher-Erforscher. Die „Abteilungen westdeutsche Ostforschung" in der DDR und ihr Blick auf die NS-Vergangenheit der Südosteuropa-Forschung in der BRD. In: Südosteuropa Mitteilungen 56/4 (2016), S. 81–102; Smolorz, Roman P.: Kommunistische Agenten in der deutschen Osteuropa-Forschung 1963–1982 vor dem Hintergrund der neuen Ostpolitik der Brandt-Scheel-Regierung. In: Totalitarismus und Demokratie 3/1 (2006), S. 111–140; Kleßmann, Christoph: DDR-Historiker und „imperialistische Ostforschung". Eine deutsch-deutsche Wissenschaftsgeschichte im Kalten Krieg. In: Deutschland-Archiv 35/1 (2002), S. 13–31.

dem Protektorat Böhmen und Mähren. Das Prager Innenministerium hatte diverses Schriftgut der deutschen Sicherheitsbehörden nach dem Zweiten Weltkrieg übernommen und wertete es aus.[38] Ähnliches lässt sich auch für Rumänien und die DDR beobachten, wie Corneliu Pintilescu und Ottmar Trașcă sowie Heike Amos in ihren Beiträgen zeigen. In der Tschechoslowakei wurden einige Akteure schon aufgrund ihrer politischen Aktivitäten vor 1938/39 von der politischen Polizei überwacht. Nach dem Krieg wurden NSDAP- und SS-Mitglieder oftmals inhaftiert, verhört und durchliefen ein Gerichtsverfahren. Auch diese Prozessakten enthalten Unterlagen, die Aufschluss über das Verhalten der beteiligten Personen geben können. Daher sollten diese Akten zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Vertriebenenfunktionären mitherangezogen werden. Sie geben zugleich auch Auskunft über die Arbeitsweise, den Umgang und die Instrumentalisierung dieser Unterlagen durch die Sicherheitsdienste der sozialistischen Länder.

Forschungsstand

Der Forschungsstand ist für die verschiedenen Themenbereiche und Länder sehr unterschiedlich. In der Regel gibt es allgemeine Darstellungen zu den Sicherheitsdiensten, die jedoch nicht auf das ‚Zielobjekt' dieser Themenausgabe eingehen.[39] In Darstellungen zu den bilateralen Beziehungen zwischen der BRD und den staatssozialistischen Ländern wird die Frage der deutschen Minderheit unterschiedlich stark mitbehandelt.[40] Umfangreich ist die Forschung zu den verbliebenen Deutschen in

38 Zum Archivar und Staatssicherheitsmitarbeiter Karel Fremund (1918 – 2004) und dem Archiv und Studieninstitut des Innenministeriums vgl. Cajthaml, Petr: Komunistický policista a minulost [Ein kommunistischer Polizist und die Vergangenheit]. In: Sborník Archivu Ministerstva vnitra 4 (2006) S. 89 – 106.

39 Vgl. Kamiński, Łukasz; Persak, Krzysztof; Gieseke, Jens (Hg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944 – 1991. Göttingen 2009; Andrew, Christopher M.; Mitrochin, Vasilij: Moskaus Kampf gegen den Westen. Berlin [3]1999; Terlecki, Ryszard: Miecz i tarcza komunizmu. Historia aparatu bezpieczeństwa w Polsce 1944 – 1990 [Schwert und Schild des Kommunismus. Geschichte des Sicherheitsapparates in Polen 1944 – 1990]. Kraków 2007; Medvecký, Matej; Sivoš, Jerguš; Jašek, Peter: Following the Footsteps of Iron Felix. The State Security in Slovakia 1945 – 1989. Bratislava 2012; Banu, Florian; Ţăranu, Liviu (Hg.): Securitatea 1948 – 1989. Monografie [Die Securitate 1948 – 1989. Monographie]. Bd. 1. Târgovişte 2016; Verdery, Katherine: Secrets and Truths. Ethnography in the Archive of Romania's Secret Police. Budapest 2014.

40 Zu den Beziehungen zwischen Ungarn und der Bundesrepublik jeweils auch mit Abschnitten zur deutschen Minderheit vgl. Schmidt-Schweizer, Andreas: Die westdeutsch-ungarischen Beziehungen im Zeitalter der bipolaren Weltordnung (1947 – 1990). Hamburg 2021; ders.: Ungarndeutsche, Vertriebene und Emigranten im Kalkül der ungarischen Außenpolitik gegenüber Westdeutschland (1973 – 1989). In: Vitári, Zsolt (Hg.): Minderheiten und Mehrheiten in ihren Wechselbeziehungen im südöstlichen Mitteleuropa. Festschrift für Gerhard Seewann zum 65. Geburtstag. Pécs 2009, S. 181 – 191. Für die Tschechoslowakei vgl. Kučera, Jaroslav: Mírové uspořádání s Německem. Od protihitlerovské koalice k česko-německé deklaraci [Friedensordnung mit Deutschland. Von der Anti-Hitlerkoalition zur

Polen,[41] der Tschechoslowakei,[42] Ungarn,[43] Rumänien[44] und Jugoslawien.[45] Für Polen, Rumänien und Ungarn liegen auch bereits mehrere Beiträge zu ihrer Beobachtung durch die Sicherheitsdienste vor.[46] Heike Amos hat mit ihrer Monographie zu den Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR gegen die Vertriebenenverbände einen äußerst wichtigen Beitrag zum Thema geleistet.[47] Diese besaßen für die DDR aufgrund mehrerer Millionen Vertriebener, die hier lebten,[48] und ihrer be-

deutsch-tschechischen Deklaration]. Praha 2018; Rouček, Libor: Die Tschechoslowakei und die Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1989. Bestimmungsfaktoren, Entwicklungen und Probleme ihrer Beziehungen. München 1990.

41 Vgl. Madajczyk, Piotr: Forschungen zur Geschichte der polnischen Deutschen in der Volksrepublik Polen (1944/45 bis 1989). In: Ders.; Dziurok, Adam; Rosenbaum, Sebastian (Hg.): Die deutsche Minderheit in Polen und die kommunistischen Behörden 1945 – 1989. Paderborn 2017, S. 9 – 29; Kurasz, Irena: Die deutschsprachige Bevölkerung in der Volksrepublik Polen. In: Koschyk, Hartmut; Regente, Vincent (Hg.): Vertriebene in SBZ und DDR. Berlin 2021, S. 143 – 164; Willenborg, Teresa: Fremd in der Heimat. Deutsche im Nachkriegspolen 1945 – 1958. Hamburg 2019; Urban, Thomas: Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit. 3., akt. Aufl. München 1994; ders.: Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert. Bonn 2005.

42 Vgl. Spurný, Matěj: Der lange Schatten der Vertreibung. Ethnizität und Aufbau des Sozialismus in tschechischen Grenzgebieten (1945 – 1960). Wiesbaden 2019; ders.: Die deutschsprachige Bevölkerung in der Tschechoslowakei nach der Zwangsaussiedlung. In: Koschyk/Regente, Vertriebene in SBZ und DDR (wie Anm. 41), S. 165 – 180; Staněk, Tomáš: Německá menšina v českých zemích 1948 – 1989 [Die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei 1948 – 1989]. Praha 1991.

43 Vgl. Seewann, Gerhard: Geschichte der Deutschen in Ungarn. Bd. 2: 1860 bis 2006. Marburg 2012.

44 Vgl. Koranyi, James: Migrating Memories. Romanian Germans in Modern Europe. Cambridge 2021; Gündisch, Konrad: Siebenbürgen und die Siebenbürger Sachsen. München 1998. Für die Donauschwaben vgl. länderübergreifend Seewann/Portmann, Donauschwaben (wie Anm. 7).

45 Vgl. Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung/Donauschwäbisches Zentralmuseum, Vom „Verschwinden“ (wie Anm. 7); Geiger, Vladimir: Folksdojčeri. Pod teretom kolektivne krivnje [Volksdeutsche. Unter der Bürde der Kollektivschuld]. Osijek 2002; Wehler, Hans-Ulrich: Nationalitätenpolitik in Jugoslawien. Die deutsche Minderheit 1918 – 1978. Göttingen 1980.

46 Vgl. Matheja, Michał (Hg.): Im Visier des Sicherheitsapparats. Die Repression der deutschen Minderheit in den polnischen West- und Nordgebieten 1945 – 1989. Opole 2020; Bereszyński, Zbigniew: Der kommunistische Sicherheitsapparat und die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien zwischen 1945 und 1990. Opole 2020; Sienerth, Stefan: Operative Vorgänge der Securitate im Problemfeld „Deutsche Faschisten und Nationalisten“. Anmerkungen zu den Aktionen „Epilog“ und „Scutul“ in den Jahren 1971 – 1976. In: Ders.; Csejka, Gerhardt (Hg.): Vexierspiegel Securitate. Rumäniendeutsche Autoren im Visier des kommunistischen Geheimdienstes. Regensburg 2015, S. 17 – 29; Pintilescu, Corneliu: Die Konstruktion politischer Vergehen im Diskurs: Eine vergleichende Analyse dreier Prozesse gegen Angehörige der deutschen Minderheit Rumäniens (1958 – 1962). In: Transylvanian Review 22/4 (2013), 116 – 140; Tóth, Ágnes: Gesichtspunkte der Überwachung und überwachte Personen in einer multinationalen Gemeinde. Waschkut/Vaskút 1950 – 1957. In: Kührer-Wielach/Nowotnick, Aus den Giftschränken (wie Anm. 32), S. 271 – 294.

47 Vgl. Amos, Heike: Die Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der Staatssicherheit 1949 bis 1989. München 2011 sowie auch dies.: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990. München 2009.

48 In der Sowjetischen Besatzungszone lebten nach Kossert, Kalte Heimat (wie Anm. 19), S. 196 im April 1949 4.312.288 Vertriebene, was 37,2 % aller Vertriebenen entsprach.

fürchteten Beeinflussung durch die westdeutschen Verbände einen hohen Stellenwert. Auch für Polen,[49] Ungarn,[50] und Rumänien[51] liegen bereits einschlägige Aufsätze vor.

Die Beobachtung der Sudetendeutschen und Karpatendeutschen Landsmannschaften wurde dagegen noch nicht untersucht. Auch der Umgang mit Akten aus der Zwischenkriegszeit und der Kriegszeit, die Informationen über Vertriebenenfunktionäre lieferten und Auskünfte über die Bedeutung ihrer NS-Vergangenheit gaben, bedarf weiterer Forschungen. Für die Tschechoslowakei liegen erste Studien zur Anwerbung von NS-Verbrechern und deren Einsatz als Agenten in der BRD vor.[52] Abgesehen von Arbeiten zu den Beziehungen zwischen den Sicherheitsdiensten der sozialistischen Staaten fehlen bisher auch länderübergreifende Studien.[53]

49 Vgl. Hytrek-Hryciuk, Joanna: Kryptonim „Ośrodek". Służba Bezpieczeństwa wobec Ziomkostwa Ślązaków (1962–1972) [Deckname „Zentrum". Der Sicherheitsdienst und die Landsmannschaft Schlesien (1962–1972)]. In: Dies.; Strauchold, Grzegorz; Syrnyk, Jarosław (Hg.): Internacjonalizm czy…? Działania organów bezpieczeństwa państw komunistycznych wobec mniejszości narodowych (1944–1989) [Internationalismus oder…? Aktivitäten der kommunistischen Staatssicherheitsorgane gegen nationale Minderheiten (1944–1989)]. Warszawa-Wrocław 2011, S. 200–219; Rosenbaum, Sebastian: Bibliotekarz, historyk, agent. Casus Franciszka Szymiczka [Bibliothekar, Historiker, Agent. Der Fall Franciszek Szymiczek]. In: Studia Śląskie 48 (2009), S. 136–168, hier S. 153–159; ders.: Operation „Poseł". Herbert Czaja im Visier des polnischen Sicherheitsdienstes. In: Confinium 3 (2008), S. 173–196; Smolorz, Kommunistische Agenten (wie Anm. 37); Dziurok, Adam; Dziuba, Adam: Die Aufdeckung und Bekämpfung des „revisionistischen Elements" in der Woiwodschaft Kattowitz in den fünfziger und sechziger Jahren. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 51/2 (2003), S. 254–280.
50 Vgl. Slachta, „Rokonlátogatók" (wie Anm. 32); dies.: Banalität der Bürokratie? (wie Anm. 32); Schmidt-Schweizer, Andreas: Das Verhältnis zwischen der bundesdeutschen „Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn" und dem kommunistischen Ungarn (1951–1989). In: Seewann, Gerhard (Hg.): Diversität und Konflikt im 20. Jahrhundert. Regensburg 2019, S. 225–246.
51 Vgl. Totok, William: Geschichtspolitische Beeinflussung des Auslands durch die Securitate. In: Kührer-Wielach/Nowotnick, Aus den Giftschränken (wie Anm. 32), S. 359–386; Moldovan, Silviu B.: Die deutsche Minderheit in Rumänien. Politisches Problem und historisches Erbe. In: Puttkamer, Joachim von; Sienerth, Stefan; Wien, Ulrich A. (Hg.): Die Securitate in Siebenbürgen. Köln-Weimar-Wien 2014, S. 137–152; Baier, Hannelore: Objekt und Instrument. Die deutsche Minderheit im Fokus der Securitate. In: Ebd., S. 153–169; Ţărău, Virgiliu: Die deutsche Minderheit und die Securitate. Schuldzuschreibung durch Gesetz und Ideologie bis 1970. In: Ebd., S. 170–186.
52 Vgl. Plachý, Jiří: Případ FRITZ: válečný zločinec Max Rostock jako agent StB [Der Fall FRITZ. Kriegsverbrecher Max Rostock als StB-Agent]. Praha 2002; ders.: Die Instrumentalisierung von NS-Kriegsverbrechern durch die tschechoslowakische Staatssicherheit nach 1945. In: Žáček, Pavel; Faulenbach, Bernd; Mählert, Ulrich (Hg.): Die Tschechoslowakei 1945/48 bis 1989. Studien zu kommunistischer Herrschaft und Repression. Leipzig 2008, S. 153–170; Bašta, Jiří: Deutsche Kriegsverbrecher als Auslands-Spione für den tschechoslowakischen Geheimdienst. In: Ebd., S. 171–200. Vgl. hierzu auch Kučera, Jaroslav; Kočová, Kateřina: „Sie richten statt unser und deshalb richten Sie hart." Die Abrechnung mit deutschen Kriegsverbrechern in der Tschechoslowakei. In: Frei, Norbert (Hg.): Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Göttingen 2006, S. 438–473.
53 Bei Heike Amos geht es konkret um die Zusammenarbeit der DDR mit Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion hinsichtlich verbliebener deutscher Minderheiten. Vgl. Amos, Die Vertriebe-

Die Beiträge

Alle Autorinnen und Autoren der vorliegenden Themenausgabe haben mit Archivquellen gearbeitet, einige mit solchen, die bisher noch nicht benutzt wurden bzw. in der Forschung noch nicht bekannt waren. Ein Teil der Beiträge ist überblicksartig ausgerichtet, insbesondere dann, wenn sich die Verfasserinnen und Verfasser auf bereits umfangreiche eigene Studien zum Thema stützen konnten (Amos, Rosenbaum). Andere Autorinnen und Autoren stehen erst am Anfang der Durchdringung des Quellenmaterials oder konzentrieren sich auf einzelne oder mehrere Fallbeispiele.

Gegliedert sind die 14 Beiträge in sechs unterschiedlich umfangreiche Ländereinheiten (DDR, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien). *Heike Amos* führt zunächst mit einem Überblick über die Organisation der Vertriebenen in das Thema ein, um sich dann der Beobachtung der westdeutschen Vertriebenenverbände durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR zu widmen. Die besondere Relevanz für Ostberlin bestand darin, dass viele Flüchtlinge und Vertriebene auf ihrem Territorium lebten, deren negative Beeinflussung durch die BRD befürchtet wurde. Bis zum Mauerbau 1961 konzentrierte sich deswegen auch die Hauptaufmerksamkeit der Staatssicherheit auf die Kontakte vieler Vertriebener nach Westberlin, wo sie Vertriebenentreffen und andere Veranstaltungen der westdeutschen Landsmannschaften besuchten. Amos zeigt die Breite der Arbeit des MfS gegen diese Verbände auf, die weit über die bloße Beobachtung hinausging und durch diverse Desinformationsaktionen und Revanchismuskampagnen geprägt war. So erfolgreich diese in Teilen waren, insbesondere auch in der Diskreditierung ehemaliger NSDAP-Mitglieder, gelang es der DDR nicht, auf die Verbände selbst grundlegend Einfluss zu nehmen oder sie besonders zu schwächen. Der Bedeutungsverlust der Verbände, der auch vom MfS beobachtet wurde, hing vielmehr mit der erfolgreichen Integration der Vertriebenen in die BRD zusammen. Amos' Beitrag kann zugleich – trotz der in mehrfacher Hinsicht spezifischen Situation der DDR[54] – als Vergleichsfolie für weitere in dieser Ausgabe untersuchte Länder dienen.

Drei weitere Studien sind der Volksrepublik Polen gewidmet. *Sebastian Rosenbaum* geht zunächst allgemein auf den politischen Diskurs über die Vertriebenen in Polen ein. Dieser war aufgrund des Zweiten Weltkrieges durch eine allgemein antideutsche Haltung geprägt. Die Vertriebenenverbände wurden durch ihre Ablehnung

---

nenpolitik (wie Anm. 47), S. 83 – 186. Allgemein für die DDR und Rumänien vgl. Herbstritt, Georg: Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatssicherheit 1950 bis 1989. Göttingen 2016; ders.: Von Verbündeten zu Gegnern? Die Beziehungen zwischen Stasi und Securitate in den Jahren 1950 bis 1989. In: Kührer-Wielach/Nowotnick, Aus den Giftschränken (wie Anm. 32), S. 319 – 336. Für Polen vgl. Jaskułowski, Tytus: Von einer Freundschaft, die es nicht gab. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und das polnische Innenministerium 1974 – 1990. Göttingen 2021.

54 Vgl. auch Schwartz, Michael: Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), S. 101 – 151.

der Oder-Neiße-Grenze als Bedrohung der territorialen Integrität Polens wahrgenommen und entsprechend als Gegnerorganisation vom polnischen Sicherheitsdienst (*Służba bezpieczeństwa* – SB) ins Visier genommen. Zu dessen Aufgaben gehörte es – so wie auch in der DDR – Informationen zu sammeln, Führungskräfte zu kompromittieren, Aktivitäten zu lähmen und interne Konflikte auszulösen oder zu verstärken. Am Beispiel Schlesiens und der Landsmannschaften der Schlesier sowie der Oberschlesier stellt Rosenbaum eine Reihe von durchgeführten Aktionen vor und verdeutlicht die Bedeutung der verbliebenen deutschen Restminderheit. In Oberschlesien ging es dabei um etwa eine Million sogenannte Autochthone, die vor 1938 Bürger des Deutschen Reiches gewesen waren und oftmals Kontakte in die BRD besaßen. Die SB verdächtigte die Vertriebenenverbände, die deutsche Minderheit in Schlesien zu Spionage, Sabotage, Diversion und dem Aufbau oppositioneller Organisationen anzustiften. Die Massenmigration aus Schlesien im Rahmen der Familienzusammenführung in den 1950er und 1970er Jahren bot der SB Gelegenheit, Agenten zur Unterwanderung der Landsmannschaften in die BRD einzuschleusen. Seit den 1980er Jahren verlagerte sich der Schwerpunkt der SB-Aktivitäten jedoch auf die polnische Opposition.

Auch in der Woiwodschaft Stettin (Szczecin) wurden die Kontakte der Landsmannschaft nach Polen als Gefahr angesehen. *Paweł Migdalski* zeigt in einem ersten Überblick, wie die Stettiner SB-Abteilung die Pommersche Landsmannschaft sowie die mit ihr in Verbindung stehenden Einrichtungen der Geschichtsforschung, wie die Historische Kommission für Pommern und die Gesellschaft für Pommersche Geschichte und Altertumskunde, beobachtete. Er sieht auch nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages Anfang der 1970er Jahre keine Abnahme der Aktivitäten der SB. Diese hätten aufgrund vermehrter Reisen von Mitgliedern der Landsmannschaft in ihre alte Heimat sogar im Gegenteil zugenommen. Migdalski präsentiert das Beispiel eines wichtigen ‚geheimen' Mitarbeiters der SB, wie in Polen die inoffiziellen Mitarbeiter hießen, und behandelt dessen Berichte über den Prähistoriker Hans-Jürgen Eggers (1906–1975), der vor dem Krieg am Pommerschen Landesmuseum in Stettin gearbeitet hatte, sowie den ebenso von dort stammenden Archivar Adalbert Holtz (1905–1977) und ihre Reisen nach Polen sowie ihre Kontakte zu Wissenschaftlern in Stettin. Auf diese Weise demonstriert er auch das Potenzial der Staatssicherheitsakten als Quelle für die deutsch-polnischen Wissenschaftsbeziehungen. Zugleich hinterfragt er kritisch die Qualität und den Nutzen der Arbeit der regionalen SB.

Michał Turski analysiert anschaulich am Beispiel des Lodzer Deutschen Willi Zukriegel (1905–1976) sowohl dessen Anwerbung als Agenten als auch seine Spionage in der Landsmannschaft Weichsel-Warthe für den polnischen Sicherheitsdienst in den Jahren 1957 bis 1963. Die SB machte sich dabei Zukriegels NS-Belastung als ehemaliger Gestapo-Mitarbeiter zunutze. Die von ihm übermittelten Mitgliederkarteien aller Landsmannschaften, die ihren Sitz im Berliner Haus der ostdeutschen Heimat hatten, wertete die SB für ihre Zwecke aus.

In den vier Beiträgen zur Tschechoslowakei und den Landsmannschaften der Sudetendeutschen (SL) und Karpatendeutschen (KL) gibt *Stefan Lehr* zunächst einen

ersten Überblick über die Aktivitäten der tschechoslowakischen Staatsicherheit (StB) gegenüber der SL für die 1950er und 1960er Jahre. Die Ausrichtung der Arbeit und auch die Einstellung ähnelten derjenigen der DDR und Polens. Die StB verfügte in den 1960er Jahren über mehrere Agenten im sudetendeutschen Vertriebenenmilieu und in ihrer Prager Zentrale auch über mindestens einen kompetenten Mitarbeiter. Obwohl man gut über die SL informiert war und in den internen Berichten auch differenziert Veränderungen wie den einsetzenden Bedeutungsverlust beobachtete, verliefen viele in Angriff genommene Aktionen im Sande. Zahlreiche der aufwendig gewonnenen Informationen waren öffentlich zugänglich und auch ohne Agenten und Geheimdienste durch Sprachkundige zu ermitteln. Sowohl die Agenten als auch die StB-Mitarbeiter betonten dagegen die Bedeutung ihrer Arbeit. Dies taten sie sicherlich auch aus Eigeninteresse zum Nachweis ihrer Existenzberechtigung. Spätestens seit Mitte der 1970er Jahre nahm das Interesse der Politik an der SL ab. Deren Forderungen und Aktivitäten wurden weiterhin beobachtet, in ihnen jedoch keine wirklich akute, reale Bedrohung für die Tschechoslowakei mehr gesehen. Trotzdem behielt man die offizielle antirevanchistische Rhetorik bei, der wie im Falle der DDR und Polens auch eine Legitimationsfunktion für das Regime zukam.

Niklas Zimmermann untersucht die Beobachtung der ‚Osthilfe' der katholischen Gesinnungsgemeinschaft der sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde (AG) und ihres Protagonisten Adolf Kunzmann (1920 – 1976) durch die StB im Rahmen der Aktion „Revanche".[55] Mit der Darstellung und Analyse der Kontakte zwischen Kunzmann und tschechoslowakischen katholischen Kirchenvertretern sowie deren Beobachtung zeigt Zimmermann anschaulich das Potenzial auf, das die Auswertung der StB-Akten für die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen und die gegenseitige Wahrnehmungsgeschichte im Falle der Ergänzung durch weitere Quellen und einer Kontextualisierung besitzt.

Beáta Katrebová-Blehová gibt erste Hinweise über die Beobachtung von Karpatendeutschen im slowakischen Landesteil der Tschechoslowakei sowie in der BRD und deren Kontakte zum slowakischen Exil für die 1950er Jahre. Obwohl es sich bei den Karpatendeutschen um eine verhältnismäßig kleine Gruppe handelte, die zudem überwiegend von deutscher Seite noch vor Kriegsende evakuiert worden war,[56] maß die StB auch ihrer Überwachung Bedeutung bei. Katrebová-Blehová weist auf mehrere Aspekte hin, die einer weiteren Untersuchung bedürfen, wie die Bedeutung der Gegenbeobachtung durch die Organisation Gehlen und die Beziehungen zwischen der KL und dem slowakischen politischen Exil. Eines ihrer beiden Fallbeispiele – ein in der BRD als Agent eingeschleuster Karpatendeutscher, der die Zusammenarbeit jedoch schnell einstellte und zu Zusammenkünften nicht mehr erschien, – zeigt ein nicht seltenes Phänomen auf. Ähnlich erfolglos verliefen auch die Versuche der StB,

55 Zur Ackermann-Gemeinde vgl. Piegsa, Bernhard: „Man soll nicht Übles durch Übles rächen…". Geschichte und Leistung der „Ackermann-Gemeinde". Leipzig 2007.

56 Vgl. Zückert/Schvarc/Fiamová, Die Evakuierung (wie Anm. 24).

den ehemaligen ‚Führer der karpatendeutschen Volksgruppe in der Slowakei', Franz Karmasin (1901–1970), trotz einer Verurteilung als Kriegsverbrecher durch tschechoslowakische Gerichte als Agenten anzuwerben. *Michal Schvarc* geht in seiner biographisch ausgerichteten Studie auf diesen beachtenswerten Fall ein, der interessante Aufschlüsse über die Arbeitsweise der StB gibt.

Ágnes Tóth führt zunächst kenntnisreich in die Lage der Ungarndeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg ein und behandelt dann anschaulich die ersten Kontaktversuche zwischen der Landsmannschaft der Ungarndeutschen in der BRD und ihrer Partnerorganisation in Ungarn. Dabei nimmt sie weitere Akteure wie das Auswärtige Amt sowie die Rolle und Kontrolle des Demokratischen Verbandes der Ungarndeutschen durch den ungarischen Staat in den Blick.[57] So schwierig diese ersten Kontakte auch waren, zeigen sie deutlich, dass die Beziehungen und gegenseitigen Wahrnehmungen auf beiden Seiten entspannter und versöhnlicher als beispielsweise im polnischen und tschechoslowakischen Fall sein konnten. Tóth erklärt dies unter anderem mit einem traditionell guten und weniger belasteten Verhältnis zwischen Ungarn und Ungarndeutschen sowie mit dem Interesse beider Länder an pragmatischen Beziehungen.

Judit Klein analysiert die Überwachung der deutschsprachigen Medien und die Rolle der Medienschaffenden in Ungarn.[58] Dazu gibt auch sie zunächst einen Überblick über die Ungarndeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg und widmet sich anschließend insbesondere dem wichtigsten Presseorgan der deutschen Minderheit in Ungarn, der seit 1957 erscheinenden *Neuen Zeitung,* aber auch dem von Fünfkirchen (Pécs) aus gesendeten deutschsprachigen Hörfunk- sowie dem seit 1978 von dort ausgestrahlten Fernsehprogramm. Ihre Ausführungen illustrieren die schwierige Rolle der Minderheitenpresse im sozialistischen ‚Ostblock', die den Medienschaffenden wenig Freiräume ließ und durch parteipolitische Instrumentalisierung sowie Überwachung geprägt war. Es entstand dadurch ein von Misstrauen bestimmtes Arbeitsmilieu, in dem Journalistinnen und Journalisten sowohl Opfer der Überwachungspraktiken waren als auch als deren Helfer wirkten. Am Beispiel der *Neuen Zeitung* macht sie zudem die Kontrollfunktion deutlich, die der Demokratische Verband der Ungarndeutschen über das Medium ausübte.

Drei weitere Aufsätze widmen sich der Zusammenarbeit von Rumäniendeutschen mit der Securitate. *William Totok* weist auf die ausgebliebene kritische Aufarbeitung dieses Phänomens durch die rumäniendeutschen Landsmannschaften hin und analysiert mehrere interessante Fälle rumäniendeutscher Agenten, zu denen auch einflussreiche Persönlichkeiten wie Ivan Denes (1928–2011), Fritz Cloos (1909–2004) und Hans Weresch (1902–1986) gehörten, die sich im landsmannschaftlichen Milieu bewegten. Totoks Beispiele verdeutlichen, dass Rumänien und die Securitate teilweise

57 Vgl. hierzu auch Schmidt-Schweizer, Das Verhältnis (wie Anm. 50).
58 Vgl. zu dem Thema ausführlich auch die Dissertation: Klein, Judit: Die Funktion und die Geschichte der deutschsprachigen Minderheitenmedien in Ungarn im Sozialismus. Hamburg 2016 (online verfügbar unter URL: https://core.ac.uk/download/pdf/79471823.pdf [14.04.2022]).

andere Ziele als beispielsweise die DDR, Polen oder die Tschechoslowakei verfolgten. Es ging Rumänien neben der Informationsbeschaffung mehr um die Vermittlung eines positiven Bildes des Landes, die Einschränkung der Auswanderung sowie die Unterstützung prorumänischer Geschichtsbilder des Ceauşescu-Regimes. Man besaß dabei keine Skrupel, auch mit NS-belasteten Personen zusammenzuarbeiten, was Totok an mehreren biographischen Beispielen darlegt.

Daran anschließend vertiefen *Corneliu Pintilescu* und *Ottmar Trașcă* an zwei Fallbeispielen, wie die Securitate die NS-Vergangenheit von Siebenbürger Sachsen ausnutzte, um diese zur Zusammenarbeit anzuwerben. Hierzu wertete sie von ihrer Vorgängerorganisation gesammelte Unterlagen über die Rumäniendeutschen aus den 1930er und 1940er Jahren aus, um einerseits ihre Netzwerke zu rekonstruieren und um andererseits kompromittierende Unterlagen zu finden. Diese Beispiele, wie auch weitere Fälle für die DDR, Polen und die Tschechoslowakei, zeigen, dass die kommunistischen Geheimdienste keine Bedenken zeigten, auch mit Personen zusammenzuarbeiten, die durch eine nationalsozialistische Vergangenheit belastet waren, und deren alte Netzwerke für ihre eigenen nachrichtendienstlichen Ziele zu instrumentalisieren.

Virgiliu Țârău stellt die Rolle des einflussreichen rumäniendeutschen Theologen und Historikers Paul Philippi (1923 – 2018) hinsichtlich der Frage der Emigration der Rumäniendeutschen in den 1950er Jahren dar. Er sieht Philippi als transnationalen Akteur und schildert seinen Werdegang sowie die Kontakte zum Bischof der evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Rumänien, Friedrich Müller-Langenthal (1884 – 1969). Die von beiden vertretene Position, die sich gegen die Auswanderung der Rumäniendeutschen richtete und in Opposition zum Standpunkt der Landsmannschaften der Rumäniendeutschen stand, machte ihn für die Securitate interessant, die ihn während seines Besuches in Rumänien 1958 überwachte. Der hier vorgelegte Aufsatz Țârăus stellt den ersten Teil einer größeren Studie über Philippi dar, sodass man mit Spannung auf die bereits angekündigte Fortsetzung warten darf.

Bei *Bernd Robionek* geht es um die verhältnismäßig kleine Gruppe der Donauschwaben aus Jugoslawien. Sie und ihre Landsmannschaft in der BRD stellten keine Bedrohung für Jugoslawien dar, zumal beide Länder an guten Beziehungen Interesse hatten und die Donauschwaben oftmals national hybride Identitäten aufwiesen. Sie gerieten erst ins Visier der jugoslawischen Sicherheitsdienste, wenn sie mit kroatischen Exilorganisationen zusammenarbeiteten bzw. sich in diesen engagierten oder Verbindungen zum Bundesnachrichtendienst unterhielten. In diesem Fall lassen sich ähnliche Kontakte wie im Falle der Karpatendeutschen mit dem slowakischen Exil beobachten, die teilweise sicherlich bereits auf Beziehungen aus der Kriegszeit herrührten.

Mit den hier versammelten 14 Aufsätzen wird nicht die Vollständigkeit eines Handbuches angestrebt, vielmehr soll ein erster Überblick über unterschiedliche Aspekte in den verschiedenen Ländern gegeben werden. Das Fehlen von Beiträgen für einzelne Regionen oder Landsmannschaften, wie die der Deutschbalten, Ostpreußen und Russlanddeutschen, sowie für die Beobachtung durch die Sowjetunion zeigt,

dass es noch erheblichen Forschungsbedarf gibt. Die vorliegende Publikation möchte zu weiteren Forschungen anregen und plädiert dafür, die geheimdienstliche Beobachtung der verbliebenen und vertriebenen bzw. ausgesiedelten Deutschen über den geheimdienstlichen Aspekt hinaus als Teil einer transnationalen Beziehungs-, Begegnungs-, Verflechtungs- und Transfergeschichte im Kalten Krieg aufzugreifen.

***

Abschließend bedanke ich mich bei allen Beiträgerinnen und Beiträgern für die gute Zusammenarbeit und ihr Engagement. Dank gebührt auch Stephan Scholz für die Redaktion und die angenehme Kooperation. Der vorliegenden Themenausgabe ging eine vom Herausgeber organisierte internationale Konferenz des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) voraus, die am 23./24. September 2021 coronabedingt online stattfand.[59] An dieser Stelle möchte ich auch allen Moderatorinnen und Moderatoren der Tagung (Anne Kluger, Andreas Schmidt-Schweizer, Gerald Volkmer, Volker Zimmermann) und dem Kommentator (Michael Schwartz) sowie den Gutachterinnen und Gutachtern im Rahmen des Peer-Review-Verfahrens danken, die auf diese Weise zum Gelingen beigetragen haben.

59 Vgl. den Call zur Tagung: Unter Beobachtung – Vertriebenenorganisationen und -funktionäre im Blick der sozialistischen Staaten des östlichen Europas (1949 – 1989). In: H-Soz-Kult. 10.12.2020. URL: www.hsozkult.de/event/id/event-94752 sowie das Tagungsprogramm in: H-Soz-Kult. 26.08.2021. URL: www.hsozkult.de/event/id/event-112431 (18.05.2022).

DDR

Heike Amos

Die bundesdeutschen Vertriebenenverbände im Visier des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)

Zusammenfassung: Der Bund der Vertriebenen und die 20 Landsmannschaften in der Bundesrepublik Deutschland zählten für die SED und ihr Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zu politischen Feindorganisationen. Diese Verbände galt es zu bekämpfen, da sie die Existenz der DDR, die Herrschaft der SED und die Grenzen zu Polen und der Sowjetunion nicht anerkannten. Mittels subversiver Methoden durch das MfS und öffentlichen ‚Revanchismuskampagnen' der SED versuchte die DDR aktiv Einfluss auf die Vertriebenenverbände zu nehmen. An der Tagesordnung waren gezielte Desinformationen, Konfliktverschärfungen und Skandalisierungen. In den 1950/60er Jahren sahen die SED und ihr Geheimdienst die Vertriebenenverbände als tatsächliche politische Gefahr – auch hinsichtlich ihres Wirkens in die DDR hinein und auf die dort lebenden ehemaligen Flüchtlinge und Vertriebenen. Später, in den 1970/80er Jahren, diente die ‚Revanchismuspropaganda' der Delegitimierung der BRD und der politischen Aufwertung der DDR zum ‚deutschen Friedensstaat', der die europäischen Nachkriegsgrenzen vorbehaltlos anerkannte.

Schlagwörter: Vertriebenenverbände; DDR-Staatssicherheit (MfS); SED-Revanchismuspropaganda; NS-Vorwürfe

Abstract: The *Bund der Vertriebenen* (Federation of Expellees) and the 20 *Landsmannschaft* associations in the Federal Republic of Germany were considered to be enemy political organizations by the Socialist Unity Party (SED) and the Ministry for State Security (MfS) of the German Democratic Republic (GDR). The organizations were viewed as something to be combated as they did not recognize the existence of the GDR, the SED's rule, or the Polish and Soviet borders. The GDR attempted to assert active influence on the expellee associations using subversive methods through the MfS and public 'revanchism campaigns' on the part of the SED. This included targeted disinformation, escalations of the conflict, and the creation of scandals. The SED and its secret service saw the expellee associations as a real political danger in the 1950s and 1960s also with regard to their impact on the GDR and the former refugees and expellees living there. Later, during the 1970s and 1980s, 'revanchism propaganda' served to delegitimize the Federal Republic of Germany and to raise the profile of the GDR as the 'peace-loving German state', which unconditionally recognized Europe's post-war borders.

Keywords: Expellee organizations; GDR state security (MfS); SED revanchism propaganda; accusations of Nazism

Dr. Heike Amos, Institut für Zeitgeschichte, Abteilung Berlin, Finckensteinallee 85–87, 12205 Berlin, amos@ifz-muenchen.de

https://doi.org/10.1515/9783110795288-002

Organisationsversuche von Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945

Rund zwölf Millionen Deutsche aus den deutschen Ostgebieten und aus deutschsprachigen Regionen außerhalb Deutschlands mussten ab 1945 innerhalb der von den alliierten Siegermächten bestimmten neuen Grenzen des territorial verkleinerten Deutschland Aufnahme finden. Die westlichen Besatzungszonen, dann die Bundesrepublik, hatten bis 1950 7,9 Millionen Deutsche aufgenommen. In die Sowjetische Besatzungszone, dann DDR, kamen 4,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene.[1] Bis zum Mauerbau in Berlin 1961 verließen zirka 900.000 Vertriebene die DDR in Richtung Westberlin und BRD. Demnach lebten seit Beginn der 1960er Jahre rund neun Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik, anteilig bezogen auf die Gesamtbevölkerung waren das 16 Prozent. In der DDR verblieben 3,5 Millionen, ihr Anteil an der Bevölkerung betrug hier 20 Prozent. Die größten landsmannschaftlichen Gruppen, die Flucht und Vertreibung erlebt und überlebt hatten, waren mehr als drei Millionen Schlesier, über 1,8 Millionen Ostpreußen, 1,4 Millionen Pommern und fast eine halbe Million Ost-Brandenburger sowie eine Million Deutsche aus Polen und Danzig und mehr als drei Millionen Sudetendeutsche bzw. Deutsche aus der ČSR.

Alle vier alliierten Besatzungsmächte zeigten sich 1945 ablehnend gegenüber Selbstorganisationsbestrebungen von Flüchtlingen und Vertriebenen in ihren jeweiligen Zonen. Ihre Furcht basierte auf der Annahme einer möglichen Radikalisierung der Millionen sozial deklassierten Menschen, die die labile politische Nachkriegssituation in den Besatzungszonen weiter belasten könnte. In den westlichen Zonen bzw. der Bundesrepublik konnten sich trotz des Verbots ab 1948/49 Heimatvertriebene und Flüchtlinge in Verbänden organisieren. Bis 1950 entstanden so 20 Landsmannschaften und zwei übergreifende Organisationen: die Vereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften (VOL) und der Bund vertriebener Deutscher (BVD). Bis Dezember 1958 schlossen sich diese Verbände zu einem Dachverband in Westberlin zusammen, dem Bund der Vertriebenen (BdV) – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände.[2] Der Anteil und Organisationsgrad der einzelnen Vertriebenengruppen in den jeweiligen Landsmannschaften war insgesamt gesehen relativ gering, er lag zwischen

---

1 Vgl. ausführlich referiert bei Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. München 2008, S. 40–42, 361; Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil I: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940–1985. Bonn 1995, S. 36 f.

2 Vgl. Amos, Heike: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989. München 2011, S. 7–24; Steinert, Johannes Dieter: Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie: Westdeutschland 1945–1949. In: Bade, Klaus (Hg.): Neue Heimat im Westen: Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Münster 1990, S. 61–80, hier S. 68–78; Weiß, Hermann: Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursache, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/M. 1995, S. 244–264, hier S. 248 f.

zehn und 20 Prozent.[3] In der sowjetischen Zone bzw. der DDR versuchten sich auf regionaler Ebene ebenso Geflüchtete bzw. Vertriebene zusammenzuschließen. Bekannt wurden der sogenannte Schlesierausschuss, der zwischen 1946 und 1952 existierte und im Kern ehemalige Breslauer Kommunisten vereinte, der Bund der Danziger Antifaschisten 1946 in Magdeburg oder die Umsiedlerflüchtlingsvereinigung Bitterfeld 1947.[4] Da die Sowjetische Besatzungsmacht und die SED-Spitze das Koalitionsverbot strikt durchsetzten, wurden solche Zusammenschlüsse nicht geduldet, und es setzten sofort polizeiliche Ermittlungen ein.[5]

Erste MfS-Observationen organisierter Vertriebener

Wie und warum gerieten die organisierten Vertriebenen in Westberlin und in Westdeutschland in den Blick des DDR-Staatssicherheitsdienstes? Der SED-Führung und den Behörden des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) fielen die Verbände der Flüchtlinge und Vertriebenen im Westen zum ersten Mal Anfang 1951 auf. MfS-Staatssekretär Erich Mielke forderte im April 1951 von seinen fünf MfS-Landesverwaltungen Auskunft nicht nur über „illegale Umsiedlerorganisationen" in der DDR, sondern auch über Verbindungen von ‚Umsiedlern' aus der DDR zu Vertriebenen in der Bundesrepublik und über die „feindliche Tätigkeit der Umsiedler-Landsmannschaften" in Westberlin und Westdeutschland in Richtung DDR. Außerdem erwartete Mielke Meldungen über Zahl und Einsatz „Geheimer Mitarbeiter", also Spitzel, in ‚Umsiedler-' und Vertriebenenkreisen.[6]

In den 1950er Jahren spielte Westberlin mit der offenen Grenze zu Ostberlin und zur DDR für das MfS eine zentrale Rolle bei der „Abwehr von landsmannschaftlichen Verbindungen zwischen den organisierten Vertriebenen im Westen und den ‚Umsiedlern' in der DDR".[7] Die Staatssicherheit war darauf aufmerksam geworden, dass

3 Vgl. Stickler, Matthias: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch". Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzung der deutschen Vertriebenenverbände 1949 – 1972. Düsseldorf 2002, S. 37, 141 – 148; Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (Hg.): Handbuch. 3. überarb. Aufl. Bonn 1996, S. 31 – 144; Bundesarchiv (BArch) Berlin. Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) 9705, Bl. 417 – 430: Übersicht über revanchistische Tätigkeit der Landsmannschaften in der BRD. 1959.

4 Vgl. Herms, Michael / Noak, Gerd: Der „Schlesierausschuß" der VVN im Visier der SED-Führung (1946 bis 1952). Berlin 1997; Mehlhase, Torsten: Die SED und die Vertriebenen. Versuche der politischen Einflußnahme und der „Umerziehung" in den ersten Nachkriegsjahren in Sachsen-Anhalt. In: Wille, Manfred / Hoffmann, Johannes / Meinicke, Wolfgang (Hg.): Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone. Wiesbaden 1993, S. 159 – 177, hier S. 172 – 174.

5 Vgl. Amos, Heike: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990. München 2009, S. 24 f.

6 BArch Berlin. MfS. Büro der Leitung (BdL). Dok. 003671, Bl. 1: Mielke an MfS-Verwaltung Berlins. 10.04.1951; BArch Berlin. MfS. Archivierter Operativer Vorgang (AOP) 11315/64, Bl. 401: Feindliche Tätigkeit der Umsiedlerlandsmannschaften. 07.06.1951.

7 BArch Berlin. MfS. ZAIG 9708. Bd. 3. Bl. 805 – 807: Methoden der Landsmannschaften zur Beeinflussung der Umsiedler. 1957/58.

ein reger Besucherverkehr von DDR-,Umsiedlern' zu landsmannschaftlichen Zusammenkünften in Westberlin stattfand. Daher gerieten ins geheimpolizeiliche Visier des MfS:

1. die monatlich stattfindenden Landsmannschaftstreffen in Westberlin,
2. die zentrale jährliche Vertriebenen-Großveranstaltung zum Tag der Heimat in der Westberliner Waldbühne (einer großen Freilichtbühne),
3. die Zentrale der organisierten Vertriebenen in Westberlin – das Haus der ostdeutschen Heimat.[8]

Die Staatssicherheit hatte zutreffend beobachtet, dass bei den monatlich stattfindenden Landsmannschaftstreffen in Westberlin etwa 30 Prozent der Besucher aus der DDR kamen. Das waren zirka 10.000 DDR-,Umsiedler', die jeden Monat diese Treffen aufsuchten. Zur zentralen, jährlich im September stattfindenden Großveranstaltung der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Westberliner Waldbühne fanden sich rund 22.000 Teilnehmer ein, davon 8.000 aus der DDR. Das Haus der ostdeutschen Heimat in Westberlin besuchten täglich zwischen 100 und 200 DDR-,Umsiedler', um dort Auskünfte einzuholen, Veranstaltungen zu besuchen und materielle Unterstützungen zu beantragen.[9] Diese Tatsache beunruhigte SED und Staatssicherheit. Sie befürchteten, die „Heimatgefühle der Umsiedler" würden benutzt, um diese gegen den DDR-Staat und die SED-Herrschaft aufzuwiegeln.[10]

Ab dem Sommer 1958 ging die Staatssicherheit aktiv gegen die Westberliner Vertriebenen-Veranstaltungen vor.[11] Dazu bediente sie sich verschiedener Mittel. Die MfS-Tätigkeit richtete sich gegen die Großveranstaltung in der Waldbühne und gegen das Haus der ostdeutschen Heimat. Ostberlin wollte die Vertriebenenveranstaltungen mittels sogenannter Desinformationskampagnen stören und die Besucherströme von Ost- nach Westberlin unterbinden. Durch Postwurfsendungen wurden kompromittierende Materialien über Westberliner Vertriebenenfunktionäre, deren Wahrheitsgehalt teilweise zweifelhaft war, verbreitet. Den Funktionären wurde u. a. Veruntreuung von Beitragsgeldern aus Landsmannschaftskassen, ein unmoralischer Lebenswandel, Homosexualität oder eine kriminelle Vergangenheit vorgeworfen. Betroffen waren davon 1958 in Westberlin zum Beispiel der Vorsitzende des Landesverbandes der

8 Vgl. BArch Berlin. MfS. AOP 11315/64. Bd. 3, Bl. 385–393: Plan zur Vorbereitung der massenpolitischen Arbeit unter den Westberlinern gegen das Treffen des VdL. 1955; vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 44–58.

9 Vgl. BArch Berlin. MfS. AOP 11315/64. Bd. 3, Bl. 385–387: Plan zur Vorbereitung der massenpolitischen Arbeit unter den Westberlinern gegen das Treffen des VdL. 1955; ebd., Bd. 2, Bl. 164–168: Landsmannschaftstreffen. September 1958.

10 BArch Berlin. MfS. AOP 11315/64. Bd. 2, Bl. 180: Landsmannschaftstreffen. 14.09.1958.

11 Vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 65–84.

Heimatvertriebenen, Dr. Alfred Rojek (1897–1975), und die Geschäftsführer der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Bundes der Danziger.[12]

Die MfS-Desinformationsstrategie umfasste auch, gefälschte Programme zum Tag der Heimat oder großer Landsmannschaftstreffen in Umlauf zu bringen, die falsche Angaben über Ort und Zeit der Veranstaltungen enthielten, um ein organisatorisches Chaos anzurichten, was auch gelang. Sogenannte SED-Dreiergruppen statteten in Westberlin den Inhabern der Lokale, die ihre Gasträume für Heimatkreistreffen von Landsmannschaften zur Verfügung stellten, Besuche ab, um diese so stark unter Druck zu setzen, dass sie ihre Vermietung rückgängig machten. Zu den Treffen der Landsmannschafts-Heimatkreise in Westberlin wurden des Weiteren politisch geschulte SED-Kader gesandt, die dort offensiv für die Oder-Neiße-Grenze, die Akzeptanz der deutschen Gebietsverluste als Folge der Niederlage des verbrecherischen Krieges und für die DDR-Friedenspolitik warben. Kannte die Staatssicherheit die Personalien von DDR-‚Umsiedlern', die zu Vertriebenentreffen nach Westberlin fuhren, wurden diese zu einem ‚klärenden Gespräch' bei MfS-Dienststellen vorgeladen. Auch verschärften MfS und Transportpolizei die Kontrollen an den Sektorengrenzen zwischen Ost- und Westberlin zu Zeiten von größeren Vertriebenentreffen.[13]

Den Besucherstrom im Haus der ostdeutschen Heimat in Charlottenburg im Westteil Berlins beobachtete das MfS kontinuierlich durch professionelle Geheimdienstmitarbeiter, die in gegenüberliegenden konspirativen Wohnungen einquartiert waren. Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Westberliner Vertriebenenzentrale waren dem MfS durch eigene Recherchen bekannt. Man suchte ständig nach Anhaltspunkten für die Spitzelanwerbung aus diesem Personenkreis. So gelang es mit teilweisem Erfolg zeitweilig, männliche Angestellte aus dem Haus der ostdeutschen Heimat durch „Anschleusung weiblicher Geheimer Informanten"[14] als Spitzel zu gewinnen. Alle vorhandenen ‚Geheimen Mitarbeiter' in ‚Umsiedler'-kreisen waren angewiesen, jede sich nur bietende Gelegenheit zu nutzen, das Haus der ostdeutschen Heimat aufzusuchen, um alle möglichen Informationen für Ostberlin in Erfahrung zu bringen.[15] Den Besucherstrom von DDR-‚Umsiedlern' zu den Vertriebenentreffen in Westberlin konnte das MfS jedoch nicht stoppen. Dieser endete erst mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961.

---

12 Aus Datenschutzgründen hat das Bundesarchiv deren Namen geschwärzt. Vgl. BArch Berlin. MfS. AOP 11315/64. Bd. 1, Bl. 105–107: MfS-Abteilung V/3, Sachgebiet: Landsmannschaften: Maßnahmeplan. 08.08.1958.

13 Vgl. BArch Berlin. MfS. AOP 11315/64. Bd. 2, Bl. 276–280: Maßnahmeplan zum „Tag der Heimat" in Westberlin. 25.07.1961; ebd., Bl. 281: Einsatz von IMs zum „Tag der Heimat". 03.09.1961; ebd., Bl. 242–244: Stand der Auswertung zum Revanchistentreffen. September 1960; BArch Berlin. MfS. BdL. Dok. 000658, Bl. 1–4: MfS-Minister: Revanchistentreffen. 04.09.1960.

14 BArch Berlin. MfS. AOP 11315/64. Bd. 1, Bl. 120: Methoden in der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin. 01.10.1959.

15 Vgl. ebd., Bl. 133–138: Plan zur Koordinierung auf der Linie Landsmannschaften. 01.02.1960.

Zuständigkeiten beim MfS

Das im Februar 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheit schuf sich für die Überwachung der Flüchtlinge und Vertriebenen eine eigene organisatorische Zuständigkeit.[16] Anfänglich lag diese in der Zentrale und in den Länderverwaltungen bei der jeweiligen Abteilung V; die Arbeitslinie hieß konkret: „Umsiedler, Landsmannschaften und ihre Dachorganisationen VOL und BVD". Im Herbst 1953 wurde auf oberster Ministeriumsebene aus der Abteilung V die Hauptabteilung V, auf der Ebene der MfS-Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen blieben die Abteilungen V zuständig. Diese Abteilungen wurden intern kurz „Untergrund" genannt.[17] Ihre Zuständigkeit umfasste die Bekämpfung des sogenannten politischen Untergrunds, d. h. einerseits die Überwachung der Blockparteien CDU und LDP, der Massenorganisationen und Kirchen in der DDR und andererseits die geheimdienstliche Bekämpfung der westdeutschen Parteien und ihrer „Ostbüros", des westdeutschen Gewerkschaftsbundes sowie weiterer „gegnerischer politischer Verbände in Westdeutschland und Westberlin".

Damit waren den besagten (Haupt-)Abteilungen sowohl die geheimdienstliche Bearbeitung westdeutscher Parteien und Organisationen (insbesondere ihrer Aktivitäten bezogen auf die DDR) übertragen worden als auch die geheimpolizeiliche Kontrolle und Überwachung ostdeutscher Parteien und Organisationen. Denn diese Bereiche gehörten nach SED- bzw. MfS-Denkart zusammen, da jede tatsächliche oder vermeintliche oppositionelle Bewegung in der DDR nur von außen durch westdeutsche Initiatoren hervorgerufen werden könnte. Die (Haupt-)Abteilungen kontrollierten demnach auch die „Umsiedler in der DDR und in Westdeutschland sowie die Umsiedlerorganisationen", konkret die Vereinigung der Landsmannschaften, den Bund vertriebener Deutscher, das Haus der ostdeutschen Heimat in Westberlin und den Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Dieses Arbeitsgebiet gehörte seit 1950 zum Verantwortungsbereich des damaligen Staatssekretärs Erich Mielke.[18]

1963/64 fand eine Reorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit statt. Die Hauptabteilung V führte von nun an die Bezeichnung Hauptabteilung XX. Deren Abteilung 5, Referat I erhielt die Zuständigkeit für die „Ostbüros" der bundesdeutschen Parteien und anderen ‚Feindorganisationen im Westen'. Dazu zählten auch alle Vertriebenenverbände. Diese Verantwortlichkeit blieb so bis 1989 bestehen. Die

16 Vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 38–44.
17 BArch Berlin. MfS. BdL. Dok. 003784, Bl. 7: Struktur der Hauptabteilung V. 03.01.1955; vgl. auch Auerbach, Thomas; Braun, Matthias; Eisenfeld, Bernd u. a.: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund". Berlin 2008, S. 12–17.
18 Vgl. BArch Berlin. MfS. BdL. Dok. 003748, Bl. 2: Besetzung der Abteilung V in den MfS-Bezirksverwaltungen. Januar 1955; BArch Berlin. MfS. Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) 3520: Organisierter Revanchismus und Ostverträge 1965–1975; Auerbach/Braun/Eisenfeld u. a., Hauptabteilung XX (wie Anm. 17), S. 15–17, 21, 35–38, 79–81, 104–121, 173; Gieseke, Jens: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90. Ein kurzer historischer Abriß. Berlin 1998, S. 34–40.

Hauptabteilung XX unterstand dem Stellvertretenden MfS-Minister Generaloberst Rudi Mittig. Auf der MfS-Ebene der Bezirksverwaltungen wurde die Bearbeitungslinie XX fortgeführt, die MfS-Kreisebene widmete sich ‚nur' dem Beobachten und Registrieren von Brief- und Paketkontakten zwischen DDR-‚Umsiedlern' und westdeutschen Vertriebenen bzw. von Reisen von Vertriebenenfunktionären aus der BRD in die jeweiligen DDR-Kreise. In der Ostberliner Zentrale und auf der Ebene der 14 Bezirksverwaltungen waren zwischen den 1960er und 1980er Jahren letztlich zeitgleich nicht mehr als 14 bis 18 MfS-Mitarbeiter – nicht kontinuierlich, aber immer wieder – mit dem Arbeitsgebiet „Umsiedler und revanchistische Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland" befasst.[19]

Zur Faktenbeschaffung schuf sich das MfS Anfang 1960 zudem die Querschnittsabteilung Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG). In regelmäßigen, aber größeren zeitlichen Abständen fertigten die dortigen Mitarbeiter umfangreiche Analysen über die Vertriebenenverbände, ihre Aktivitäten und Großveranstaltungen an. Diese Expertisen waren faktenreich, breit angelegt und relativ präzise, bewegten sich jedoch analytisch weitgehend im Rahmen der vorgegebenen SED-Parteiideologie und ihres ‚Feindbildes'. Die MfS-Bearbeiter und -Bearbeiterinnen für die Analysen der Vertriebenenverbände waren in der Regel ohne akademische Ausbildung und anfänglich wenig vertraut mit der Vertreibungsproblematik. Mit den Jahren eigneten sie sich Kenntnisse dazu an, jedoch zeigen die Analysen einen begrenzten Wissensstand und einen beschränkten politischen Denkhorizont.[20]

Der MfS-Arbeitslinie „Umsiedler und revanchistische Landsmannschaften" hinzuzurechnen waren auch jene weiblichen und männlichen Offiziere der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), also des DDR-Auslandsgeheimdienstes, die die geheimdienstliche Bearbeitung der Landsmannschaften und des BdV – z. B. die Gewinnung, Einschleusung und Anleitung von Agenten und die Auswertung ihrer Informationslieferung – betrieben. Die HVA, Abteilung II, Referat 3, auf der Bezirksebene die jeweiligen Abteilungen XV, befassten sich mit dem „Führen von Agenten" in Organisationen der sogenannten ideologischen Diversion, also u. a. auch in den Landsmannschaften und im Bund der Vertriebenen.[21]

---

19 Vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 30 – 32, 38 – 44.

20 Vgl. BArch Berlin. MfS. ZAIG 9704. Bd. 1: BdV und Sudetendeutsche und Schlesische Landsmannschaft, Ost- und Westpreußische Landsmannschaft, Personendossiers, Westberliner Landesverband der Vertriebenen. 1962 – 1964. Die letzte große Analyse fertigte die ZAIG im Juni 1989 an, vgl. BArch Berlin. MfS. ZAIG 28750: Objektauskunft zum Revanchistischen Dachverband „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e. V." (159 Seiten).

21 So etwa beim Fall der „IM Kern", einer HVA-Agentin in der Zentrale des BdV von 1972 bis 1985, vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 239 – 259; Wiedemann, Roland: Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. Berlin 1996, S. 369; Müller-Enbergs, Helmut: Was wissen wir über die DDR-Spionage? In: Ders. / Herbstritt, Georg (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Bremen 2003, S. 34 – 71, hier S. 52 f.

SED-‚Revanchismuskampagnen'

Die Politik der SED bezüglich der Bundesrepublik umfasste in den 1950er Jahren als strategisches Ziel, die Bundesrepublik zu destabilisieren, eine revolutionäre Situation herbeizuführen und die Wiedervereinigung Deutschlands zu östlichen Bedingungen zu befördern. In der politischen Praxis verschob sich seit den 1960er Jahren die Priorität hin zur Einflussnahme auf die Bundesrepublik, um die staatliche Anerkennung der DDR zu erreichen. Als eine Art Ersatzlegitimation, innen- und außenpolitisch ausgerichtet, stellte die SED die DDR als ‚den deutschen Friedensstaat' und die BRD als ‚Hort des Revanchismus' hin. Ostberlin klagte die Bundesrepublik öffentlich an, die europäischen Nachkriegsgrenzen, insbesondere die Oder-Neiße-Grenze, nicht anzuerkennen und Anspruch auf polnisches und sowjetisches Staatsgebiet zu erheben. Für diese ‚revanchistischen' Politikziele, so die SED, missbrauchten die Bonner Regierung und die Vertriebenenverbände die Flüchtlinge und die Vertriebenen. Je näher die SED dem erhofften Ziel der staatlichen Anerkennung entgegenzukommen glaubte, umso energischer versuchte sie, die historischen, kulturellen und verwandtschaftlichen Westbindungen der DDR-Bevölkerung zu erschweren oder zu unterbinden. Hierzu zählten auch die deutsch-deutschen Kontakte, die auf landsmannschaftlichem Zusammenhalt basierten. Mit dem Grundlagenvertrag von 1972 fanden beide Seiten ein geregeltes Nebeneinander. Die Bundesrepublik akzeptierte die DDR als zweiten deutschen Staat, ohne ihn völkerrechtlich anzuerkennen. Auf diese völkerrechtliche Anerkennung arbeitete die SED bis 1989 hin, letztlich vergeblich.[22]

Auf der politischen Agenda des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften standen die auch in der westdeutschen Gesellschaft zunehmend unrealistisch werdenden, aber nie abgelegten Ziele, einer Nicht-Anerkennung des Staates DDR und der Oder-Neiße-Grenze, die Wiederherstellung eines Deutschlands in den Grenzen von 1937 sowie ein friedliches, ungehindertes Rückkehrrecht für die Vertriebenen in die alten ost- bzw. sudetendeutschen Gebiete.[23] In diesem politischen Wirken der Vertriebenenverbände sah die SED-Führung zunehmend ein Ärgernis und weiterhin eine Bedrohung für ihre staatliche Souveränität und ihren politischen Führungsanspruch. Für die SED und das MfS gehörten die Verbände zu Organisationen in der Bundesrepublik, die sie als „Führungszentren der politisch-ideologischen Diversion" bezeichneten und der politischen Unterwanderung der DDR bezichtigten.[24]

---

22 Vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 98.

23 Vgl. BArch Berlin. MfS. ZKG 3520: Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition. MfS-Ausarbeitung von 1982; Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 95 – 97.

24 BArch Berlin. MfS. JHS 21838/4, Bl. 63 f.: Majore Pustogarow und Klotz: Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation. 1974; vgl. den Art. „Politisch-ideologische Diversion". In: Suckut, Siegfried (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit". Berlin 1995, S. 303.

Zwischen 1960 und 1963 begannen die Dienststellen des MfS im Auftrag der SED damit, systematisch das Führungspersonal des BdV und der Landsmannschaften nach möglichen politischen Verstrickungen in das NS-System zu überprüfen. Ziel und Zweck der Recherche bestand von Anfang an darin, nachzuweisen, dass die Funktionäre der Vertriebenenverbände durchweg eine faschistische Vergangenheit besaßen und der Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten im Bund der Vertriebenen und in den Landsmannschaften umfassend war.[25] Die SED-Propagandakampagnen richteten sich u. a. gegen den Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer (1905–1998)[26], den BdV-Präsidenten Hans Krüger (1902–1971) oder gegen den Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Walter Becher (1912–2005).[27]

In diesen Kampagnen, die durchaus Wirkung in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit erzielten, machten sich SED bzw. MfS nicht immer die Mühe, bei der tatsächlich vorhandenen NS-Belastung von Vertriebenenfunktionären zwischen Angepassten, Opportunisten, Mitläufern, Schreibtischtätern und tatsächlichen Tätern zu unterscheiden. Für die Beschuldigung und Diskreditierung dieser Funktionäre und den gegen sie gerichteten Faschismusvorwurf reichte unterschiedslos der Nachweis einer Mitgliedschaft in NSDAP, SA, SS oder einer anderen nationalsozialistischen Gliederung aus.[28] Die Veröffentlichung des DDR-Braunbuches 1965[29] – das maßgeblich von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS erarbeitet worden war – stellte sich als großer Propagandaerfolg für die SED heraus. Allein bis 1968 sollen nach Angaben der SED „mehr als 300 Nazi- und Kriegsverbrecher in der BRD ihren Posten“ niedergelegt haben.[30] Auf dem Höhepunkt des Kampfes um die staatliche Anerkennung der DDR 1969/70 zeichnete die SED-Propaganda das nicht

25 Vgl. BArch Berlin. MfS. Sekretariat des Ministers (SdM) 599, Bl. 83: Jahresbericht 1960 über die Agitationstätigkeit des MfS; BArch Berlin. MfS. ZAIG 9704, Bl. 42–57, 82–91, 149–218: Vertriebenenfunktionäre und Landsmannschaften. 1962–1964.

26 Vgl. Wachs, Philipp-Christian: Der Fall Oberländer 1905–1998. Ein Lehrstück deutscher Geschichte. Frankfurt/M. 2000.

27 Vgl. ausführlich Schwartz, Michael: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“. München 2012, S. 17–19, 43–68; Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED (wie Anm. 5), S. 202–207; BArch Berlin. MfS. ZAIG 9704. Bd. 2: Rechercheunterlagen über Bonner Revanchistenführer. 1960. Zu Walter Becher vgl. BArch Berlin. MfS. AP 8616/72 und PA 31; zu Linus Kather ebd., PA 611; zu Alfred Gille ebd., PA 2642 oder zu Reinhold Rehs ebd., PA 1155.

28 Vgl BArch Berlin. MfS. Hauptabteilung (HA) XX, 235: NS-Vergangenheit von Revanchistenführern. 1960; Revanchistische Landsmannschaften und ihre Einrichtungen. 1965.

29 Vgl. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West). Berlin (Ost) 1965 (eine Reprint-Ausgabe wurde 2002 von Norbert Podewin herausgegeben); Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED (wie Anm. 5), S. 190–194.

30 Vgl. Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Göttingen 2006, S. 77–84, hier S. 84; Kloth, Hans Michael; Wiegrefe, Klaus: Unbequeme Wahrheiten. In: Der Spiegel. 13.08.2006, S. 46–48. Anzumerken ist, dass das ‚Braunbuch‘ in der Bundesrepublik auf Beschluss des Landgerichts Lüneburg von 1967 der Beschlagnahme unterlag (vgl. Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 85).

falsche, aber vereinfachte Bild von einer „Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen, der zweitgrößten Massenorganisation der Bundesrepublik, mit Nazis".[31] Vertriebenenpolitiker, die klare Gegner der NS-Diktatur gewesen waren oder Distanz zum Regime gewahrt hatten, wurden hingegen nie erwähnt.

Tatsächlich wies der BdV mit seinen 14 Spitzenfunktionären im Vorsitz und Präsidium 1969 nur fünf politisch Unbelastete auf.[32] Von den neun belasteten, formal NS-verstrickten Spitzenfunktionären müssen mindestens vier nach heutigem Kenntnisstand als überzeugte Nationalsozialisten bezeichnet werden. Diese waren schon vor 1933 diversen NS-Organisationen beigetreten und hatten dort Funktionen bekleidet. Sie machten im NS-Staat Karriere, traten öffentlich für die nationalsozialistische Ideologie ein oder waren sogar in Verbrechen verstrickt.[33] Der Anteil von NSDAP-Mitgliedern in der BdV-Führung war im Vergleich zur Gesamtgesellschaft und zur Gruppe der Vertriebenen jedoch tatsächlich überdurchschnittlich hoch. Die von der SED vorgebrachten und vom MfS recherchierten Sachverhalte gegen die Funktionäre der Vertriebenenverbände waren im Kern zutreffend, wenngleich die ostdeutsche Seite auch Fakten und Zusammenhänge pauschalisierte bzw. übertrieb.[34]

Doch das eigentliche Kapital der SED war die Tatsache, dass die politischen Eliten in der Bundesrepublik und auch die Vertriebenenverbände jahrzehntelang nicht sehen wollten, welche Hypothek sie mit sich trugen.[35] So haben bis in die 2010er Jahre Landsmannschaften kaum die Verstrickungen ihrer Spitzenfunktionäre in das NS-System tatsächlich aufgearbeitet.[36] Die Suche nach möglichen NS-Verstrickungen von Vertriebenenpolitikern blieb eine bis 1989 andauernde Aufgabe der Staatssicherheit. Unter diesem Vorzeichen wurden Personendossiers über die Vertriebenenspitzenfunktionäre Waldemar Kraft (1898–1977), Linus Kather (1893–1983), Alfred Gille (1901–1971), Heinrich Windelen (1921–2015), Johann Baptist Gradl (1904–1988), Herbert Hupka (1915–2006) oder Herbert Czaja (1914–1997) geführt.[37] Noch im Juli

31 BArch Berlin. MfS. FV 13/71. Bd. 4, Bl. 91: Stoßtrupp von Rechts. Der BdV und die neue Ostpolitik der Bundesregierung.

32 Vgl. Schwarz, Funktionäre mit Vergangenheit (wie Anm. 27), S. 16 f.

33 Vgl. ebd., S. 521–531, 559–584.

34 Vgl. Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit (wie Anm. 30). S. 73–104, 156–190.

35 Dem Historiker Falco Werkentin ist zuzustimmen, dass es der DDR zwar sicher um Propaganda ging: „Doch am Wahrheitsgehalt der vorgelegten Dokumentation ‚Braunbuch' war im Großen und Ganzen nicht zu rütteln. Die bundesdeutsche Gesellschaft [...] bekam ihre eklatanten Versäumnisse im Umgang mit der eigenen Wahrheit schmerzhaft um die Ohren geschlagen. Die Unerträglichkeiten mußten von den Propagandisten der SED nicht erfunden, sondern nur aufgesammelt werden." Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression. Berlin 1997, S. 200.

36 Vgl. Aly, Götz: Zuverlässig. In: Süddeutsche Zeitung. 09.08.2002. 2012 erschien eine erste wissenschaftliche Studie zur Aufarbeitung des BdV-Führungspersonals von 1958/59: Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit (wie Anm. 27).

37 Vgl. BArch Berlin. MfS. PA 2765 (Waldemar Kraft); MfS. ZAIG 24071 und PA 1171 (Heinrich Windelen); MfS. Hauptverwaltung (HV) A 1047 und HA VI 1822 (Herbert Hupka).

1988 hieß es bei der zuständigen MfS-Recherchestelle: „Ein Nachweis, daß Dr. Czaja [BdV-Präsident] Angehöriger der SS war, konnte bisher nicht erarbeitet werden."[38]

SED und MfS unterstellten den CDU/CSU-Bundesregierungen unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard per se, Vertreter einer ‚revanchistischen Eroberungspolitik' zu sein. Und es war ein Anliegen der SED-Führung, auch der SPD die gleichen ‚revanchistischen Ziele' vorzuwerfen. In der ‚Revanchismuspropaganda' machte die SED keinen Unterschied zwischen den großen bundesdeutschen Parteien. Die SED-Spitze erklärte, dass die Vertriebenenfunktionäre in SPD-Führungskreisen ebenso „eifrig Kalte Krieger" seien wie die in der CDU/CSU.[39] Ostberlin schreckte in diesem Zusammenhang nicht davor zurück, den Sozialdemokraten Wenzel Jaksch (1896 – 1966), Präsident des BdV von 1964 bis 1966 und nachweislich ein Gegner des Nationalsozialismus, der während der NS-Zeit emigrieren musste, mit einer diffamierenden Kampagne zu überziehen. Dabei nahmen die SED-Agitatoren Bezug auf sein aktuelles politisches Wirken, da Jaksch sich nicht scheute, mit NS-belasteten sudetendeutschen Vertriebenenfunktionären in Sachen Heimatpolitik zusammenzuarbeiten.[40] Die SED-Funktionäre verunglimpften den SPD-Politiker und Vertriebenenfunktionär mit Vorwürfen und Titeln wie „Heim-ins-Reich-Krieger" und „Volk-ohne-Raum-Ideologe", d. h. sie beschimpften ihn als ‚Nazi'.[41]

‚Revanchismuskampagnen' betrieben SED und Staatssicherheit nicht nur gegen Vertriebenenfunktionäre, sondern auch gegen die Vertriebenenverbände insgesamt. In martialischer Kalter-Krieger-Manier verleumdete man öffentlich z. B. die großen Landsmannschaftstreffen der Schlesier, Pommern, Sudetendeutschen oder Ost- und Westpreußen jedes Jahr zu Pfingsten als kriegsvorbereitende Aufmärsche gegen die DDR, Polen, die ČSSR und die Sowjetunion. Die massenwirksame Verbreitung von ‚Revanchismusvorwürfen' gegen den BdV blieb eine stetige Aufgabe des MfS und der SED-Propaganda und blieb nicht ohne Wirkung.[42]

38 BArch Berlin. MfS. ZAIG 24033, Bl. 116.

39 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA) DY 30/IV 2/10.02/123, Bl. 23: SPD und Vertriebenen-Politik. 01.10.1959.

40 Vgl. Brandes, Detlef: Wenzel Jaksch im Spiegel von Dokumenten der tschechoslowakischen Staatssicherheit 1945 bis 1966. In: Bohemia 60/2 (2020), S. 237 – 264.

41 SAPMO-BA DY 6 1488: Wenzel Jaksch. Ein Arbeiter-Verräter; Jauerning, Edmund: Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde. Berlin (Ost) 1968, S. 10 – 15; BArch Berlin. MfS. ZAIG 9708. Bd. 3, Bl. 749 – 783: Personalablage zu Jaksch 1960 – 1964. Vgl. Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED (wie Anm. 5), S. 196 – 202; dies., Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 136 – 144.

42 Vgl. nur als Auswahl BArch Berlin. MfS. ZAIG 9705: Revanchistische Tätigkeit der Landsmannschaften in Westdeutschland 1965 – 1970; BArch Berlin. MfS. HVA 24, 35, 61, 1043: Gegenwärtige Lage des Revanchistenverbandes BdV in der BRD. 1982 und 1985; ebd., 1399: Vertriebenenfunktionäre in Bundesgremien 1987.

MfS-Spione in westdeutschen Vertriebenenverbänden

Die Zahl der MfS-Agenten in den Vertriebenenverbänden der BRD muss spekulativ bleiben. Bedeutungsvoller als die Quantität war für das MfS letztlich die Qualität ihrer Spitzel. Als Beispiel für einen spektakulären und für die Staatssicherheit bedeutungsvollen Agenten kann Lothar Roßdeutscher (*1912) dienen. Er war Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der DDR-Staatssicherheit mit dem Decknamen „Kropf" und lieferte von 1952 bis 1985 Informationen über den Landesverband der Schlesischen Landsmannschaft in Westberlin.[43] Da er auf Weisung des MfS im Laufe der Jahre in den Landesvorstand der Landsmannschaft aufstieg und es sogar in die Delegiertenversammlung der Bundeslandsmannschaft Schlesien brachte, berichtete „Kropf" kontinuierlich und ausführlich über seinen Landesverband, über Beziehungen und Interna zum Bundesvorstand der Landsmannschaft in Bonn, über das Haus der ostdeutschen Heimat in Westberlin sowie über die Dachorganisation in Westberlin, den Landesverband der Heimatvertriebenen. In den 1950er Jahren verriet er zahlreiche Namen von DDR-Bürgern an die Staatssicherheit, die an Heimatkreistreffen der Schlesischen Landsmannschaft in Westberlin teilnahmen. Nach 1961 lieferte der IM die Namen von DDR-Rentnern, die zu Landsmannschaftstreffen der Schlesier in Westberlin und in Westdeutschland reisten. Hinzu kamen Personalien von DDR-Bürgern, die in Kontakt zu Westberliner Landsmannschaften standen. Welche Folgen dieser Verrat für die betreffenden DDR-Bürger hatte, konnte nicht mehr recherchiert werden. Außerdem übermittelte „Kropf" Namen und Zeiten von Besuchsreisen, die Westberliner Landsmannschaftsfunktionäre nach Ostberlin, in die DDR oder nach Polen unternahmen, wen sie dort trafen bzw. was sie dort unternahmen.

Ein weiterer Auftrag des „IM Kropf" war die „Zersetzung der Landsmannschaft Schlesien".[44] Mittels verleumdender Briefaktionen gegen Funktionäre und einer in Ostberlin gefertigten und in Westberlin verteilten Vertriebenen-Zeitung gelang es zwischen 1955 und 1965, Angst und Unruhe unter den organisierten Schlesiern in Westberlin zu erzeugen, massenweise Austritte aus der Landsmannschaft zu initiieren sowie Westberliner Geschäftsleute und Geldgeber davon abzubringen, Spenden für die Vertriebenenarbeit bereitzustellen. Außerdem fanden sich immer weniger organisierte Schlesier in Westberlin bereit, Funktionen zu übernehmen oder eine aktive Landsmannschaftsarbeit zu betreiben.

Das anvisierte Ziel des MfS, die Auflösung der Landsmannschaften in Westberlin herbeizuführen, wurde nicht erreicht. Aber die Unterwanderung der Vertriebenen-Landesverbände in Westberlin durch die DDR-Staatssicherheit war so groß, dass die

43 Vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 184–209.
44 BArch Berlin. MfS. AIM 11395/86. Bd. 10, Bl. 77–84: Treffbericht mit GM Kropf. 29.10.1963, hier Bl. 77; vgl. ebd., Bl. 104 f., 126–128, 164–166: Treffberichte. 19.12.1963, 02.05.1964, 12.10.1964.

Zentralen der Bundeslandsmannschaften und der BdV Anfang der 1960er Jahre daran dachten, die Westberliner Verbände aufzulösen. Dies geschah nicht, aber die Bundesvorstände der Landsmannschaften und die BdV-Zentrale in Bonn zeigten immer ein gewisses Misstrauen gegen die Vertriebenen-Landesgruppen in Westberlin. Neben dem Verrat deutsch-deutscher landsmannschaftlicher Kontakte und den geheimdienstlichen Maßnahmen, die auf die Auflösung von Vertriebenenverbänden zielten, überbrachte der IM alle denkbaren Informationen über Struktur, Personal, Finanzierung, Aktivitäten usw. des Westberliner Landesverbands der Vertriebenen. Ende der 1960er und in den 1970er Jahren kamen Meinungen aus den Führungskreisen der Schlesischen Landsmannschaft über die Neue Ostpolitik der Bonner Bundesregierung hinzu, speziell über den Stand der Vorbereitungen und die Abschlüsse der Ostverträge. Für die Staatssicherheit waren hier die Inhalte von Gesprächen zwischen Vertriebenenfunktionären einerseits und Westberliner Politikern der CDU, FDP und SPD andererseits von besonderem Interesse.[45]

Hoffnungen auf Marginalisierung der Vertriebenenverbände

Die von der DDR-Führung nicht gewünschten, auf landsmannschaftlichen Zusammenhalt basierenden deutsch-deutschen Kontakte, hatte die Staatssicherheit ausreichend im Blick. Dazu verfügte sie über zahlreiche Spitzel in DDR-‚Umsiedlerkreisen'.[46] Das MfS kontrollierte den Postverkehr, den Reiseverkehr von DDR-Rentnern zu Vertriebenenveranstaltungen in Westdeutschland sowie die seit den 1970er Jahren anwachsende Reisetätigkeit von Funktionären der Landsmannschaften und des BdV in die DDR, nach Polen bzw. in die ČSSR. Die nach 1961 fortbestehenden, von der Größenordnung jedoch unbedeutenden persönlichen Kontakte von ‚Umsiedlern' zu organisierten Vertriebenen in Westberlin und Westdeutschland waren meist verwandtschaftlicher Art bzw. wurden von älteren ‚Umsiedlern' unterhalten. Das MfS beließ es bei der Beobachtung der Verbindungen. 1965 zogen die MfS-Bezirksverwaltungen die glaubhafte Bilanz, dass der „Einfluss der revanchistischen Landsmannschaften

45 Vgl. BArch Berlin. MfS. Archivierter IM-Vorgang (AIM) 11395/86. Bd. 1–16: Akten des Geheimen Mitarbeiters „Kropf" alias Lothar Roßdeutscher. 1951–1986; BArch Berlin. MfS. HVA 489: Über interne Vorgänge der Landsmannschaft Schlesien, Landesgruppe; Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 184–209.

46 Zum Vorstellen der Größenordnung: Die MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg verfügte 1959 über 285 Spitzel, der Bezirk Rostock über 331 Spitzel in „Umsiedlerkreisen" (BArch Berlin. MfS. BV Neubrandenburg XX, 235, Bl. 61–67: Vorhandene GI, die Umsiedler sind). Vgl. Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED (wie Anm. 5), S. 52–55.

Westdeutschlands keine umfassende Wirksamkeit" in der DDR habe.[47] SED und MfS hatten ausreichende Kontrolle über ‚ihre Umsiedler'.

Seit Mitte der 1960er Jahre informierte die DDR-Auslandsspionage, die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), zweimal jährlich die SED-Führung über den Zustand, den politischen Einfluss und die Aktivitäten der Landsmannschaften und des BdV. Die geringe Zahl und der nicht große Umfang der Informationen lässt den Schluss zu, dass das SED-Politbüro den Vertriebenenverbänden inzwischen keine übermäßige Bedeutung mehr beimaß. Die Dossiers gingen an Erich Honecker und an die SED-Verantwortlichen für die sogenannte Westarbeit, fast immer wurden sie auch an die „befreundeten Geheimdienste" in Warschau, Prag, Budapest und Moskau weitergeleitet.[48] Die HVA berichtete sachlich über innere Zustände des BdV bzw. der großen Landsmannschaften und über deren Beziehungen zu den Partei-, Parlaments- und Regierungsgremien der BRD. Wiederholt referierte man über das dauerhaft zerrüttete Vertrauensverhältnis zwischen den sozial-liberalen Bundesregierungen unter Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt auf der einen und dem Bund der Vertriebenen und seinem Präsidenten Herbert Czaja auf der anderen Seite. Das habe auch zu Kontroversen und Streitereien innerhalb der BdV-Führungsgremien geführt.

In den 1970er Jahren begannen vertriebenenpolitische Bastionen in der bundesdeutschen Gesellschaft sichtbar zu bröckeln, was auch generationsbedingt war. Es lebten immer weniger Vertriebene der Erlebnisgeneration. Es wurde üblich, die DDR nicht mehr als ‚Zone' zu bezeichnen, als ‚Ostdeutschland' sah man nun die DDR und nicht mehr die Gebiete jenseits von Oder und Neiße an und unter ‚Wiedervereinigung' wurde nun die Vereinigung mit der DDR und nicht mehr die mit den ehemaligen deutschen Ostgebieten verstanden. Das MfS stellte Mitte der 1970er Jahre fest, dass entgegen den öffentlichen Bekanntmachungen des BdV, der die Zahl seiner Mitglieder mit 2,5 Millionen angab, diese bei nur noch knapp 1,5 Millionen lag. Die Staatssicherheit rechnete mit einem Organisationsgrad von unter 15 Prozent unter den Vertriebenen. Die überhöhte Angabe der Mitgliederzahlen durch die BdV-Führung werteten die Ostberliner zu Recht als „Flucht nach vorn", um über die schwindende Bedeutung der Verbände hinwegzutäuschen.[49]

---

47 BArch Berlin. MfS. BV Neubrandenburg XX 235: Bericht: Revanchistische Landsmannschaften und ihre Einrichtungen. 1965. Vgl. auch Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED (wie Anm. 5), S. 79 – 82.

48 Vgl. BArch Berlin. MfS. HVA 84: HVA-Information an Erich Honecker. 03.09.1979: Haltung der Führung des BdV zu aktuellen politischen Fragen; ebd., 114: Information über die Lage im Bund der Vertriebenen und seine weiteren Aktivitäten. 13.01.1975. Vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 214 – 217.

49 Vgl. BArch Berlin. MfS. Juristische Hochschule (JHS) 21838/4: Major Pustogarow / Major Klotz: Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation. 1974; BArch Berlin. MfS. SED Kreisleitung (KL) 4251: Dietrich Gayko: Aktuelle Tendenzen im landsmannschaftlichen Revanchismus der BRD. 1974.

‚Revanchistische' Offensive aus Bonn ab 1982 – Realität oder Propaganda?

Nach dem Wechsel von der sozial-liberalen zur christlich-liberalen Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl 1982 hofften die Vertriebenenfunktionäre auf wirkungsvollere inhaltliche und materielle Unterstützung. Zunächst fürchtete Ostberlin ein Wiederaufleben der „Revanchistenverbände".[50] Als sichtbares Zeichen für ihr Erstarken wertete man 1982/83 die Vielzahl von hochrangigen Unterredungen zwischen dem Präsidium des BdV und Regierungspolitikern wie Kanzler Kohl, Bundespräsident Karl Carstens, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und CDU/CSU-Bundesfraktionsvorsitzender Alfred Dregger. Zudem traten nach jahrelanger Abwesenheit wieder hochrangige Bundespolitiker als Gastredner auf Großveranstaltungen der Vertriebenenverbände auf. Einen Höhepunkt markierte dabei die Rede des Bundeskanzlers auf dem Tag der Heimat des BdV in Westberlin im September 1984 und auf dem 21. Deutschlandtreffen der Schlesier im Juni 1985. Das ursprüngliche Motto des Schlesiertreffens „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" löste heftige Diskussionen in der Öffentlichkeit aus. Scharfe Kritik aus Warschau und Moskau sowie aus dem westeuropäischen Ausland führte schließlich zu dem geänderten Motto: „40 Jahre Vertreibung – Schlesien unsere Zukunft im Europa freier Völker".[51] Die Abänderung des Schlesier-Mottos wurde auch als gescheiterter Versuch der Landsmannschaft gesehen, die ost- bzw. deutschlandpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung im Interesse der Vertriebenenverbände zu beeinflussen.[52]

Die Beobachtung des MfS, dass ab 1983 wieder höhere Finanzmittel des Bundes für die Vertriebenenverbände flossen, war zutreffend. Mehr Geld gab es für die institutionelle Förderung der Verbände und ihrer Gremien sowie für deren Aktivitäten, für die sogenannte ostdeutsche Kultur- und Bildungsarbeit und für die Förderung der Forschung.[53] MfS-intern wusste man jedoch, dass das Verhältnis zwischen der Bonner

---

50 Vgl. BArch Berlin. MfS. HVA 24: Gegenwärtige Lage des BdV. 18.04.1983; ebd., 27: Aktivitäten des BdV zur Einflussnahme auf die BRD-Regierung. 22.12.1983.

51 Vgl. BArch Berlin. MfS. HVA 1044, Bl. 198–204: Revanchistentreffen der Landsmannschaft Schlesien. Juni 1985; BArch Berlin. MfS. ZAIG 9756, Bl. 7–29: MfS-Zeitungsausschnittsammlung zum Bundesschlesiertreffen; BArch Berlin. MfS. ZAIG 28750, Bl. 5–57: Sammlung innen- und ausländischer Pressestimmen: Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband BdV. Juni 1989; BArch Berlin. MfS. HVA 35: Information über die politischen Zielvorstellungen und die Tätigkeit des Revanchistendachverbandes BdV in der BRD. 13.03.1985.

52 Vgl. Frantzioch, Marion: Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin (West) 1987, S. 157–160; Hupka, Herbert: Unruhiges Gewissen. Ein deutscher Lebenslauf. Erinnerungen. München 1994, S. 336–359.

53 Vgl. BArch Berlin. MfS. JHS 20629, Bl. 72–82: Zum Wesen und den Funktionen und Methoden revanchistischer Landsmannschaften in der BRD. 1986; Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 259–274.

Regierung und den Spitzen der Vertriebenenverbände getrübt war. In einer sachlichen Analyse der DDR-Auslandsspionage hieß es 1983:

> „Wie aus Einschätzungen leitender Funktionäre des BdV hervorgeht, [haben diese] besondere Erwartungen auf eine wirkungsvollere ideelle und materielle Unterstützung durch BRD-Regierungsstellen seit [...] der im Oktober 1982 gebildeten und durch die Bundestagswahlen am 6. März 1983 bestätigten CDU/CSU/FDP-Regierung, wobei sie jedoch das – angesichts zahlreicher interner Probleme – begrenzte Gewicht ihrer Organisation deutlich überschätzten."[54]

Der Niedergang der Vertriebenenorganisationen setzte sich in den 1980er Jahren in der Ära Helmut Kohl weiter fort. Trotz erheblicher finanzieller Zugeständnisse an den BdV und einiger symbolischer Gesten der Regierungskoalition erlebte der Verband keine Renaissance. Dem Bund der Vertriebenen und den Landsmannschaften gelang es nicht, die Deutschland- bzw. Ostpolitik der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung in ihrem Sinne zu beeinflussen, d. h. sie dazu zu bringen, offensive Wiedervereinigungspolitik mit dem Ziel einer Rückgewinnung möglichst großer Teile früherer deutscher Ostgebiete zu betreiben.[55] Obwohl diese Entwicklung offensichtlich war, blieb die Ostberliner Propaganda, unterstützt von den MfS-Agitationsoffizieren, bei dem grotesk überzeichneten Bild von den Vertriebenenverbänden, nach dem diese erfolgreich die Unterwanderung der Bundesrepublik durch „revanchistische, tendenziell neofaschistische Ideen"[56] betrieben. Abgeklärter sahen die Offiziere der HVA die Bedeutung der Vertriebenenverbände. Ihre Dossiers über den Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften spiegelten wider, über welche geringe politische Bedeutung diese in der bundesdeutschen Gesellschaft inzwischen verfügten. Die ‚revanchistische' Unterwanderung der Bundesrepublik durch die Vertriebenenverbände war SED-Propaganda, während die DDR- und MfS-Spitzen die Realität kannten und um den tatsächlichen Bedeutungsverlust der Verbände wussten.[57]

---

54 BArch Berlin. MfS. HVA 24, Bl. 55: HVA-Information über die gegenwärtige Lage des Revanchistenverbandes BdV in der BRD. 18.04.1983.

55 Vgl. Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch" (wie Anm. 3), S. 433–436.

56 BArch Berlin. MfS. ZAIG 28750, Bl. 21 f.: Der Schoß ist fruchtbar noch. April 1988; vgl. BArch Berlin. MfS. JHS 20083, Bl. 1–137: Die politisch-ideologische Diversion gegen die DDR. 1987.

57 Vgl. das noch am 1. Juli 1989 von der HVA/Abteilung II vorgelegte, 105 Seiten starke Dossier zum BdV: BArch Berlin. MfS. HA XX. Zentrale Materialablage (ZMA) 663, Bl. 5–112: Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e. V. (BdV)" sowie BArch Berlin. MfS. JHS 20083, Bl. 1–137: Die politisch-ideologische Diversion gegen die DDR. 1987. Vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 270–274.

POLEN

Sebastian Rosenbaum

‚Vorposten des Revisionismus'. Schlesische Landsmannschaften im Fokus der polnischen Sicherheitsorgane

Zusammenfassung: Im Diskurs der Volksrepublik Polen nahm der ‚westdeutsche Revisionismus', womit das angebliche Bestreben der BRD gemeint ist, die ehemaligen deutschen Ostgebiete zurückzugewinnen, einen prominenten Platz ein. Die deutschen Vertriebenen und insbesondere die Landsmannschaften (einschließlich der beiden schlesischen) galten als wichtige Gruppen, die diesen Revisionismus besonders förderten. Die polnischen Behörden befürchteten dadurch einen negativen Einfluss auf die ‚anerkannten' Deutschen in Niederschlesien und die Autochthonen, also die einheimische Bevölkerung, in Oberschlesien. Der Staatssicherheitsapparat – Nachrichtendienst, Spionageabwehr und die Dienste zur Bekämpfung ‚staatsfeindlicher' Haltungen – wurde intensiv in den Kampf gegen die Landsmannschaften einbezogen. Man versuchte, diese zu überwachen, ihre Kontakte zur polnischen Bevölkerung aufzudecken und Spitzel in ihre Reihen einzuschleusen. Einen besonders großen Umfang erreichten diese Aktivitäten in Oberschlesien, wo die Aktionen gegen deutschfreundliche Einstellungen der Autochthonen – einschließlich ihrer Kontakte zu den Landsmannschaften – zeitweise den größten Teil der Operationen des Sicherheitsapparates ausmachten.

Schlagwörter: Vertriebenenverbände; Volksrepublik Polen; Nieder- und Oberschlesien; deutsche Minderheit und Autochthone; polnischer Sicherheitsdienst

Abstract: 'West German revisionism' occupied a prominent place in the discourse of the People's Republic of Poland through the alleged aspiration of the Federal Republic of Germany to regain the former German eastern territories. German expellees, and especially the *Landsmannschaften* (including the two Silesian organizations), were considered to be important groups in promoting this revisionism. The Polish authorities feared their influence on the 'recognised Germans' in Lower Silesia and the autochthons, i. e. the indigenous population, in Upper Silesia. The state security apparatus – intelligence, counterintelligence and the services combating attitudes 'hostile to the state' – was heavily involved in the fight against the *Landsmannschaften*. It tried to invigilate them, to reveal their contacts with the inhabitants of Poland and to introduce informers into their ranks. The activities of the security apparatus became particularly large scale in Upper Silesia, where actions against pro-German attitudes of the autochthons – including contacts with the *Landsmannschaften* – periodically constituted the majority of all operations.

Keywords: Expellee organizations; People's Republic of Poland; Lower and Upper Silesia; German minority and autochthons; Polish security services

Dr. Sebastian Rosenbaum, Instytut Pamięci Narodowej, Oddziałowe Biuro Badań Historycznych w Katowicach, ul. Józefowska 102, 40-145 Katowice, Polen, sebastian.rosenbaum@ipn.gov.pl

https://doi.org/10.1515/9783110795288-003

Einleitung

Die Strategie und Vorgehensweise der Sicherheitsorgane in der Volksrepublik Polen gegenüber den schlesischen Landsmannschaften bilden einen äußerst wichtigen Teil der Geschichte der politischen Polizei in Nieder- und Oberschlesien.[1] Dennoch ist dieses Thema bislang nur unzureichend bearbeitet worden und es existieren nur wenige Fallstudien. In den Archiven des Instituts für Nationales Gedenken (*Instytut Pamięci Narodowej* – IPN) befinden sich zahlreiche Materialien, die weitere Forschungen ermöglichen, und auch die Nutzung der Archive der Landmannschaften ist zur Bearbeitung des Themas wichtig. Ein solches Forschungsprojekt ist vorerst jedoch noch ein Desiderat. Im Folgenden soll daher der erste Versuch eines Überblicks unternommen werden. Das Interesse des polnischen Sicherheitsapparates an den schlesischen Landsmannschaften in der Zeit von 1945 bis Anfang der 1980er Jahre wird untersucht und einer ersten Bewertung unterzogen. Dafür wird zunächst kurz der Diskurs über die Vertriebenen und insbesondere die Landsmannschaften erörtert. Danach geht es um die Bedeutung speziell der schlesischen Region und der dortigen Bevölkerungsgruppen – der deutschen Minderheit und der Autochthonen, also der einheimischen Bevölkerung –, bevor schließlich die wichtigsten Richtungen der operativen Arbeit des Geheimdienstes, der Spionageabwehr und anderer Organe aufgezeigt und eine Reihe von Beispielen angeführt werden.

Die Vertriebenen im politischen Diskurs der Volksrepublik Polen

Seit den späten 1940er Jahren entwickelte sich im Diskurs der polnischen Behörden eine Darstellung der Vertriebenen und ihrer Verbände in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) als ein Milieu, das Polen gegenüber äußerst feindlich eingestellt war. Dieses Bild war Teil einer prinzipiellen antideutschen Haltung der kommunistischen Behörden. Nachdem 1949 die BRD gegründet worden war, galt sie im öffentlichen Tenor der Volksrepublik Polen *per se* als ‚revisionistisch'. Der ‚westdeutsche

1 Die Struktur der Sicherheitsorgane unterlag einigen Veränderungen: Anfänglich unterstanden dem Ministerium für öffentliche Sicherheit (*Ministerstwo Bezpieczeństwa Publicznego* – MBP) auf lokaler Ebene die Ämter für öffentliche Sicherheit (*Urząd Bezpieczeństwa Publicznego* – UBP), ab 1954 die Komitees für die Belange der öffentlichen Sicherheit (*Komitet do spraw Bezpieczeństwa Publicznego* – KdsBP). An ihre Stelle trat ab November 1956 der Sicherheitsdienst (*Służba Bezpieczeństwa* – SB) des Innenministeriums (*Ministerstwo Spraw Wewnętrznych* – MSW). Die lokalen SB agierten dabei innerhalb der Kreis-, Stadt- bzw. Woiwodschaftspräsidien der Bürgermiliz (*Komenda Powiatowa, Miejska, Wojewódzka Milicji Obywatelskiej*). Vgl. Terlecki, Ryszard: Miecz i tarcza komunizmu. Historia aparatu bezpieczeństwa w Polsce 1944–1990 [Schwert und Schild des Kommunismus. Geschichte des Sicherheitsapparates in Polen 1944–1990]. Kraków 2007, S. 348–363.

Revisionismus',[2] d. h. die Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze, wurde als eine ständige „politische Richtung der westdeutschen Regierung" sowie „verschiedener reaktionärer Kreise in der westdeutschen Gesellschaft" betrachtet.[3] Noch 1968 behauptete Władysław Gomułka (1905–1982), der erste Sekretär des Zentralkomitees (ZK) der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza* – PZPR): „Eines der Hauptziele der Politik aller westdeutschen Regierungen war und ist die Zerschlagung der bestehenden polnischen Staatsgrenzen und die Eingliederung eines Drittels des polnischen Territoriums in Deutschland".[4] Dies änderte sich nach dem deutsch-polnischen Abkommen vom 7. Dezember 1970 nur teilweise: Der ‚Revisionismus', so behauptete man, wurde von den staatlichen Behörden und dem Rechtssystem nach wie vor unterstützt und gefördert.[5]

Neben dem ‚Revisionismus' spielte die öffentliche Darstellung Westdeutschlands als ‚Fortsetzung des Dritten Reiches' eine enorme Rolle. Dabei griffen die regierenden Kommunisten die starke Präsenz antideutscher Ressentiments in der durch den Krieg und die deutsche Besatzung ausgezehrten polnischen Gesellschaft auf.[6] Die auf die BRD fokussierte Deutschenfeindlichkeit bildete so eine Säule der Legitimität und war fester Bestandteil der politischen Propaganda und Erinnerungskultur.[7] Das Vorhandensein nationalistischer Haltungen bei Teilen der polnischen Kommunisten erleichterte die Verbreitung antideutscher Ansichten.[8]

---

2 Vgl. Madajczyk, Piotr: „Rewizjonizm zachodnioniemiecki" – problemy terminologiczne i trudności badawcze zjawiska [„Westdeutscher Revisionismus" – Terminologische Schwierigkeiten und Forschungsprobleme eines Phänomens]. In: Rosenbaum Sebastian (Hg.): „Po linii rewizjonizmu zachodnioniemieckiego". Aparat bezpieczeństwa i akcja antyrewizjonistyczna wobec ludności niemeckiej i rodzimej w Polsce [„Dem westdeutschen Revisionismus auf der Spur". Der Sicherheitsapparat und die antirevisionistischen Aktionen gegen die deutsche und einheimische Bevölkerung in Polen]. Katowice-Warszawa 2020, S. 16–31.

3 O. A.: Rewizjonizm. In: Słownik wiedzy obywatelskiej [Wörterbuch des staatsbürgerlichen Wissens]. Warszawa 1970, S. 393–395, hier S. 394.

4 Gomułka, Władysław: O problemie niemieckim [Über das deutsche Problem]. Warszawa 1968, S. 492.

5 Vgl. Walichnowski, Tadeusz: Kult rewizjonizmu terytorialnego w polityce i prawie RFN [Der Kult des territorialen Revisionismus in Politik und Recht der BRD]. Warszawa 1983.

6 Vgl. Dmitrów, Edmund: Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglądy i opinie z lat 1945–1948 [Deutschland und die NS-Besatzung in den Augen der Polen. Ansichten und Meinungen 1945–1948]. Warszawa 1987; Kosiński, Paweł: Wojna i okupacja w pamięci zbiorowej Polaków (1944–1989) [Krieg und Besatzung im kollektiven Gedächtnis der Polen (1944–1989)]. In: Kochanowski, Jerzy; Kosmala, Beate (Hg.): Polska – Niemcy. Wojna i pamięć [Polen – Deutschland. Krieg und Erinnerung]. Warszawa-Poczdam 2009, S. 80–85.

7 Vgl. Zaremba, Marcin: Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce [Kommunismus, Legitimität, Nationalismus. Nationalistische Legitimierung der kommunistischen Herrschaft in Polen]. Warszawa 2005; Mazur, Mariusz: Propagandowy obraz świata. Polityczne kampanie prasowe w PRL 1956–1980 [Das propagandistische Weltbild. Politische Pressekampagnen in der Volksrepublik Polen 1956–1980]. Warszawa 2003, S. 178 f.

8 Vgl. Tyszka, Krzysztof: Nacjonalizm w komunizmie. Ideologia narodowa w Związku Radzieckim i Polsce Ludowej [Nationalismus im Kommunismus. Nationale Ideologie in der Sowjetunion und in Volkspolen]. Warszawa 2004, S. 127–130.

Die westdeutschen Vertriebenenverbände nahmen in der von den kommunistischen Behörden propagierten Vorstellungswelt einen besonderen Platz ein. Bereits in den 1940er Jahren begann eine Kampagne gegen sie, die in den öffentlichen Medien bis 1989 fortgesetzt wurde. Als „moderne Kreuzritter“, Sammelbecken für „Kriegsverbrecher“ und „Polenfresser“, deren Veranstaltungen als „Hexensabbate der Revanchisten“ bezeichnet wurden,[9] standen diese Organisationen ständig im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Vertriebenenfunktionäre Herbert Czaja (1914–1997) und Herbert Hupka (1915–2006) wurden zu Symbolen des Revanchismus und genossen in Polen einen Bekanntheitsgrad, von dem sie in Deutschland wohl nur träumen konnten.[10]

Ab den frühen 1950er Jahren meinten die Behörden die Präsenz ‚revisionistischer‘, d. h. ‚deutschfreundlicher‘, Ansichten auch unter den Einwohnern Polens erkennen zu können. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass Sympathien für das ‚Deutschtum‘ durch die Propaganda ‚revanchistischer‘ Kreise entstanden seien.[11] Darauf nahm auch die ‚antirevisionistische‘ Entschließung der Geschäftsführung des ZK der PZPR vom Juni 1960 Bezug, in der festgestellt wurde, dass Einwohner der Nord- und Westgebiete Polens (vor allem waren hier die Autochthonen gemeint) Opfer des feindseligen Einflusses der Vertriebenenverbände seien.[12] Die Landsmannschaften wollten diese einheimischen Bewohner zu ‚Diversion‘ und staatsfeindlichen Haltungen bewegen, was mit allen Mitteln zu bekämpfen sei. Die Entschließung war somit eine Leitlinie für die Tätigkeit des Sicherheitsdienstes und anderer staatlicher Organe.[13]

---

9 Zit. nach Jakubowska, Anna: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen (1957–2004). Selbst- und Fremddarstellung eines Vertriebenenverbandes. Marburg 2012, S. 69, 121.

10 Vgl. Rosenbaum, Sebastian: Czaja i Hupka – dwa przykłady górnośląskich „odwetowców“ z RFN [Czaja und Hupka – Zwei Beispiele oberschlesischer „Revanchisten“ aus der BRD]. In: Linek, Bernard; Michalczyk, Andrzej (Hg.): Leksykon mitów, symboli i bohaterów Górnego Śląska XIX–XX wieku [Lexikon der Mythen, Symbole und Helden Oberschlesiens im 19.–20. Jahrhundert]. Opole 2015, S. 214–217.

11 Vgl. Linek, Bernard: „Rewizjonizm niemiecki“ – skala, charakter i polityka władz bezpieczeństwa [Der „deutsche Revisionismus“ – Maßstab, Charakter und Politik der Sicherheitsbehörden]. In: Dziurok, Adam; Linek, Bernard; Tarka, Krzysztof (Hg.): Stalinizm i rok 1956 na Górnym Śląsku [Der Stalinismus und das Jahr 1956 in Oberschlesien]. Katowice-Opole-Kraków 2007, S. 209–235; Rosenbaum, Sebastian: Partia i aparat bezpieczeństwa województwa katowickiego wobec proniemieckich postaw ludności rodzimej od lat pięćdziesiątych do siedemdziesiątych XX w. [Partei und Sicherheitsapparat der Woiwodschaft Kattowitz gegen die deutschfreundliche Haltung der einheimischen Bevölkerung von den 1950er bis zu den 1970er Jahren]. In: Syrnyk, Jarosław (Hg.): Aparat bezpieczeństwa Polski Ludowej wobec mniejszości narodowych i etnicznych oraz cudzoziemców. Studia [Das Verhalten des Sicherheitsapparats der Volksrepublik Polen gegenüber den nationalen und ethnischen Minderheiten sowie Ausländern. Studien]. Warszawa 2009, S. 57–102.

12 Abgedruckt in Madajczyk, Piotr: Niemcy polscy 1944–1989 [Die polnischen Deutschen 1944–1989]. Warszawa 2001, S. 274–276, hier S. 275.

13 Vgl. ebd., S. 273–280.

Schlesien als Problem für die Behörden

Nachdem 1950 die beiden konkurrierenden schlesischen Landsmannschaften – die Landsmannschaft Schlesien (LS) und die Landsmannschaft der Oberschlesier (LdO) – gegründet worden waren,[14] wurden auch sie Teil der propagandistischen Narrative und blieben dies bis zum Ende des Kommunismus. Noch in Schulungsunterlagen für PZPR-Aktivisten aus dem Jahr 1977 hieß es, dass sie „antipolnische Aktivitäten" betrieben, „die mit Millionensummen aus dem Staatshaushalt unterstützt und von einflussreichen politischen und wirtschaftlichen Kreisen gefördert werden".[15]

Schlesien – sowohl Nieder- als auch insbesondere Oberschlesien mit dem bedeutsamsten Industrierevier Polens – war ein äußerst wichtiger Teil der Volksrepublik. Die deutsche Minderheit und die Autochthonen, auf die man das Wirken der LS/LdO gerichtet sah, waren gerade in Schlesien am zahlreichsten vertreten. In Niederschlesien (vor allem in der Woiwodschaft Breslau [Wrocław]) lebten 1950 noch etwa 52.000 ‚anerkannte Deutsche', vor allem im Kohlenbecken um Waldenburg (Wałbrzych). Sie erhielten damals das Recht, unter der strengen Kontrolle des Regimes eigene Organisationen, deutschsprachige Schulen und Presseorgane zu gründen. Diese Gruppe verringerte sich in den folgenden 20 Jahren infolge der Aussiedlung nach Deutschland auf nur noch 2.500 Personen.[16]

Anders war die Situation in Oberschlesien, das seit 1950 in die Woiwodschaften Oppeln (Opole) und Kattowitz (Katowice) geteilt war. Offiziell wohnten hier keine Deutschen. Die „dystopische Vision eines ethnisch homogenen Nationalstaates"[17] traf die einheimische, national gemischte Grenzbevölkerung besonders hart, wobei ‚symbolische Gewalt' – in Form von Maßnahmen der ‚Polonisierung' und ‚Entdeutschung' – oftmals auch mit ‚nackter' Gewalt einher ging. Allerdings lebten in Ober-

---

14 Vgl. Lotz, Christian: Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948 – 1972). Köln-Weimar-Wien 2007, S. 62 – 65. Die LS „beanspruchte, das gesamte Schlesien einschließlich Oberschlesien zu vertreten, wohingegen die LdO behauptete, allein Oberschlesien zu repräsentieren" und dies mit einem „spezifischen Erfahrungshintergrund der Oberschlesier" begründete. Ebd., S. 70.

15 O. A.: Imperializm zachodnioniemiecki ciągle groźny. Materiał pomocniczy na zebrania POP, zajęcia szkoleniowe i lektorskie. Do użytku wewnętrznego [Westdeutscher Imperialismus weiterhin bedrohlich. Unterstützendes Material für Sitzungen der Grundorganisationen der Partei, Schulungen und Vorträge. Für den internen Gebrauch]. Warszawa [Februar 1977], S. 16.

16 Vgl. Kurasz, Irena: Politische und gesellschaftliche Gegebenheiten der Anwesenheit von Deutschen in Niederschlesien zwischen 1945 und 1989. In: Dziurok, Adam; Madajczyk, Piotr; Rosenbaum, Sebastian (Hg.): Die deutsche Minderheit in Polen und die kommunistischen Behörden 1945 – 1989. Paderborn 2017, S. 166 – 177; dies.: Mniejszość niemiecka na Dolnym Śląsku. Studium socjologiczne [Die deutsche Minderheit in Niederschlesien. Eine soziologische Studie]. Kraków 2016.

17 Service, Hugo: Upper Silesia in the Age of the Ethnically Homogeneous Nation-State, 1939 – 1949. In: Bjork, James; Kamusella, Tomasz; Wilson, Tim; Novikov, Anna (Hg.): Creating Nationality in Central Europe, 1880 – 1950. Modernity, Violence and (Be)longing in Upper Silesia. London-New York 2016, S. 185 – 209, hier S. 201.

schlesien Ende der 1940er Jahren etwa eine Million Autochthone, die vor 1938 Bürger des Deutschen Reiches gewesen waren,[18] und eine weitere Million Oberschlesier, die zwischen 1922 und 1939 im polnischen Staat gelebt hatten.[19] Zwar galten sie offiziell als Polen, doch den Behörden war klar, dass nicht alle Oberschlesier eine polnische nationale Identität angenommen hatten. Manche waren national indifferent geblieben oder hatten sich sogar mit dem ‚Deutschtum' identifiziert.[20] Auch wenn sich hier in den nachfolgenden Jahrzehnten die Anzahl der Personen durch Auswanderung ebenfalls reduzierte,[21] blieb in Oberschlesien die Gruppe der potenziell ‚Verdächtigten' wesentlich größer als in Niederschlesien. Beide Bevölkerungsgruppen besaßen viele Kontakte in die BRD.

Nachrichtendienste und Landsmannschaften

Für den Sicherheitsdienst spielte die Frage der deutschen Landsmannschaften eine bedeutende Rolle. Es entstanden zahlreiche Studien, in denen die SB-Tätigkeit ausgewertet wurde,[22] sowie Karteien der Aktivisten der LS/LdO, die die operative Arbeit erleichtern sollten.[23] Kontinuierlich untersucht wurden die landsmannschaftlichen Zeitschriften, wie zum Beispiel *Unser Oberschlesien*, das Organ der LdO.[24]

Dem Sicherheitsapparat war klar, dass die Bekämpfung der Vertriebenenorganisationen an zwei Fronten geführt werden musste: durch nachrichtendienstliche Aktivitäten im Ausland sowie innerhalb des Landes durch gemeinsame Operationen der Spionageabwehr und von Abteilungen der UBP/SB zur Bekämpfung ‚staatsfeindlicher

18 Vgl. Strauchold, Grzegorz: Autochtoni polscy, niemieccy czy… Od nacjonalizmu do komunizmu (1945 – 1949) [Die Autochthonen: polnisch, deutsch oder…? Vom Nationalismus bis zum Kommunismus (1945 – 1949)]. Toruń 2001. Die Autochthonen wohnten in Schlesien vor allem in der Woiwodschaft Oppeln, sowie im Industrierevier um Beuthen (Bytom), Gleiwitz (Gliwice) und Zabrze in der Woiwodschaft Kattowitz.

19 Vgl. Michalczyk, Andrzej: Górnoślązacy/Ślązacy [Oberschlesier/Schlesier]. In: Linek/Michalczyk, Leksykon mitów (wie Anm. 10), S. 15 – 18, hier S. 16.

20 Vgl. Linek, Bernard: Polityka antyniemiecka na Górnym Śląsku w latach 1945 – 1950 [Die antideutsche Politik in Oberschlesien in den Jahren 1945 – 1950]. 2., überarb. Aufl. Opole 2014.

21 Heute leben noch etwa 1,5 Millionen Oberschlesier in Polen. Vgl. Michalczyk, Górnoślązacy/Ślązacy (wie Anm. 19), S. 16.

22 Vgl. Rosenbaum, Sebastian: „Forpoczta niemieckiego rewizjonizmu". Ziomkostwa śląskie w wybranych opracowaniach funkcjonariuszy SB [„Vorposten des deutschen Revisionismus". Schlesische Landsmannschaften in ausgewählten Untersuchungen von SB-Mitarbeitern]. In: Ders., „Po linii rewizjonizmu" (wie Anm. 2), S. 94 – 115, hier S. 98 – 102.

23 Vgl. z. B. Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej (AIPN) [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken] Warszawa (Wa.). Ministerstwo Spraw Wewnętrznych (MSW) [Ministerium des Inneren]. Sign. 01299. Nr. 821: Liste der Aktivisten der westdeutschen Landmannschaft: Schlesier, Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und die Vereinigung der Danziger [1961].

24 Vgl. z. B. AIPN Wa. MSW. Sign. 01304. Nr. 450: Informationen über aktuelle Aktivitäten von revisionistischen und heimatkundlichen Organisationen in der BRD [1974].

Haltungen'.[25] Operative Maßnahmen gegen die Landsmannschaften wurden von Sektionen durchgeführt, die sich mit der Überwachung der deutschen Bevölkerung befassten, sowie von nachrichtendienstlichen Abteilungen, die auf Aktivitäten in Westdeutschland ausgerichtet waren.[26] Im April 1955 entstand die ‚deutsche' Abteilung III des Nachrichtendienstes mit vier Sektionen: Sektion I – Deutsche Geheimdienste und revisionistische Organisationen; Sektion II – US-amerikanische, britische und französische Nachrichtendienste, die auf dem deutschen Gebiet tätig sind; Sektion III – Regierung der BRD und politische Parteien; Sektion IV – Österreich.[27]

Der Nachrichtendienst operierte über seine Residenturen in Deutschland; ab 1954 funktionierte auch die ‚illegale' Residentur ‚Viktoria', die getrennt von den offiziellen Vertretungen Polens arbeitete.[28] Nach einer Inspektion der Residenturen im Herbst 1947 erwähnte Leutnant Marcel Reich(-Ranicki) (1920 – 2013), der später als Literaturkritiker bekannt werden sollte, in seinem Bericht unter anderem, dass der Nachrichtendienst in Deutschland Daten „über Organisationen von Schlesiern, Danzigern und anderen aus Polen ausgesiedelten Personen" sammelte. Er hielt diese nachrichtendienstliche Arbeit jedoch für unwirksam: Es sei nicht möglich, ein Spionagenetz aufzubauen, weshalb es danach zu einer Reorganisation der polnischen Aufklärung in Deutschland kam.[29]

Neben der Zentrale in Warschau und den Außenstellen im Ausland besaß der Nachrichtendienst auch regionale UBP/SB-Vertretungen innerhalb des Landes. So entstand im Oktober 1955 in Kattowitz (später auch in Opppeln und Breslau) die Unabhängige Spezialgruppe (*Samodzielna Grupa Specjalna* – SGS), die die Aufgabe hatte, vor Ort „Agenten für den Einsatz im Ausland, vor allem in Westdeutschland, zu rekrutieren" und Aufträge für den Nachrichtendienst auszuführen.[30] Sie intensivierte ihre Arbeit nach 1956 im Zusammenhang mit der Übersiedlung von Oberschlesiern

---

25 Vgl. Rosenbaum, Sebastian: Zagadnienie niemieckie [Die deutsche Frage]. In: Syrnyk, Aparat bezpieczeństwa (wie Anm. 11), S. 59 – 79, hier S. 65 – 68; zu Niederschlesien vgl. Syrnyk, Jarosław: „Po linii" rewizjonizmu, nacjonalizmu, syjonizmu… Aparat bezpieczeństwa wobec ludności niepolskiej na Dolnym Śląsku (1945 – 1989) [„Auf der Spur" des Revisionismus, Nationalismus, Zionismus… Der Sicherheitsapparat gegen die nicht-polnische Bevölkerung in Niederschlesien (1945 – 1989)]. Wrocław 2013, S. 100 – 125; zu Oberschlesien vgl. Dziurok, Adam; Dziuba Adam (Hg.): Fundament systemu zniewolenia. Z działalności wojewódzkich struktur Urzędu Bezpieczeństwa w Katowicach 1945 – 1956 [Die Grundlage für das Systems der Versklavung. Aktivitäten der Woiwodschaftsstrukturen des Sicherheitsamtes in Kattowitz 1945 – 1956]. Katowice 2009, S. 21 – 84, 255 – 303.

26 Der Nachrichtendienst befand sich zunächst im MBP in der Abteilung II und ab Juli 1947 in der Abteilung VII, ab April 1955 im Department I des KdsBP, ab 1956/1957 als Department I im MSW. Vgl. Bagieński, Witold: Wywiad cywilny Polski Ludowej w latach 1945 – 1961 [Der zivile Nachrichtendienst der Volksrepublik Polen 1945 – 1961]. Bd. 2. Warszawa 2017, S. 405 – 421.

27 Vgl. ebd., Bd. 2, S. 415.

28 Vgl. ebd., Bd. 2, S. 296 f.

29 Vgl. ebd., Bd. 1, S. 420 f., 450, 452. Zur geheimdienstlichen Tätigkeit Reich-Ranickis vgl. Gnauck, Gerhard: Wolke und Weide. Marcel Reich-Ranickis polnische Jahre. Stuttgart 2009.

30 Ebd., Bd. 2, S. 417; vgl. Rosenbaum, Zagadnienie niemieckie (wie Anm. 25), S. 68.

nach Westdeutschland im Rahmen von ‚Familienzusammenführungen' und erneut in den 1970er Jahren, als es zu einer neuen Welle der Auswanderung in die BRD kam.

Der Nachrichtendienst ging davon aus, dass die Vertriebenenverbände zumindest bis 1955/56 Spionageaktivitäten gegen Polen, aber auch die UdSSR und die Tschechoslowakei betrieben. Als eine der aktivsten Organisationen galt in dieser Hinsicht die LS, die es verstände, „familiäre Verbindungen und Kontakte ihrer Mitglieder zu in Polen lebenden Personen auszunutzen".[31] Auf diese Weise sei die Bevölkerung Polens in einem antikommunistischen und antipolnischen Geist beeinflusst worden, was sich besonders an der Abwanderung in die BRD ab 1956 gezeigt haben sollte.

Ansonsten war Deutschland selbst das wichtigste Feld der nachrichtendienstlichen Arbeit. 1956 waren 27 Prozent aller polnischen Agenten in der BRD im Einsatz.[32] Im Januar 1961 arbeiteten von den 320 weltweit tätigen Mitarbeitern des polnischen Nachrichtendienstes 90 in Deutschland. Davon waren 13 zur Durchdringung ‚revisionistischer' Kreise eingesetzt.[33]

In einem Bericht des Nachrichtendienstes vom Januar 1955 wurde zu seinen wichtigsten Gegnern neben ausländischen Geheimdiensten, dem Vatikan und der polnischen politischen Emigration auch der ‚westdeutsche Revisionismus' gezählt. Zu den Hauptaufgaben der operativen Arbeit gehörte es, Informationen über Organisation, Personal, Aktivitäten und Pläne dieser Kreise zu erlangen, Kommunikationswege ausfindig zu machen, Führungskräfte zu kompromittieren, Aktivitäten zu lähmen und interne Konflikte herzustellen.[34]

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre intensivierten sich die nachrichtendienstlichen Operationen, wie z. B. die Objektsache mit dem Decknamen „Schlesier" (*Ślązacy*) zeigt, die 1954 durch die erwähnte ‚deutsche' Abteilung III in Angriff genommen wurde.[35] Bis 1960 wurde hier hauptsächlich Informationsmaterial über die LS gesammelt, sowohl von Agenten als auch aus anderen Quellen. 1960 wurde eine ähnliche Operation unter dem Decknamen „Nibelungen" (*Nibelungowie*), später „Angreifer" (*Agresorzy*), begonnen, die sich sowohl mit der LdO als auch mit den Ostforschungsinstituten befasste.[36] Auch hier war der Initiator die Abteilung III, in der bereits eine „Gruppe I" (*zespół I*) errichtet worden war, die sich ausschließlich der Bekämpfung ‚revisionistischer' Organisationen widmete. Die Informationen sollten über speziell angeworbene Spione gewonnen werden: „Neue Agentenkandidaten

31 Bagieński, Wywiad cywilny (wie Anm. 26), Bd. 1, S. 263.
32 Gegenüber 17 Prozent in Frankreich und 6 Prozent in Großbritannien.
33 Vgl. ebd., Bd. 1, S. 272, 346, 349.
34 Vgl. ebd., Bd. 1, S. 258 f.
35 Vgl. AIPN Wa. MSW. Sign. 01419. Nr. 97/J: Objektsache Deckname „Schlesier" betr. LS in Deutschland.
36 Vgl. AIPN Wa. MSW. Sign. 0236. Nr. 49. Bd. 1 u. 2: Objektsache Deckname „Nibelungen" (später „Angreifer") betr. Revisionismus der BRD.

wurden in diesen Kreisen vor allem unter den in den Zentralen dieser Organisationen beschäftigten Sekretärinnen, Schreibkräften und Stenotypistinnen gesucht".[37]

Der hohen Priorität, die man der Bekämpfung der ,westdeutschen Revisionisten' einräumte, wurde auch durch die Kooperation mit den Sicherheitsdiensten der ,Bruderländer' Rechnung getragen. In einer Vereinbarung zwischen dem MSW und dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR vom 25. April 1958 wurde die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Diensten auf dem Gebiet der Aufklärung und der Abwehr bei der Überwachung der Organisationen der deutschen Heimatvertriebenen betont.[38] Zumindest in dieser Zeit lassen sich auch Spuren einer Zusammenarbeit zwischen der Abteilung I des MSW und der Hauptverwaltung I des sowjetischen KGB auf demselben Feld feststellen.[39]

Der Agent, der insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren dem polnischen Geheimdienst das meiste Material über die Vertriebenenverbände lieferte, war der Soziologe Manfred Max Wambach (1928–2003), der 1957 angeworben wurde und die Decknamen „Student" und „Krüger" trug.[40] Dank seiner Tätigkeit erhielt die ,deutsche' Abteilung III im Department I des MSW Kenntnis von den Aktivitäten der meisten Landsmannschaften. Wambach brach sogar in das Archiv des BdV ein, um Material zu sammeln.[41] Er wurde angeworben, als er sich in einer schwierigen finanziellen Situation befand.[42] Anfang der 1960er Jahre wurde Wambach an der Universität Bonn angestellt, wo er sich wissenschaftlich mit den Vertriebenenverbänden beschäftigte.[43]

Spionageabwehr und Bekämpfung ,staatsfeindlicher Haltungen'

Der polnische Sicherheitsapparat ging auch im Rahmen der Spionageabwehr gegen die Vertriebenenverbände vor. Diese Tätigkeit fand ebenfalls unter dem Motto eines umfassenderen ,Kampfes gegen den westdeutschen Revisionismus' der SB statt. In Niederschlesien stand dieser Kampf an der Spitze der Aktionen gegen nichtpolnische

37 Bagieński, Wywiad cywilny (wie Anm. 26), Bd. 1, S. 263.
38 Vgl. Jaskułowski, Tytus: Von einer Freundschaft, die es nicht gab. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und das polnische Innenministerium 1974–1990. Göttingen 2021, S. 65 f.
39 Vgl. Bagieński, Wywiad cywilny (wie Anm. 26), Bd. 1, S. 264.
40 AIPN Wa. MSW. Sign. 003195. Nr. 937/D: Akte der Aufdeckung der Person mit dem Decknamen „Student" durch Agenten / Akte der operativen Aufdeckung von „Krüger": Manfred Wambach.
41 Vgl. Bagieński, Wywiad cywilny (wie Anm. 26), Bd. 1, S. 324 f.
42 Vgl. Hien, Wolfgang: Nachruf auf Manfred Max Wambach. In: Psychologie & Gesellschaftskritik 28/2 (2003), S. 127–135, hier S. 127.
43 Vgl. Wambach, Manfred Max: Verbändestaat und Parteienoligopol. Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände. Stuttgart 1971.

Bevölkerungsgruppen,[44] in Oberschlesien war er ein zentraler Teil der allgemeinen Aktivitäten gegen ‚staatsfeindliche Haltungen'. Er umfasste hier sogar Repressionen gegen den öffentlichen Gebrauch der deutschen Sprache.[45] Die SB ging davon aus, dass die Landsmannschaften die Autochthonen und die deutsche Minderheit in Schlesien zu Spionage, Sabotage und Diversion sowie zum Aufbau von oppositionellen Organisationen im Untergrund ermunterten – ein Verdacht, für den es in der Regel an Beweisen fehlte.[46]

Seit den frühen 1960er Jahren führte die SB in den Woiwodschaften Breslau, Oppeln und Kattowitz mehrere ‚zentrale' Operationen gegen die LS/LdO mit dem Decknamen „Zentrum" (*Ośrodek*) durch. Sie sammelte detaillierte Informationen über einzelne Organisationen und Aktivisten, führte aber auch ‚offensive' operative Maßnahmen durch, z. B. durch den Einsatz inoffizieller Mitarbeiter im Westen.[47] Es wurde auch versucht, den landsmannschaftlichen Aktivisten bestimmte Materialien unterzuschieben.[48]

Im Rahmen der Operation „Zentrum" nahm die SB in der Woiwodschaft Breslau bis 1972 nicht nur einheimische Deutsche oder Touristen aus der BRD unter die Lupe, sondern auch polnische Wissenschaftler, die an den Breslauer Hochschulen tätig waren. Dabei spielte möglicherweise die Befürchtung der SB eine Rolle, dass sich die

---

44 Vgl. Syrnyk, Jarosław: Die volkspolnischen Sicherheitsorgane und die Deutschen in Niederschlesien. In: Matheja, Michał (Hg.): Im Visier des Sicherheitsapparats. Die Repression der deutschen Minderheit in den polnischen West- und Nordgebieten 1945 – 1989. Opole 2020, S. 15 – 43.

45 Vgl. Dziurok, Adam; Dziuba, Adam: Die Aufdeckung und Bekämpfung des „revisionistischen Elements" in der Woiwodschaft Kattowitz in den fünfziger und sechziger Jahren. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 51/2 (2003), S. 254 – 280; Linek, „Rewizjonizm niemiecki" (wie Anm. 11), S. 220 – 233; Rosenbaum, Partia i aparat (wie Anm. 11), S. 62 – 70; Bereszyński, Zbigniew: Der kommunistische Sicherheitsapparat und die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien zwischen 1945 und 1990. Opole 2020, S. 29 – 131.

46 Als Beispiel für die Verbindung zwischen einer deutschen Untergrundorganisation in Polen und den Landsmannschaften diente der aus einigen jungen Leuten bestehende Deutsche Kampfbund in Oberschlesien in Zabrze, was nicht sehr realistisch erscheint. Vgl. AIPN Katowice (Ka). Wojewódzki Urząd Spraw Wewnętrznych (WUSW) [Amt für Innere Angelegenheiten] Katowice. Sign. 057. Nr. 166. Bd. 1 – 2: Charakteristik der illegalen Organisation „Deutscher Kampf Bund [sic!] Oberschlesien", aktiv in den Jahren 1956 – 1957 in Zabrze.

47 Vgl. AIPN Ka. WUSW Katowice. Sign. 030. Nr. 188. Bd. 1: Objektsache „Zentrum" betr. den Schutz vor revisionistischen Organisationen aus der BRD, die in der Woiwodschaft Kattowitz agieren.

48 So übergab ein Agent der SB in Kattowitz dem Landsmannschaftsaktivisten und Journalisten Georg Niffka (1898 – 1975) Postkarten, die „attraktive Gebäude und Stadtteile" Oberschlesiens zeigten, damit dieser sie in der Landsmannschaftspresse anstelle der „bisher publizierten Fotos von Ruinen, Müllhalden und vernachlässigten Gebäuden" veröffentlichte. Vgl. Rosenbaum, Sebastian: Służba Bezpieczeństwa w województwie katowickim wobec emigracji Górnoślązaków do Republiki Federalnej Niemiec w latach siedemdziesiątych [Der Sicherheitsdienst in der Woiwodschaft Kattowitz und die Auswanderung von Oberschlesiern in die BRD in den 1970er Jahren]. In: Łukasiewicz, Sławomir (Hg.): Tajny oręż czy ofiary zimnej wojny? Emigracje polityczne z Europy Środkowej i Wschodniej [Geheimwaffe oder Opfer des Kalten Krieges? Politische Emigration aus Mittel- und Osteuropa]. Lublin 2010, S. 214 – 223, hier S. 218.

extrem antikommunistischen Ansichten der Landsmannschaften unter den polnischen Forschern verbreiten könnten.[49] Es wurden mehrere Agenten nach Deutschland geschickt, darunter ein Wissenschaftler (Deckname „Assistent“), der u. a. in das Herder-Institut ‚eindrang‘, und ein katholischer Geistlicher (Deckname „August“), der kirchliche Vertriebeneneinrichtungen in Trier und Königstein besuchte. Ein Agent mit dem Decknamen „Alfa“ fungierte als ‚Bindeglied‘ zwischen den niederschlesischen Deutschen und den Vertriebenenorganisationen in Deutschland. Am Rande dieser Operation leitete die SB auch eine Reihe von kleineren Unternehmungen gegen bestimmte Personen ein, z. B. die Aktion „Redakteur“ (*Redaktor*) gegen einen Einwohner von Reichenbach (Dzierżoniów), der Informationen für das Heimatblatt *Hohe Eule* lieferte.[50]

In den 1970er Jahren wurden in der Oppelner Woiwodschaft mehrere zuvor durchgeführte Unternehmungen, die zum Tätigkeitsbereich des Departments II (Spionageabwehr) und des Departments V (Bekämpfung staatsfeindlicher Aktivitäten) gehört hatten, in einer Objektakte „Ideologen“ (*Ideologowie*) zusammengelegt. Dazu gehörten u. a. die Operationen „Zentrum“ gegen die LdO/LS, „Landsleute“ (*Ziomkowie*) gegen eine Gruppe von Personen mit ‚revisionistischen‘ Ansichten aus der Woiwodschaft Oppeln sowie „Ostforschung“ zu den Aktivitäten der Institute für Ostforschung in Westdeutschland.[51] Ziel dieser Zusammenlegung war die bessere Koordinierung der Arbeit in ähnlichen Tätigkeitsbereichen.

Die Aufmerksamkeit der SB richtete sich auch gegen westdeutsche Wohltätigkeitsaktionen, die darin bestanden, Pakete mit Lebensmitteln, Kleidung usw. an die Einwohner Schlesiens zu senden. Auch sie wurden als Teil der ‚revisionistischen‘ Propaganda betrachtet, weil sie angeblich die vermeintliche Überlegenheit des Westens gegenüber einem sozialistischen Land demonstrierten, das unter einem chronischen Mangel an Waren litt. In einer Analyse des Departments V des MBP vom Dezember 1953 wurde behauptet, dass das Versenden der Pakete durch die „Zentren des Bonner Nachrichtendienstes“ koordiniert worden sei, um die deutsche und autochthone Bevölkerung in Polen „in die Spionagenetze hineinzuziehen“.[52] Diese Ein-

---

49 Vgl. Hytrek-Hryciuk, Joanna: Kryptonim „Ośrodek“. Służba Bezpieczeństwa wobec Ziomkostwa Ślązaków (1962–1972) [Deckname „Zentrum“. Der Sicherheitsdienst und die Landsmannschaft Schlesien (1962–1972)]. In: Dies.; Strauchold, Grzegorz; Syrnyk, Jarosław (Hg.): Internacjonalizm czy…? Działania organów bezpieczeństwa państw komunistycznych wobec mniejszości narodowych (1944–1989) [Internationalismus oder…? Aktivitäten der kommunistischen Staatssicherheitsorgane gegen nationale Minderheiten (1944–1989)]. Warszawa-Wrocław 2011, S. 200–219, hier S. 203.

50 Vgl. ebd., S. 207–216.

51 Vgl. AIPN Wrocław (Wr). WUSW Opole. Sign. 013. Nr. 13. Bd. 1: Objektsache „Ideologen“ betr. Anzeichen der Auswirkungen ideologischer Diversion der BRD; AIPN Wr. WUSW Opole. Sign. 497. Nr. 656. Bd. 2: Operative Korrespondenz zum Objekt „Ideologen“.

52 Madajczyk, Niemcy polscy (wie Anm. 12), S. 92f.

schätzung wurde u. a. im oben erwähnten ‚antirevisionistischen' Entschluss des ZK der PZPR vom Juni 1960 wiederholt.[53]

Neben den großangelegten Operationen führte die SB auch eine Vielzahl kleinerer Unternehmungen durch – sogenannte Beobachtungs- bzw. Nachforschungssachen – bei denen es darum ging, bestimmte Aktivisten der Landmannschaft zu erreichen. Es wurden dazu Personen in Polen überwacht, die Kontakte zu Verbandsvertretern oder -mitarbeitern unterhielten, auch wenn diese nur familiärer Art waren und nichts mit den Aktivitäten der Verwandten im Westen zu tun hatten. Ein Beispiel dafür ist die Familie Bagiński in Oberschlesien, die mit Emil Trzaskalik verwandt war, einem Mitarbeiter der LdO, und deswegen in den Jahren 1966 bis 1973 von der SB überwacht wurde.[54] Ähnliche Unternehmungen der SB waren sehr zahlreich.

Die SB bemühte sich ständig, mit Aktivisten der Landsmannschaften in Kontakt zu treten, um sie überwachen oder unschädlich machen zu können. So wurde beispielsweise versucht, den aus Kattowitz stammenden Helmut Kostorz (1912–1986) zu kontaktieren, der nicht nur in der Landsmannschaft aktiv war und Zeitschriften herausgab, sondern auch verdächtigt wurde, an Verbrechen in Ost-Oberschlesien zur Zeit der Besatzung beteiligt gewesen zu sein. Kostorz, so stellten die SB-Mitarbeiter fest, „kannte die nachrichtendienstliche Arbeit" und mied Kontakte zu den von der SB eingeschleusten Personen, da er Besuchern von jenseits des Eisernen Vorhangs in der Regel nicht traute.[55] Mit ähnlichen Ergebnissen endeten auch Versuche, herauszufinden, ob Herbert Czaja, einer der prominentesten Politiker und Funktionäre der Vertriebenenverbände, Kontakt zu seinen Heimatorten Skotschau (Skoczów) und Bielitz (Bielsko) im Teschener Schlesien unterhielt. Eine Unternehmung, die in diesem Zusammenhang seit den 1960er Jahren von der SB in Bielitz und Kattowitz durchgeführt wurde, endete in einem Fiasko: Es misslang der SB nicht nur, Materialien zu sammeln, die es ermöglicht hätten, Czajas Haltung während der Besatzung in einem negativen Licht darzustellen, sondern auch nur festzustellen, wer die Gräber seiner Eltern auf dem Friedhof von Skotschau pflegte.[56]

Die Massenmigration aus Schlesien im Rahmen der Familienzusammenführung in den 1950er und 1970er Jahren war für die SB eine gute Gelegenheit, ihre Agenten nach Deutschland einzuschleusen.[57] Zu deren Aufgaben gehörte es, die Landsmannschaften zu unterwandern oder Kontakte zu einzelnen Mitgliedern herzustellen.

---

53 Vgl. Rosenbaum, Partia i aparat (wie Anm. 11), S. 76 f.; AIPN Wr. WUSW Opole. Sign. 011. Nr. 387. Bd. 1–6: Operative Prüfung „Paket" (*Paczka*).

54 Vgl. AIPN Ka. WUSW Katowice. Sign. 014. Nr. 1175. Bd. 1–4: Operative Prüfung „Familie" (*Rodzina*) betr. Ignacy Bagiński. Ähnlich verhielt es sich mit Gertruda Lamozik, die von der SB überwacht wurde, weil sie Kontakt zu ihrem Bruder unterhielt, der in der Landsmannschaft in Bochum tätig war. Vgl. AIPN Ka. WUSW Katowice. Sign. 02. Nr. 1176: Registrierungsfragebogen „Jerzy" betr. Gertruda Lamozik.

55 AIPN Ka. WUSW Katowice. Sign. 043. Nr. 1414: Registierungsfragebogen „Helmut" betr. Helmut Kostorz.

56 Vgl. Rosenbaum, Sebastian: Operation „Poseł". Herbert Czaja im Visier des polnischen Sicherheitsdienstes. In: Confinium 3 (2008), S. 173–196.

57 Vgl. ders., Służba Bezpieczeństwa (wie Anm. 48), S. 214–223.

Dies geschah z. B. in den 1950er und 1960er Jahren in der Operation „Außenposten" (*Placówka*), mit der es der Kattowitzer SB gelang, dem aus Zabrze stammenden Gründer des Schlesischen Priesterwerks, Pater Oskar Golombek (1898–1972), der auch Mitglied der LdO war, zwei Agenten als Aussiedler zuzuführen, die ihn beobachten bzw. aushorchen sollten.[58]

In den 1970er Jahren versuchte man auch, kulturelle bzw. wissenschaftliche Einrichtungen im Vertriebenenmilieu durch Studenten- oder Forscherstipendien und Studienreisen zu infiltrieren.[59] So besuchte der Kattowitzer Historiker und Bibliothekar Franciszek Szymiczek (1911–1987) mit dem Decknamen „Historyk" während seiner zwei Studienreisen nach Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1971 und 1975 den Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen sowie Sprecher der LdO, Herbert Czaja, der zugleich Bundestagabgeordneter der CDU war. Szymiczek suchte auch die ‚Zentrale' der LdO in Ratingen-Hösel (Stiftung Haus Oberschlesien) auf sowie das Kulturwerk Schlesien in Würzburg, das Haus des Deutschen Ostens in Düsseldorf und den Wangener Kreis, eine Gruppe schlesischer Künstler, die mit den Landsmannschaften kooperierten. Anschließend verfasste „Historyk" umfangreiche Berichte, die von der SB für weitere Operationen benutzt wurden.[60]

Neue Herausforderungen und Gefahren brachten aus Sicht der SB die Reiseerleichterungen für Besucher aus der die BRD in den 1970er Jahren, durch die sich die Kontakte zwischen polnischen und westdeutschen Bürgern intensivierten. Nach Einschätzung der SB wurden diese Reisen von den Landsmannschaften auf verschiedene Weise genutzt, um ihre Propagandawirkung auf die in Polen lebende Bevölkerung zu verstärken.[61] Mit Besorgnis beobachtete sie insbesondere solche Mitglieder der Landsmannschaften, die bereits vor 1945 in ihren Herkunftsgebieten einflussreich gewesen waren und nun ihre Heimat wieder besuchten.[62]

58 Sie erbrachten zwar viele Informationen, einer kehrte jedoch angeblich als Mitarbeiter des amerikanischen Nachrichtendienstes nach Polen zurück. Vgl. AIPN Ka. WUSW Katowice. Sign. 02. Nr. 370. Bd. 1–2: Agentursache „Außenposten" betr. Gołombek/Oskar Golombek.

59 Vgl. Smolorz, Roman P.: Kommunistische Agenten in der deutschen Osteuropa-Forschung 1963–1982 vor dem Hintergrund der neuen Ostpolitik der Brandt-Scheel-Regierung. In: Totalitarismus und Demokratie 3/1 (2006), S. 111–140.

60 Vgl. Rosenbaum, Sebastian: Bibliotekarz, historyk, agent. Casus Franciszka Szymiczka [Bibliothekar, Historiker, Agent. Der Fall Franciszek Szymiczek]. In: Studia Śląskie 48 (2009), S. 136–168, hier S. 153–159.

61 Vgl. z. B. AIPN Wa. Wyższa Szkoła Oficerska MSW im. Feliksa Dzierżyńskiego w Legionowie [Offiziershochschule des Innenministeriums Feliks Dzierżyński in Legionowo]. Sign. 1509. Nr. 398: Kubis, Wiesław: Turystyka z Republiki Federalnej Niemiec i jej związki z rewizjonistyczną działalnością ziomkostw, na wybranych przykładach z terenu województwa wałbrzyskiego w latach 1972–1975 [Tourismus aus der BRD und sein Zusammenhang mit der revisionistischen Tätigkeit der Landsmannschaften, anhand ausgewählter Beispiele aus der Woiwodschaft Waldenburg 1972–1975]. Legionowo 1976.

62 So sollte sich z. B. Konrad-Sigismund von Zedlitz und Neukirch, der ein aktives Mitglied in der LS war, während seiner Besuche in Niederschlesien angeblich feindlich gegenüber Polen betätigt haben. Vgl. AIPN Wr. WUSW Jelenia Góra. Sign. 020. Nr. 264: Operative Überprüfung „Baron" [1975–1978].

Informationen und Materialien über die Landsmannschaften bekam die SB nicht nur von ihren Agenten oder infolge der sogenannten Durchleuchtung der Korrespondenz, sondern auch von den ‚Westforschungsinstituten', wie dem Schlesischen Institut (*Instytut Śląski*) in Oppeln, dem Schlesischen Wissenschaftsinstitut (*Śląski Instytut Naukowy* – ŚIN) in Kattowitz oder dem Westinstitut (*Instytut Zachodni*) in Posen (Poznań). Diese Institute erstellten einerseits Studien speziell für die SB und stellten ihr andererseits die Ergebnisse ihrer eigenen Forschungen zur Verfügung. Presseschauen der landsmannschaftlichen Zeitschriften, Studien über Vertriebenenverbände und die deutsche Ostforschung waren der SB somit ebenso zugänglich wie die Karteien der Landsmannschaftsaktivisten des ŚIN. Das Westinstitut verfasste spezielle Analysen für das MSW nicht nur zur Ostforschung und den Landsmannschaften, sondern auch zur Auswanderung in die BRD und weiteren Themen. Vom Schlesischen Institut erhielt die SB in Oppeln in den Jahren 1968 – 1970 zahlreiche Materialien, die u. a. die Problematik speziell der schlesischen Landsmannschaften thematisierten.[63]

In den 1970er Jahren sah die SB es als eines der Hauptziele der Landsmannschaften an, eine deutsche Minderheit in Polen zu ‚schaffen', was sie als zersetzende Maßnahme im Hinblick auf den Zusammenhalt der Gesellschaft in den West- und Nordgebieten Polens und insbesondere in Oberschlesien betrachtete. Die Landsmannschaften galten nach wie vor als Einrichtungen, die einen „zerstörerischen Einfluss auf die sozialistischen Länder" ausübten,[64] und diese Haltung änderte sich auch im folgenden Jahrzehnt nicht. Nach 1980 war in Oberschlesien jedoch nicht mehr diese Frage das wichtigste Problem für die politische Polizei, sondern das Aufkommen und die Aktivitäten der politischen Opposition – der Gewerkschaft *Solidarność*. Es änderten sich somit zwar die Prioritäten der operativen Tätigkeit, aber die grundsätzliche Einstellung der SB – sowie der kommunistischen Behörden der Volksrepublik Polen insgesamt – gegenüber den Landsmannschaften blieb unverändert.

63 Vgl. AIPN Ka. WUSW Katowice. Sign. 030. Nr. 188. Bd. 2: Notiz über ŚIN [o. O. 1965], K. 172; ebd., Bd. 3: Studien des Westinstituts in Posen für die Abteilung III des Departments II des Innenministeriums [Posen] 1974 – 1975. K. 141 – 157; AIPN Wr. WUSW Opole, Sign. 09. Nr. 1: Materialien über die deutsche Minderheit, die LS in der BRD und westdeutsche Pressedienste, die Woiwodschaft Oppeln und die Volksrepublik Polen betreffend.

64 AIPN (Wa.) MSW. Sign. 0664. Nr. 22: Landsmannschaften als Instrument des zerstörerischen Einflusses auf die sozialistischen Länder in den Jahren 1973 – 1974.

Paweł Migdalski

The Interest of Polish Communist Security Services in German Pomeranians and Their Historical Organizations in the Federal Republic of Germany

Zusammenfassung: Der Artikel behandelt anhand der Akten des polnischen Sicherheitsdienstes dessen Bemühungen zur Überwachung von Organisationen ehemaliger Pommern, die nach dem Zweiten Weltkrieg nach Westdeutschland ausgesiedelt worden waren, sowie von wissenschaftlichen Einrichtungen in der BRD, die mit ihnen zusammenarbeiteten und sich mit der Geschichte Pommerns befassten. Dieses von der Forschung bisher noch nicht behandelte Thema ist auch ein Beitrag zu den polnisch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Anhand einer Analyse der im Archiv des Instituts für Nationales Gedenken aufbewahrten Dokumente werden die einzelnen Aktivitäten und Versuche, Informationen über die nach Westdeutschland ausgesiedelten Pommern zu erhalten, nachgezeichnet. Dabei wird der Verlauf der einzelnen Aktionen, Operationen und Versuche, Kontakte zu knüpfen, erörtert. Abschließend werden die durchgeführten Maßnahmen zusammenfassend charakterisiert.

Schlagwörter: Pommern; Geheimdienste; Pommersche Landsmannschaft; polnisch-deutsche Beziehungen

Abstract: Through an examination of the files of the Polish security service, this article discusses attempts to invigilate organizations of Pomeranians who had been displaced from Polish territory to West Germany after the Second World War, along with those scientific institutions interested in Pomeranian history. While this is a topic that has not yet been thoroughly researched it can also be seen as a contribution to Polish-German scientific relations since 1945. Through an analysis of the documents stored in the archives of the Institute of National Remembrance I was able to trace the activities of individual informants, along with their attempts to obtain information on the milieu of German Pomeranians in West Germany. After discussing these operations and attempts to obtain contacts, the article concludes with a summary which characterizes the activities that were undertaken.

Keywords: Pomerania; secret services; *Pommersche Landsmannschaft*; Polish-German relations

Dr. Paweł Migdalski, University of Szczecin, Institute of History, ul. Krakowska 71/79, 71-017 Szczecin, Poland, pawel.migdalski@usz.edu.pl

https://doi.org/10.1515/9783110795288-004

Introduction

As a consequence of defeat in World War II, and decisions made by the 'Big Three' during the Yalta conference, Germany lost large swathes of its 'eastern' territories. The newly created Polish border was shifted several hundred kilometres west to the Oder and Lusatian Neisse rivers. Shortly after that, nearly the whole of the German indigenous population from this area was forcibly resettled into Germany. These events completely redefined Polish-German relations.

It was already clear at the time that such circumstances would cause increased revanchism.[1] Theoretically, the threat of German revanchism and subsequent border changes, was to be counteracted by the occupation of Germany, and later creation of the Iron Curtain. Nonetheless, the existence of revisionist organizations, among them the West German so called *Landsmannschaften* (Homeland Societies), played an important role in the politics of both countries: Poland and Germany. Polish propaganda often referred to a fear of Germany (and, after 1949, of West Germany), as it played an important role in the legitimisation of the newly established communist regime.[2] Even though the threat from the German *Landsmannschaften* was not real, they were carefully observed by the Polish intelligence services.[3]

Apart from public activities, consisting mainly of research led by Polish organizations such as: *Towarzystwo Rozwoju Ziem Zachodnich* (Society for the Development of the Western Territories),[4] *Wyższa Szkoła Oficerska MSW im. Feliksa Dzierżyńskiego* (the Feliks Dzierżyński Academy of the Ministry of Internal Affairs),[5] the institutes of Western Territories: *Instytut Zachodni* (the Institute of Western Affairs) in Poznań (Posen),[6] *Instytut Śląski* (the Silesian Institute) in Katowice (Kattowitz) and *Instytut*

1 Cf. Piskorski, Jan M.: Tysiąc lat granicy polsko-niemieckiej [One Thousand Years of the Polish-German Border]. In: Przegląd Historyczny 83/4 (1992), 597–615, here 600 f.

2 Cf. Zaremba, Marcin: Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce [Communism, Legitimization, Nationalism. Nationalist Legitimization of Communist Power in Poland]. Warszawa 2001.

3 Cf. among other works Fuks, Rafał: Organizacje ziomkowskie w NRF w latach 1945–1967 [*Landsmannschaften* in the Federal Republic of Germany 1945–1967]. Poznań 1968; idem: Organizacje ziomkowskie w NRF w latach 1945–1967 [*Landsmannschaften* in the Federal Republic of Germany 1945–1967]. In: Przegląd Zachodniopomorski 12/4 (1968), 155–159; Czerwiński, Jan: NRF – państwo przesiedleńców [The GDR – A State of Expellees]. Warszawa 1969.

4 Cf. Rola ziomkostw w systemie rewizjonistycznym polityki NRF. Wybór materiałów z Konferencji Rady Naczelnej TRZZ [The Role of the Landsmannschaften in the Revisionist System of NRF Policy. Selected Materials from the Conference of the Supreme Council of the TRZZ]. Warszawa 1967.

5 Cf. the thesis from a departmental school: Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej (AIPN) [Archive of the Institute of National Remembrance] Warszawa (Wa.). Sign. IPN Sz 685/19: Bittel, Andrzej: Organizacja "Ziomkostwa Pomorskie" i jej oddziaływanie na teren województwa koszalińskiego [The Organization "Pomeranian *Landsmannschaft*" and Its Impact on the Area of Koszalin Voivodeship]. Legionowo 1977.

6 It also prepared secret expert opinions, cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 00107/145, 46 et seq.

Zachodniopomorski (Westpomeranian Institute) in Szczecin (Stettin),[7] and *Zachodnia Agencja Prasowa* (Western Press Agency);[8] there were also secret actions carried out by the Security Service (*Służba Bezpieczeństwa* – SB; departments of the 3rd Division of the Ministry of the Interior leading the fight against anti-state activity in the state, and later, since 1967, divisions of the 2nd Department of the Ministry of the Interior: counterintelligence).

This article deals with the secretive surveillance of the organizations of the former residents of Pomerania in West Germany, including German historical societies and journals reactivated after World War II (*Historische Kommission für Pommern* in 1951, *Gesellschaft für Pommersche Geschichte und Alterthumskunde* in 1954, the journal *Baltische Studien* in 1955). This is a subject that has not been previously researched in either Poland or Germany. Furthermore, the observation of historical scientific circles in West Germany, and in Poland at the regional Pomeranian level by the Polish secret service – both in the period from 1945 to 1989 – as well as the establishment of contacts between these milieus, have also not been researched.[9] Therefore this paper is also a contribution to the history of scientific relations in the field of historical disciplines in Poland and West Germany under the supervision of the communist state.

The aim of this article is to present the activities of the Polish security service in relation to the milieu of the former Pomeranian society and its research institutions in the Federal Republic of Germany. The intention is to present, on the basis of the preserved source materials: the activities undertaken, indicate their aims, assess the progress and the sources of obtaining information by the agents, as well as the effects of these activities. In the first part of the text, I will initially look at the general actions

7 Cf. Jabłońska, Dorota: Ziomkostwo Pomorskie 1945–1969 [The Pomeranian *Landsmannschaft* 1945–1969]. Poznań 1973; eadem: Pomorze Zachodnie w publikacjach organu Ziomkostwa Pomorskiego "Die Pommersche Zeitung" [Western Pomerania in the Publications of the Organ of the Pomeranian *Landsmanschaft* "Die Pommersche Zeitung"]. In: Przegląd Zachodniopomorski 10/1 (1966), 115–126; eadem: Polityka Ziomkostw w Niemieckiej Republice Federalnej przeszkodą w walce o bezpieczeństwo zbiorowe w Europie na przykładzie działalności Ziomkostwa Pomorskiego [The Policy of the *Landsmannschaften* in the German Federal Republic as an Obstacle in the Struggle for Collective Security in Europe on the Example of the Pomeranian *Landsmannschaft*]. In: Przegląd Zachodniopomorski 15/1 (1971), 65–72.

8 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 009/1466, 317 f.: Biuletyny Niemcy Zachodnie [West Germany Bulletins].

9 Nor do recent publications say so. Cf. Rosenbaum, Sebastian (Ed.): "Po linii rewizjonizmu zachodnioniemieckiego". Aparat bezpieczeństwa i akcja antyrewizjonistyczna wobec ludności niemieckiej i rodzimej w Polsce ["Along the Lines of West German Revisionism". The Security Apparatus and the Anti-Revisionist Action against the German and Native Population in Poland]. Katowice-Warszawa 2020. This volume includes a paper by Arkadiusz Słabig, whose research, however, focuses on the actions of the security apparatus against the German minority in Pomerania. Also, literature on Pomeranian academic institutions, such as the *Historische Kommission*, contribute nothing to the topic, including its most recent monograph from 2018: Jörn, Nils; Porada, Haik Thomas (Ed.): Die Historische Kommission für Pommern. Bilanz und Ausblick. Köln-Weimar 2018 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern V/47).

taken against persons connected to agents within the *Landsmannschaft*, and then against West German researchers of Pomerania's past. The sources cited in this paper are materials produced by the security services of the People's Republic of Poland in the years 1945–1989. As it is impossible to discuss all the issues in such a short text, and because of the pandemic, it was not possible to conduct more extensive research in other archives in Poland and Germany. This text plays a role of an introduction to further, more detailed, studies on this matter.

The activities of the secret services against the *Landsmannschaft* in Pomerania

I shall begin with a conclusion already articulated by Marian Fryc, the author of a departmental study in 1973, which was created during a period of increased interest by the Polish Interior Ministry into the German and native population after the signing of the agreement between the Polish and West German governments.[10] The document says that revisionist activity inspired by external factors – from Germany – had already begun in Poland in 1945, and intensified in the years 1949–1950. At the time – in 1950 – the organization *Freie Europäische Jugend*, founded by Alfons Rekowski,[11] was liquidated in Bytów.[12] The peaks of activity took place in moments of political tensions, such as the Berlin crisis or the revival of tourism in Germany in the years 1957–1959.[13] In the 1970s the *Landsmannschaft* aimed to attract Polish citizens to West Germany by, among other things, providing humanitarian aid; so showing the prosperity of West Germany and the peaceful intentions of the Germans.[14] According to the department's analysts, the dominant methods and forms of influence that the West German *Landsmannschaft* directed at the autochthonous population and the national minority in Koszalin (Köslin) province were:

1. visiting residences and establishing contacts with Polish citizens,
2. contacting the administrative authorities of patron towns with Polish towns,
3. attempting to establish contacts with the youth in Poland,
4. using of religious rituals in activities in Poland,
5. collecting of materials for the meetings of compatriots,

---

10 Cf. Słabig, Arkadiusz: Aparat bezpieczeństwa wobec mniejszości narodowych na Pomorzu Zachodnim w latach 1945–1989 [Security Apparatus against National Minorities in Western Pomerania in the Years 1945–1989]. Szczecin 2008, 103 f.

11 Cf. Romanow, Zenon: *Freie Europäische Jugend*. Tajna organizacja bytowskiej młodzieży kaszubskiej w 1950 r. [*Freie Europäische Jugend*. A Secret Organization of Bytów's Kashubian Youth in 1950]. In: Acta Cassubiana 17 (2015), 102–118.

12 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 00107/145, 11 f.: Counter-intelligence characteristics of German revisionism.

13 Cf. ibid, 15.

14 Cf. ibid, 16 f.

6. demonstrating revisionist attitudes and other negative behaviour by tourists from West Germany,
7. using of tourist visits for intelligence purposes.[15]

The Pomeranian *Landsmannschaft*, the *Deutsche Welle* and *Deutschlandfunk* radio stations, as well as the official press of the Pomeranian Association, the *Pommersche Zeitung*, were regarded as factors in inspiring anti-Polish revisionist actions.[16] To counteract these the authorities took several measures.

Particular attention had previously been paid to surveillance of the *Pommersche Zeitung*, which was given the code names "Conservator" (*Konserwator*) and "Spree" (*Szprewa*) from 1966 – 1982.[17] It was one of the main sources of information that kept the public informed about the activities, composition, and ideas of the Pomeranians in West Germany. The case files contain articles translated into Polish and contributed to profiles of individual activists, such as Ellioner von Puttkamer (1910 – 1999)[18] and Oskar Eggert (1896 – 1974).[19] Information has also been obtained from other press titles, such as *Kolberger Zeitung* or *Stolper Heimatblatt*, since the beginning of the 1950s.[20]

The object case "Center" (*Ośrodek*) was nationwide.[21] It was directed against the Pomeranian *Landsmannschaft* in the Pomeranian Voivodeships of Szczecin and Koszalin. It was approved in 1962 as a result of the beginning of actions against people of German origin in Szczecin province. The Warsaw headquarters recommended that the action should be carried out together with the second Pomeranian Voivodeship – Koszalin. The materials indicate that the activities were not intensive nor numerous, due to the small number of the people of German origin living in Szczecin Voivodeship. The intelligence services checked how many Germans originating from the current Polish Pomerania were in the political elites of West Germany, and in the *Landsmannschaft*. It was soon discovered that 15 persons from the region were in

15 Cf. Bittel, Organizacja (cf. n. 5), 1 f. Similar points, with the exception of the last one, can also be found in: AIPN Wa. Sign. IPN Sz 0131/68. Vol. 2, 75: Study on the forms of homeland activities in the Koszalin province from 1974.

16 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 00107/145, 9, 11, 38 et seq.: Counter-intelligence characteristics of German revisionism.

17 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 0013/44. Vol. 1: "Spree" case file.

18 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 012/498. Vol. 122: Materials relating to the operation of *Landsmannschaft*; ibid. Vol. 93, 352 – 354: Correspondence relating to persons moving abroad.

19 Cf. ibid., 495 et seq.

20 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 00103/228/5 – 6.

21 This operation, directed against milieu of different *Landsmannschaften* in West Germany, had a countrywide scope. Cf. Hytrek-Hryciuk, Joanna: Kryptonim "Ośrodek". Służba Bezpieczeństwa wobec Ziomkostwa Ślązaków (1962 – 1972) [Kryptonim "Center". The Security Service against the *Schlesische Landsmannschaft* (1962 – 1972)]. In: Eadem; Strauchold, Grzegorz; Syrnyk, Jarosław (Ed.): Internacjonalizm czy…? Działania organów bezpieczeństwa państw komunistycznych wobec mniejszości narodowych (1944 – 1989) [Internationalism or…? Activities of Communist State Security Organs against National Minorities (1944 – 1989)]. Warszawa-Wrocław 2011, 200 – 219.

managerial positions; among them were Philipp von Bismarck (1913–2006) and Carl Wiggert (1903–1983, chairman of the Hamburg branch of the *Landsmannschaft*). Polish agents also collected association leaflets and publications, translated them, and analysed the public speeches of association chairmen Oskar Eggert and Philipp von Bismarck. One of the more interesting tasks was to observe Klaus von Bismarck (1912–1997) during his visit in Polish Pomerania in 1964. Efforts were also made to recruit collaborators, such as a woman of German origin under the pseudonym "Lucyna" from the Pyrzyce (Pyritz) region, who had family in West Germany. Agents used a list of activists from revisionist organizations from 1961, where item C discusses the Federal Board of the Pomeranian *Landsmannschaft*. The object case "Center" ran from 1967 until its closure in 1972 by Marian Zubiak,[22] who concluded that the materials collected in it "do not represent operational value at the moment and cannot be used in current work".[23]

As I mentioned above, the intensity of the services' activities did not decrease after the ratification of the Gomułka-Brandt Agreement in 1972 and the normalization of relations between Poland and West Germany. If anything the activity seems to increase with the number of contacts between the two countries and increased tourist traffic, especially to birthplaces of Germans connected with the *Landsmannschaft*.[24] The information on the activities of revisionist organizations in West Germany from 1974 (operation "Moor") stated that, although Brandt's government recognized the territorial status quo in Europe, the Cold War instruments created earlier remained intact and continued to fund anti-communist and retaliatory organizations from the state budget.[25] It even pointed out that the *Landsmannschaft* of Pomerania, led by Philipp von Bismarck, had, after the signing of the treaties, addressed a call to

22 Marian Zubiak (1938–2001) was in the service from 1961 to 1990. Up to 1980 he was in the Second Department where he was responsible for matters related to revisionism. In 1968 he graduated in law from the Adam Mickiewicz University in Poznań and in 1973 he began his doctoral dissertation on Polish-German relations there, but he did not complete it. Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 0019/6251, passim. Author of the article: Zubiak, Marian: Rola kościelnych instytucji i organizacji w polityce rewizjonizmu Niemieckiej Republiki Federalnej [The Role of Church Institutions and Organizations in the Revisionist Policy of the German Federal Republic]. In: Przegląd Zachodniopomorski 14/2 (1970), 147–168.

23 AIPN Wa. Sign. IPN Sz 009/1466: Files of the "Center" object case.

24 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 00107/145, 21: Counter-intelligence characteristics of German revisionism; Hejger, Maciej: Kampania antyrewizjonistyczna wobec ludności niemieckiej w Polsce w latach sześćdziesiątych XX wieku (na przykładzie województwa koszalińskiego) [The Anti-Revisionist Campaign against the German Population in Poland in the 1960s (on the Example of the Koszalin Voivodship)]. In: Semczyszyn, Magdalena; Syrnyk, Jarosław (Ed.): Między ideologią a socjotechniką. Kwestia mniejszości narodowych w działalności władz komunistycznych – doświadczenie polskie i środkowoeuropejskie [Between Ideology and Social Engineering. The Question of National Minorities in the Activity of Communist Authorities – the Polish and Central European Experience]. Warszawa-Szczecin-Wrocław 2014, 404–418, here 413 f.

25 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 00107/145, 33: Information on the activities of revisionist organizations in West Germany.

its members and supporters to use travel to Poland for the purposes of the union. It was also to be a pioneer in establishing and maintaining contacts in socialist countries.[26] All this meant that, despite a softening of the political situation in terms of bilateral relations, the Polish authorities felt an increased German threat among so-called autochthonous circles and an increase in migratory tendencies, as well as the need to control sentiments about attitudes towards power politics.[27]

Tourist arrivals have been the subject of several detailed investigations. An operation under the code name "Fischer", active from 1979 to 1985, concerned the organizer of trips to Poland by the name Christoph Reinke, who originated from the former Gryfino (Greifenhagen) district.[28] Hans Georg Bartelt, who was allegedly connected with *Landsmannschaft*, and who visited Świnoujście (Swinemünde) and Goleniów (Gollnow) between 1971 and 1975, was subject to an operation under the code "Mercedes".[29] Operation "Fama" from 1975 to 1985, in turn, was directed against Wilhelm Hoffmann, secretary of the *Landsmannschaft* in Hamburg. However, no "hostile activity" was found during this investigation.[30]

Unofficially organized reunions of German countrymen took place in Central Pomerania, including a large one in Lębork (Lauenburg) and Słupsk (Stolp) in 1974. An investigation was conducted to determine the initiator and organizer, the aim, the people taking part, contacts with the local population; and prevent official speeches and punish for activities detrimental to the interests of the Polish People's Republic. The convention was attended by 200 people, including those from the GDR who had arranged to come by correspondence.[31]

Cooperation with a confidential informant (CI) "Wiesław" – a medic, who prepared an extensive report on his stay in Germany in October 1971 – yielded similar results. According to his account, Philipp von Bismarck had told him that his party was to recognise the borders after 1945 only within the framework of the "European Community". "Wiesław" reported, that the position of the *Landsmannschaft* was still strong, especially that of Silesia and Pomerania, but it will weaken. At the time, however, Philipp von Bismarck was trying to use it to soften the mood, to marginalize extreme, revisionist voices. The western territories integrated into Poland have ceased to be perceived as a "homeland" that most of his countrymen carry in their hearts, and that Pomeranian politicians encouraged people to go to Poland.

---

26 Cf. ibid, 34 f.
27 Cf. Słabig, Aparat bezpieczeństwa (cf. n. 10), 103 f.
28 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 0011/1548: Case file "Fischer".
29 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 0011/705: "Mercedes" registration questionnaire.
30 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 0011/1571: "Fama" registration questionnaire.
31 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Gd 002/18, passim: Files of the object case "Convention" (*Zjazd*); AIPN Wa. Sign. IPN Gd 0046/297. Vol. 13, 103 et seq.: Information on the meeting of the group of former Pomeranians.

He concluded that it would be a mistake to make it more difficult for people to come to Poland, because the benefits would be mutual.[32]

The activity of the services declined in the 1980s, when the Polish authorities engaged their forces in other problems, mainly of an internal nature. Nevertheless, there was a return to an anti-West German narrative in Poland during the period of *Solidarność* and martial law following Helmut Kohl's assumption of power in Germany in 1982.[33]

Historical milieu of the operation of Polish secret services

In May 1961, searching to compromise the Nazi past of the compatriot activists, the Security Service (SB) officials contacted the director of the Voivodeship State Archive in Szczecin in order to check the possibility of using archival material. The discussion did not have the desired effect, as the Gestapo files were confiscated by the Office of Public Security, and there were no remaining records of Nazi party activities. The director identified a former employee, Bogusław Drewniak (1927–2017), as the person competent to discuss these issues. This meeting facilitated the establishment of contact with the archivists.[34] Conversations led the officers to trace the visits of former employees of the Pomeranian State Museum archaeologist Hans-Jürgen Eggers (1906–1975) and archivist Adalbert Holtz (1905–1977) to scientific institutions in Szczecin in the late 1950s.

One of the archivists – appearing in the files under the pseudonym CI "Wiliam" – was selected by the SB to cooperate as early as 1959. This cooperation lasted until 1983, when it was dissolved due to its lack of effectiveness. Nevertheless, it seems that he was the most efficient informant who introduced Marian Zubiak to the topics of the Pomeranian countrymen's scientific organizations: *Gesellschaft für pommersche Geschichte, Altertumskunde und Kunst*, *Historische Kommission* and the journal *Baltische Studien*,[35] their structure, and the composition of their boards, both before

32 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 0012/498. Vol. 93, 482: Correspondence relating to persons moving abroad.

33 Cf. Malinowski, Krzysztof: Polityka Republiki Federalnej Niemiec wobec Polski w latach 1982–1991 [The Policy of the Federal Republic of Germany towards Poland 1982–1991]. Poznań 1997; Zaremba, Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm (cf. n. 2), 383 f.

34 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 0012/498. Vol. 93, 711 f.: Correspondence relating to persons moving abroad.

35 The contacts with Rita Scheller (1935–2020), an ethnographer writing for *Baltische Studien* and dealing with the Jamno culture, were the reason why Franciszek Lachowicz (1933–2020), an archaeologist from Koszalin, was given a case numbered "Pyramid" (*Piramida*) in 1984. "Wiliam" also had contacts with Scheller, which he himself reported to the services. Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 00124/

the war and at the present time. His reports from years 1967–1968, prepared at the direction of the officer in charge, discuss the contents and authors of individual articles, along with the background and connections to other East German and West German academics.

He pointed out that many of the researchers publishing in *Baltische Studien* or *Pommersche Zeitung* were recruited from high positions in Pomerania before 1945, such as: Erich Murawski (1894–1970), Otto Kunkel (1895–1984), or Hans Branig (1905–1985). He wrote that the texts published there could create the impression that the scientific institutions in Szczecin, such as the archive and museum, were still German, and therefore must have been established before 1945. He also highlighted an article by Adalbert Holtz concerning the lost treasury of the cathedral in Kamień (Cammin), which was based on materials stored in the GDR, which the GDR authorities refused to admit to Polish researchers.[36] The archivist also reported on the contacts of Pomeranian historians in both German countries, pointing out that scholars from the West took part in Hanseatic conferences in Rostock, which were also attended by academics from Szczecin: such as Władysław Filipowiak (1926–2014) and Henryk Lesiński (1923–1994). He also pointed out that the brother of Joachim Wächter (1926–2017),[37] head of the archive in Greifswald, was active in the Bonn branch. "Wiliam" visited Marburg in 1982, after which he gave an extensive account of his conversations with members of the *Herder-Institut* and the *Historische Kommission*, including Roderich Schmidt (1925–2011).[38] Above all, however, "Wiliam" was the main informant about Hans-Jürgen Eggers and especially Adalbert Holtz, their visits in Poland and their activities.

His interest in coming to Poland and maintaining contact with Poles was the reason for taking up the case against Adalbert Holtz, code-named "Wezera", which was carried out from 1963 to 1976; where "Wiliam" was encouraged by the SB to maintain contact with him. As it was shown during the investigation, Holtz was interested in excavations in Wolin (Wollin) where he took photos of the monuments and met with Polish researchers dealing with Wolin and Kamień (Władysław Filipowiak, Włodzimierz Stępiński [b. 1949], Father Roman Kostynowicz [1921–2008]).[39] He also tried

544/Jacket: Operational case "Pyramid" file, passim; AIPN Wa. Sign. IPN Sz 0024/301. Vol. 2, 241 et seq.: "Wiliam" personal folder; AIPN Wa. Sign. IPN SZ 00107/145: Object case file.

36 Cf. Holtz, Adalbert: Ist der "Cordula"-Schrein aus dem Domschatz Cammin verloren? Bericht und Dokumentation. In: Baltische Studien NF 52 (1966), 133–137.

37 He was removed from directing the institution in 1969 for political reasons. Cf. Schreyer, Hermann: Das staatliche Archivwesen der DDR. Düsseldorf 2008, 169 f.

38 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 0024/301. Vol. 1, passim: "Wiliam" personal folder.

39 Holtz was born nearby – in Swinemünde (Świnoujście). In the 1930s he took part in the excavations in Wolin, carried out by the Pomeranian National Museum and directed by Otto Kunkel. In 1939 he was employed in the State Archive in Stettin, among others, because of his interest in history and his knowledge of Polish language. During the war he performed German archival services in the Ukrainian lands. Cf. Lehr, Stefan: Pewna prawie zapomniana "akcja na Wschodzie". Niemieccy archiwiści w Generalnym Gubernatorstwie i komisariacie Rzeszy Ukraina [Some Almost Forgotten

to persuade the Szczecin museum to do archaeological research in Trzygłów (Trieglaff).[40]

From the mid-1960s, he was involved in the search for the treasure of Kamień Cathedral, which disappeared in 1945. Through "Wiliam", he identified people from East Germany who might have knowledge about this. He met with people involved in the search in Poland, including editor Andrzej Androchowicz (1932–2006), who was preparing a film about the treasure. He also coordinated the arrival of Hasso von Flemming's family from Benice, with whom the treasure was stored. This allowed the officer in charge to conclude that these countrymen were keeping records of the population originating from the present Polish part of Pomerania.

When Adalbert Holtz came to Poland in the early 1970s during the vacation period, the officer in charge emphasized that his trips were financed by the *Landsmannschaft*, which was proven by the collection of tickets and receipts. During his stays in Poland, his movements were observed, his rooms were searched, and photographic plates were seized at the border. These were later returned to him without several "aesthetically unfavourable" photographs by "Wiliam", who visited Adalbert Holtz at home in Hamburg during his trip to the West. The archivist also discussed the German's relations with the Szczecin research community, including archaeologists Władysław Filipowiak, Tadeusz Wieczorowski (1904–1970),[41] historians Henryk Lesiński, Włodzimierz Stępiński.

During the investigation, at the end of 1971, the SB in Szczecin asked the Head of the 3rd Division of the 2nd Department of the Ministry of Internal Affairs in Warsaw to ask the East German services to collect information about the socio-political activity and connections of 19 persons who, during the investigation, revealed themselves as having contacts with revisionist organizations in Germany. Among them were the names of Joachim Wächter, the church historian Hellmuth Heyden (1893–1972), and the art restorer Walter Ohle (1904–1971). The Ministry of the Interior's reply of Feb-

"Action in the East". German Archivists in the General Government and the Reich Commissariat Ukraine]. Warszawa 2014, passim; Migdalski, Paweł: Słowiańszczyzna północno-zachodnia w historiografii polskiej, niemieckiej i duńskiej [The North-Western Slavs in Polish, German and Danisch Historiography]. Wodzisław Śląski 2019, 262; Szukała, Maciej: Archiwum Państwowe w Szczecinie w latach 1914–1945. Ludzie i działalność [State Archive in Szczecin 1914–1945. People and Activities]. Szczecin 2019, 108 f.

40 Holtz was probably here in the 1950s together with Adolf von Thadden. A visit of another von Thadden, Fritz, in 1957 was described by the journalist Błahij, Kazimierz: Pogrzeb ostatniej nadziei [Funeral of the Last Hope]. In: Łazarewicz, Cezary; Klim, Andrzej (Ed.): Morze i ziemia. Antologia reportaży z Pomorza [Sea and Land. An Anthology of Reportage from Pomerania]. Poznań 2019, 163–173. He was also to persuade Filipowiak to undertake research in Trzygłów.

41 Wieczorowski, according to "Wiliam", was reluctant to contact Holtz. It is perhaps worth adding here that he may have met Holtz during the Nazi period, when he visited the excavations in Wolin in 1938. Cf. Migdalski, Paweł: Wizyta polskich naukowców w Szczecinie i w Wolinie w 1935 roku [A Visit of Polish Scholars in Szczecin and Wolin in 1935]. In: Roczniki Historyczne 84 (2018), 329–348, here 342 f.

ruary 1972, in which information on six persons, including Joachim Wächter who was said to have had intensive contacts with West German citizens, was confirmed. These contacts had been checked by the East German services.[42]

CI "Dorota" also provided detailed information on the Pomeranian scientific organizations when he visited them in Hamburg and Kiel in October 1968. He met with Hans-Günter Cnotka and Wilhelm Hoffmann, a full-time employee of the association, who told him that they hosted many Poles, but that they asked for discretion. He pointed out that the head of the *Gesellschaft für pommersche Geschichte, Altertumskunde und Kunst* was the city planner Hans Reichow (1899 – 1974), a good friend of Piotr Zaremba (1910 – 1993), the urbanist and first Polish mayor of Szczecin from 1945 to 1950,[43] and that the accounts were managed by Adalbert Holtz. He asked about funding for the organization, and he also met Hans-Jürgen Eggers, who complained that he was not allowed into Poland after his visit in 1959 and the publication of the article in which he described it.[44] "Dorota" also informed the service that the *Historische Kommission* was headed by Roderich Schmidt, a historian from Greifswald, who had fled East Germany and was a private assistant professor in Marburg.[45]

It is also worth noting the already mentioned Władysław Filipowiak who, from 1955 to 2000, was director of the Museum of Western Pomerania, then the National Museum in Szczecin. In the late 1950s, he made the archives available to Eggers and Holtz which, amongst other reasons, led secret service officers to keep him under surveillance under the code name "Maska" in the years 1969 – 1974.[46] Some SB agents, such as "Karol" in Poznań, "Wiktor" in Szczecin, or the director of the Maritime Museum in Gdańsk (Danzig) – Przemysław Smolarek, who was connected with Szczecin in the 1950s – reported that he had interfered with research on Slavic boats at the instigation of Hans-Jürgen Eggers. Eggers was, however, mistaken for a spokesman for the countrymen, Oskar Eggert.[47] During the conversations with SB officers, feeling the support of political and scientific forces in Warsaw, Filipowiak engaged in a certain game with the secret services. Not only did he not shun contacts with compatriot scholars, about whom – as he said – he knew to be biased, but he used the fact of his conversations with them to complain about the difficulty of obtaining research materials from the GDR, where he was also supposed to be under

42 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 0011/476, passim: "Weser" case file.
43 Cf. Bernhardt, Katja; Musekamp Jan: Przełom roku 1945? Urbaniści w Stettinie i w Szczecinie [The Turning Point of 1945? Urban Planners in Stettin and Szczecin]. In: Migdalski, Paweł (Ed.): Odbudowa miast Pomorza Zachodniego po drugiej wojnie światowej. Wybrane problemy [Reconstruction of Western Pomeranian Cities after World War II. Selected Problems]. Poznań-Stargard 2021, 179 – 194.
44 Cf. Eggers, Hans-Jürgen: Pommersche Vorgeschichtsforschung im Exil (1945 – 1960). In: Baltische Studien NF 48 (1961), 75 – 104.
45 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 009/507, 222 – 224: Registration questionnaire of Władysław Filipowiak.
46 Cf. ibid., 1, 142.
47 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 0012/498. Vol. 77, 32: Work note of "Karol"; AIPN Wa. Sign. IPN Sz 009/507, 168 f: Registration questionnaire of Władysław Filipowiak.

surveillance. He received these materials thanks to Eggers. He pointed out that West German researchers did not have as many problems in East Germany as Polish academics.[48]

Concluding remarks

The research results presented here are based solely on SB materials. The credibility of these materials is questioned by some researchers because of the one-sided nature of the reporting. Despite this, during the internal inspection the services themselves pointed out to the credulity and lack of criticism in the assessment of the information obtained by officers, as in the case of Marian Zubiak.[49] In addition, we only have the resources that have not been destroyed and these certainly do not reflect the full range of activities undertaken. Therefore, further research should include other archival resources, including the legacy of the persons discussed here as well as the materials of the institutions of interest, and interviews with witnesses on both sides of the border. This would make it possible, for example, to reinterpret the statements of the *Landsmannschaft* activists recorded by the agents, like the references to a strong and free European community made by Philipp von Bismarck.[50]

Despite this, however, we can draw some conclusions. For instance, the activities of the SB towards the Pomeranian *Landsmannschaft* and related scientific organizations, in principle, were limited to the surveillance of structures and activities in Poland by Polish informants: Poles and representatives of the German minority and autochthons. Based on the research carried out so far, it was not possible to obtain informers outside Poland in the milieu of the *Landsmannschaft* in West Germany. Secret collaborators and operational contacts recruited on various occasions, often during investigations concerning other cases, were used in these activities. Their selection was therefore rather random. The network of informants was exchanged quite frequently, and only the cooperation with "Wiliam" turned out to be longer and lasted, with different periods of intensity, for over 20 years.

It also seems that the actions of officers were often taken without preliminary knowledge of the environment, both in Germany and of their counterparts in Poland. This is evidenced by the confusion of names and surnames or attempts to reach people who were in fact of little significance. One of the reasons for this situation is most

48 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 0012/498. Vol. 77, 40 – 43: Work note of "Karol".
49 Cf. AIPN Wa. Sign. IPN Sz 0019/6251, 128: Personal file of Marian Zubiak.
50 Cf. Dąbrowska, Małgorzata; Hackmann Jörg: Kulice na mapie intelektualnej pogranicza polsko-niemieckiego. Tradycja, dorobek i perspektywy [Kulice on the Intellectual Map of the Polish-German Borderland. Tradition, Achievements and Perspectives]. In: Migdalski, Paweł; Iwańczak, Wojciech (Ed.): Regionalne towarzystwa historyczne w Polsce w epoce globalizacji [Regional Historical Societies in Poland in the Age of Globalization]. Chojna-Wodzisław Śląski 2017, 187– 202, here 189 – 192.

likely the lack of or little knowledge of the German language (as evidenced by the requests addressed to "Wiliam" for reviews of publications and the processing of available materials). These deficiencies, and the fact that the investigations had little effect, are often replaced in the comments with CI's denunciations using standardized expressions about activities detrimental to the interest of the Polish state, and about the importance of the given activist.

The aspirations of the *Landsmannschaft* and its members to question the current Polish borders or the desire to deport the Polish population from Pomerania were commonly emphasized. In the reports of the secret collaborators themselves, such unambiguous statements are not so often to be found. It should be stressed here that the reports themselves do not provide sensational information about their compatriots either; most of this information could be gleaned from reading published official materials, reports, the press and academic papers. For this, however, you did not need CI, but well-educated investigators with language skills.

It is worth emphasizing here that there was no cooperation or coordination with East German services, at least at the provincial level. On the other hand, information on the trilateral relations of regional researchers between Poland, the GDR and the FRG is interesting and worthy of further comprehensive research. For instance, Tomasz Ślepowroński has only touched upon this subject in the field of Polish and East German historiography.[51] I would add here that even the relations of the central research centres and scientific institutions between these countries, outside of the German-Polish textbook commission, have not been the subject of separate research based on a broad survey.

The actions taken against the German *Landsmannschaften* in West Germany resulted in the observation of Polish scientists: historians, archaeologists, archivists, who had established and maintained international contacts that were few in number and thus risked being accused of activities detrimental to the People's Republic of Poland. Here the decision to undertake an observation was often determined by a denunciation or slander, as well as by a mistake; confusing the scholar Hans-Jürgen Eggers with the association activist Oskar Eggert, for example.

In conclusion, it can be said that the observations carried out by the SB officers were largely inept. This was probably due to the greater involvement of the services in the surveillance of potential and real opposition and political opponents in Poland, rather than in the observation of essentially harmless foreign revisionist organizations and related research milieus. The publicising of the problem of German

---

51 Cf. Ślepowroński, Tomasz: Polska i wschodnioniemiecka historiografia Pomorza Zachodniego (1945–1970). Instytucje – koncepcje – badania [Polish and East German Historiography of Western Pomerania (1945–1970). Institutions – Concepts – Research]. Szczecin 2008. But archaeology is now the work of Anne Kluger, cf. preliminary results of the work: Kluger, Anne: Between Pottery and Politics? "Slavic Archaeology" in Communist Poland and East Germany and Its Interrelations with Politics and Ideology. A Biographical-Comparative Approach. In: Studia Historiae Scientiarum 19 (2020), 287–326.

revisionism was primarily aimed at consolidating the national community in Poland and therefore at strengthening communist power.

Michał Turski

Vom Gestapo-Übersetzer zum polnischen Agenten. Die wechselvolle Biographie des Willi Zukriegel

Zusammenfassung: Der Artikel analysiert die Zusammenarbeit des ehemaligen Gestapo-Übersetzers Willi Emil Zukriegel mit dem polnischen Sicherheitsdienst (*Służba Bezpieczeństwa* – SB). Der gebürtige Lodzer kooperierte seit 1945 mit den polnischen Behörden und besaß als Kronzeuge eine große Bedeutung für die Aufdeckung und Verurteilung von Gestapo-Agenten. Nach seiner Entlassung aus dem polnischen Gefängnis 1955 emigrierte er mit Unterstützung der SB nach Westberlin, wo er die dortigen Landsmannschaften ausspionieren sollte. Ab 1957 berichtete er insbesondere über die Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW). Die SB erhielt dank seiner Hilfe Zugang zur Mitgliederkartei der Berliner LWW und war gut über ihre Kontaktversuche mit Deutschen und Protestanten in Zentralpolen informiert. Zukriegels Tätigkeit ermöglichte es der SB, Informationen über die Arbeit ehemaliger Gestapo-Mitarbeiter und Nationalsozialisten aus Lodz in den Reihen der LWW zu gewinnen. Nach 1962 nahm die Intensität der Meldungen ab.

Schlagwörter: Landsmannschaft Weichsel-Warthe; polnische Auslandsspionage nach 1945; Lodz (Łódź); deutsche Besatzung Polens; Deutsche in Polen

Abstract: This article analyses the cooperation of the former Gestapo translator, Willi Emil Zukriegel, with the Polish Security Service (*Służba Bezpieczeństwa* – SB). Born in Lodz (Łódź), the German cooperated with the Polish authorities since 1945 and was seen as a vitally important witness in the discovery and punishment of Gestapo agents. After his release from Polish prison in 1955, he emigrated to West Berlin with the permission of the Security Service. From that time onwards he carried out intensive espionage of the *Landsmannschaft Weichsel-Warthe* (LWW) and reported on its official life in Berlin as well as on the discussions on the Berlin and Cuban crises. The SB, thanks to his help, got access to the membership file of the Berlin LWW and was well informed about its attempts to contact Germans and Protestants in central Poland. After 1962, the intensity of the reports decreased. Zukriegel's activity furthered the penetration by the Polish Security Service, and provided, above all, information about the activities of former Gestapo members and National Socialists from Lodz.

Keywords: *Landsmannschaft Weichsel-Warthe*; Polish foreign espionage after 1945; Łódź (Lodz); German occupation of Poland; Germans in Poland

Michał Turski M. A., Zentrum für historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Majakowskiring 47, 13156 Berlin, Michal.Turski@CBH.pan.pl

https://doi.org/10.1515/9783110795288-005

Einleitung

In der Forschungsliteratur ist das Thema der Auslandsspionage einschließlich der Rekrutierung und des Einsatzes von deutschen Agenten mit nationalsozialistischer Vergangenheit durch polnische Nachrichtendienste kaum erforscht. Systematische Recherchen wurden bisher nicht unternommen. Sie sind auch aufgrund des komplizierten Zugangs zu den Beständen des Instituts für Nationales Gedenken (*Instytut Pamięci Narodowej*, IPN) aus dem Ausland erschwert. Deshalb wird in diesem Beitrag auf der Basis einer Fallstudie zu Willi Emil Zukriegel (1905 – 1976), die in polnischen Archiven breit dokumentiert ist, ein solcher Fall exemplarisch aufgearbeitet.

In der Volksrepublik Polen wurden ehemalige Mitarbeiter deutscher Behörden, die vielfach schwer belastet waren und denen hohe Strafen bis zur Todesstrafe drohten, im Gefängnis unter Druck gesetzt, um Aussagen von ihnen zu erzwingen. Ein prominentes Beispiel dafür ist der ehemalige Gauleiter Ostpreußens Erich Koch (1896 – 1986), der 1950 von den Briten an Polen ausgeliefert worden war.[1] Die Gesamtzahl der inhaftierten Deutschen, die mit den polnischen Behörden zusammenarbeiteten, ist unbekannt. In vielen Fällen kam es dazu nur aus taktischen Gründen – um das eigene Strafmaß zu mindern oder Vergünstigungen zu erhalten. Man benannte und beschuldigte etwa bereits verstorbene ehemalige Kollegen. Einige schwer Belastete gingen jedoch – gerade unter der Androhung von langjährigen Gefängnisstrafen oder Todesurteilen – weiter und lieferten Aussagen zu Prozessen gegen Dritte oder gaben ihr internes Wissen preis. Zu dieser Gruppe zählte Willi Zukriegel, der während der deutschen Besatzung der Stadt Lodz (Łódź) Übersetzer bei der Gestapo war und nach 1945 für das polnische Sicherheitsamt (*Urząd Bezpieczeństwa* – UB) zur wichtigsten Informationsquelle über die Gestapo wurde.

Einen gänzlich anderen Komplex stellte jedoch die Anwerbung solcher Personen für die polnische Auslandsspionage dar, wie sie im Falle Zukriegels erfolgte. Dabei stellt sich die Frage, ob und inwieweit seine Spionagetätigkeit gegen die Landsmannschaften in der BRD speziell auf seiner langjährigen, intensiven und – aus Sicht der polnischen Nachrichtendienste – erfolgreichen Tätigkeit in Polen nach 1945 beruhte. Zukriegel hatte dem UB mit der Aufdeckung ehemaliger Gestapo-Mitarbeiter und -Agenten gute Dienste geleistet. Er hatte sich durch seine Kooperation mit dem UB dessen Vertrauen erworben und schließlich die Seiten gewechselt – aus Gründen, die noch zu diskutieren sind. Sollte die Anwerbung Zukriegels eventuell einen Versuchsballon darstellen, dem andere in polnischen Gefängnissen einsitzende Deutsche folgen sollten? Hierauf wird es keine endgültige Antwort geben – viele Akten der

1 Koch wurde 1959 zum Tode verurteilt, das Urteil nachfolgend jedoch in lebenslange Haft umgewandelt. Vgl. Siemieński, Mieczysław: Rozmowy z Erichem Kochem. Próbowałem zmienić świat [Gespräche mit Erich Koch. Ich versuchte, die Welt zu verändern]. Brzezia Łąka 2012; Meindl, Ralf: Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – Eine politische Biographie. Osnabrück 2007, S. 459 – 492.

polnischen Sicherheitsdienste wurden vernichtet; die jetzt im IPN erhältliche Aktenüberlieferung deutet auf die Seltenheit solcher Fälle hin.

Deshalb betrifft die Fallstudie zu Willi Zukriegel wohl einen Einzelfall, der in polnischen Archiven umfangreiche Materialien hinterlassen hat. Einleitend sei die These formuliert, dass Zukriegel für die polnische Staatssicherheit die mit Abstand wichtigste Informationsquelle darstellte, zunächst über die Tätigkeit der Lodzer Gestapo, dann über die Landsmannschaften in Westberlin und hier insbesondere über die Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW).

Im Gegensatz zu den anderen Landsmannschaften galt die LWW, die zwar im Fokus der polnischen Sicherheitsbehörden in Großpolen und der Region Lodz stand, dem polnischen UB und seiner Nachfolgeorganisation, dem Sicherheitsdienst (*Służba Bezpieczeństwa* – SB), nicht als herausragendes Überwachungsobjekt. Sowohl die relativ geringe Zahl ihrer Mitglieder als auch die Tatsache, dass deren Herkunftsgebiete nicht Teil territorialer Revisionsforderungen waren, ließ sie nicht so gefährlich erscheinen wie etwa die oberschlesische Landsmannschaft.[2] Zentrale Ziele blieben aber zum einen die Behinderung bzw. der Abbruch der Kontakte zwischen ehemaligen Deutschen in Polen und den Landsmannschaften und zum anderen die Gegenspionage, da sich aus den Reihen der zentralpolnischen Vertriebenen wichtige Funktionäre und Wissenschaftler westdeutscher Vertriebenenverbände rekrutierten.

Überlieferungssituation und Forschungsstand

Die Überlieferung zu Willi Zukriegel in den Archiven des IPN ist umfangreich: In acht Aktenbänden sind Informationen zu seiner Tätigkeit bei der Gestapo, seinen Aussagen in der Nachkriegszeit und seiner Tätigkeit als Agent des polnischen Nachrichtendienstes in Berlin gesammelt.[3] Außerdem befinden sich hier die Akten zu seinem Prozess vor dem Bezirksgericht Lodz im Jahr 1945 und seine Gestapo-Personalakte.[4] Weiteres Material dürfte sich in den Akten des Bundesnachrichtendienstes (BND) finden, da Zukriegel mehrfach von diesem verhört wurde und Anwerbungsversuche wahrscheinlich sind. Leider sind diese Bestände aktuell für die historische Forschung nicht zugänglich. Auch die polnischen Archivmaterialien sind noch kaum ausgewertet worden. Zukriegel taucht in der deutschen Forschung bislang ebenso wenig auf wie in den Schriften der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, die ihn auch nicht in ihrem neu erschienenen biographischen Lexikon erwähnt.[5]

---

2 Vgl. den Beitrag von Sebastian Rosenbaum in dieser Themenausgabe.
3 Vgl. Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej (AIPN) [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken] Warszawa (Wa.). Ministerstwo Spraw Wewnętrznych (MSW) [Ministerium des Inneren]. Sign. BU 00168. Nr. 396. Bd. 1–8. Daneben findet sich auch in weiteren Akten Material zu seiner Agententätigkeit.
4 Vgl. AIPN Łódź. Sąd Okręgowy w Łodzi (SOŁ) [Bezirksgericht Lodz] 1945–1950. Sign. Ld. 498. Nr. 532.
5 Vgl. Sprungala, Martin: Biographisches Lexikon zur Geschichte der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) und ihrer Gliederungen. Wiesbaden 2020.

Zukriegels Biographie bis 1945

Willi Emil Zukriegel wurde am 7. September 1905 in Lodz geboren. Über seine Tätigkeit vor 1939 ist wenig bekannt. Er besaß zwar ein Abitur, aber an welchem Gymnasium er dieses erworben hatte, ist ebenso ungewiss wie die Frage, ob sich daran eine Berufsausbildung anschloss. Vor dem Kriegsausbruch verkaufte er in Lodz Autos. Sicher war er zweisprachig in Wort und Schrift – eine notwendige Voraussetzung für seine spätere Tätigkeit als Übersetzer bei der Polizei und als Agent. Wenig weiß man auch über seine Tätigkeit in den ersten Jahren der deutschen Besatzung. Aufgrund der überlieferten Gestapo-Personalakten ist bekannt, dass er im Oktober 1940 die Deutsche Volksliste unterzeichnete.[6] In Verhören nach dem Krieg erklärte Zukriegel, er habe sich als Übersetzer bei der Lodzer Gestapo verdingt, um eine Einberufung zur Wehrmacht zu vermeiden. Am 9. Februar 1942 begann er dort offiziell zu arbeiten.

Zukriegel dolmetschte im Zweiten Weltkrieg bei Verhören von Festgenommenen und Zeugen, nahm aber auch an einer Reihe von Aktionen der Gestapo teil, insbesondere gegen die städtische Wirtschaftskriminalität und den polnischen Untergrund. Er profitierte auf mehr oder weniger illegale Weise materiell von seinen Möglichkeiten und Kenntnissen als Gestapo-Mitarbeiter, beteiligte sich am Schmuggel von Menschen und Waren aus dem Reichsgau Wartheland ins Generalgouvernement und bereicherte sich durch Erpressung und Korruption. Auch wenn es in den Akten aus der Nachkriegszeit keine Aussagen dazu gibt, weisen einzelne Dokumente deutlich auf die Fälschung von Dokumenten und die Erpressung polnischer Zeugen hin.

Zukriegel geriet infolge dieser Tätigkeiten in den Fokus interner Ermittlungen. Seit 1944 hörten der Litzmannstädter Sicherheitsdienst (SD) und die Staatspolizei (Stapo) sein Telefon ab und fertigten Protokolle an, die sich bis heute in den Akten der polnischen Behörden befinden.[7] Am 4. Januar 1945 wurde er wegen Korruption festgenommen.[8] Dass diese Festnahme angeblich auf das direkte Geheiß des SD-Leiters und Oberbürgermeisters von Litzmannstadt, Dr. Otto Bradfisch (1903 – 1994), zurückging, weist darauf hin, dass dem Fall größere Aufmerksamkeit zuteilwurde – die Nachricht

---

6 Die Abteilung der Volksliste ist unbekannt, man muss aber annehmen, dass er mindestens in die Gruppe 2 eingestuft wurde und damit als ethnischer Deutscher galt. Eine Fotokopie des DVL-Ausweises von Oktober 1940 bis März 1941 ist in den Gestapo-Akten erhalten. Vgl. AIPN Łódź. Tajna Policja Państwowa. Oddział w Łodzi [Geheime Staatspolizei. Staatspolizeistelle Litzmannstadt]. 1939 – 1944. Sign. Ld 1. Nr. 8451: Fotokopie des DVL-Ausweises von Willi Emil Zukriegel.

7 Der gesamte erste Band der Zukriegel-Akten, die im IPN erhalten sind, enthält nur Gesprächsprotokolle aus der Besatzungszeit mit Bezug auf Zukriegel und deren Übersetzungen ins Polnische, die nach 1945 durch die polnischen Behörden angefertigt wurden. Vgl. AIPN Wa. MSW. Sign. BU 00168. Nr. 396. Bd. 1.

8 Vgl. AIPN Łódź. Tajna Policja Państwowa. Oddział w Łodzi. 1939 – 1944. Sign. Ld 1. Nr. 8451: Mitteilung über Festnahme von Zukriegel. 09.01.1945.

sprach sich jedenfalls in den letzten Tagen der deutschen Herrschaft im Polizeimilieu rasch herum und löste weitere Gerüchte aus.[9]

Zukriegel überlebte die letzten Tage der deutschen Herrschaft, konnte aber nicht fliehen. Er fand sich bereits 1945 erneut im Gefängnis wieder, nun in einem polnischen. Die polnische Staatsanwaltschaft warf ihm in ihrer Anklageschrift vom 28. Januar 1946 vor, an Festnahmen und Verhören polnischer Untergrundkämpfer sowie sowjetischer Partisanen – teilweise unter Anwendung von Folter – beteiligt gewesen zu sein.[10] Zahlreiche Menschen aus dieser Gruppe waren ermordet worden oder im Polizeigefängnis Radegast (Radogoszcz) zu Tode gekommen, als es vom deutschen Bewachungskommando im Januar 1945 in Brand gelegt worden war. Der zweite Anklagepunkt betraf die Erpressung von Angehörigen der Verhörten, um sich auf diese Weise Geld und Wertgegenstände anzueignen. Diese Delikte waren so schwerwiegend, dass Zukriegel die Todesstrafe oder eine lebenslängliche Zuchthausstrafe drohte.

Kooperation mit polnischen Behörden

Schon vor der Erstellung der Anklageschrift stimmte Zukriegel am 1. November 1945 einer Zusammenarbeit mit dem polnischen Sicherheitsamt zu.[11] Er teilte in der Folge dem polnischen Sicherheitsamt sehr viele interne Informationen über die Litzmannstädter Gestapo und deren Aktionen sowie über einzelne Gestapo-Offiziere und die Gestapo-Leitung im besetzten Lodz mit.[12] Zukriegel sagte auch über die Foltermethoden der Gestapo während der Verhöre aus und trug zur Feststellung der Identität von Agentinnen und Agenten der Gestapo in der Lodzer Region bei.[13] Zudem trat er in Prozessen als Kronzeuge auf und belastete mehrere Gestapo-Agenten und -Agentinnen schwer, die zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.[14]

9 Vgl. Bömelburg, Hans-Jürgen; Klatt, Marlene (Hg.): Lodz im Zweiten Weltkrieg. Deutsche Selbstzeugnisse über Alltag, Lebenswelten und NS-Germanisierungspolitik in einer multiethnischen Stadt. Osnabrück 2015, S. 298 f. (Dok. 152).

10 Vgl. AIPN Łódź. SOŁ. Sign. Ld. 498. Nr. 532. Bd. 3, S. 7: Anklageschrift der Staatsanwaltschaft des Sonderstrafgerichts Warschau mit Sitz in Lodz. 28.01.1946.

11 Vgl. AIPN Wa. MSW. Sign. BU 01434. Nr. 20: Kopie einer Bestätigung der Zusammenarbeit mit dem Lodzer UB. 01.11.1945.

12 Allein diese Aussagen umfassen eineinhalb Aktenbände. In der erhaltenen Akteneinheit mit verschiedenen Meldungen und dem Schriftverkehr mit Zukriegel als UB- und SB-Agent finden sich dessen Aufzeichnungen und Notizen über die Gestapo, die später in die Archive der Sicherheitsdienste gelangten. Vgl. AIPN Wa. MSW. Sign. BU 1043. Nr. 2705, S. 86 – 146: Heft mit Zukriegels Notizen aus dem Gefängnis über die Gestapoleiter u. -mitarbeiter, -Agentinnen und -Agenten.

13 Vgl. AIPN Łódź. SOŁ. Sign. Ld 498. Nr. 532. Bd. 2, S. 54 f.: Verhörprotokoll. 14.02.1945.

14 Zum Beispiel Lucyna Jakob (1926 – 1945) aus Pabianice, die eine Konfrontation mit ihm verlangte, um seine Aussagen korrigieren zu können, und ihn auch in seinem eigenen Prozess belastete. Vgl. ebd., S. 102 – 110: Protokolle aus den Verhören von Lucyna Jakob durch die Mitarbeiter des Woiwodschaftlichen Öffentlichen UB. 03.07.1945.

In seinem eigenen Prozess erhielt Zukriegel zunächst eine zehnjährige Gefängnisstrafe. Die Staatsanwaltschaft legte jedoch gegen das Urteil beim Obersten Gericht Polens Revision ein, woraufhin das Verfahren an das Bezirksgericht Lodz verwiesen wurde, wo Zukriegel am 27. Februar 1948 zum Tode verurteilt wurde.[15] Gegen das Urteil legte Zukriegel Berufung ein und das Oberste Gericht verurteilte ihn daraufhin am 5. Juli 1948 zu zwölf Jahren Gefängnis, entzog ihm die Bürgerrechte für zehn Jahre und konfiszierte sein Vermögen.[16] Es ist schwer einzuschätzen, welche Rolle in diesen Gerichtsverfahren Zukriegels Tätigkeit für die polnische Staatssicherheit spielte. Wahrscheinlich versuchte man, den Druck auf ihn maximal zu erhöhen, um weitere Aussagen zu erhalten.

Einige Jahre vor Ablauf seiner regulären Haftzeit wurde Zukriegel 1955 aus dem Gefängnis entlassen.[17] Bis dahin hatte er mindestens zweimal schriftlich seine Tätigkeit als Informant unter den Decknamen „Gel“ und „Grabski“ des Lodzer Sicherheitsamtes bestätigt.[18] Nach der Entlassung aus dem Gefängnis wurde er durch die SB als Geheimer Mitarbeiter (*tajny współpracownik*) unter dem Tarnnamen „Gustaw“ angeworben. Bis zu seiner Ausreise 1957 informierte er die Staatsorgane über potenzielle Gegner des kommunistischen Regimes aus den Reihen des Lodzer deutsch-polnischen Milieus sowie unter Touristen aus Westdeutschland.

Mitarbeiter der polnischen Auslandsspionage

Der polnische Sicherheitsdienst kam um 1956/57 zu der Erkenntnis, dass Zukriegel aus Westberlin gute Informationen liefern könnte. Zunächst lehnten das Komitee für Öffentliche Sicherheit sowie das Woiwodschaftliche Sicherheitsamt die Ausreise Zukriegels im Februar 1956 noch ab.[19] Etwas später stimmten aber die Zentrale sowie die Leitung des Lodzer UB zu. Es ist unklar, von wem die Initiative für diese Entscheidung und die Anwerbung Zukriegels als Auslandsspion ausging, ob er sich selbst anbot, um ausreisen zu können, oder ob er – möglicherweise unter Druck gesetzt – einer Zusammenarbeit zustimmte. Die vorhandenen Dokumente lassen die erste Version wahrscheinlicher erscheinen, da Zukriegel nach der Entlassung aus dem Gefängnis keine Arbeit hatte und als Deutscher und ehemaliger NS-Täter aus der polnischen Gesellschaft ausgegrenzt war. Später wurde er für seine Agententätigkeit regelmäßig durch die SB entlohnt. Letztere sah Zukriegels Beweggründe für die Zusammenarbeit

15 Vgl. ebd., Bd. 3, S. 421–426.
16 Vgl. ebd., S. 444–447: Urteilsbegründung des polnischen Obersten Gerichtes im Kassationsbeschwerdeverfahren. 05.07.1948.
17 Die bereits in polnischen Gefängnissen verbrachte Zeit war mit der Gefängnisstrafe verrechnet worden.
18 Vgl. AIPN Wa. MSW. Sign. BU 01434. Nr. 20: Kopie der Bestätigungen der Zusammenarbeit mit dem Lodzer UB. 01.09.1948 u. 22.06.1955.
19 Vgl. ebd. Nr. 2705.

in der finanziellen Vergütung: „Ihm ist klar, dass er ohne diese Unterstützung hier höchstens vor sich hin vegetieren könnte."[20] Nichts ziehe ihn zurück nach Polen, zumal sich nach der Ausreise auch seiner Frau (mit Hilfe der SB) seine Verbindungen nach Polen weiter verringert hatten.

Die Ausreisegenehmigung wurde 1957 schließlich nach einer Intervention des Sicherheitsdienstes im Rahmen der damaligen Familienzusammenführungsaktion erteilt.[21] Anfangs sollte Zukriegel vor allem ehemalige Gestapo-Mitarbeiter und führende Litzmannstädter NS-Parteifunktionäre in Westdeutschland ausspionieren. Es ist unklar, ob er von Anfang an auch auf die Landsmannschaft angesetzt wurde oder ob sich diese Tätigkeit erst später ergab. Zukriegel nahm in Westberlin umgehend Kontakt mit ehemaligen Litzmannstädter Gestapo-Kollegen auf. Seine Berichte beschränkten sich auf deren Treffen und Vernetzung sowie auf allgemeine Informationen über die Lage in Berlin und in der Bundesrepublik.



Abb. 1: Willi Zukriegel, Foto für den Reisepassantrag 1957 (IPN. Ld 0184/1846, Bl. 11)

Schon kurz nach seiner Ausreise begann Zukriegel, regelmäßige Kontakte mit der Landsmannschaft Weichsel-Warthe und dem Haus der ostdeutschen Heimat (im Deutschlandhaus, dem heutigen Sitz der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung) zu

20 AIPN Wa. MSW. Sign. BU 000168. Nr. 396. Bd. 8, S. 408: Charakteristik Zukriegels. 31.07.1958.
21 Vgl. dazu Jankowiak, Stanisław: Wysiedlenie i emigracja ludności niemieckiej w polityce władz polskich w latach 1945–1970 [Vertreibung und Auswanderung der deutschen Bevölkerung in der Politik der polnischen Behörden 1945–1970]. Warszawa 2005, S. 299–312 u. 392–439; Turski, Michał: Emigrować czy zostać? Niemcy łódzcy w latach pięćdziesiątych XX wieku [Auwandern oder bleiben? Die Lodzer Deutschen in den 1950er Jahren]. In: Rocznik Łódzki 71 (2021), S. 75–94, hier S. 82–85.

knüpfen.[22] In seinen Berichten beschrieb er die Struktur und Raumaufteilung des Hauses, wo alle Berliner Landsmannschaften ihren Sitz hatten. Seine ersten Berichte sind noch aus der Position eines deutschen Übersiedlers verfasst, der über keinen größeren Einfluss in der Ortsgruppe verfügte. Über die Landsmannschaft baute er sich schrittweise ein größeres Netzwerk auf, wobei ihm seine früheren Gestapo- und Verwaltungsbekannten hilfreich waren.

Bereits nach seiner ersten Kontaktaufnahme bemühte sich Zukriegel um eine Übersetzerstelle im Berliner Landesverband der Landsmannschaft Weichsel-Warthe. Später versuchte er in Abstimmung mit seinem polnischen Führungsoffizier eine Stelle in der Westberliner Kriminalpolizei oder beim Verfassungsschutz zu bekommen.[23] Dies scheiterte jedoch laut Zukriegel aufgrund seiner Belastung als Gestapo-Mitarbeiter. Unklar ist, ob in Westberlin seine Unterstützung der polnischen Justiz bekannt war. Erste fundierte Meldungen über die Landsmannschaft durch Zukriegel datieren aus dem Dezember 1957, beschränken sich jedoch auf das interne Leben der Berliner Landsmannschaft, während sich noch kaum etwas zu politischen Themen findet.

Sehr schnell gewann Zukriegel das Vertrauen in der Ortsgruppe Lodz der LWW. Dabei halfen ihm seine frühere Tätigkeit in der Gestapo und seine Verbindungen nach Polen. Zunächst wurde er zum Sekretär der Ortsgruppe Lodz,[24] später sogar zu ihrem Vorsitzenden gewählt.[25] Seine Berichte aus dieser Zeit geben interessante Einblicke in das Leben der Landsmannschaft in Berlin und ihre Kontakte nach Westdeutschland.

Zukriegel berichtete auch über den Kirchendienst-Ost (KO), der mit der Landsmannschaft zusammenarbeitete und als evangelische Kirchenorganisation die Aufgabe hatte, den Deutschen im ‚Ostblock' zu helfen, was oft zu Spionagevorwürfen und Verdachtsfällen vonseiten des polnischen Sicherheitsapparats führte.[26] Zu einigen Angestellten des KO, etwa zu Ilse Rhode (1902–1959), die über Zukriegel eine Verbindung zur Lodzer evangelisch-augsburgischen Pfarrei aufzunehmen versuchte, besaß er intensive Kontakte.[27] Es ist unklar, ob Zukriegel den KO nur im Hinblick auf dessen Kontakte nach Lodz bespitzelte. Die SB in Posen (Poznań) fragte zumindest in der Zentrale nach, ob man auf diesem Wege auch Informationen über Ziele und Kontakte von Deutschen in Großpolen beschaffen könnte.[28] In späteren Berichten

---

22 Vgl. AIPN Wa. MSW. Sign. BU 000168. Nr. 396. Bd. 5, S. 34: Meldung Zukriegels. 05.06.1957.
23 Vgl. ebd., S. 38: Notiz aus dem Treffen von Zukriegel mit seinem Führungsoffizier. 03.07.1957.
24 Vgl. ebd., S. 357: Meldung Zukriegels. 27.03.1959.
25 Vgl. ebd., Bd. 6, S. 170: Notiz über ein Treffen von Zukriegel mit seinem Führungsoffizier. 09.12.1959.
26 Vgl. Słabig, Arkadiusz: Operationelle und Ermittlungsmaßnahmen und der Prozess gegen die „Agenten" des Kirchendienstes Ost. In: Dziurok, Adam; Madajczyk, Piotr; Rosenbaum, Sebastian (Hg.): Die deutsche Minderheit in Polen und die kommunistischen Behörden 1945–1989. Warszawa 2016, S. 254–277.
27 Vgl. AIPN Wa. MSW. Sign. BU 000168. Nr. 396. Bd. 5, S. 342: Meldung Zukriegels. 11.03.1959; ebd., Bd. 6, S. 26: Meldung Zukriegels. 11.04.1959.
28 Vgl. ebd., Bd. 6, S. 188: Schreiben des Bürgermilizpräsidiums in Posen an die 3. Abteilung des 2. Departements des Ministeriums des Innern. 31.12.1959.

Zukriegels sowie in den Aufträgen, die ihm von seinem Führungsoffizier gestellt wurden, tauchte der KO jedoch nicht mehr auf.

Für die SB fotografierte Zukriegel unter anderem die Mitgliederkarteien, die er als Sekretär der Ortsgruppe mit nach Haus nehmen durfte.[29] Aus diesen Fotos entstand eine Liste der Mitglieder, die in der DDR lebten und Verbindungen nach Westberlin hatten.[30] Die SB konnte anhand dieser Kopien auch ermitteln, welche Mitglieder der Landsmannschaft noch Verwandtschaft in Polen besaßen, die eventuell weitere Möglichkeiten zur Einflussnahme bot.

Eine besondere Bedeutung in Zukriegels Berichterstattung besaß die Lage Westberlins als einer Enklave des Westens, die von allen Seiten von der DDR umgeben war. Die Unsicherheiten in Bezug auf die sowjetischen Pläne zu Westberlin verschärften sich ab 1958 und spielten auch in den Diskussionen der Landsmannschaften eine große Rolle. In einer Meldung vom 15. August 1961, zwei Tage nach dem Bau der Berliner Mauer, erwähnte Zukriegel, dass die Berliner Mitglieder der Landsmannschaft zur Sicherung der Mitgliederkartei aufgerufen wurden.[31] Am 19. August vernichteten alle Berliner Ortsgruppen die Karteien, um sie nicht in falsche Hände geraten zu lassen.[32] Es muss als eine Ironie der Geschichte betrachtet werden, dass sie sich heute dank der Fotos Zukriegels noch als Kopien in den polnischen Geheimdienstunterlagen befinden könnten. Zukriegel berichtete, dass die Stimmung in den Landsmannschaften niedergeschlagen sei, insbesondere infolge von Ängsten vor einer von Vielen erwarteten Übergabe Westberlins an die DDR. Die Finanzierung der Aktivitäten der Landsmannschaft stockte.

Im November 1961 meldete Zukriegel, dass die Funktionäre der Landsmannschaften immer mehr an der Unterstützung der USA zweifelten.[33] In weiteren Meldungen informierte er darüber, dass die Mitglieder Lebensmittelpakete an Mitglieder in der DDR senden sollten. Der Berliner Landesverband der LWW erhöhe zudem seine propagandistischen Aktivitäten und steigere seine Hilfe auch an in Polen verbliebene Deutsche.[34] Die Paketaktion führte allerdings zu internen Vorfällen von Vorteilsnahme und Korruption. Zukriegel berichtete in diesem Zusammenhang, dass manche Mitglieder der Landsmannschaft hohe Provisionen von den paketversendenden Firmen annahmen und eine Kommission, die diese Fälle klären sollte, ebenfalls in die Affäre verwickelt sei.[35]

29 Vgl. ebd., S. 27: Meldung Zukriegels. 15.11.1961.
30 Vgl. ebd., S. 51–65: Schreiben an das Woiwodschaftliche Bürgermilizpräsidium. 14.05.1959 sowie Liste derjenigen Deutschen aus der Region Lodz, die in der DDR lebten und zur Berliner LWW gehörten.
31 Vgl. ebd., Bd. 7, S. 133: Meldung Zukriegels. 15.11.1961.
32 Vgl. ebd., S. 135.
33 Vgl. ebd., S. 144: Meldung Zukriegels. 01.11.1961.
34 Vgl. ebd., S. 152: Meldung Zukriegels. 15.11.1961.
35 Vgl. ebd., S. 279: Notiz vom Treffen Zukriegels mit seinem Führungsoffizier. 26.11.1963.

Auf dem Höhepunkt der Kuba-Krise war die Leitung der Landsmannschaft zur weiteren Vernichtung von Akten bereit, wie Zukriegel Ende Oktober 1962 meldete.[36] Die weitere Verschärfung der Lage bedrohte den Kontakt des SB mit seinen Agenten in Westberlin, von denen Zukriegel der Einzige war, der im Umfeld der Landsmannschaften tätig war.

Im Netz der Dienste

Über die westdeutsche Gegenspionage lieferte Zukriegel nur wenige Informationen. Zu den wichtigsten Personen aus diesem Bereich, mit denen er sich traf und über die er Meldungen erstellte, zählten Ludwig Wolff (1908 – 1988) und Zygmunt Messing (1899 – 1980).

Ludwig Wolff war in der Zwischenkriegszeit einer der wichtigsten Politiker der deutschen Minderheit in Polen gewesen, während der Besatzung dann NSDAP-Kreisleiter von Lodz-Stadt und SS-Mitglied. Nach 1949 spielte er eine bedeutende Rolle in der LWW. Erstmalig berichtete Zukriegel über ihn im Mai 1959. Wolff war zu dieser Zeit Erster Vorsitzender der LWW in Bayern und trat auch auf Bundesebene prominent in Erscheinung.[37] Zunächst sammelte Zukriegel, der Wolff schon vor 1939 gekannt hatte, allgemeine Informationen über ihn.[38] Mehrmals traf er Wolff persönlich und erfuhr schnell, dass dieser für den Bundesnachrichtendienst (BND) tätig war.[39] Er „nimmt dort eine wichtige Position ein, wahrscheinlich in der Abwehr", meldete er im August 1959.[40] Obwohl Zukriegels Führungsoffizier großes Interesse an diesem Fall zeigte, kommt Wolff in den Berichten der Folgejahre nicht mehr vor. Eventuell hielt Wolff sich gegenüber Zukriegel zurück, der als frisch aus Polen Zugezogener der Spionage verdächtig war.[41]

Kontakte hatte Zukriegel auch zu Zygmunt Messing, einem jüdischen Überlebenden und Gestapo-Spitzel im Getto Litzmannstadt, der ebenfalls mit den westdeutschen Nachrichtendiensten kooperierte. Nach der Kontaktaufnahme 1960 gewann Zukriegel schnell Messings Vertrauen und traf sich regelmäßig mit ihm. Er informierte die SB über verschiedene Pläne Messings, der eine Bar in Braunschweig

---

36 Vgl. ebd., S. 243: Meldung Zukriegels. 31.10.1962.

37 Vgl. ebd., Bd. 6, S. 76: Meldung Zukriegels. 28.05.1959.

38 Auf die persönliche Bekanntschaft verwies Zukriegel in ebd., S. 108: Meldung Zukriegels. 25.08.1959.

39 Über die NS-Belastung von Ludwig Wolff und seine Karriere im BND vgl. Nowack, Sabrina: Sicherheitsrisiko NS-Belastung. Personalüberprüfungen im Bundesnachrichtendienst in den 1960er Jahren. Berlin 2016, S. 70 sowie die Kurzbiographie ebd., S. 484.

40 AIPN Wa. MSW. Sign. BU 00168. Nr. 396. Bd. 6, S. 108: Meldung Zukriegels. 25.08.1959.

41 Die Akten des BND zu dem Fall sind bisher nicht zugänglich.

betrieb und auch in Westberlin eine solche eröffnen wollte, die als Treffpunkt für Nachrichtendienste dienen sollte.[42] Zur Realisierung des Plans kam es jedoch nicht.[43]

Der BND versuchte über Messing möglicherweise auch Zukriegel als Informanten zu rekrutieren. Zukriegel erwähnte dies nicht offen, doch deutet seine Mitteilung über ein Gespräch mit Messing darauf hin, wonach die westdeutschen Nachrichtendienste eine Person suchten, die Informationen zu Polen sammeln und Kontakte mit lokalen Deutschen aufrechterhalten könnte.[44] Zukriegel, der damals Mitarbeiter der Firma AHAG war, die intensive Handelsbeziehungen mit Polen besaß,[45] konnte für den BND durchaus eine potenzielle Bedeutung als Informant besitzen. Regelmäßige Besuche in Westpolen waren wegen der dort immer noch verhältnismäßig großen Anzahl ehemals deutscher Einwohner durchaus wichtig. Zentralpolen sei dagegen „weniger interessant", weil dort kaum Deutsche lebten.[46] Messing blieb wohl Zukriegels Tätigkeit für die SB unbekannt.

Als Funktionär der LWW traf Zukriegel auch Rudolf Fleischer (1914–1989) einen politischen Referenten des Berliner Landesverbandes, der später Landesvorsitzender der LWW wurde (1979–1989). Fleischer hatte nach den Meldungen Zukriegels ein „Spionagenetz" in Polen organisiert, dessen Mitglieder Informationen und Anweisungen aus Berlin in codierten Büchern erhielten.[47] Die Kommunikation durch die Sendung von Büchern, aus denen die Agenten vor Ort mit entsprechenden Schlüsseln Botschaften herauslasen, habe gut funktioniert, weil laut Fleischer die polnischen Zollbeamten und die SB keinen Verdacht gegenüber belletristischer oder religiöser Literatur hegten. Eine Überprüfung und Bewertung dieser Meldung ist nicht möglich. Insgesamt besitzen diese Informationen wenig Wert, obwohl Zukriegel an dem Fall intensiv gearbeitet hatte und Fleischer in mehreren Meldungen zwischen Ende 1961 und Anfang 1962 auftauchte.

Im Oktober 1960 meldete Zukriegel, dass die Atmosphäre in den Vertriebenen-Organisationen und speziell im Berliner Landesverband der LWW zunehmend heikel und angespannt sei, weil die Bundesleitung des Bundes der Vertriebenen Informationen erhalten habe, dass Namen aus den Karteien der Landsmannschaften an die DDR und weitere osteuropäischen Staaten flössen.[48] Am 21. Oktober meldete er, dass die LWW-Ortsgruppen planten, ihre Mitgliederlisten auf mögliche Spione aus dem

42 Vgl. AIPN Wa. MSW. Sign. BU 00168. Nr. 396. Bd. 7, S. 50: Meldung Zukriegels. 21.10.1960. Vgl. zu Messing Walicki, Jacek: Zygmunt Messing – dzieje Żyda o życiorysie niezgodnym z regułą [Zygmunt Messing – Die Geschichte eines Juden mit einem Lebenslauf gegen den Strich]. In: Zagłada Żydów. Studia i Materiały 8 (2012), S. 362–382, hier S. 363, der auch dessen weitere Karriere, einschließlich seiner Anwerbung durch die Berliner Kriminalpolizei im Jahr 1933, seine Emigration nach Polen sowie seine Agententätigkeit während des Zweiten Weltkrieges darstellt.

43 Vgl. ebd., S. 94: Meldung Zukriegels. 31.05.1961; ebd., S. 153: Meldung Zukriegels. 15.11.1961.

44 Vgl. ebd., S. 16: Meldung Zukriegels. 30.08.1960.

45 Vgl. AIPN Wa. MSW. Sign. BU 00168. Nr. 396. Bd. 6, S. 159: Meldung Zukriegels. 21.11.1959.

46 Ebd., Bd. 7, S. 16: Meldung Zukriegels. 30.08.1960.

47 Ebd., S. 152: Meldung Zukriegels. 15.11.1961.

48 Vgl. ebd., S. 37 f.: Meldung Zukriegels. 06.10.1960.

‚Ostblock' hin zu überprüfen. Die Namen von Verdächtigen sollten der deutschen Kriminalpolizei und der amerikanischen, britischen sowie französischen Spionageabwehr übergeben werden.[49] Im Dezember teilte er in einem Bericht über die LWW die Namen von fünf verdächtigten Mitgliedern aus der Ortsgruppe Lodz mit.[50] Inzwischen war ein Mitglied aus der Landsmannschaft wegen des Versuches, an die Mitgliederkartei zu gelangen, entfernt worden. Trotz dieser Maßnahmen hatte Zukriegel weiter unbeschränkten Zugang zur Kartei. Die SB nutzte sie, um potenzielle Kandidaten für eine Agententätigkeit zu recherchieren.

Nach 1961 berichtete Zukriegel nur noch wenig über die Landsmannschaft. Zu den wichtigsten Nachrichten aus dieser Zeit gehören Informationen zu dem Buchprojekt *Weg und Schicksal des Deutschtums in Polen*, an dem sich verschiedene Funktionäre der LWW im Herbst 1962 beteiligten.[51] Auch über die Reaktion der Landsmannschaft auf den Besuch des Generalsekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Wiesław Gomułka in Ostberlin berichtete er kurz: sie sei zwar ablehnend, aber ruhig gewesen.[52] Eine weitere Meldung bezog sich auf die Rückkehr des Berliner Landesvorsitzenden der LWW, Ewald Waldow (1906 – 1980), von seinem Treffen mit Bundeskanzler Konrad Adenauer im November 1962. Laut Waldow drängte zu dieser Zeit die amerikanische Regierung auf eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik, was seiner Einschätzung nach „ein Ende der Landsmannschaft" bedeuten würde.[53]

Die letzte, in den Akten enthaltene Meldung über die Landsmannschaft stammt vom 27. Januar 1964.[54] Sie enthält Informationen über ein Treffen der Führung der Berliner LWW und ihrer Ortsgruppenleiter, auf dem Ewald Waldow über eine katastrophale finanzielle Lage und zahlreiche Mitgliederaustritte berichtet habe. Waldow habe darüber hinaus festgestellt, dass es keine Hoffnung auf die Rückgabe des verlorenen Landes gebe und man eine Verständigung mit Polen suchen müsse. Ein Redner, der der CDU angehörte, habe konstatiert:

> „Unsere Aufgabe ist es, die bestmöglichen Beziehungen zum polnischen Volk aufzubauen. Da wir von dort kommen, kennen wir die Mentalität der Polen am besten. Die zweite Frage ist, wer von uns jemals in diese Länder zurückkehren möchte. Ich kann Ihnen im Voraus sagen, dass 90 % Nein sagen werden. Zu viele Jahre sind vergangen und jeder von uns hat sich hier eine neue Existenz aufgebaut – warum also gibt es die Landsmannschaften noch?"[55]

49 Vgl. ebd., S. 43: Meldung Zukriegels. 21.10.1960.
50 Vgl. ebd., S. 60: Meldung Zukriegels. 05.12.1960.
51 Vgl. ebd., S. 214: Kopie des Einladungsbriefs der LWW zur Mitarbeit. 20.08.1962.
52 Vgl. ebd., S. 232: Meldung Zukriegels. 17.10.1962.
53 Ebd., S. 246: Notiz vom Treffen Zukriegels mit seinem Führungsoffizier. 26.11.1962.
54 Vgl. ebd., S. 287: Notiz vom Treffen Zukriegels mit seinem Führungsoffizier. 20.01.1964.
55 Ebd., S. 288.

Aus vielen Meldungen Zukriegels lassen sich solche pessimistischen Einschätzungen zur Lage der Landsmannschaft sowie schrumpfende Hoffnungen auf eine Rückkehr in die Herkunftsgebiete unter den Vertriebenenfunktionären herauslesen.

Der siebte, chronologisch letzte Band seiner Meldungen endet mit einer Notiz über ein Verhör Zukriegels durch den bundesdeutschen Verfassungsschutz am 20. März 1964. Er wurde wegen seiner Arbeit bei der Firma AHAG befragt, da die westdeutschen Behörden den Firmenbesitzer einer Zusammenarbeit mit dem polnischen Nachrichtendienst verdächtigten.[56] Weitere Berichte sind nicht erhalten, die Akte endet ohne Angaben über eine weitere Tätigkeit Zukriegels. Vermutlich brach er selbst den Kontakt mit der SB ab. In den Akten der polnischen Sicherheitsdienste taucht er nicht weiter auf. Über das weitere Leben Zukriegels ist nichts bekannt. Wahrscheinlich starb er im August 1976 in Westberlin.[57]

Einschätzungen und Schlussfolgerungen

Wie wichtig waren die Berichte Zukriegels? Welche neuen Erkenntnisse gaben sie den polnischen Staatssicherheitsorganen? Zukriegel meldete zwar allgemeine Informationen über die Aktivitäten der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, führte aber keine eingehenderen Analysen durch und unternahm kaum Versuche, genauere Informationen zu erhalten. Er hatte Zugang zur Leitungsebene des Berliner Landesverbandes (Ewald Waldow, Rudolf Fleischer) und traf ebenfalls wichtige Vertreter des Bundesverbandes (Ludwig Wolff, Peter Nasarski). Für die polnischen Nachrichtendienste war er wahrscheinlich die einzige Informationsquelle aus der LWW.

Zukriegel berichtete kaum über interne Konflikte innerhalb der Landsmannschaft. Nur einzelne Berichte erwähnen Auseinandersetzungen zwischen der Lodzer und der Posener Gruppe, ohne jedoch weitere Details zu nennen. Die Meldungen aus dem Haus der ostdeutschen Heimat und der LWW beschränkten sich auf Beschreibungen von Treffen der Leitung des Berliner Landesverbandes mit externen Gästen und von Treffen aller Mitglieder. In den Meldungen listete er zwar genau auf, wer was gesagt hatte, ohne dass sich aber daraus Informationen über die Zukunftspläne der Landsmannschaft oder die allgemeine Stimmung herauslesen ließen.

Zwar schätzte der polnische Sicherheitsdienst Zukriegels Informationen als verlässlich ein,[58] doch war die Bedeutung der LWW unter den Vertriebenenorganisatio-

56 Vgl. ebd., S. 292: Notiz vom Treffen Zukriegels mit seinem Führungsoffizier. 24.03.1964.

57 Zukriegel lebte wohl bis zu seinem Tod in Berlin-Tempelhof. Vgl. Landesarchiv Berlin. P Ref 50 Standesamt – Tempelhof. Nr. 391: Namenverzeichnis Sterberegister Tempelhof 1976, S. 88.

58 „Nach unserer bisherigen Zusammenarbeit erwies sich ‚Gustaw' als sehr diszipliniert und gewissenhaft bei der Ausführung der ihm übertragenen Aufgaben." AIPN Wa. MSW. BU 001043. Nr. 2705, S. 404: Einsatzeinschätzung Zukriegels. Juli 1958. „Im Allgemeinen halte ich den Geheimdienstmitarbeiter ‚Gustaw' für einen zuverlässigen Mann, dem man vertrauen kann." Ebd., S. 419: Charakteristik des Agenten „Gustaw" von Oktober 1960 bis Dezember 1962. 30.01.1963.

nen nicht besonders hoch. Trotz der Wertschätzung Zukriegels als Agent geht aus den erhaltenen Akten im Ministerium des Inneren hervor, dass die Informationen über das innere Leben der LWW doch nur relativ geringe Relevanz für die polnischen Behörden besaßen. Zukriegels Meldungen über Kontaktversuche vonseiten der LWW zu verbliebenen Deutschen in den Woiwodschaften Lodz und Posen waren dagegen durchaus relevant für die Bekämpfung westdeutscher Spionage und wurden vor Ort genutzt.

Ebenfalls von Bedeutung waren Zukriegels Kontakte und Kenntnisse im deutsch-polnischen Milieu Westdeutschlands: Seine Informationen über Ludwig Wolff und Sigmund Messing als westdeutsche Geheimdienstmitarbeiter waren für die SB hilfreich und wichtig. Der Grad der Gefährlichkeit von Wolff für Polen bleibt bis zur Öffnung seiner BND-Akte unklar, doch war der polnischen Spionage nach den Mitteilungen Zukriegels sicherlich klar, welche Rolle Wolff spielte. Zukriegels Nachrichten konnten zudem dazu genutzt werden, Personen in der DDR, die mit der LWW in Verbindung standen, ausfindig zu machen und sie nachrichtendienstlich weiter zu bearbeiten.

Insgesamt lässt sich sagen, dass Willi Zukriegel als Agent der polnischen Seite in den Jahren von 1958 bis 1963 durchaus relevante Informationen zuspielte, und allem Anschein nach war er der einzige Informant über die LWW, den die SB besaß. Besonders wurde sein Zugang zu den Mitgliederkarteien aller Landsmannschaften, die ihren Sitz im Berliner Haus der ostdeutschen Heimat hatten, geschätzt. Es ist nicht bekannt, ob Zukriegels Tätigkeit während oder nach seiner Berichterstattung durch westdeutsche oder alliierte Nachrichtendienste aufgedeckt wurde. Für eine Geschichte der Beobachtung der Berliner Landsmannschaften sowie des Vertriebenenmilieus insgesamt sind nicht nur weitere Forschungen, sondern auch eine Öffnung der Archive der westdeutschen Nachrichtendienste notwendig.

TSCHECHOSLOWAKEI

Stefan Lehr

Die Beobachtung der Sudetendeutschen Landsmannschaft durch die tschechoslowakische Staatssicherheit (bis 1970)

Zusammenfassung: Der Beitrag gibt einen ersten Überblick über die Beobachtung der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) und ihrer Funktionäre durch die tschechoslowakische Staatssicherheit (*Státní bezpečnost* – StB) bis Ende der 1960er Jahre. Dabei geht er auf die Sammlung und Auswertung von Informationen ein und fragt nach den Zielen, die die StB gegenüber der SL verfolgte. Er stellt einige Informanten aus den Reihen der SL vor und deckt ihre Motive für die Zusammenarbeit mit der StB auf. Deutlich wird, dass eine verhältnismäßig intensive Beobachtung betrieben wurde. Sie zeugt davon, dass man seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre gut über das Geschehen in der SL informiert war. Die SL wurde als revanchistische und feindliche Organisation wahrgenommen. Das Ziel der StB war es, die SL zu schwächen. Dies galt insbesondere für den die SL im Untersuchungszeitraum dominierenden nationalistischen Flügel um den Witiko-Bund. Dazu suchte man nach belastenden Archivalien und legte die NS-Vergangenheit führender SL-Funktionäre offen.

Schlagwörter: Sudetendeutsche Landsmannschaft; Staatssicherheit (StB); Tschechoslowakei; Agenten; Revanchisten

Abstract: The article provides an initial overview of the observation of the Sudeten German Homeland Association (*Sudetendeutsche Landsmannschaft* – SL) and its functionaries by the Czechoslovak State Security (*Státní bezpečnost* – StB) until the late 1960s. For this purpose, the collection and evaluation of information about the SL is considered and the goals pursued by the StB are being researched. Furthermore, some informants from the SL are introduced and their motives for working with the StB are given. It was found that the observation was relatively intensive and shows that the StB was well informed about what was happening in the SL in the second half of the 1950s and in the 1960s. The SL was perceived as a revanchist and hostile organization and the aim of the StB was to weaken it. This particularly applied to the nationalist wing around the *Witiko-Bund*, which dominated the SL during the period under study. To this end, as an active measure, they disclosed, for example, the Nazi past of leading SL functionaries.

Keywords: *Sudetendeutsche Landsmannschaft*; State Security (StB); Czechoslovakia; secret agents; revanchists

Dr. Stefan Lehr, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Johann-Justus-Weg 147a, 26127 Oldenburg, stefan.lehr@bkge.uni-oldenburg.de

https://doi.org/10.1515/9783110795288-006

Einleitung

Die 1950 gegründete Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL)[1] war die mitgliederstärkste, am besten organisierte und politisch aktivste Landsmannschaft in der BRD.[2] Die sozialistische Tschechoslowakei (ČSR/seit 1960: ČSSR) nahm die SL und ihre Politik eindeutig negativ wahr.[3] In tschechischen Publikationen aus der kommunistischen Zeit,[4] von denen einige auch in deutscher Übersetzung erschienen sind,[5] werden die Funktionäre der SL als nationalistische Revanchisten dargestellt, die an die Politik Henleins und Hitlers anknüpften und diese fortsetzten.[6] Der Politikwissenschaftler Libor Rouček stellt in seiner Wiener Dissertation von 1990 zu den Beziehungen zwischen der BRD und der ČSSR zutreffend fest, dass es den sudetendeutschen Gremien in der BRD in ihrer mehr als vierzigjährigen Tätigkeit nicht gelang,

1 Vgl. Franzen, K. Erik: Der vierte Stamm Bayerns. Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954–1974. München 2009; Weger, Tobias: „Volkstumskampf" ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen 1945–1955. Frankfurt/M. 2008; Stickler, Matthias: „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch". Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004.

2 1960 lebten etwa zwei Millionen Sudetendeutschen in der BRD, davon waren 350.000 Mitglieder der SL. Vgl. Amos, Heike: Die Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der Staatssicherheit 1949 bis 1989. München 2011, S. 167.

3 Vgl. Rouček, Libor: Die Tschechoslowakei und die Bundesrepublik Deutschland 1949–1989. Bestimmungsfaktoren, Entwicklungen und Probleme ihrer Beziehungen. München 1990, S. 196.

4 Vgl. u. a. Šnejdárek, Antonín: Německý imperialismus proti ČSR [Deutscher Imperialismus gegen die ČSR]. Praha 1958; ders.: Revanšisté proti Československu [Revanchisten gegen die Tschechoslowakei]. Praha 1963; o. A.: Německý revanšismus – hrozba míru [Deutscher Revanchismus – eine Bedrohung des Friedens]. Praha 1959; o. A.: Bezpečnost v Evropě a hrozba západoněmeckého imperialismu. Materiály z mezin. konf. v Praze 23.–27.05.1961 [Die Sicherheit in Europa und die Gefahr des deutschen Imperialismus. Beiträge der internationalen Konferenz in Prag 23.–27.05.1961]. Praha 1961; Berounská, Olga; Šnejdárek, Antonín (Hg.): „Právo na domov" a německý revanšismus [„Recht auf Heimat" und der deutsche Revanchismus]. Praha 1962; Ströbinger, Rudolf: Plameny nenávisti [Flammen des Hasses]. Praha 1963; o. A.: O vývoji německého nacionalismu v předmnichovském Československu a o soudobém západoněmeckém revanšismu [Über die Entwicklung des deutschen Nationalismus in der Vormünchener Tschechoslowakei und über den zeitgenössischen westdeutschen Revanchismus]. Ostrava 1967; Novák, Vladimír: V pozadí je fašismus. Neonacismus a revanšismus v NSR [Im Hintergrund ist der Faschismus. Neonazismus und Revanchismus in der BRD]. Praha 1980.

5 Vgl. o. A.: Wir warnen! Die deutschen Revanchepolitiker bedrohen den Frieden. Prag 1959; o. A.: Die Unverbesserlichen. Prag 1960.

6 Vgl. zum Beispiel Šnejdárek, Antonín: Sudetoněmečtí revanšisté se znovu aktivizují [Die sudetendeutschen Revanchisten werden wieder aktiv]. In: Ders.: Výbor přednášek a statí 1968 [Sammlung von Vorlesungen und Artikeln 1968]. Praha 1969, S. 87–91, hier S. 91. Vgl. auch Stickler, Matthias: Vertriebene als „Faschisten", „Revanchisten", „Kalte Krieger". Ideologiekritische Anmerkungen zur Herkunft eines Vorurteils. In: Gieseking, Erik u. a. (Hg.): Zum Ideologieproblem in der Geschichte. Herbert Hömig zum 65. Geburtstag. Lauf an der Pegnitz 2006, S. 177–201.

auch nur eine offene Sympathieerklärung aus der Tschechoslowakei zu erhalten.[7] Dies hatte diverse, sowohl historische als auch politische Gründe.[8]

Aus tschechischer Sicht war die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg, die die Alliierten mitgetragen hatten, eine Folge der Hinwendung großer Teile der Sudetendeutschen zum Nationalsozialismus und ihrer Beteiligung an der Zerschlagung der ČSR und an der NS-Besatzung des Landes, die der tschechischen Bevölkerung Unfreiheit, Leid und Terror gebracht hatte.[9] Die Ziele und Forderungen der SL, wie der Anspruch auf Heimat und Entschädigung sowie die Rückerstattung des enteigneten Vermögens, nahm die ČSSR als Bedrohung und Gefahr wahr.[10] Der ehemalige Mitarbeiter des tschechoslowakischen Geheimdienstes, Ladislav Bittman (1931–2018), der nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 in den Westen übergelaufen war, erinnerte sich in seinen Memoiren daran, dass die Sudetendeutschen in Prag „für ein gefährliches Element gehalten“ wurden.[11] „Ihre Bewegung“ sei als „extrem antikommunistisch“ und als politisch einflussreiche Kraft in der BRD eingestuft worden.[12] Alle sudetendeutschen Organisationen seien in den 1950er und 1960er Jahren zum Gegenstand von tschechoslowakischen Geheimdienstinteressen geworden.

Der vorliegende Beitrag fragt nach dieser Beobachtung der SL und möchte einen ersten Überblick über das Thema für das Innenministerium (*Ministerstvo vnitra* – MV), dem auch die Staatssicherheit (*Státní bezpečnost* – StB) unterstand, bis Ende der 1960er Jahre geben.[13] Wie gut waren MV/StB über die SL und ihre Akteure informiert? Wer waren ihre Informanten und was waren deren Motive für die Zusammenarbeit mit der StB? Welche Ziele verfolgte der tschechoslowakische Geheimdienst? Dazu wird zunächst ein Überblick über die Aktivitäten des Innenministeriums hinsichtlich der SL

---

7 Vgl. Rouček, Die Tschechoslowakei (wie Anm. 3), S. 196.

8 Zu den nationalen Konflikten vgl. Křen, Jan: Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918. München 1996.

9 Vgl. Brandes, Detlef: Die Tschechen unter deutschem Protektorat. 2 Bde. München 1969/1975.

10 Vgl. Šnejdárek, Revanšisté proti Československu (wie Anm. 4), S. 17; Rouček, Die Tschechoslowakei (wie Anm. 3), S. 196; Kučera, Jaroslav: Mírové uspořádání s Německem. Od protihitlerovské koalice k česko-německé deklaraci [Friedensordnung mit Deutschland. Von der Anti-Hitlerkoalition zur deutsch-tschechischen Deklaration]. Praha 2018, S. 184.

11 Bittman, Ladislav: Zum Tode verurteilt. Memoiren eines Spions. München 1984, S. 25 f. Bittman arbeitete seit 1954 für den tschechoslowakischen Geheimdienst. Drei Jahre lang wirkte er in der Studienabteilung des Innenministeriums. Zu seinen Aufgaben in dieser Zeit gehörte die Auswertung von Agenturberichten aus der BRD. Weitere sechs Jahre war er in der operativen Sektion für die BRD und Österreich tätig. Darauf war er zwei Jahre stellvertretender Leiter der Abteilung für aktive Maßnahmen und Desinformation. Die letzten zwei Jahre vor seiner Flucht war er in Wien in der tschechoslowakischen Botschaft offiziell als Presseattaché beschäftigt. Vgl. Beer, Siegfried; Lukes, Igor: Spy, Scholar, Artist. The Three Careers of Ladislav Bittman. In: Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies 2/1 (2008), S. 113–134.

12 Ebd.

13 Eine Monographie des Autors dieses Beitrags zu dem Thema für den Zeitraum von 1945 bis 1989 befindet sich in Vorbereitung.

gegeben. Des Weiteren werden anhand von Fallbeispielen unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit von Sudetendeutschen mit der StB vorgestellt.

Das Innenministerium und sein Revanchismus-Referat

Die Beobachtung der Vertriebenen durch die Tschechoslowakei begann nicht erst 1949 mit der Gründung der BRD bzw. der Erlaubnis der Alliierten in Westdeutschland, Interessenorganisationen der Vertriebenen zu bilden, sondern bereits mit der Vertreibung der Deutschen aus der ČSR. Der militärische Nachrichtendienst verfasste den ersten heute vorliegenden zusammenfassenden Bericht über Aktivitäten der vertriebenen Sudetendeutschen im November 1946.[14] Das Innenministerium informierte ausführlich in einem Referat vom 20. November 1947 über die gegen die ČSR gerichtete Tätigkeit der Sudetendeutschen, in dem sowohl auf die Aktivitäten und Publikationen des Sozialdemokraten Wenzel Jaksch (1896 – 1966) gegen die Vertreibung als auch die katholisch-christlichen Kreise eingegangen wurde.[15] Beide wurden als gegen die Tschechoslowakei gerichtet und gefährlich beschrieben.

Die Beobachtung Jakschs, der sich schon im Londoner Exil gegen die Vertreibung gestellt hatte, lief bereits seit seinen ersten diesbezüglichen Aktivitäten und wurde 1945 fortgesetzt.[16] Auch ein 63-seitiger Bericht über die Tätigkeit der vertriebenen Sudetendeutschen vom Februar 1949 legte den Schwerpunkt noch auf Jaksch.[17] Obwohl die sudetendeutschen Sozialdemokraten (Seliger-Gemeinde) weiterhin im Interesse der StB standen, verlagerte sich in der Folgezeit das Hauptaugenmerk mehr auf die nationalistische Gruppe um den Witiko-Bund, da diese lange einen entscheidenden Einfluss auf die SL hatte.[18] Viele Mitglieder des Witiko-Bundes hatten der Sudetendeutschen Partei (SdP) bzw. der NSDAP angehört und standen der sozialistischen Tschechoslowakei feindlich gegenüber.

14 Vgl. Archiv bezpečnostních složek, Praha (ABS) [Archiv der Sicherheitsorgane, Prag]. Sign. 323 – 11 – 7: Organisationen in Deutschland und Österreich, die eine gegen die Tschechoslowakei gerichtete Tätigkeit betreiben. 07.11.1946. URL: https://www.ebadatelna.cz/?id=f85725 (20.04.2022).

15 Vgl. ABS. Sign. 323 – 11 – 5: Gegen die Tschechoslowakei gerichtete Propaganda und Tätigkeit der vertriebenen Deutschen. 20.11.1947. URL: https://www.ebadatelna.cz/?id=f85722 (20.04.2022).

16 Vgl. Brandes, Detlef: Wenzel Jaksch im Spiegel von Dokumenten der tschechoslowakischen Staatssicherheit 1945 bis 1966. In: Bohemia 60/2 (2020), S. 237 – 264. Zum Verhältnis Jakschs zu ehemaligen Nationalsozialisten im BdV und der SL vgl. Schwartz, Michael: Vertriebenenpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland. NS-Vergangenheit und politisches Engagement in der Demokratie. In: Brechtken, Magnus (Hg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium. Göttingen 2021, S. 335 – 370, hier S. 336 – 345.

17 Vgl. ABS. Sign. 323 – 10 – 11. URL: https://www.ebadatelna.cz/?id=f85715 (20.04.2022).

18 Vgl. Weger, „Volkstumskampf“ (wie Anm. 1), S. 186 – 203.

Die Beobachtung der sudetendeutschen Organisationen war innerhalb des politischen Nachrichtendienstes (1. Verwaltung des MV) der Abteilung zugeordnet,[19] die sich mit Deutschland beschäftigte[20] und in der es ein eigenes Revanchismus-Referat gab.[21] In den 1960er Jahren arbeiteten dort zwei hauptamtliche Mitarbeiter: Jan Fuchs (*1923) alias „Radimský" und Richard Richter (*1931) mit dem Decknamen „Rosický".[22] Beide verfügten über gute Deutschkenntnisse, hatten studiert und waren mit der Thematik vertraut. Sie leiteten mehrere Agenten in der BRD und Österreich und hielten sich dort auch wiederholt unter dem Deckmantel der tschechoslowakischen Diplomatie auf. Darüber hinaus waren andere Abteilungen des MV an den Aktivitäten gegenüber der SL beteiligt, wie die Abteilung für Desinformation, in der Bittman zeitweise arbeitete, sowie die an den diplomatischen Vertretungen in der BRD tätigen StB-Mitarbeiter.[23]

Das Revanchismus-Referat des MV konzentrierte sich darauf, Informationen über die Politik und Funktionäre der SL zu sammeln. Dies erfolgte, indem man die sudetendeutsche bzw. Vertriebenenpresse (*Der Sudetendeutsche, Ost-West-Kurier* und *Wegwarte*), tschechoslowakische Archivunterlagen (vor allem mit Blick auf die NS-Vergangenheit der Akteure im Protektorat Böhmen und Mähren und im Reichsgau Sudetenland) und Agentenberichte auswertete sowie eigene umfangreiche Recherchen betrieb. Dabei handelte es sich jedoch nicht nur um eine auf Informationssammlung bezogene passive Tätigkeit. Vielmehr verfolgte die StB auch sogenannte aktive Maßnahmen. Diese bestanden aus öffentlichen Propaganda-Kampagnen gegen die SL. Ferner spielte man der Presse belastende Unterlagen zu diversen Vertriebenenfunktionären zu, die dann auch in der BRD benutzt wurden.[24] Beispiele dafür

---

19 1955 hatte die Aufklärung im Ausland 216 Agenten im Einsatz, davon die mit Abstand meisten in der BRD (73) und in Österreich (45). Vgl. Žáček, Pavel (Hg.): Menší sestra [Die kleine Schwester]. Bd. 1: Vznik a vývoj První správy ministerstva vnitra 1953 – 1959 (edice dokumentů) [Entstehung und Entwicklung der Ersten Verwaltung des Innenministeriums 1953 – 1959 (Quellenedition)]. Brno 2004, S. 141 – 144, 156.

20 In der Abteilung Deutschland (9 Mitarbeiter) und Österreich (6) arbeiteten 1964 insgesamt 19 Personen, davon waren jedoch 4 krank und weitere 5 wurden geschult. Vgl. ABS. Objektový svazek (OS) Sudetští Němci (SN) [Objektakte Sudetendeutsche]. Reg.-Nr. 11713 I. S. Hauptakte. 1. Teil, Bl. 13 – 22: Beurteilung der Arbeitsergebnisse im 1. Halbjahr 1964. 13.06.1964.

21 Die organisatorische Zuordnung und Bezeichnung des Revanchismus-Referats, das für die sudetendeutschen Organisationen zuständig war, änderte sich im Laufe des Untersuchungszeitraumes mehrmals. Vgl. Žáček, Pavel: Rozvědka [Nachrichtendienst]. In: Bárta Milan u. a. (Hg.): Biografický slovník náčelníků operativních správ Státní bezpečnosti v letech 1953 – 1989 [Biographisches Lexikon der Leiter der operativen Verwaltungen der Staatssicherheit in den Jahren 1953 – 1989]. Praha 2017, S. 53 – 92. Vgl. auch den Eintrag zur 37. Abteilung der 1. Verwaltung im Online-Lexikon des StB-Dokumentationsportals. URL: https://ibadatelna.cz/cs/slovnik/37-odbor-i-spravy (20.04.2022).

22 Major Fuchs arbeitete von 1955 bis 1969/70; Major Dr. Richard Richter von 1964 bis 1979 für die StB.

23 Im Untersuchungszeitraum unterhielt die StB in Wien, Berlin und Frankfurt am Main Residenturen. 1964 wirkten in Wien 6, in Berlin 5 und in Frankfurt 2 StB-Mitarbeiter. Vgl. ABS. OS SN: Beurteilung der Arbeitsergebnisse im 1. Halbjahr 1964. 13.06.1964; Žáček, Rozvědka (wie Anm. 21), S. 66.

24 Vgl. z. B. Uslar, Thilo von: Der „ehrenwerte" Karmasin. In: Die Zeit. 24.06.1966.

liegen 1964 für Franz Ohmann (1917–1981),[25] Wenzel Jaksch und Siegfried Zoglmann (1913–2007) vor.[26] Des Weiteren betrieb die StB mehrere Diffamierungs- und Desinformationsaktionen. Dabei fälschte sie auch Dokumente und Briefe.[27] Beispielsweise spielte sie ausgewählten Medien in Österreich und der BRD gefälschte Dokumente zu, die die angebliche Homosexualität des Sprechers der SL, Walter Becher (1912–2005), belegen sollten.[28] Das Ziel dabei war, die SL zu spalten und zu schwächen.

Beobachten, reagieren und agieren (1954–1963)

Bis zur Mitte der 1950er Jahre finden sich im Prager Archiv der Sicherheitsdienste neben zahlreichen vereinzelten Meldungen hauptsächlich zusammenfassende Berichte über die vertriebenen Sudetendeutschen.[29] Erst seit dieser Zeit liegt eine dichtere Aktenüberlieferung vor, die auch Auskunft über die Arbeitsweise der involvierten Behörden gibt. Sie zeugt von einem stärker koordinierten Vorgehen, für das die Initiative von der politischen Führung ausgegangen war. So wies ein Beschluss des Politbüros des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) vom 19. Mai 1954 dem Innenministerium die Aufgabe zu, die sudetendeutschen Organisationen in Deutschland und Österreich zu beobachten und regel-

---

25 Franz Ohmann wurde im März 1966 von seinem Amt als Richter enthoben, als die Staatsanwaltschaft gegen den ehemaligen Gestapo-Mitarbeiter ermittelte und ihm die Beteiligung an der Verfolgung von Juden und Antifaschisten vorwarf. In der SL, wo er zum Bundesvorstand gehörte, konnte er seine Ämter weiterführen. Er war unter anderem in den Jahren 1976–1981 Präsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung. Vgl. Uslar, Der „ehrenwerte" Karmasin (wie Anm. 24).

26 Vgl. ABS. OS SN. Reg.-Nr. 11713 I. S. Hauptakte. 2. Teil, Bl. 43–51: Koordination und Planung von aktiven Maßnahmen im Bereich des Revanchismus. 06.11.1964. Zoglmann war im Protektorat Böhmen und Mähren Gebietsführer der Hitlerjugend und Obersturmführer der Waffen-SS gewesen. In der BRD war er bis 1970 Mitglied der FDP, 1974 schloss er sich der CSU an. Er war Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen (1954–1958) und des Bundestages (1957–1976), im Witikobund und im Sudetendeutschen Rat sowie von 1976 bis 1988 Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Bayern. Vgl. Schrafstetter, Susanna: Siegfried Zoglmann, His Circle of Writers, and the Naumann Affair: A Nazi Propaganda Operation in Postwar Germany. In: Messenger, David A.; Paehler, Katrin (Hg.): A Nazi Past. Recasting German Identity in Postwar Europe. Lexington 2015, S. 113–138.

27 Ladislav Bittman beschreibt zum Beispiel, wie er und seine Kollegin Briefe des konservativen und antikommunistisch eingestellten Kardinals Francis Spellman (1889–1967), dem Erzbischof von New York, an Lodgman von Auen fälschten, um für Verwirrung zu sorgen. Vgl. Bittman, Memoiren (wie Anm. 11), S. 26–29.

28 Bittman zufolge ging die Idee dazu von dem unten näher behandelten sudetendeutschen StB-Agenten Emil Peuker aus. Vgl. ebd., S. 58.

29 Das MV erwähnt in Tätigkeitsberichten für die Jahre 1952 und 1953 eine Reihe von Berichten über die Situation und Entwicklung der sudetendeutschen Organisationen, die bisher jedoch nicht aufgefunden wurden. Vgl. Bericht über die Tätigkeit der 1. Verwaltung des MV für den Zeitraum von März 1951 bis November 1953. In: Žáček, Menší sestra (wie Anm. 19), S. 17–43, hier S. 23 f.

mäßig über ihre Absichten zu referieren.[30] In demselben Jahr noch legte Innenminister Rudolf Barák (1915 – 1995) dem ZK einen 24-seitigen Bericht über die vertriebenen Sudetendeutschen in beiden Ländern vor.

Dieser zeigt, dass man gut informiert war und die drei in der SL vertretenen politischen Gesinnungsgemeinschaften – die sozialdemokratische Seliger-Gemeinde, den nationalistischen Witiko-Bund und die christlichsoziale Ackermann-Gemeinde[31] – sowie ihre leitenden Personen kannte. Bekannt waren auch interne Konflikte innerhalb der SL, beispielsweise zwischen deren Sprecher, Rudolf Lodgman von Auen (1877 – 1962), und anderen sudetendeutschen Funktionären, aber auch zwischen dem Zentralverband vertriebener Deutscher (ZvD) und dem Bund der vertriebenen Deutschen (BvD). Die StB registrierte die im Gang befindlichen Zentralisierungsmaßnahmen der verschiedenen Verbände als potenzielle Bedrohung. Zugleich vermerkte bereits dieser Bericht von 1954: „Die Mehrheit der Sudetendeutschen glaubt heute nicht mehr den Versprechungen, dass sie einmal in die ČSR zurückkehren werde."[32]

1955 erstellte das Prager MV eine erste Liste von in der SL aktiven Personen und forderte die regionalen Kreisverwaltungen auf, mögliche Kontakte dieser Funktionäre in die ČSR zu ermitteln.[33] Ein Jahr später gab der Innenminister die Anweisung, die führenden SL-Funktionäre „aktiv zu bearbeiten" und einige von ihnen zur Zusammenarbeit zu gewinnen.[34] Dazu sollten auch die Kontakte zwischen den Vertriebenenfunktionären und ihren in der ČSR verbliebenen Verwandten erfasst und ihre früheren Adressen vor der Vertreibung überprüft werden.[35]

Im Dezember 1958 wurde aufgrund eines ZK-Sekretariatsbeschlusses der KSČ die „Deutsche Kommission" – eine interdisziplinäre „Kommission zum Studium der revanchistischen und militaristischen Politik des deutschen Imperialismus" – gegründet, die sich speziell der Koordination der Maßnahmen auf diesem Gebiet widmete und 1959 ihre Arbeit unter der Leitung des Außenministeriums aufnahm.[36] Die

30 Vgl. ABS. Sign. A 2/1. Inventareinheit 667: Bericht über die sudetendeutschen Organisationen in Deutschland und Österreich. URL: https://www.ebadatelna.cz/?id=f5141 (20.04.2022).

31 Vgl. hierzu den Beitrag von Niklas Zimmermann in dieser Themenausgabe.

32 ABS. Sign. A 2/1, i. j. 667, Bl. 20: Bericht.

33 Vgl. ABS. OB-1756 MV. Teil 1, Bl. 4: MV an die MV-Abtl. im Kreis Ústí (Aussig). 25.05.1955; ebd. Teil 3, Bl. 3: MV an die MV-Abtl. im Kreis Most (Brüx). 25.05.1955; ebd. Teil 4, Bl. 8: MV an die MV-Abtl. im Kreis Chomutov (Komotau). 25.05.1955.

34 ABS. Sign. A 6/3. Inventareinheit 998: Geheimer Befehl des Innenministers Nr. 56/1956: Agenturoperative Bearbeitung der revanchistischen sudetendeutschen Organisationen. URL: https://www.ebadatelna.cz/?id=f14628 (20.04.2022).

35 Dem Schreiben liegen ein 22-seitiger „Orientierungsbericht über die sudetendeutsche Bewegung" sowie Verzeichnisse der führenden Mitglieder der SL, des Sudetendeutschen Rats, der regionalen SL-Vertrauensmänner für einzelne Gebiete in der Tschechoslowakei, der sudetendeutschen Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie der Mitglieder des Witiko-Bundes bei. Vgl. ABS. OB-1756 MV. III, Bl. 7: MV an MV-Abtl. im Kreis Brüx. 10.05.1956; ebd., IV, Bl. 10: MV an MV-Abtl. im Kreis Komotau. 22.05.1956.

36 Vgl. Národní archiv, Praha (NA) [Nationalarchiv, Prag]. Bestand Sekretariat ÚV (SÚV) [Sekretariat des Zentralkomitees] KSČ. Band 170. Archiveinheit 267: schůze SÚV KSČ [Sitzung des ZK-Sekretariats].

Kommission beschäftigte sich primär mit der Durchforstung der Archive nach Dokumenten zur NS-Vergangenheit führender sudetendeutscher Funktionäre, um diese diskreditieren zu können. In den folgenden Jahren wurden mehrere Publikationen in tschechischer, aber auch deutscher Sprache publiziert, in denen einschlägige Dokumente veröffentlicht wurden.[37]

1959 wandte sich das Innenministerium an die ihm unterstellten Gebietsverwaltungen in Nordmähren und Nordböhmen, wo es noch eine deutsche Minderheit gab.[38] Es wies darauf hin, dass man im Jahr 1958 eine erhöhte Aktivität der sudetendeutschen Organisationen in der BRD beobachtet habe. Diese bemühten sich darum, dass die sudetendeutsche Frage und das Schicksal der Sudetengebiete vor den Vereinten Nationen verhandelt werde. Zudem habe die SL die Unterstützung der Bundesregierung erhalten und versuche, die in der ČSR verbliebene deutsche Bevölkerung zu beeinflussen. Den regionalen Gebietsverwaltungen sandte man Verzeichnisse der SL-Funktionäre sowie von Journalisten und Redakteuren mit ihren alten Adressen vor der Vertreibung zu und forderte sie auf, mögliche Verwandte zu ermitteln sowie deren Post zu kontrollieren. Zugleich wies man darauf hin, dass ein Informations- und Agentennetz aufgebaut werden solle.

Die Kontrolle der Post ergab, dass von den jährlich in der BRD und in Österreich stattfindenden Sudetendeutschen Tagen massenhaft Postkarten mit ‚revanchistischen Motiven' an die verbliebenen Deutschen verschickt wurden.[39] Die Briefe enthielten oft auch Heimatzeitungen oder Ausschnitte daraus. Ein Dorn im Auge der tschechoslowakischen Behörden war zudem, dass darin Informationen und Bilder über den gegenwärtigen Zustand von Orten präsentiert wurden, die deren Zerfall dokumentierten. Sie waren aus Sicht der Überwachungsorgane von in der ČSR verbliebenen Deutschen zur Verfügung gestellt worden. Ferner schrieben die Vertriebenen nicht nur über ‚revanchistische Themen' (Heimat, Selbstbestimmungsrecht), sondern lobten auch den in der BRD erlangten Wohlstand, legten Fotos von ihren Häusern, Autos und Einrichtungen bei und berichteten über ihre Urlaube.[40] Dies alles stand im Kontrast zum Lebensstandard in den sozialistischen Ländern und zur kommunistischen Propaganda über die BRD. Auch aus diesen Gründen wurden diese Kontakte als Gefahr wahrgenommen.

15.07.1959, Punkt 3: Bericht über die Tätigkeit der Kommission für das Studium revanchistischer Fragen und der militaristischen Politik des deutschen Imperialismus.

37 Vgl. die in Anm. 4 und 5 genannten Titel.

38 Vgl. ABS. OB-1285 MV, Bl. 20–23: MV an die MV-Kreisverwaltung Ostrava (Ostrau): Anweisungen zur Bearbeitung der SL. 23.03.1959.

39 Vgl. Fendl, Elisabeth (Hg.): Der Sudetendeutsche Tag. Zur demonstrativen Festkultur von Heimatvertriebenen. Münster-New York 2019.

40 Vgl. ABS. OS SN. Reg.-Nr. 11713 I. S. Hauptakte. 2. Teil, Bl. 40–42: Übersicht über den Einfluss der revanchistischen Organisationen in die ČSSR. 13.05.1963.

Nach dem Sudetendeutschen Tag in Wien 1959, gegen den das tschechoslowakische Außenministerium auch auf diplomatischem Wege protestiert hatte,[41] beschloss das Innenministerium 1960, den Kampf gegen den westdeutschen ‚Revanchismus' zu verstärken und eine eigene Kommission dafür einzurichten. Die bisherigen Aktivitäten wurden als unbefriedigend beurteilt, eine einheitliche Koordination habe gefehlt. Die Archive sollten nun noch intensiver nach belastenden Unterlagen durchsucht, die Verzeichnisse der SL-Funktionäre erweitert und die Erfassung der Kontakte in der ČSR ausgeweitet werden. Diese Arbeiten gipfelten in einer circa 200 Seiten umfassenden Übersicht über die Funktionäre der SL, in der zu allen in der Landsmannschaft aktiven Personen Daten zusammengetragen wurden, die auch über ihre Tätigkeit in der NS-Zeit und in der BRD Auskunft gaben.[42]

1960 beschloss das Politbüro der KSČ auf Vorschlag des Innenministeriums, Sudetendeutsche von touristischen Reisen in die ČSSR auszuschließen, um die Verbreitung ‚revanchistischer' Ansichten zu unterbinden.[43] Ausnahmen sollten nur für Bäderaufenthalte gelten, an denen die ČSSR ein ökonomisches Interesse hatte. Ein Jahr später entschied man, den Reiseverkehr noch stärker zu kontrollieren. So erhielten Vertriebene aus der BRD und Österreich keine Visa mehr für Verwandtenbesuche in der ČSSR. Ausnahmen sollten nur bei ‚fortschrittlich' eingestellten Personen gemacht werden und in wenigen Sonderfällen wie beispielsweise zu Beerdigungen. Diese strengen Maßnahmen wurden jedoch bereits 1963 wieder gelockert. Es bestanden aber weiterhin Listen von führenden Funktionären der SL und des Bundes der Vertriebenen (BdV), die keine Einreiserlaubnis in die ČSSR erhalten sollten.[44]

Die Berichte des Innenministeriums über die SL warnten in den 1950er und 1960er Jahren beständig vor der Gefahr des ‚Revanchismus'. Gleichzeitig registrierte man jedoch auch, dass sich in der BRD in den 1960er Jahren das öffentliche Klima änderte und die Positionen der SL nur bedingt Rückhalt in der bundesdeutschen Gesellschaft fanden. Zudem wurde zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb der SL unterschieden. Ein Bericht des Revanchismus-Referats von 1969 betonte, dass die langjährige Ergebnislosigkeit der Politik der SL gegenüber der ČSSR bei den Sudetendeutschen „gewisse Spuren hinterlasse, die sich immer mehr vertiefen".[45] Hervorgehoben wurden dabei vier Punkte: 1. Man stellte ein Generationenproblem fest. Die junge Generation identifiziere sich nicht mehr mit den Zielen der Führung der SL, die durch ältere Funktionäre verkörpert werde. Die SL habe Nachwuchsprobleme.

41 Vgl. NA. PB ÚV KSČ 1954–62. Archiveinheit 309. Bd. 228: Sitzung des Politbüros der KSČ. 25.08. 1959: Tschechoslowakische Protestnote gegen weitere revanchistische Provokationen in Österreich gegen die ČSR. 20.08.1959. Vgl. auch Rudé právo. 21.05.1959, S. 1 u. 3.

42 Vgl. ABS. OB 1756. Teil 11: Übersicht über die Funktionäre der SL. 26.12.1962.

43 Vgl. ABS. Sign. A 2/2. Inventareinheit 620, Bl. 8: Vordringen des Revanchismus in die ČSSR im Rahmen des Tourismus. URL: https://www.ebadatelna.cz/?id=f3679 (20.04.2022).

44 Vgl. ABS. OS SN: Schreiben des Sekretariats der 1. Verwaltung des MV. 04.06.1964.

45 Vgl. ABS. OS SN: Entwurf des Arbeitsplans im Bereich Revanchismus für das Jahr 1969/70. 09.09. 1969.

2. Damit zusammenhängend gebe es eine Kluft zwischen den einfachen Mitgliedern und der Leitung der SL. 3. Die moderateren Positionen der Seliger- und Ackermann-Gemeinde und ihr Gegensatz zum Witiko-Bund äußerten sich auch als „konzeptionelle Widersprüche in der Leitung der SL“. 4. Es wurde eine abgenommene Unterstützung der SL durch die Bundesregierung registriert.

Karl Schatanek

Der tschechoslowakische Nachrichtendienst hatte in der zweiten Hälfte der 1950er und in den 1960er Jahren mehrere Informanten aus den Reihen der SL. Dabei handelte es sich um keine Spitzenfunktionäre. Ein Beispiel für einen langjährigen Agenten ist der 1897 in Neu Titschein (Nový Jičín) geborene Karl Schatanek. Er hatte in Olmütz (Olomouc) erst die tschechische Grund- und Realschule und dann vier Jahre die deutsche Handelsakademie besucht, die er 1920 erfolgreich abschloss. Seit 1926 arbeitete er für die Tschechoslowakische Luftfahrtlinie (ČSA) in der Einkaufsabteilung.[46] Nach der Vertreibung lebte er seit 1948 in Westberlin. Er war Amtsleiter in der Pensionsabteilung des Berliner Senats für Inneres. 1953 trat er in die SPD ein. In der SL war er als Vorsitzender der Gruppe Prag tätig und damit auch im Vorstand der Berliner SL.[47] Unter dem Decknamen „Natan“ arbeitete er von 1955 bis 1968 freiwillig für die StB.[48] Er schrieb seine Berichte auf Tschechisch und Deutsch. Seine Zusammenarbeit mit der StB begründete er unter anderem damit, dass er, auch wenn er in Deutschland lebe, sich als Tscheche fühle.[49] Die StB vermerkte: „NATAN fühlt sich national mehr tschechisch als deutsch und deswegen inkliniert er politisch zur ČSSR. Er lehnt den deutschen Nationalismus ab, dem er die Schuld für den Zweiten Weltkrieg gibt.“[50] Obwohl Schatanek sich bereit erklärt hatte, umsonst für die StB zu arbeiten, entlohnte diese ihn mit einem monatlichen Pauschalbetrag von 300 DM sowie einer jährlichen Weihnachtsbelohnung von 1.000 DM. Vom 16. Januar 1955 bis zum 8. Dezember 1966 sind 334 Treffen mit seinen leitenden Agenten belegt.[51] Sie fanden mit drei Ausnahmen (in Prag zweimal 1956 und einmal 1963) alle in Berlin statt. 1968 waren 400 Übergabe- und Instruktionstreffen dokumentiert.[52]

Nach der Flucht des StB-Mitarbeiters Bittman, der Schatanek unter anderem 1963 in Prag in der Nutzung operativer Techniken (Chiffrieren, Geheimschrift, Radiofunk) geschult hatte, wurde er kurz in die ČSSR abgezogen. Schatanek kehrte jedoch auf

46 Vgl. ABS. osobní svazek (os) [Personalakt] Anton Schatanek. Reg.-Nr. 41013. Archivnr. 14230, Bl. 26 f.: Lebenslauf.
47 Vgl. ebd., Bl. 38: Notiz Schataneks zu seiner politischen Tätigkeit.
48 Vgl. auch den Beitrag von Michal Schvarc in dieser Themenausgabe.
49 Vgl. ebd., Bl. 21: Schreiben Schataneks.
50 Ebd., Bl. 11: Beurteilung des Mitarbeiters. 10.09.1962.
51 Vgl. ebd., Bl. 43–54: Übersicht über die Treffen mit dem Agenten.
52 Vgl. ebd., Bl. 62: Vorschlag zum Abzug „Natans“ aus Westberlin in die ČSSR. 04.11.1968.



Abb. 1: Passbild von Karl Schatanek aus der Kriegszeit (ABS. os Schatanek. Reg.-Nr. 41013/100 I. S, Bl. 121)

eigenen Wunsch wieder nach Westberlin zurück, da er sich sicher fühlte und dort als „Tschechenfresser" und Antikommunist bekannt sei.[53] Zudem war er inzwischen 72 Jahre alt. Er wurde vom Verfassungsschutz zwar vernommen, aber nicht verhaftet.[54]

Der Fall Emil Peuker alias „Petr"

Der 1910 bei Reichenberg (Liberec) geborene Emil Peuker war ein Sudetendeutscher, der bereits vor dem Zweiten Weltkrieg mit dem tschechoslowakischen Nachrichtendienst zusammengearbeitet hatte.[55] Obwohl die Nationalsozialisten ihm dies nicht nachweisen konnten, da die Unterlagen darüber rechtzeitig vernichtet worden waren, internierten sie ihn während des Krieges im Konzentrationslager Sachsenhausen.[56] Nach 1945 wurde Peuker von der ČSR als Antifaschist anerkannt, und 1948 ging er freiwillig im Auftrag der StB nach Westdeutschland, um sich sudetendeutschen Organisationen anzuschließen und über diese zu berichten. Er übersandte erste Berichte per Post, bevor die Verbindung bis 1955 unterbrochen wurde, nachdem der ihn leitende Agent festgenommen worden war.

Peuker, der in der BRD der SPD beitrat, gab als Grund seiner Zusammenarbeit an, dass er sich nicht als Sudetendeutscher fühle und die nationalistischen Einstellungen

53 Ebd., Bl. 65.
54 Vgl. ebd., Bl. 83: Bewertung der Zusammenarbeit mit „Natan". 14.12.1973.
55 Vgl. ABS. os Emil Paukert [sic]. Reg.-Nr. 40943. Archivnr. 7992.
56 Vgl. ebd., Bl. 9 – 11: Jiří Kuchař an Innenminister Rudolf Barák. 21.04.1955.



Abb. 2: Passbild von Emil Peuker aus den 1950er Jahren (ABS. MTH 21609 I. S zur Reg.-Nr. 40943 I. S)

vieler führender sudetendeutscher Vertriebenenfunktionäre nicht teile.[57] Zudem lehnte er ihre NS-Vergangenheit ab. Neben diesen ideellen Gründen für seine Zusammenarbeit mit der StB zeigte er zudem Interesse an der materiellen Belohnung, die er für seine Nachrichten erhielt. Die StB gab an, dass er 1956 „aufgrund von kompromittierenden Unterlagen und finanzieller Belohnung" erneut zur Zusammenarbeit gewonnen wurde.[58]

Wegen seiner Reisen zu Verwandten in die Tschechoslowakei sowie eines von der StB für ihn gefälschten Universitätsdiploms wurde Peuker vom Bundesnachrichtendienst verdächtigt und 1960 kurzzeitig festgenommen. Nach seiner Freilassung auf Bewährung flog jedoch ein anderer wichtiger Agent der StB auf. Der sudetendeutsche SPD-Bundestagsabgeordnete Alfred Frenzel (1899 – 1968) gestand im Unterschied zu Peuker und wurde inhaftiert.[59] Da nun auch Peukers Aufdeckung drohte, wurde er in die ČSSR abgezogen, wo er seine Tätigkeit für die StB, unter anderem als Redakteur in der deutschsprachigen Sektion des Tschechoslowakischen Rundfunks, fortsetzte. Die

57 Ebd., Bl. 31 – 41: Vermerk. 11.01.1956, hier Bl. 35, 38: „Er sagte klar, dass er weder in den ehemaligen Sudeten noch in der BRD eine Heimat habe, und dass es ihm egal sei, aber dass er ein Antifaschist, Demokrat und Sozialdemokrat sei, der ein soziales Empfinden habe. […] PETR bekennt sich nicht zu den Sudetendeutschen. Er identifiziert sich nicht mit ihrer revanchistischen Politik und schreibt ihr keine Bedeutung zu."

58 Vgl. ebd. Teil 2, Bl. 128: Vorschlag. 05.05.1964.

59 Zum Fall Alfred Frenzel vgl. Bittman, Memoiren (wie Anm. 11), S. 55 – 72; Herbstritt, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie. Göttingen 2007, S. 134; Plachý, Jiří: Alfred Frenzel – trojský kůň v Bundestagu [Alfred Frenzel – Trojanisches Pferd im Bundestag]. In: Dějiny a současnost. Kulturně historická revue 32 (2010), S. 45 – 50; Gerken, Richard: Spion in Bonn. Der Fall Frenzel und andere. Zum erstenmal [sic] nach Dokumenten der Sicherheitsbehörden. Donauwörth 1964; o. A.: Frenzel. Der Topfgucker. In: Der Spiegel. 08.11.1960, S. 23 – 31.



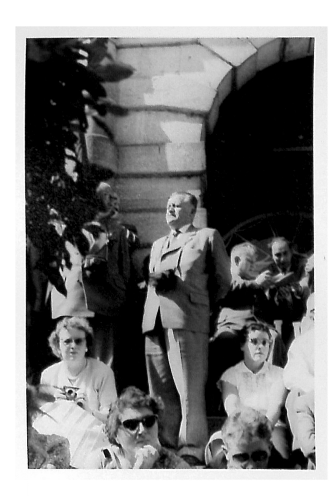




Abb. 3: Aufnahmen Peukers vom Treffen der Seliger-Gemeinde in Rothenburg 1958 (ABS. MTH 21608 I. S zur Reg.-Nr. 40943/028 I. S)

StB beendete die Zusammenarbeit mit ihm erst im Dezember 1971 aus eigenem Interesse, da sein Bekanntenkreis als nicht mehr relevant eingestuft wurde.[60]

In der Zeit seiner Tätigkeit in der BRD von 1956 bis 1960 verfasste Peuker der StB zufolge „sehr gute politische, wirtschaftliche und militärische Berichte" und lieferte eine Reihe von Dokumenten.[61] Die Zusammenarbeit mit ihm wurde daher positiv bewertet. Peukers Nachrichten wurden immer nicht nur dahingehend beurteilt, ob sie stimmten, sondern auch im Hinblick darauf, ob sie auch wertvoll waren, und es sich nicht um allgemein bekannte Tatsachen handelte, die man zum Beispiel auch aus der deutschen Presse beziehen konnte. Zu Peukers Informanten gehörten die SPD-Politiker und Mitglieder der Seliger-Gemeinde Volkmar Gabert (1923–2003), Richard Reitzner (1893–1962) und der 1960 enttarnte Alfred Frenzel.

---

60 Vgl. ABS. os Emil Paukert [sic]. Reg.-Nr. 40943. Archivnr. 7992, Bl. 1: Bewertung der Zusammenarbeit mit „Petr". 08.11.1973.
61 Ebd., Bl. 3–6: Vorschlag. 15.06.1972.

Rudolf Hilf alias „Hugo“

Der sudetendeutsche Historiker und Journalist Rudolf Hilf (1923 – 2011) arbeitete von 1959 bis 1973 als Informant für die StB.[62] Der Kontakt lief über Mitarbeiter der tschechoslowakischen Militärmission in Berlin und andere Diplomaten, die in Wirklichkeit hauptamtlich für die StB arbeiteten. Treffpunkte waren Westberlin, Österreich und Jugoslawien, aber auch Prag. Hilf sollte auch als Agent angeworben werden, wozu es aber aus diversen Gründen nicht kam. Dennoch lieferte er über Jahre regelmäßig Informationen über das interne Geschehen der SL und die Sudetendeutschen Tage. Was waren seine Motive dafür?

Der 1923 in Asch (Aš) in Nordwestböhmen geborene Hilf war in den 1950er Jahren persönlicher Referent des Sprechers der SL, Logdman von Auen. 1959 kam es zum Zerwürfnis zwischen den beiden, nachdem Hilf in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Sudetendeutsche Aktion* einen Beitrag publiziert hatte, in dem er forderte, die Politik der SL zu ändern und einen neutralen mitteleuropäischen Block aus BRD, DDR, ČSR und Österreich anzustreben. Lodgman lehnte diese Gedanken als Hirngespinste ab und Hilf verlor seine Stelle.[63] Die Motivation für Hilfs Zusammenarbeit mit den tschechoslowakischen Behörden lag offensichtlich in seinem Konflikt mit Lodgman und den beiden späteren Sprechern der SL, Hans-Christoph Seebohm (1903 – 1967) und Walter Becher, die alle drei nationalistische Positionen vertraten.

Hilfs Einstellung war versöhnlicher. Er hielt den Austausch auch mit der sozialistischen Tschechoslowakei nicht nur für möglich, sondern sogar für notwendig. Gegenüber seiner tschechischen Kontaktperson meinte er, dass die SL schon seit 15 Jahren heimatpolitische Pläne schmiede, ohne auch nur ein Ergebnis erlangt zu haben.[64] Hilf strebte eine realistischere sudetendeutsche ‚Heimatpolitik‘ an und verfolgte bei seinen Kontakten mit tschechoslowakischen Diplomaten letztlich auch eigene Interessen, indem er immer wieder für seine Vorstellungen warb. So verhandelte er bei einem der ersten Treffen 1959 über die Herausgabe einer Zeitschrift und die Gründung eines Instituts, das sich für eine Verständigungspolitik zwischen Ost und West sowie Deutschen und Tschechen einsetzen sollte, für das ihm aber die finanziellen Mittel fehlten.[65]

Für die StB, die seine Föderationspläne für völlig unrealistisch hielt, war er nie ein gleichberechtigter Verhandlungspartner. Sie benutzte ihn für ihre eigenen Ziele und hoffte, dass Hilf dazu beitragen könnte, die ‚reaktionären‘ Kräfte der SL zu schwächen. Interessant wurde Hilf für die StB zudem, als er von 1967 bis 1973 Geschäftsführer des Landesverbandes Bayern des BdV war. Nach dem Verlust dieser Stelle stellte die StB

62 Vgl. ABS. os Rudolf Hilf. Reg.-Nr. 11713/115 – Teil 1 – 5. Archivnr. 17855.
63 Vgl. o. A.: Dr. Lodgman ist gegen Hilfs Hirngespinste. In: Sudetenpost. 18.04.1959, S. 1.
64 Vgl. ABS. os Rudolf Hilf. Teil 1, Bl. 50 – 56: „Hugo“ – Treffen. 25.06.1959, hier Bl. 53f.
65 Vgl. ebd., Bl. 52.

DR. RUDOLF HILF

MÜNCHEN, DEN 20.3.1965

Herrn
Konsul Bohumír Ducháč
Praha 10
Starostřednická 1795

Lieber Herr Ducháč !

Ich danke Ihnen für Ihre freundlichen Zeilen vom 17.3. Obwohl, wie Sie selbst ganz richtig schreiben, manches darin mich schon 'hochbringen' könnte, möchte ich Ihnen sagen, daß ich Ihr offenes Wort immer geschätzt habe und daß ich hoffe, daß – trotz aller Meinungsverschiedenheiten – unser persönliches Verhältnis immer gleich bleiben wird. Sprechen wir also hier nicht von dem westböhmischen Egerland-Dreieck. Kommt Zeit, kommt Rat – ist ein Sprichwort, das wir beide für uns verwenden können. Ich will Ihnen deshalb nicht wieder eine neue Rede oder Predigt halten. Ich habe hier meine festen Ansichten und darin ist mir, wie Sie richtig sagen, nicht zu helfen.

Eines jedenfalls dürfen Sie mir glauben: Ich will nichts anderes als daß zwischen uns und Ihrem Volke wieder aufrichtiger, ehrlicher und dauerhafter Frieden herrscht. Mir geht es nicht um die Restaurierung dieser oder jener Verhältnisse der Vergangenheit. Und wenngleich ich natürlich von meinem Standpunkt her darüber bestimmte Vorstellungen habe, so würde ich doch unabhängig davon alles unterstützen, das zum wirklichen Frieden beiträgt.

Gerne würde ich mit Herrn Fuchs sprechen, falls er zu Ostern in Wien ist. Allerdings weiß ich noch nicht mit Sicherheit, ob es mir möglich sein wird, zu reisen. Er könnte mich ja anrufen

Abb. 4: Schreiben von Rudolf Hilf an Bohumír Ducháč. 20.03.1965 (ABS. Reg.-Nr. 11713/115–5, Bl. 102)

die Zusammenarbeit mit ihm ein und ließ seine Kontaktwünsche unbeantwortet, da sie als nicht mehr gewinnbringend bewertet wurden.

Es bleibt unklar, ob sich Hilf bewusst war, dass die tschechoslowakischen Diplomaten, zu denen er Kontakt hatte, wie ‚Konsul' Fuchs, in Wirklichkeit StB-Mitarbeiter waren. Hilf schickte seine Artikel immer wieder nach Prag und hob seine Auffassung von der Notwendigkeit der Verständigung von Tschechen und Deutschen hervor.[66] Auch wenn Hilfs Positionen liberaler waren als diejenigen der Führung der SL, fanden sie in Prag doch keine Zustimmung. So schrieb Hilf beispielsweise an Bohumír Ducháč in einem seiner zahlreichen Briefe nach Prag: „Es ist ja nicht das erste Mal, daß wir beide [...] unsere wohl nicht zu vereinenden Standpunkte einander klarzumachen versuchen. Über die Möglichkeit eines Ausgleiches in unserer konkreten Situation ist es mir leid, alles schon Gesagte zum xten Mal zu wiederholen."[67] Trotzdem wollte er ihn gern auch wieder einmal persönlich treffen und meinte „ein gutes Pilsner können wir ja trotz aller Unterschiede zusammen trinken."[68]

Das Ministerium für äußere Angelegenheiten

Neben dem Innenministerium spielten die Auslandsvertretungen der ČSSR in der BRD eine wichtige Rolle bei der Beobachtung der Vertriebenenverbände. Vor der Errichtung der tschechoslowakischen Botschaft in Bonn im Jahr 1974 dienten hierzu von 1947 bis 1951 mehrere Generalkonsulate,[69] die tschechoslowakische Militärmission beim alliierten Kontrollrat in Berlin (seit 1946) bzw. seit 1960 die tschechoslowakische militärische Mission in Westberlin sowie die Handelsvertretung in Frankfurt am Main (1967–1973). Die Mitarbeiter des Ministeriums für äußere Angelegenheiten (MZV), die oft auch mit der Staatssicherheit zusammenarbeiteten bzw. für sie arbeiteten, werteten die sudetendeutsche und deutsche Presse speziell auch mit Blick auf das Thema ‚Revanchismus' aus. Die Berichterstattung über die Sudetendeutschen Tage stand dabei seit Mitte der 1950er Jahre bis in die Mitte der 1970er Jahre im Zentrum der Beobachtung. Ein wichtiger Informant neben eigenen Mitarbeitern war der westdeutsche Kommunist und Journalist Georg Herde (*1919), der von 1952 bis 1958 mit dem Westdeutschen Flüchtlingskongress (WFK) in Verbindung stand und seit 1957 die

---

66 Vgl. ABS. os Hilf. Teil 1, Bl. 71 f.: Hilf an Konsul Jan Fuchs. 21.09.1959. An einen Mitarbeiter der deutschsprachigen *Volkszeitung* in Prag schrieb Hilf: „Ich jedenfalls trete seit Jahren und zwar unter ständigen Risiken und Gefährdung meiner Existenz für eine Versöhnung mit dem tschechischen Volk und eine Normalisierung der Verhältnisse beider Staaten ein." ABS. os Hilf. Materialien mit bleibendem Wert (MTH). Nr. 21435 zur Reg.-Nr. 11713/115. Teil 3: Abschrift eines Schreibens Hilfs an Ervin Jiricek.
67 Ebd. Hilf an Ducháč. 03.09.1965.
68 Ebd.
69 München: 1947–1951, Frankfurt am Main: 1948–1951, Baden-Baden: 1947–1951, Hamburg: 1947–1951.

Zeitschrift *Neue Kommentare* herausgab.[70] In dieser agierte er aus kommunistischer Sicht gegen die Vertriebenenverbände. Herde besuchte vierteljährlich die tschechoslowakische militärische Mission in Berlin und wurde auch in die ČSSR eingeladen. Das MZV schätzte Herdes Informationen und teilte grundsätzlich auch seine Ansichten. Es ging aber davon aus, dass er den gegenüber der ČSSR in der Regel orthodoxeren Standpunkt der DDR vermittle. Aus diesem Grunde forderte das MZV, seine Ansichten nur zu berücksichtigen, sie aber nicht zu übernehmen.[71]

Darüber hinaus arbeiteten auch Korrespondenten der tschechoslowakischen Presse in der BRD, die offiziell die Sudetendeutsche Tage besuchten, oft mit der StB zusammen und schrieben für sie Berichte. Aus diesen wird deutlich, dass man in den 1960er Jahren einen Generationswechsel bemerkte und beobachtete, dass sich viele Besucher wenig für die politischen Reden interessierten. Dies hatte auch Schatanek in einer seiner zahlreichen Nachrichten festgestellt: „Ein Großteil der Umgesiedelten hat scheinbar schon das Interesse an den Treffen verloren, an denen jährlich die Forderungen wiederholt werden, ohne dass Taten folgen würden."[72] Er hielt Anfang der 1970er Jahre die Tätigkeit der SL für bedeutungslos und befand es nicht mehr für notwendig, sich mit den Sudetendeutschen zu befassen.[73]

Ausblick

Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings verhärtete sich die offizielle Rhetorik gegenüber den ‚Revanchisten', die in den Medien undifferenziert als ‚Imperialisten', ‚Kapitalisten' oder ‚Faschisten' dargestellt wurden. Die ZK-Kommission „für die Koordination des Kampfes mit der antikommunistischen Ideologie und für die Propaganda im Ausland" behandelte das Thema gelegentlich noch mit. Nach dem Wechsel der sozialliberalen Regierung Schmidt zur Regierung Kohl (CDU) 1982 erschienen nach längerer Zeit Mitte der 1980er Jahre auch wieder Publikationen über den westdeutschen Revanchismus.[74] Es gibt jedoch mehrere Belege dafür, dass das Thema aus Sicht der ČSSR nach dem Prager Vertrag von 1973 über die Beziehungen zur BRD an

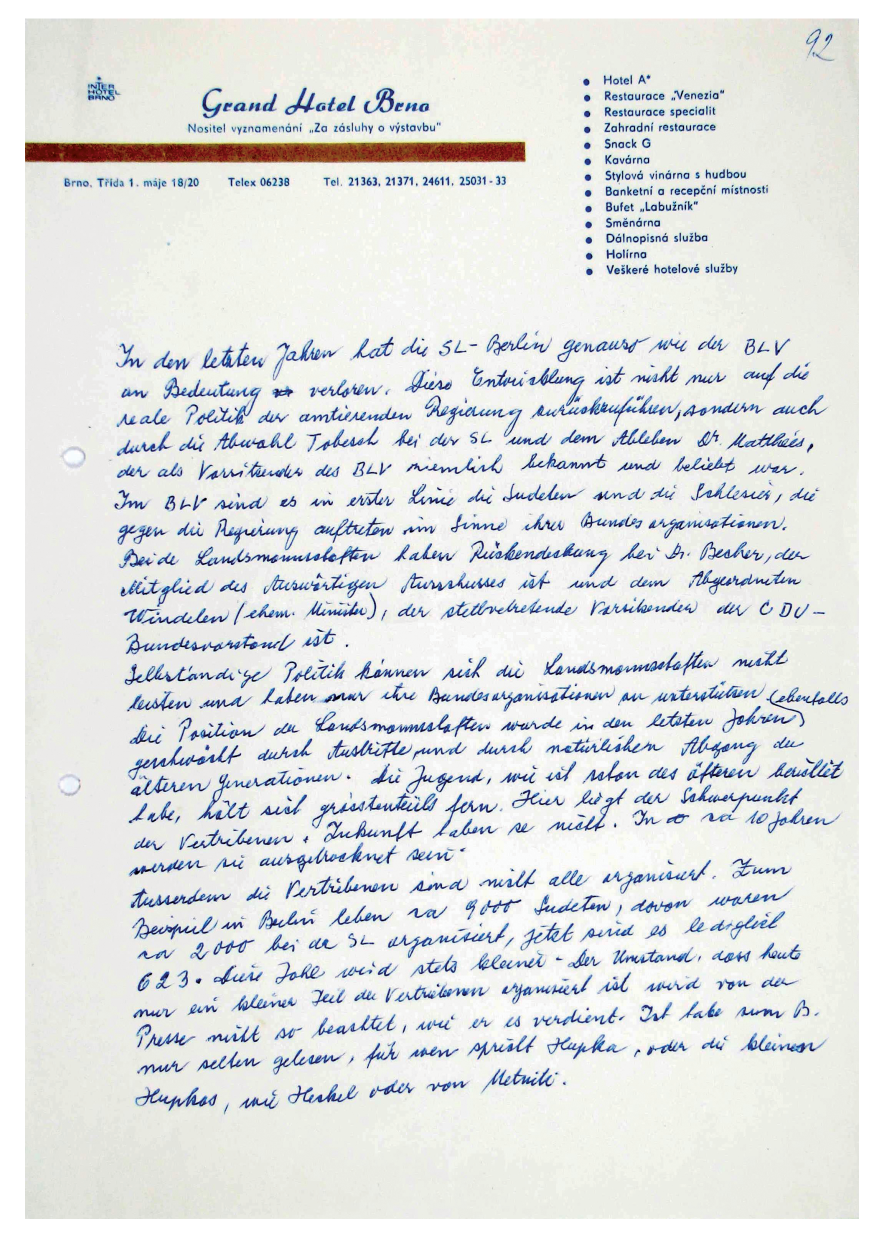
70 Vgl. zu Herde und dem WFK Stickler, Ostdeutsch (wie Anm. 1), S. 312–319. Vgl. auch Herdes Publikation mit Alexa Stolze: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Geschichte, Personen, Hintergründe – eine kritische Bestandsaufnahme. Köln 1987.

71 Vgl. Archiv ministerstva zahraničních věcí ČR, Praha [Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechischen Republik, Prag]. Teritoriální odbor – tajný [Territorialabteilung – geheimes Material] 1965–1969. NSR [BRD]. Karton 6.

72 ABS. os Schatanek, Bl. 77: Bewertung der Nachrichten nach den einzelnen Quellen, Nachricht vom 11.06.1968 zum Sudetendeutschen Tag in Stuttgart.

73 Vgl. ebd., Bl. 194: Bericht über den Kontakt. 14.10.1971. Vgl. auch Abb. 5.

74 Vgl. o. A.: Revanšismus – ideologie a praxe. Mezinárodní sborník [Revanchismus – Ideologie und Praxis. Ein internationaler Sammelband]. Praha 1984; Vobecký, František: Wem dient der Revanchismus. Prag 1985; Faltys, Antonín: Mosty pro revanš [Brücken für die Revanche]. Praha 1985; Liška, Zdeněk: Chebsko a revanšismus [Eger und der Revanchismus]. Cheb 1987.



92

Grand Hotel Brno
Nositel vyznamenání „Za zásluhy o výstavbu"

Brno, Třída 1. máje 18/20 Telex 06238 Tel. 21363, 21371, 24611, 25031 - 33

- Hotel A*
- Restaurace „Venezia"
- Restaurace specialit
- Zahradní restaurace
- Snack G
- Kavárna
- Stylová vinárna s hudbou
- Banketní a recepční místnosti
- Bufet „Labužník"
- Směnárna
- Dálnopisná služba
- Holírna
- Veškeré hotelové služby

In den letzten Jahren hat die SL-Berlin genauso wie der BLV an Bedeutung verloren. Diese Entwicklung ist nicht nur auf die reale Politik der amtierenden Regierung zurückzuführen, sondern auch durch die Abwahl Tobesch bei der SL und dem Ableben Dr. Matthées, der als Vorsitzender des BLV ziemlich bekannt und beliebt war.
Im BLV sind es in erster Linie die Sudeten und die Schlesier, die gegen die Regierung auftreten im Sinne ihrer Bundesorganisationen.
Beide Landsmannschaften haben Rückendeckung bei Dr. Becher, der Mitglied des Auswärtigen Ausschusses ist und dem Abgeordneten Windelen (ehem. Minister), der stellvertretende Vorsitzender der CDU-Bundesvorstand ist.
Selbständige Politik können sich die Landsmannschaften nicht leisten und haben nur ihre Bundesorganisationen zu unterstützen. (ebenfalls die Position der Landsmannschaften wurde in den letzten Jahren) geschwächt durch Austritte und durch natürlichen Abgang der älteren Generationen. Die Jugend, wie ich schon des öfteren berichtet habe, hält sich grösstenteils fern. Hier liegt der Schwerpunkt der Vertriebenen. Zukunft haben sie nicht. In ca 10 Jahren werden sie ausgetrocknet sein.
Ausserdem die Vertriebenen sind nicht alle organisiert. Zum Beispiel in Berlin leben ca 9000 Sudeten, davon waren ca 2000 bei der SL organisiert, jetzt sind es lediglich 623. Diese Zahl wird stets kleiner. Der Umstand, dass heute nur ein kleiner Teil der Vertriebenen organisiert ist wird von der Presse nicht so beachtet, wie er es verdient. Ich habe zum B. nur selten gelesen, für wen spricht Hupka, oder die kleinen Hupkas, wie Heckel oder von Metnitz.

Abb. 5: Bericht von Karl Schatanek über die Berliner SL aus dem Jahr 1971 (ABS. Reg.-Nr. 41013/103 I. S, Bl. 92)

Bedeutung verloren hatte. Dem Staatspräsidenten und KSČ-Generalsekretär Gustáv Husák wurde der letzte Bericht über die SL 1974 vorgelegt.[75]

Ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nimmt die Überlieferung zu dem Thema im Archiv des MZV rapide ab. In den Presseberichten des MZV wurden ‚Revanchisten' jetzt nur noch gelegentlich und kurz zwischen der vorletzten und letzten Rubrik (Kultur und Sport) behandelt. Größeres Interesse hatte man nun an der Beobachtung der tschechoslowakischen Emigranten. Somit lag der Höhepunkt der Beobachtung in der zweiten Hälfte der 1950er und in den 1960er Jahren. Im Zuge der Verhandlungen über den Prager Vertrag spielten der Einfluss der SL auf die Politik der Bundesregierung mit Blick auf die Frage des Münchener Abkommens noch einmal eine wichtige Rolle. Auch wenn das Thema weiterhin in den Medien benutzt wurde, um in der Bevölkerung Angst vor den ‚Revanchisten' zu schüren, verlor es an Bedeutung. Dies hing sowohl mit der oben erwähnten Wahrnehmung der Probleme innerhalb der SL als auch mit der Abnahme ihres Einflusses auf die Politik der Bundesregierung zusammen.

Fazit

Der tschechoslowakische Geheimdienst besaß detaillierte Informationen über die SL. Sein Einfluss auf die Landsmannschaft über ‚aktive Maßnahmen' war jedoch begrenzt. Letztlich gelang es der StB nicht, den die Politik der SL lange Jahre dominierenden Einfluss des nationalistischen Flügels um den Witiko-Bund zu brechen. Als Informationsquelle dienten der StB neben der Presse mehrere Informanten und Agenten. Sie besaßen gute Kontakte im Vertriebenenmilieu, waren allerdings selbst keine Spitzenfunktionäre. Auffällig ist, dass die Informanten nicht aus dem nationalistischen Lager stammten und dieses auch ablehnten.[76] Die Vertretung aller drei politischen Gesinnungsgemeinschaften in den Gremien der SL führte aber dazu, dass auch Mitglieder der Seliger- und Ackermann-Gemeinde gut informiert über das Geschehen der Landsmannschaft waren.

Die Motive der behandelten Agenten und Informanten zur Zusammenarbeit mit der StB waren unterschiedlich. Rudolf Hilf, der Kontakte sowohl zur Ackermann-Gemeinde als auch zur Seliger-Gemeinde pflegte, war beispielsweise lediglich Informant. Sowohl Hilf als auch die anderen Agenten lehnten den nationalistischen Kurs der SL-Sprecher ab, wie er durch Logdman von Auen, Seebohm und Becher vertreten wurde. Zumindest Schatanek und Peuker hatten allem Anschein nach Freude an der nachrichtendienstlichen Arbeit und sympathisierten mit den Tschechen.

75 Vgl. NA. Bestand Gustáv Husák. Karton 253.

76 Ein Bericht des MV aus dem Jahre 1956 stellte fest: „Bei der Organisation des Witiko-Bundes sind wir nicht weitergekommen und das Eindringen zeigt sich als schwierigste Aufgabe." ABS. OS SN. Reg.-Nr. 11713 I. S. Hauptakte, Bl. 25–42: Beurteilung des Arbeitsplans für das Jahr 1965/1966 – Revanchismus.

Obwohl die StB mehrere Agenten und Informanten hatte, sollte die Effizienz ihrer Tätigkeit nicht überschätzt werden. Einerseits waren viele der aufwendig über Agenten gewonnenen Informationen allgemein in der Presse zugänglich. Anderseits verliefen zahlreiche von der StB in Angriff genommene Maßnahmen im Sande. Dies trifft auch auf die Anwerbung von inoffiziellen Mitarbeitern zu. Hierzu machte das Revanchismus-Referat zahlreiche Vorschläge, für die zuvor jeweils umfangreiche Recherchen angestellt worden waren, jedoch scheiterten die meisten dieser Versuche. Aufdeckungen von Agenten wie im Falle Frenzels oder das Überlaufen von StB-Mitarbeitern in den Westen sorgten für eine Schwächung der Aktivitäten der StB, die dann ihre Agenten sicherheitshalber in die ČSSR brachte oder die Kontakte ganz einstellte.

Niklas Zimmermann

Besonders raffinierte ‚Revanchisten'? Die Ackermann-Gemeinde und ihre ‚Osthilfe' in die Tschechoslowakei

Zusammenfassung: Die Ackermann-Gemeinde entstand 1946 als katholische ‚Gesinnungsgemeinschaft' von Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Tschechoslowakei vertrieben worden waren. Im Vergleich zu anderen sudetendeutschen Organisationen in der Bundesrepublik zeichnete sie sich dadurch aus, dass sie sehr früh Kontakte in den kommunistischen Staat knüpfte. Im Zuge ihrer ‚Osthilfe' versandte sie ab Mitte der 1960er Jahre unter anderem theologische Literatur, Belletristik und Medikamente über die deutsch-tschechoslowakische Grenze. Diese Aktivitäten weckten großes Interesse des tschechoslowakischen Innenministeriums und der Staatssicherheit (*Státní bezpečnost* – StB). Denn der Ackermann-Gemeinde gelang es, enge Kontakte zur als staatsfeindlich angesehenen katholischen Kirche zu knüpfen. Mit der Aktion „Revanche" setzte die StB mehrere Agenten ein, um Adolf Kunzmann (1920 – 1976), den Innovator und Organisator der ‚Osthilfe', zu beobachten. Auch wenn die Prager Behörden die grenzüberschreitenden Aktivitäten nicht vollständig unterbanden, veränderte die Ackermann-Gemeinde ihre Ausgestaltung grundsätzlich.

Schlagwörter: Deutschsprachige Vertriebene; deutsch-tschechische Beziehungen; katholische Kirche; Staatssicherheit (StB); sudetendeutsche Organisationen

Abstract: The *Ackermann-Gemeinde* was founded in 1946 as a Catholic community of ethnic Germans who had been expelled from Czechoslovakia after the Second World War. In comparison to other Sudeten German organizations, the *Ackermann-Gemeinde* made very early contacts with specific circles in communist Czechoslovakia. During its '*Osthilfe*' the *Ackermann-Gemeinde* sent theological literature, fiction and medicines across the German-Czechoslovak border from the mid-1960s onwards. These activities aroused great interest from the State Security Service (*Státní bezpečnost* – StB) because the *Ackermann-Gemeinde* succeeded in establishing close contacts with the Czech Catholic Church, which was viewed as hostile to the Czechoslovak state. With the „revenge" campaign, the StB used several agents to observe Adolf Kunzmann (1920 – 1976), the head of the '*Osthilfe*'. Even when the Prague authorities did not stop the cross-border activities of the *Ackermann-Gemeinde* completely, they fundamentally changed their outlook.

Keywords: German-speaking expellees; German-Czech relations; Catholic Church; State Security (StB); Sudeten German organizations

Niklas Zimmermann M. A., Redaktion Frankfurter Allgemeine Zeitung, Hellerhofstr. 2 – 4, 60237 Frankfurt/M., n.zimmermann@faz.de

https://doi.org/10.1515/9783110795288-007

Gründung und Entwicklung der Ackermann-Gemeinde

Gedrückte Stimmung herrschte unter den rund sechzig sudetendeutschen Heimatvertriebenen, die sich am 13. Januar 1946 in den Räumlichkeiten des Adelgundenheims in München versammelten. Gemeinsam beteten sie:

> „Heiliger Herr, allmächtiger Vater, ewiger Gott! In bitterster Not rufen wir zu Dir. Wir haben unsere Heimat verloren. Vertrieben von Haus und Hof, getrennt von unseren Lieben, essen wir das harte Brot der Heimatlosen. Hilf uns, daß wir nicht verzweifeln und zugrunde gehen!“[1]

Neben dieser Opfererzählung, die auf unmittelbar Erlebtem beruhte, waren in diesem ‚Vertriebenengelöbnis‘ auch selbstkritischere Töne zu hören: „Wir haben nicht nach den Sünden der anderen zu fragen, – wir müssen die eigene Schuld bekennen.“[2] Dieser Gedanke war in sudetendeutschen Kreisen neu. Das gemeinsame Gebet bildete den Gründungsmoment der Ackermann-Gemeinde (AG), die sich als katholische ‚Gesinnungsgemeinschaft‘ von nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem tschechischen Teil der Tschechoslowakei vertriebenen Deutschen formierte.[3] Die AG vertrat von Anfang an einen religiösen wie politischen Anspruch, der durch den Augustinerpater Paulus Sladek (1908 – 2002) und den christlich-sozialen Politiker Hans Schütz (1901–1982) als prägende Gründungsfiguren personifiziert wurde.

Vor allem Paulus Sladek, der das ‚Vertriebenengelöbnis‘ vorbetete und in der AG Mitstreiter aus der deutschsprachigen katholischen Jugendbewegung der Ersten Tschechoslowakischen Republik versammelte, stand wiederholt im Dissens mit Rudolf Lodgman von Auen (1877– 1962), dem damaligen ‚Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe‘, der in der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) den Ton angab und von der AG als einer von drei sudetendeutschen ‚Gesinnungsgemeinschaften‘ neben dem völkischen Witikobund und der sozialdemokratischen Seliger-Gemeinde Unterordnung unter seinen Machtanspruch einforderte. Zwei programmatische Erklärungen illustrierten die divergierenden Ansätze: Lodgman betonte in der im Januar 1950 verabschiedeten ‚Detmolder Erklärung‘ die „Schicksalsverbundenheit mit Deutsch-

---

1 Sladek, Paulus: Sühnegebet und Gelöbnis der Heimatlosen, 1945. In: Ders.: Not ist Anruf Gottes. Aus Veröffentlichungen, Rundschreiben, Predigten und Briefen. Dokumente zur Geschichte der Vertriebenenseelsorge. Festgabe zum sechzigjährigen Priesterjubiläum. Hg. v. Rudolf Ohlbaum. München-Königstein/Ts. 1991, S. 107– 109, hier S. 107.

2 Ebd.

3 Einen sehr kritischen Blick auf die Ackermann-Gemeinde in ihren Anfangsjahren wirft Weger, Tobias: „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen, 1945 – 1955. Frankfurt/M. 2008. In das Spektrum kirchlicher Vergemeinschaftungen von deutschen Heimatvertriebenen wird die AG eingeordnet bei Voßkamp, Sabine: Katholische Kirche und Vertriebene in Westdeutschland. Integration, Identität und ostpolitischer Diskurs 1945 – 1972. Stuttgart 2007.

land" und schlug damit deutschnationale Töne an.[4] Ihr ging die im November 1949 auf Initiative von Sladek verabschiedete ‚Eichstätter Deklaration' voraus, die das „Selbstbestimmungsrecht ganz Europas" hervorhob.[5] Sie war mit einer rhetorischen Europäisierung der eigenen Vertreibungserfahrung der in der Außendarstellung langfristig erfolgreichere Ansatz.

Unmittelbar an der Grenze zur Tschechoslowakei hielt Paulus Sladek im August 1955 in Haidmühle im Bayerischen Wald eine Predigt, in der er sich an das tschechische Volk wandte: „Wir sind an euch schuldig geworden durch Geringschätzung, durch Verachtung."[6] Damit ging er über das ‚Vertriebenengelöbnis' hinaus, das nicht ein von Deutschen an Tschechen verübtes Unrecht, sondern eine individuelle Schuldigkeit vor Gott bemühte. Sladek verlor in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre in der AG jedoch stark an Einfluss. Nun dominierte eine vom Bundesvorsitzenden Hans Schütz vertretene Linie, die sich an der Mehrheitsmeinung in der SL orientierte. Dies zeigte sich vor allem im Geschichtsbild, indem Schütz wie die maßgeblichen Kreise in der Landsmannschaft postulierte, die weitere Gültigkeit des Münchener Abkommens von 1938 sei eine ‚offene Frage'.[7]

Die Fixierung auf die eigene ‚sudetendeutsche Volksgruppe' stieß ab Mitte der 1960er Jahre immer stärker auf internen Widerspruch. Im Juli 1969 schlug mit der Jungen Aktion der Jugendverband der AG Alarm.[8] Gegen Formulierungen wie „unsere Heimat" seien sie „allergisch", erklärten die Jüngeren. Ihre Lebensrealität liege mehr als 20 Jahre nach der Vertreibung in der Bundesrepublik. Zudem sei die Mitwirkung in der SL immer mehr ein Reputationsrisiko, denn:

> „Die Junge Generation hat gerade bei ihren Kontakten zur ČSSR festgestellt, daß eine Mitarbeit in der SL der Zusammenarbeit mit dem tschechischen Volk im Wege steht."[9]

Diese Auseinandersetzung zwischen Jung und Alt blieb nicht folgenlos. Mit ihren im Juli 1970 verabschiedeten neuen Leitsätzen formulierte die AG die „Versöhnung mit dem Osten" zu ihrem obersten Vorsatz.[10] Tatsächlich blieb der besonders in der Jun-

4 Zit. nach Weger, „Volkstumskampf" ohne Ende? (wie Anm. 3), S. 136.

5 Eichstätter Deklaration (1949). In: Ackermann-Gemeinde (Hg.): Weg und Ziel. 4. überarb. u. erg. Aufl. München 2004, S. 34 f. hier S. 34.

6 Sladek, Paulus: Predigt beim deutsch-tschechischen Gottesdienst am 5. August 1955 an der Grenze bei Haidmühle im Bayerischen Wald. In: Ackermann-Gemeinde (Hg): Zukunft trotz Vergangenheit. Texte zur deutsch-tschechischen Versöhnung. München 2005, S. 113 – 118, hier S. 115.

7 Vgl. Raschhofer, Hermann: Das Münchner Abkommen im Rahmen der völkerrechtlichen Entwicklung der Sudetenfrage (I). In: Ackermann-Gemeinde (Hg.): München 1938 – eine offene Frage. München 1958, S. 53 – 77, hier S. 76.

8 Mit der Jungen Aktion und anderen Verbänden der katholischen Vertriebenenjugend befasst sich Jäschke, Georg: Wegbereiter der deutsch-polnisch-tschechischen Versöhnung? Die katholische Vertriebenenjugend 1946 – 1990. Münster 2018.

9 Archiv der Ackermann-Gemeinde, München (AAG). 80: Brief an die Teilnehmer der Vorstandssitzung der AG und des Gesprächs mit der jungen Generation. München. 15.07.1969.

10 Ackermann-Gemeinde: Leitgedanken 1970. In: Dies., Weg und Ziel (wie Anm. 5), S. 15 – 17, hier S. 16.

gen Aktion geäußerte Wille zur „Zusammenarbeit mit dem tschechischen Volk“ keine leere Phrase. Zum einen erweiterte die AG ihre Kontakte zu tschechischen Exilkreisen in der Bundesrepublik. Zum anderen versuchte sie ab Mitte der 1960er Jahre, Katholiken und verbliebene Deutsche in Böhmen, Mähren und Schlesien materiell zu unterstützen. Die grenzüberschreitende Tätigkeit war in der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges und des damit verbundenen strikten Grenzregimes allerdings eine gewaltige organisatorische Herausforderung.

Als Innovator und Organisator dieser deutsch-tschechischen Kontakte, die unter erschwerten Bedingungen stattfanden, fungierte der AG-Hauptgeschäftsführer Adolf Kunzmann (1920 – 1976). Schon Anfang der 1960er Jahre gründete die AG ‚Osthilfekreise‘, um sudetendeutsche Vertriebene in der DDR zu unterstützen. Mitte der 1960er Jahre sind erste materielle Hilfslieferungen in die Tschechoslowakei verbürgt. Sie liefen über das Sozialwerk der AG. Kunzmann informierte in einer AG-Vorstandssitzung im September 1966: „Die Büchersendungen in die Tschechoslowakei gewinnen immer größere Bedeutung, zumal sie einen wirklichen Kontakt mit dem tschechischen Klerus herstellen.“[11]

Diese „wirklichen Kontakte“ mit dem tschechischen Klerus und die im Zeitverlauf zunehmenden Begegnungen auf tschechoslowakischem Territorium waren die entscheidenden Faktoren, weshalb die AG unter intensive Beobachtung sowohl des tschechoslowakischen Innenministeriums als auch der diesem unterstellten Staatssicherheit (*Státní bezpečnost* – StB) geriet. Generell weckten Exponenten deutscher Vertriebenenverbände das Interesse der östlichen Dienste. Das Spezielle bei der AG war, dass weniger angeblich ‚revanchistische‘ Bestrebungen und eine mögliche nationalsozialistische Vergangenheit ihres Personals in den Blick gerieten, sondern sich die Beobachtung auf ihre Verbindungen zur als staatsfeindlich angesehenen katholischen Kirche in der Tschechoslowakei fokussierte. Dabei weckten die grenzüberschreitenden Kontakte das weitaus größere Interesse als die Kooperation der AG mit der exiltschechischen katholischen Laienorganisation Opus Bonum, die wegen ihrer Vermittlerrolle unter verschiedenen Strömungen des tschechischen Exils selbst Beobachtungsobjekt der Prager Behörden war.[12]

---

11 AAG. 107: Protokoll der Vorstandssitzung der AG. München. 01.09.1966.

12 Das Opus Bonum wurde von Anastáz Opasek (1913 – 1999), dem in die niederbayerische Benediktinerabtei Rohr emigrierten Erzabt des Prager Klosters Břevnov, gegründet. Opasek setzte sich stark dafür ein, die Charta 77 im tschechischen Exil in der Bundesrepublik salonfähig zu machen. Petr Placák zeichnet die Tätigkeit des Opus Bonum und auch dessen Beobachtung durch die StB in seinem Beitrag nach. Die Ackermann-Gemeinde erwähnt er trotz ihrer maßgeblichen Rolle in der Etablierung der Organisation nicht: Vgl. Placák, Petr: Lidská práva aneb Člověčenství. Charta 77 na půdě exilové organizace Opus bonum [Menschenrechte oder Menschlichkeit. Die Charta 77 auf dem Boden der Exilorganisation Opus bonum]. In: Paměť a dějiny 10/4 (2016), S. 26 – 36.

Wie die Ackermann-Gemeinde Ziel einer groß angelegten Aktion wurde

Adolf Kunzmann geriet unter intensivere Beobachtung durch die tschechoslowakische Staatssicherheit, als er ab dem Jahr 1966 begann, die Kontakte zu Katholiken in der Tschechoslowakei und zur verbliebenen deutschen Minderheit massiv auszubauen. In diesem Jahr reiste der Brünner Genetiker und Direktor des dortigen Mendel-Museums, Vítězslav Orel (1926 – 2015), für einen sechsmonatigen Forschungsaufenthalt nach München. Nachdem er das Vertrauen des geistlichen AG-Vordenkers Paulus Sladek gewonnen hatte, erhielt er im Januar 1967 als Agent unter dem Tarnnahmen „Marek" den Auftrag, sich der „kirchlichen und revanchistischen Organisation" der AG zu widmen.[13] Eine auf den 20. Mai 1968 datierte Akte der Brünner Dienststelle der StB stützte sich auf dessen Bericht über Kunzmann, der im Frühjahr des betreffenden Jahres persönlich nach Brünn (Brno) gereist war: „Der Genannte drückt sein Interesse und Bestreben aus, sich in das politische Leben der ČSSR einzumischen, indem er unseren Mitarbeiter ‚Marek' davon überzeugt, dass eine Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht möglich ist."[14]

Mit dieser Vermutung schien die Staatssicherheit nicht danebengelegen zu haben. Tatsächlich berichtete Kunzmann auf einer Vorstandssitzung der AG im Juli 1968 von einer Reise nach Brünn. Er hob seine Begegnung mit Vojmír Šimonek (*1915) hervor. Der damalige Chefredakteur der grundsätzlich regimetreuen, zur Zeit des Prager Frühlings jedoch eigenständiger berichtenden *Prager Volkszeitung* habe ihm gesagt, dass in der „sudetendeutschen Frage" etwas passieren müsse.[15] Als Partner kamen demnach nur die Ackermann- und Seliger-Gemeinde infrage. Dafür qualifizierte diese beiden ‚Gesinnungsgemeinschaften' ihre Politik, die weniger konfrontativ ausfiel als jene des völkischen Witikobundes, der die SL zu diesem Zeitpunkt dominierte.

In seinen eigenen Worten umriss Kunzmann das Programm der AG, „die Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei zu verbessern und der Kirche Hilfe zu leisten."[16] Die StB kam anhand des Berichts ihres Agenten „Marek" zu einer ähnlichen Schlussfolgerung und schrieb: „Die Ackermann-Gemeinde wird ihre Propaganda- und Unterstützungstätigkeiten auf die Stärkung der Position der katholischen Kirche in der ČSSR ausrichten."[17] Damit umriss sie die Motive, weshalb sie die den AG-Hauptge-

13 Vgl. Vybíralová, Eva: Revanšisti, či průkopníci smíření? Ackermann-Gemeinde a její podpora katolické církve v Československu v době komunismu [Revanchisten oder Pioniere der Versöhnung? Die Ackermann-Gemeinde und ihre Unterstützung der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei während der kommunistischen Zeit]. In: Securitas imperii 34/1 (2019), S. 254 – 276, hier S. 271.

14 Archiv bezpečnostních složek, Praha (ABS) [Archiv der Sicherheitsorgane, Prag]. Sign. KR-631420 MV: StB-Bericht über Kunzmann. 20.05.1968.

15 Vgl. AAG. 107: Niederschrift über die Vorstandssitzung der AG. 30.07.1968.

16 Ebd.

17 ABS. Sign. KR-631420 MV: StB-Bericht über Kunzmann. 20.05.1968.



Abb. 1: Adolf Kunzmann, Anfang der 1970er Jahre (Archiv der Ackermann-Gemeinde, München)

schäftsführer ausspionierte. Trotz entsprechender Rhetorik waren dafür nicht vermeintlich „revanchistische" Umtriebe im Ausland der Grund, sondern die Nähe der AG zur Kirche in der Tschechoslowakei, in der die Machthaber eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung sahen. Daher war aus Sicht der StB höchste Wachsamkeit geboten.

Trotzdem versuchte der damalige AG-Bundesvorsitzende Schütz, die Initiative Kunzmanns auszubremsen, indem er im Vorstand erklärte, dass es sich bei diesen grenzüberschreitenden karitativen Aktivitäten „um nicht mehr als Versuche"[18] handele:

> „Wir müßten uns hierbei von zwei Gesichtspunkten leiten lassen: erstens ist zu beachten, daß jetzt nicht die Zeit dazu da ist, unser Anliegen bei den Tschechen anzubringen. Diese haben mit ihren großen wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen. Zum anderen muß auf ein gutes Einvernehmen mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bedacht genommen werden."[19]

Letztlich konnte Schütz diese „Versuche", die schrittweise zur eingeübten Praxis wurden, nicht stoppen. So wie die karitative Hilfe für tschechische Katholiken an Fahrt aufnahm, intensivierte sich die Beobachtung durch die StB. Im Mai 1968 entschlossen sich die tschechoslowakischen Behörden zur großangelegten Aktion „Revanche" (*Revanš*), an deren Anfang der bereits erörterte Bericht des Agenten „Marek" stand. Zu ihrem Höhepunkt im Jahr 1973 beteiligten sich an der Aktion sieben regionale StB-Vertretungen. Nicht nur Kunzmann selbst, sondern auch all jene, die in der ČSSR mit ihm in Verbindung standen, sollten beobachtet werden. Dafür wurden

18 AAG. 107: Niederschrift über die Vorstandssitzung der AG. München. 30.07.1968.
19 Ebd.

weitere Agenten eingesetzt.[20] Der beträchtliche Aufwand deutet darauf hin, dass das Ziel der Aktion nicht das harte Unterbinden der Aktivitäten war, sondern in erster Linie die Informationsgewinnung.

Wegen ihres großen Umfangs soll die Aktion „Revanche" hier nicht umfassend analysiert,[21] sondern ein spektakuläres Fallbeispiel herausgegriffen werden. Dieses begann, als Adolf Kunzmann neue Wege für einen theologischen Literaturversand in die Tschechoslowakei erörterte. Mit ihm sollten die Gedanken des Zweiten Vatikanischen Konzils verbreitet werden. Er kam dafür mit Jan Mára (1912–2012), dem damaligen Direktor der tschechischen Caritas, ins Gespräch. Über ihn wusste er, dass er der regimetreuen ‚Friedenspriesterbewegung' Pacem in Terris angehörte. Trotzdem nahm Kunzmann im Februar 1972 an einer Tagung der christlichen Friedensbewegung in Frankreich teil und traf sich mit Mára in Paris. In einer „streng vertraulichen" Notiz informierte er danach hochrangige deutsche Kirchenvertreter wie den Münchner Erzbischof Julius Kardinal Döpfner (1913–1976):

> „Jan Mara ist in seiner Eigenschaft als Direktor des Charitasverbandes [sic!] für Böhmen und Mähren führendes Mitglied der regimetreuen Priestergruppe ‚Pacem in terris'. Die tschechische Caritas untersteht völlig dem Einfluß des Staates. Der Vorsitzende des Caritasverbandes für Böhmen und Mähren ist der Kapitalvikar von Olmütz, Josef Vrana; er ist Vorsitzender der Priestergruppe ‚Pacem in terris': […] Seine Darstellung über die Koexistenz von Christentum und Marxismus gingen dahin, daß die Kirche sich völlig dem Staat bzw. den Organen der sozialistischen Gesellschaft unterzuordnen hat. Einen Einfluß des Vatikans auf die kirchliche Entwicklung in den sozialistischen Ländern hält er für zweitrangig. Die Priestergruppe ist der Auffassung, daß die Kirche in der CSSR auf längere Frist hin gesehen nur existieren kann, wenn eine dauernde Zusammenarbeit mit dem Staat gefunden wird. Da der Staat in der CSSR gleichbedeutend ist mit der kommunistischen Partei oder den sog. Parteien in der ‚Nationalen Front', ist eine Zusammenarbeit mit der Partei unerläßlich."[22]

Weshalb kooperierte Kunzmann mit einem loyalen Anhänger des in der AG verhassten kommunistischen Regimes? Eine mögliche Erklärung liegt darin, dass er den Nutzen für die grenzüberschreitenden Aktivitäten höher veranschlagte als die Risiken. Jan Mára erweckte erfolgreich den Eindruck, der AG bei ihrer ‚Osthilfe' behilflich sein zu können. Er zeigte sich laut Kunzmann „sehr beeindruckt" von den Hilfeleistungen der vertriebenen sudetendeutschen Katholiken. Diese würden die Situation in der Tschechoslowakei „am besten verstehen". Kunzmann konnte diesen schmeichelnden Tönen teilweise widerstehen und lehnte Máras Vorschlag ab, die Büchersendungen

---

20 Vgl. Vybíralová, Revanšisti (wie Anm. 13), S. 271–274.

21 Allein in der für diese Abhandlung maßgeblichen Online-Datenbank des Archivs der Sicherheitsorgane sind 1.620 Fotografien zur Aktion „Revanche" erfasst. Vgl. ABS: eBadatelna Archivu bezpečnostních složek [eBadatelna. E-Reading-Room des Archivs der Sicherheitsorgane]. URL: https://www.ebadatelna.cz/ (22.02.2022).

22 AAG. 1053: Streng vertrauliche Notiz von Adolf Kunzmann über eine Begegnung mit dem Direktor der tschechischen Caritas, Jan Mára, und seiner Mitarbeiterin in Paris. München. März 1972.

über die Caritas laufen zu lassen. Kunzmann bat die Kirchenhierarchie gleichwohl um Rückendeckung für weitere Gespräche:

> „Abschließend ist zu bemerken, daß das Gespräch, das hier nur stichpunktartig wiedergegeben werden kann, nicht nur interessant, sondern auch für die Zukunft der humanitären Hilfe für die Kirche in der CSSR von Bedeutung war. Wenn es der Wunsch des deutschen Episkopates ist, würde ich gerne diesen Kontakt so weit aufrecht erhalten, als wir mit einer Rückendeckung für unsere Hilfsmaßnahmen von seiten [sic!] seiner Institution rechnen können."[23]

Für Kunzmann hatten die Begegnungen mit Mára insofern Folgen, als dieser in seiner Eigenschaft als Agent „Jenda" regelmäßig der StB berichtete. Er schien gezielt auf den Hauptgeschäftsführer der AG angesetzt worden zu sein, der trotz seines Wissens über die Regimetreue Máras relativ offenherzig über seine Ziele berichtete. So soll Kunzmann auf einem Treffen am 9. Juni 1971 in Prag gesagt haben, dass er im Kontakt mit exiltschechischen katholischen Missionen in der BRD stände,[24] die ebenfalls Beobachtungsobjekte der Staatssicherheit waren.[25]

Korrekt fasste Mára zusammen, dass Kunzmann mit dem Münchner Erzbischof Julius Kardinal Döpfner zusammenarbeitete. Demnach sei Kunzmann wohl von Döpfner beauftragt, in der ČSSR im kirchlichen Bereich Kontakte zu knüpfen. Zudem habe Kunzmann von dem Grundsatz der AG erzählt, in der ‚Osthilfe' legale Wege zu verfolgen. Weiter habe er von seiner Absicht berichtet, sich mit dem Olmützer Titularbischof Josef Vrana (1905 – 1987) zu treffen, um Möglichkeiten in der theologischen Literaturhilfe auszuloten.[26] Vrana war als Vorsitzender von Pacem in Terris und des tschechischen Caritasverbandes in der AG umstritten. Letztere kritisierte in ihrer Publizistik auch die vom Regime betriebene Einsetzung Vranas auf den vakanten Olmützer Bischofsstuhl scharf.[27]

Beriet der Hauptgeschäftsführer der Ackermann-Gemeinde Willy Brandt?

Hoch spekulativ war hingegen die Vermutung des einschlägigen StB-Berichts, wonach Kunzmann den damaligen SPD-Bundeskanzler Willy Brandt in Fragen der staatlichen Beziehungen zur Tschechoslowakei beriet, gleichzeitig aber auch eine Strömung in der damaligen Oppositionspartei CDU anführe:

---

23 Ebd.
24 Vgl. ABS. Sign. KR-631420 MV: StB-Bericht über Kunzmann. 10.06.1971.
25 Vgl. Placák, Lidská práva aneb Člověčenství (wie Anm. 12).
26 Vgl. ABS. Sign. KR-631420 MV: StB-Bericht über Kunzmann. 10.06.1971.
27 Vgl. Ackermann-Gemeinde (Hg.): Die tatsächliche Lage der katholischen Kirche in der ČSSR. München 1973, S. 54 f.

> „Nach aktuellen Erkenntnissen [...] insbesondere aus den Verhandlungen, die KUNZMANN mit katholischen Laien und Geistlichen in der ČSSR führt, handelt es sich um einen ausgesprochen raffinierten westdeutschen Revanchisten, der unter dem Deckmantel verschiedener Gaben auf unserem Territorium breite Kontakte knüpft, die er versucht, in der Zukunft zum Vorteil der katholischen Kirche in der Bundesrepublik zu nutzen. Kunzmann könnte in seiner Position Berater des deutschen Kanzlers Brandt in Fragen der Friedensverhandlungen zwischen der CSSR und der DDR sein, insbesondere in Fragen des Münchener Abkommens von 1938. Laut nicht verifizierten Erkenntnissen ist Kunzmann der Anführer einer Gruppe innerhalb der CDU."[28]

Inwieweit Mára oder Mitarbeiter der Prager StB-Zentrale diese Thesen formuliert hatten, lässt sich anhand der vorliegenden Quellen nicht eruieren. Auffällig ist allerdings, wie in dem Bericht vom 10. Juni 1971 nüchterne Beobachtungen und ideologisch geprägte Zuschreibungen ineinander übergingen. Die Darstellung Kunzmanns als „ausgesprochen raffinierter westdeutscher Revanchist" offenbarte in bloß vier Worten, wie sich konspirative Vorstellungen und alte Feindbilder des kommunistischen Regimes verdichteten. Die Vermutung hinsichtlich der Tätigkeit Kunzmanns in der CDU traf jedoch nicht zu, weil dieser ab dem Kriegsende in Bayern lebte, dem Tätigkeitsgebiet der Schwesterpartei CSU.[29]

Wie verhielt es sich mit den von Mára vermuteten Verbindungen Kunzmanns zur sozialliberalen Regierung Brandts? Für direkte Kontakte Kunzmanns mit dem damaligen Bundeskanzler liegen keine Belege vor. Doch weil die AG im Unterschied zur SL nicht jedes Abkommen mit der Tschechoslowakei ablehnte – was die Prager StB am 14. Juni 1971 zutreffend notierte –, lag zwischen der AG und der sozialliberalen Bundesregierung zum damaligen Zeitpunkt kein unüberbrückbarer Gegensatz. Kunzmann stand wohl nicht mit Brandt, dafür aber mit dem von den Liberalen geführten Auswärtigen Amt (AA) im Kontakt. Schon am 14. Januar 1970 schrieb Kunzmann einen Brief an den im AA für „Ostfragen" zuständigen Referenten Herwig Effenberg, der sein Ansprechpartner bleiben sollte, und berichtete über seine jüngste Reise in die ČSSR. Er schrieb, er habe „wertvolle Informationen" über die kirchenpolitische wie allgemeine Situation gewinnen können und bestätigte damit die Einschätzung seiner Motive durch die StB. Vor allem informierte Kunzmann Effenberg über das Vorhaben der AG, 100 Abonnements der *Prager Volkszeitung* zu kaufen. Damit sollte das Überleben des in finanzielle Schieflage geratenen Mediums der deutschen Minderheit gesichert werden.[30]

Diese Hilfe wurde von der Zeitung keineswegs mit einer gefälligen Berichterstattung vergolten. Im Gegenteil löste ein im Oktober 1971 in der *Prager Volkszeitung* veröffentlichter Beitrag in der AG große Empörung aus, weil er die Aussiedlung der

---

28 ABS. Sign. KR-631420 MV: StB-Bericht über Kunzmann. 10.06.1971.

29 Vgl. Paleczek, Raimund: Adolf Kunzmann. In: Ackermann-Gemeinde (Hg.): Die Ackermann-Gemeinde. Integration und Dialog – sechs Jahrzehnte Friedensarbeit. München 2007, S. 102f.

30 Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA AA). B39. Bd. 48: Brief Kunzmanns an Effenberg. 14.01.1970.

Deutschen als „optimale Lösung“ bezeichnet hatte.[31] Die Formulierungen in einem Protestbrief machen deutlich, dass die AG erwartete, dass ein künftiger deutsch-tschechoslowakischer Vertrag die Vertreibung der Deutschen als Unrecht benennen würde:

> „Wie in der Resolution ausgedrückt, möchte die Ackermann-Gemeinde die künftigen Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR nicht mit Forderungen belasten; sie steht allerdings auf dem Standpunkt, daß eine deutsch-tschechoslowakische Verständigung über die heutige Wirkung des Münchner Abkommens weder direkt noch indirekt als eine Legalisierung der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei ausgelegt werden darf und daß dem im Vertragstext Rechnung getragen werden sollte.“[32]

Diese Erwartungen wurden letztlich enttäuscht, als im Dezember 1973 mit dem Prager Vertrag ein zwischenstaatliches Übereinkommen zwischen der BRD und der ČSSR geschlossen wurde. So wurde die Vertreibung der Deutschen in dem Vertrag nicht einmal erwähnt. Im *Mitteilungsblatt* der AG vom Mai 1974 übte der geistliche Beirat Paulus Sladek grundsätzliche Kritik an der Neuen Ostpolitik. Er beschrieb staatliche Entspannungspolitik als „Machtpolitik“, die nicht vom Anliegen der „Versöhnung“ geleitet sei. Eine solche müsste, so Sladek, vergangenes Unrecht aufarbeiten und dürfe es nicht verschweigen.[33]

Trotz dieses Dissenses über den schlussendlichen Prager Vertrag belegt der im Politischen Archiv des AA einsehbare Austausch zwischen Kunzmann und dem Referenten Herwig Effenberg im Bonner Außenministerium, dass die Vermutung der StB, dass Kunzmann mit der Regierung von Brandt verbunden war, einen wahren Kern besaß. Wie die StB zu dieser Annahme gelangt war, ist unklar. Trotz mancher ideologisch und spekulativ geprägter Folgerungen war die StB gut über den Hauptgeschäftsführer der AG informiert, der bis zu seinem plötzlichen Tod im Juli 1976 Dreh- und Angelpunkt in den grenzüberschreitenden Beziehungen der Organisation war. Daran anknüpfend stellt sich die Frage, inwieweit Kunzmann die Überwachung durch die StB antizipierte und welche Gegenstrategien er und andere Akteure in der AG entwickelten, um sich der Beobachtung zu entziehen?

---

31 AAG. 1053: Brief der Ackermann-Gemeinde an den Vorsitzenden des Kulturverbandes der Bürger der ČSSR deutscher Nationalität. München. Dezember 1971.

32 Ebd.

33 Vgl. Sladek, Paulus: Versöhnung als christliche Aufgabe. In: Mitteilungsblatt der Ackermann-Gemeinde 5 (1974), S. 1 f., hier S. 1.

Wie die Ackermann-Gemeinde mit ihrer möglichen Beobachtung umging

Dass Kunzmann von der Agententätigkeit seiner Kontaktpersonen wie Jan Mára oder Vítězslav Orel erfahren hatte, ist anhand der vorliegenden Quellen nicht verbürgt. Kunzmann nahm eine mögliche Überwachung jedoch in Kauf. Diese Aussage kann deshalb so klar formuliert werden, weil der AG-Hauptgeschäftsführer sich zumindest über die Nähe des Pacem in Terris-Direktors Mára zum kommunistischen Regime im Klaren war und sich sogar bei der Kirchenhierarchie rückversicherte, um diesen Austausch dennoch weiterzuführen. Dabei zeigt sich exemplarisch der große Pragmatismus, der Kunzmann ebenso auszeichnete wie Franz Olbert (*1935), der nach Kunzmanns Tod dessen Funktion übernahm und Ziel der StB-Aktion „Ersatzmann" (*Náhradník*) wurde. Die beiden waren Pragmatiker, die sich in ihren Vorhaben nicht durch ideologische Scheuklappen einschränken ließen.

Als ein auf den ersten Blick banal erscheinendes Gegenmittel gegen die Beobachtung durch die StB wirkte, dass Vertreter der AG ebenso über ihre Begegnungen berichteten. Was Kunzmann dem Münchner Kardinal Döpfner und anderen kirchlichen Akteuren über Mára mitteilte, war eine Beobachtung unter umgekehrten Vorzeichen. Auch mit dem Referenten Effenberg im AA teilte der AG-Hauptgeschäftsführer sein Wissen. So schrieb Effenberg am 23. Februar 1972 in einer amtsinternen Information:

> „Anläßlich meines Abschiedsbesuches bei der Ackermann-Gemeinde in München unterrichtete mich das Geschäftsführende Vorstandsmitglied Adolf Kunzmann über das Ergebnis eines Gespräches, das er mit Genehmigung von Kardinal Döpfner und im Auftrag des Episkopats mit dem Direktor der Caritas für Böhmen, Jan Mara, Kanonikus und Pfarrer in St. Ludmilla, Prag, in Paris führen konnte. Pfarrer Mara wird den regimetreuen katholischen Priestern zugezählt und reiste im Auftrage der tschechoslowakischen Gruppe PACEM IN TERRIS und im Auftrag von Bischof Tomasek, Prag, zu dem in Lille abgehaltenen Kongreß der katholischen Friedensbewegung. Pater Mara, der in Begleitung einer tschechoslowakischen ‚Historikerin' das Gespräch führte, ließ u. a. im Verlauf dieses Kontaktes erkennen, daß die tschechoslowakische ex-tunc-Forderung weniger von tschechoslowakischer Seite als auf Druck der sowjetischen Regierung und der DDR-Regierung erhoben werde."[34]

Zudem waren die Aktiven in der AG sich stets bewusst, dass sie das Interesse der Prager Sicherheitsbehörden wecken könnten. Ein leider nicht datierbarer „Ratschlag zur Wahrung der Sicherheit bei Reisen in kommunistische Länder" der AG erklärte über die „Beschaffenheit der kommunistischen Nachrichtendienste":

> „Die Nachrichten- und Sicherheitsdienste der kommunistischen Länder unterscheiden sich von denen westlicher Länder. Sie spielen eine große Rolle bei der Gestaltung und Durchführung der

34 PA AA. B39. Bd. 62: Notiz Effenbergs betreffend Kontakte der AG mit der tschechoslowakischen Caritas. 23.02.1972.

> politischen Richtlinien ihrer Regierungen sowohl im Hinblick auf ihre eigenen Bürger als [auch] auf Angehörige anderer Länder. Die größte und aktivste nachrichtendienstliche Organisation des Sowjetblocks ist der russische Nachrichtendienst. Aber die Organisationen anderer kommunistischer Länder sind auch umfangreich und sie arbeiten gewöhnlich eng zusammen.“[35]

Diese Handreichung sensibilisierte die im Zuge der ‚Osthilfe‘ der AG Reisenden dafür, dass potenziell jeder Kontakt verfänglich sein könnte. Politische Äußerungen einer zufälligen Bekanntschaft seien keine verlässliche Richtlinie für ihre tatsächliche Auffassung, hieß es, und es sei unklug, sich zu Äußerungen verleiten zu lassen, die als subversiv ausgelegt werden könnten. Es gebe keine völlige Sicherheit, denn es habe „schon viele Fälle [gegeben], in denen Leute kompromittiert und dann in dem Glauben gelassen wurden, sie seien dem Unheil entgangen, um dann nach Jahren das Opfer einer Erpressung zu werden.“[36]

Es ist nicht bekannt, ob Informationen über das Privatleben von AG-Mitgliedern als Druckmittel tatsächlich gegen diese eingesetzt worden sind. Durchaus hatte die StB jedoch solche Informationen gesammelt, was ihr wesentliches Ziel der Informationsbeschaffung verdeutlicht. So informierte ein auf den Agenten „Jenda“ gestützter Bericht darüber, dass zwei von Kunzmanns erwachsenen Töchtern sich zur 1968er Bewegung bekennen würden, die das gesellschaftliche System „im Geiste des Sozialismus“ erneuern wolle.[37] Auch für das Privatleben seines Nachfolgers Franz Olbert interessierten sich die StB. Sie griff auf die sich als „Handelsauskunft und Inkassobüro“ ausgebende Salzburger Firma ‚Merkur‘ zurück, die gezielt auf Olbert angesetzt worden war. Laut ihrem am 12. September 1978 verfassten Bericht konnte aber nichts potenziell Kompromittierendes gefunden werden. Stattdessen war zu lesen: „Die Eheleute werden persönlich einwandfrei beurteilt“ und „Die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse gelten als geordnet.“[38]

Olbert selbst war sich bewusst, dass er beobachtet wurde. Wie der AG-Generalsekretär der Jahre 1976 bis 1999 im Zeitzeugengespräch berichtete, hatte er in der ČSSR acht Jahre Einreiseverbot und wurde Anfang der 1980er Jahre bei seiner ersten erneuten Einreise „in auffälliger Weise“ von einem Kleinbus bis Königgrätz (Hradec Králové) verfolgt. Die Staatsicherheit habe „vieles geahnt“, meint er im Rückblick.[39] Wie Vybíralová auf der Basis eines anderen Zeitzeugengesprächs mit Olbert schreibt, erhielt er auch in München einmal Besuch eines angeblichen Priesters der ‚Osthilfe‘ in Rom, der sich im Nachhinein als Mitarbeiter der StB herausstellte. Olbert erzählte weiter: „Manchmal hatte ich eine gute Nase. Ich kann nicht sagen warum, aber der Mann mochte mich nicht, also habe ich ihn nicht eingestellt.“[40] Wie die Akten der

35 AAG. 1053: Ein Ratschlag zur Wahrung der Sicherheit bei Reisen in kommunistische Länder.
36 Ebd.
37 ABS. Sign. KR-631420 MV: StB-Bericht über Kunzmann. 18.02.1972.
38 ABS. Sign. 12845/302: „Kollegialauskunft“ des Handels- und Inkassobüros „Merkur“. 12.09.1978.
39 Zeitzeugengespräch des Verf. mit Franz Olbert. 28.03.2018.
40 Zit. nach Vybíralová, Revanšisti (wie Anm. 13), S. 275 f.

Staatssicherheit offenbaren, wurde im Zuge der Aktion „Ersatzmann" im Jahr 1979 der Agent „Marek" alias Vítězslav Orel reaktiviert. Der Brünner Genetiker, der mehr als zehn Jahre zuvor schon über Kunzmann berichtet hatte, galt als besonders geeignet, um das Vertrauen führender AG-Mitglieder zu gewinnen.[41]

Eine weitere Reaktion auf die Überwachung war, dass die AG ihre ‚Osthilfe' anders organisierte, als sie es ursprünglich geplant hatte. Die Beobachtung durch die Staatssicherheit zeigte somit ihre Wirkung. So zerschlugen sich Kunzmanns Pläne für einen zentralen theologischen Literaturversand, weil die gut informierten tschechoslowakischen Behörden diesen ab dem Jahr 1969 unterbanden. In der Folge individualisierte die AG ihre karitative Tätigkeit. Nur noch ein Buch pro Sendung war erlaubt. Diese erzwungene Kehrtwende ergab eine Eins-zu-eins-Betreuung durch Freiwillige der ‚Osthilfekreise' in den Diözesen. Dies verursachte hohen personellen Aufwand, war jedoch auch eine Gelegenheit, die ‚Osthilfe' in der eigenen Basis breit zu verankern und persönliche Bindungen zwischen Sender und Empfänger entstehen zu lassen. Olbert berichtet, dass man eine Veränderung der politischen Verhältnisse dadurch nicht erwartete und dass auch unter seiner Leitung der Grundsatz galt, „nichts Verbotenes" zu tun, um niemand zu gefährden.[42]

Die ‚Osthilfe' der AG bestand nicht nur aus theologischem Literaturversand. Im August 1974 wurden die Diözesanverantwortlichen der ‚Osthilfekreise' von Kunzmann angewiesen, den verbliebenen Deutschen als zweiter Empfängergruppe neben den katholischen Priestern nur „schöngeistige" Literatur und auf keinen Fall religiöse Bücher zu senden.[43] Die Ware sollte so unverfänglich wie nur möglich sein. Auf der Versandliste zur ‚Weihnachtsaktion' im Jahr 1978 fielen die Buchthemen Pilze, Hunde und Basteln ins Auge.[44] Neben Büchern konnten vermehrt Medikamente, orthopädische Hilfsmittel und Lebensmittel auf legale Weise an Deutsche und an katholische Priester versandt werden, was offenbar auf großen Zuspruch stieß.[45]

Die AG konnte diese Güter allerdings nicht in Eigenregie verteilen. Sie war auf tschechischem Gebiet von einheimischen Distributoren abhängig. Eine solche Rolle hatte in Südböhmen Helena Faberová (*1935) inne, die ab den frühen 1970er Jahren als Ökonomin im Bistum Budweis (České Budějovice) wirkte. Wie sie im Zeitzeugengespräch berichtet, erhielt sie ab den frühen 1980er Jahren etwa zwei Mal pro Jahr Besuch von Maria Weiß (1924–1995). Über die Besucherin wusste sie kaum mehr, als dass sie „aus München" kam und mit dem Auto Lebensmittel, Arzneimittel, Kleidung und Bücher nach Budweis brachte, von wo aus Faberová die Güter an die Begünstigten weiterverteilte. Etwas Entscheidendes über Maria Weiß erfuhr sie erst nach 1989: Das

41 Vgl. ABS. Sign. 12845/302: Niederschrift über den Stand der Aktion „Ersatzmann". 25.09.1978.
42 Zeitzeugengespräch des Verf. mit Franz Olbert. 28.03.2018.
43 Vgl. AAG. 1275: Protokoll des Gespräches mit den Leitern der Osthilfearbeitskreise des Sozialwerkes der AG. 31.08.1974.
44 Vgl. AAG. 1275: Weihnachtsaktion 1978 – ČSSR. Brief des Sozialwerks der AG an den Leiter des Osthilfekreises der (Erz-)Diözese Freiburg. 07.09.1978.
45 Vgl. Zeitzeugengespräch des Verf. mit Franz Olbert. 28.03.2018.

sie der AG angehörte und ab 1977 beim AG-Sozialwerk für den Kontakt zu Priestern und Ordensleuten in der ČSSR zuständig war. Die Besucherin offenbarte sich, als sie Faberová in den frühen 1990er Jahren fragte: „Willst du Mitglied in der Ackermann-Gemeinde werden?“ Zuvor habe die Devise gegolten: „Nur nicht genau nachfragen“.[46]

„Religiöser Fanatiker“: Die gescheiterte Anwerbung des Priesters Anton Otte

Diese Verschwiegenheit hatte gute Gründe. Sie war eine Vorsichtsmaßnahme, damit die scheinbar allgegenwärtige Staatssicherheit auch über diese legale ‚Osthilfe‘ nicht zu viel erfuhr. Und sie zeigt exemplarisch, wie die Beobachtung Aktivitäten nicht zwingend verhinderte, jedoch einen geheimnisvollen Mantel des Schweigens um sie hüllte. Der Geheimniskrämerei lag die Angst zugrunde, dass sich unter den Sendern und Empfängern der ‚AG-Osthilfe‘ Personen befänden, die dem tschechoslowakischen Staat Informationen liefern könnten, die er nicht erhalten sollte. Musste die AG befürchten, dass auch in ihren Reihen Zuträger der StB waren? Anhand der vorliegenden Quellen sind keine solchen Fälle bekannt, doch sie können nicht ausgeschlossen werden.

Auf der anderen Seite machte in der AG nach der Samtenen Revolution ein Mann Karriere, bei dem sich einst eine von der StB betriebene Anwerbung zerschlagen hatte. So musste der Priester Anton Otte (1939 – 2021), der ab 1991 die Vertretung der AG in Prag leitete, die Tschechoslowakei nicht im Zuge der Vertreibung verlassen, sondern siedelte erst im Jahr 1960 in die Bundesrepublik über. Zuvor war der in der mährisch-schlesischen Stadt Weidenau (Vidnava) aufgewachsene Otte fest entschlossen, in ein Priesterseminar in Leitmeritz (Litoměřice) einzutreten.[47] Das versuchte sich die StB zunutze zu machen. Wie die Akten belegen, wollte sie Otte im Jahr 1959 als „Rekruten“ für ihre Spionagetätigkeit gewinnen. Grund dafür war laut einer Akte vom 4. Januar 1959 nicht nur sein Wunsch, in das Seminar einzutreten, sondern ebenso seine Kontakte zu „aus der Sicht der StB interessanten“ Personen.[48] Da der Dienst zu dem Zeitpunkt nicht abschätzen konnte, ob Otte in das Priesterseminar aufgenommen werden würde, spielte er beide Szenarien durch. Im idealen Fall sollte Otte ihr „bezahlter Mitarbeiter an der Theologischen Fakultät in Leitmeritz sein“.[49] In einem alternativen Szenario sollte er sein bisheriges geistliches Umfeld beobachten.[50]

46 Zeitzeugengespräch des Verf. mit Helena Faberová. 12.10.2017.
47 Zeitzeugengespräch des Verf. mit Anton Otte. 09.08.2016.
48 ABS. Sign. TS-830807 MV: StB-Bericht über Otte. 04.01.1959.
49 Ebd.
50 Vgl. ebd.

Ein Gespräch zwischen Anton Otte und dem „geheimen Jesuiten"[51] Václav Uhlíř am 27. Februar 1959 weckte bei den Sicherheitsdiensten allerdings Zweifel an der Eignung des potenziellen „Rekruten". Laut einer Zusammenfassung des angeblich Gesagten hatte Otte den Jesuiten gefragt, wie er selbst dem Orden beitreten und ob er für ihn weitere Mitglieder werben könne. Uhlíř habe Otte daraufhin zu verstehen gegeben, dass ein solches Vorgehen ein „Hindernis" für seine eigene Aufnahme sei. Zudem soll Otte offen gesagt haben, dass er auch „verbotene" Zeitschriften lese.[52] Jedenfalls endeten die Anwerbeversuche mit einem Paukenschlag: Am 31. März 1960 hielt die Staatssicherheit in Ostrau (Ostrava) in einer „Auswertung" der Gespräche fest, dass Otte ein „religiöser Fanatiker" sei und die entsprechenden Akten ins „Archiv" der gescheiterten Rekrutierungen zu verschieben seien.[53]

---

51 So bezeichnete ihn Otte in einem Interviewbuch, in dem der Priester unter anderem über die StB-Verhöre berichtete: Beránek, Josef; Otte, Anton: Vzdálena Evropa? Fernes Europa? Prag 2018.

52 ABS. Sign. TS-830807 MV: StB-Bericht über ein Verhör Ottes am 08.01.1960, der sich stark auf die Vorgeschichte des Gesprächs mit Václav Uhlíř bezog. 11.01.1960.

53 ABS. Sign. TS-830807 MV: StB-Auswertung über eine mögliche Rekrutierung von Ottes als Zuträger der StB. 11.01.1960.

Beáta Katrebová Blehová

Die Karpatendeutschen im Blick der tschechoslowakischen Staatssicherheit in den 1950er Jahren

Zusammenfassung: Die Beobachtung der Karpatendeutschen durch den tschechoslowakischen Geheimdienst ist bislang kaum erforscht. Als Quellenbasis können die sicherheitsdienstlichen Akten des Auslandsgeheimdienstes, der Abwehr sowie einzelner Agenten dienen, die im Archiv des Instituts für das Nationale Gedenken in Bratislava aufbewahrt werden. Die aus der Tschechoslowakei nach 1945 ausgesiedelten Karpatendeutschen stellten für das kommunistische Regime zusammen mit der in der Slowakei verbliebenen deutschen Minderheit ein innen- und außenpolitisches Problem dar. Um es zu bewältigen, wurde die Beobachtung durch die Staatssicherheit als effektives Mittel zur Kontrolle eingesetzt. Beobachtet wurden nicht nur die karpatendeutschen Organisationen und ihre Protagonisten sowie ihre Kontakte zum slowakischen politischen Exil in der BRD, sondern auch die in der Slowakei verbliebenen Deutschen. Wichtige Instrumente waren dabei die Einschleusung von Agenten, die Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit und das Erzeugen von internen Konflikten. Der Aufsatz gibt erste Anregungen für weitere Forschungen.

Schlagwörter: Tschechoslowakische Staatssicherheit; Karpatendeutsche; Karpatendeutsche Landsmannschaft; slowakisches politisches Exil

Abstract: The observation of the Carpathian Germans by the Czechoslovak secret service has hitherto received little attention. The security files of the Czechoslovak foreign secret service, the counterintelligence and individual agent files, which are kept in the archives of the Nation’s Memory Institute in Bratislava, can serve as a primary source for this research. The resettling of Carpathian Germans from Czechoslovakia after 1945, together with a German minority remaining in Slovakia, represented both a domestic and foreign policy problem for the communist regime. In order to manage this, state security monitoring was used as an effective means of control. Not only were the Carpathian German organizations and their protagonists, as well as their contacts to Slovak political exiles in the FRG, observed, but also Germans in Slovakia. Important instruments included the infiltration of agents, the instrumentalization of individuals’ Nazi past and the creation of internal conflicts. The article also provides initial suggestions for further research.

Keywords: Czechoslovak state security; Carpathian Germans; *Karpatendeutsche Landsmannschaft*; Slovak political exile

Dr. Beáta Katrebová Blehová, Kresánkova 7B, 841 05 Bratislava, Slowakei, katrebova@upn.gov.sk

 https://doi.org/10.1515/9783110795288-008

Einleitung

Die Haltung der tschechoslowakischen Staatssicherheit (*Štátna bezpečnosť* – ŠtB) zu den Karpatendeutschen bildet ein wichtiges Kapitel nicht nur in der Geschichte des kommunistischen Geheimdienstes, sondern auch in der Geschichte des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei. In der historiographischen Forschung stellt dies jedoch ein neues Thema dar, das bislang nur am Rande untersucht wurde. Dieser Aufsatz versucht daher, grundsätzliche Fragen zu diesem Verhältnis zu beantworten, basierend auf einer Recherche der sicherheitsdienstlichen Akten, die sich zum großen Teil im Archiv des Instituts für das Nationale Gedenken (*Ústav pamäti národa* – ÚPN) in Bratislava (Pressburg) befinden. Zeitlich beschränkt er sich auf das Ende der 1940er und die 1950er Jahre, die als Aufbauphase des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei gelten und als Zeit des Stalinismus bezeichnet werden. Eine weitere, vertiefende Recherche, um das Thema der Beobachtung der Karpatendeutschen durch die ŠtB in seinem Gesamtumfang zu erfassen, steht noch bevor.

In den Registrierprotokollen der Ersten Hauptverwaltung des Innenministeriums (Aufklärung) aus den 1950er Jahren lassen sich keine Objektakten nachweisen, die sich ausschließlich mit den Karpatendeutschen beschäftigt hätten.[1] Die ŠtB führte in der Regel Objektakten über ausländische Institutionen, Ämter und Personengruppen,[2] wobei das Interesse an angeblichen, gegen die Tschechoslowakei gerichteten ‚staatsfeindlichen' Aktivitäten im Zentrum stand. Bei den vertriebenen Deutschen unterschied die ŠtB in den 1950er Jahren nicht zwischen solchen aus den böhmischen Ländern und solchen aus der Slowakei. Die aus der Tschechoslowakei stammenden Deutschen wurden auch im Hinblick auf die Aktivitäten der Karpatendeutschen in der BRD und Österreich *en bloc* wahrgenommen. Es ist daher erforderlich, das Verhältnis der ŠtB zu den Karpatendeutschen in den Akten der Aufklärung in einem breiteren Spektrum der Gesamtproblematik der Vertriebenen zu untersuchen.

Die Karpatendeutschen nach 1945

Unmittelbar vor und nach Kriegsende spielten sich im Leben der Karpatendeutschen einschneidende Ereignisse ab. Die Evakuierung durch die Wehrmacht im Herbst und Winter 1944/45, die mit etwa 100.000 Personen ungefähr zwei Drittel der Karpatendeutschen betraf, griff wesentlich in das Leben dieser Gruppe ein; nur ein kleiner Teil

1 Vgl. Archiv bezpečnostních složek, Praha (ABS) [Archiv der Sicherheitsorgane, Prag]: Registrier- und Archivprotokolle. Objektakten der 1. Hauptabteilung (HA) des Korps der nationalen Sicherheit (Akten der Reihe „1"). URL: https://www.abscr.cz/jmenne-evidence/protokoly/objektove-svazky-i-sprava-snb/ (21.12.2021).

2 Vgl. Churaň, Milan a kolektiv: Encyklopedie špionáže ze zákulisí tajných služeb, zejména Státní bezpečnosti [Spionage-Enzyklopädie hinter den Kulissen der Geheimdienste, insbesondere der Staatssicherheit]. 2. überarb. u. akt. Aufl. Praha 2000, S. 242, 343.

der Evakuierten kehrte nach Kriegsende zurück.[3] Seit Ende April 1945 wurden die verbliebenen Mitglieder der deutschen Minderheit in Internierungslagern zusammengefasst, ausgenommen die aktiven Teilnehmer des sogenannten antifaschistischen Widerstandes.[4] Infolge der Beneš-Dekrete und der Verordnungen des Slowakischen Nationalrates verloren sie die Staatsbürgerschaft, ihr Vermögen wurde konfisziert und sie fielen unter eine allgemeine Arbeitspflicht.[5] In der Zeit von April bis Oktober 1946 wurden aus der Slowakei aufgrund des organisierten Abschubs weitere 33.000 Deutsche in die alliierten Besatzungszonen in Deutschland und Österreich ausgesiedelt, ein Teil davon auch in die sowjetische Zone in Ostdeutschland.[6]

Nach der Aussiedlung wurde die Zahl der Deutschen in der Slowakei auf 10.000 geschätzt; die internen Listen des slowakischen Beauftragtenamtes für Inneres von Anfang 1949 geben die Zahl mit 23.861 verbliebenen Deutschen an.[7] Nach der Machtübernahme der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (*Komunistická strana Československa* – KSČ) im Februar 1948 wurde die deutsche Minderheit weiter diskriminiert. Die Haltung des kommunistischen Regimes milderte sich erst nach der Gründung der DDR im Oktober 1949. Die ŠtB beobachtete die verbliebenen Deutschen und sammelte Informationen über beinahe alle Aspekte ihres Daseins. Die Kreisverwaltungen der ŠtB in der Slowakei lieferten darüber regelmäßig Berichte an das Prager Innenministerium.[8]

Die Mehrheit der insgesamt 130.000 evakuierten oder ausgesiedelten Karpatendeutschen siedelte sich in der Umgebung von Stuttgart, Ludwigsburg und Karlsruhe an, ungefähr 10.000 lebten in Bayern und ein kleiner Teil verblieb in Österreich. Ihre politischen und religiösen Führer gründeten Landsmannschaften, die sich dem Verband der Landsmannschaften anschlossen, der später im Bund der Vertriebenen

---

3 Vgl. Zückert, Martin; Schvarc, Michal; Fiamová, Martina (Hg.): Die Evakuierung der Deutschen aus der Slowakei 1944/45: Verlauf, Kontexte, Folgen. Göttingen 2019, S. 35 – 168; Gabzdilová-Olejníková, Soňa; Olejník, Milan: Karpatskí Nemci na Slovensku od druhej svetovej vojny do roku 1953 [Die Karpatendeutschen in der Slowakei vom Zweiten Weltkrieg bis 1953]. Bratislava 2004, S. 35 – 43.

4 Vgl. Gabzdilová-Olejníková/Olejník, Karpatskí Nemci na Slovensku (wie Anm. 3), S. 64 – 74; Bobák, Ján: Maďarská otázka v Česko-Slovensku (1944 – 1948) [Die ungarische Frage in der Tschecho-Slowakei (1944 – 1948)]. Martin 1996, S. 65.

5 Vgl. Bobák, Maďarská otázka (wie Anm. 4), S. 75. Zu den Beneš-Dekreten vgl. Pöss, Ondrej: Chance zur Selbstorganisation. Die Wende im Jahre 1989 und die Deutschen in der Slowakei. In: Ivaničková, Edita; Řezník, Miloš; Zimmermann, Volker (Hg.): Das Jahr 1989 im deutsch-tschechisch-slowakischen Kontext. Essen 2013, S. 151 – 168, hier S. 151 – 154.

6 Vgl. Bobák, Maďarská otázka (wie Anm. 4), S. 65 f.

7 Vgl. Gabzdilová-Olejníková/Olejník, Karpatskí Nemci na Slovensku (wie Anm. 3), S. 154.

8 Vgl. allgemein zur Diskriminierung der Deutschen in der Slowakei nach 1945: Gabzdilová-Olejníková/Olejník, Karpatskí Nemci na Slovensku (wie Anm. 3), S. 148 – 163; Pöss, Ondrej: Represie a diskriminácia Nemcov na Slovensku v rokoch 1948 – 1953 [Repressionen und Diskriminierung der Deutschen in der Slowakei in den Jahren 1948 – 1953]. In: Pešek, Jan (Hg.): V tieni totality. Perzekúcie na Slovensku v začiatkoch komunistickej totality (1948 – 1953) [Im Schatten der Totalität. Verfolgungen in der Slowakei zu Beginn der kommunistischen Totalität (1948 – 1953)]. Bratislava 1996, S. 149 – 156; Pöss, Chance zur Selbstorganisation (wie Anm. 5), S. 151 – 154.

aufging. Als Minister, Abgeordnete, Bürgermeister und Beamte nahmen sie am politischen Leben der entstehenden Bundesrepublik teil und beeinflussten das politische Geschehen in Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein aktiv mit.[9]

Die Karpatendeutschen vereinigten sich zunächst auf konfessioneller Basis. 1946 gründete der evangelische Pfarrer Desider Alexy (1905 – 1963) aus der mittelslowakischen Gemeinde Hedwig (Hadviga) im Bezirk Bad Stuben (Turčianske Teplice) in Stuttgart das Hilfskomitee für die Evangelisch-Lutherischen Slowakeideutschen.[10] Der aus Schmiedshau (Tužina) stammende katholische Priester Jakob Bauer (1894 – 1997) gründete im Jahre 1948 in München den Hilfsbund Karpatendeutscher Katholiken, der als rein karitativer Verein begann und später auf die religiös-soziokulturelle Ebene ausgeweitet wurde.[11] Gleichzeitig entstand als Dachorganisation die Arbeitsgemeinschaft der Karpatendeutschen aus der Slowakei, die nach der Gründung der Karpatendeutschen Landsmannschaft Slowakei (KdL) im Jahre 1949 in dieser aufging.[12]

Die Frage des ‚Revisionismus', also der möglichen Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimatländer, stellte vor allem in den 1950er Jahren für das tschechoslowakische kommunistische Regime ein hochbrisantes innen- und außenpolitisches Problem dar.[13] Das Regime belegte es mit dem Begriff des ‚Revanchismus' und ging hart gegen entsprechende Ambitionen vor.

Beobachtung von karpatendeutschen Funktionären und slowakischen Exilpolitikern in der BRD

Im Juli 1962 legte die Kreisverwaltung der ŠtB in Banská Bystrica (Neusohl) eine Beobachtungsakte über Jakob Bauer an, da man vermutete, dass seine Vereinstätigkeit gegen die „Staatsinteressen der Tschechoslowakei" gerichtet seien. Die Beobachtung seiner Kontakte mit ehemaligen Pfarrmitgliedern in der Mittelslowakei ergab, dass er eine rege Briefkorrespondenz führte und Medikamente, Bücher sowie Geld in die Slowakei sandte. Im Bezirk Prievidza (Priwitz) wurden Fotoaufnahmen verbreitet, auf

---

9 Vgl. Hrabovec, Emília: Politické aktivity Matúša Černáka v slovenskom exile v kontexte medzinárodného vývoja (1948 – 1955) [Politische Tätigkeit Matúš Černáks im slowakischen politischen Exil im internationalen Kontext]. In: Slovenský časopis historický 1/1 (2021), S. 95 – 150, hier S. 126.

10 Vgl. ebd., S. 98; Hochberger, Ernst: Desider Alexy. In: Das große Buch der Slowakei. 3000 Stichworte zur Kultur, Kunst, Landschaft, Natur, Geschichte, Wirtschaft. 3. überarb. u. erg. Auflage. Sinn 2000, S. 57.

11 Zur Biographie Jakob Bauers vgl. O. A.: Jakob Bauer. In: Kulturstiftung der Vertriebenen: Biographien. URL: https://kulturstiftung.org/biographien/bauer-jakob-2 (21.12.2021).

12 Vgl. Hochberger, Ernst: Einführung in die Geschichte der Karpatendeutschen in der Slowakei. Juli 2000. In: Karpatendeutsche Landsmannschaft Slowakei e. V.: Die Karpatendeutschen. URL: https://www.karpatendeutsche.de/?Geschichte (21.12.2021).

13 Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische *Liberation Policy* im Kalten Krieg 1947 – 1991. Köln-Weimar-Wien 2002, S. 340 – 342.

denen die Kongresse der KdL und Porträts des beliebten Pfarrers zu sehen waren.[14] Konkrete Aktivitäten, die die ŠtB als staatsfeindlich eingestuft hätte, wurden allerdings nicht festgestellt. Das war neben dem hohen Alter Bauers einer der Gründe, warum die Akte im September 1965 archiviert, im Jahre 1980 aufgelöst und in der Folge vernichtet wurde.[15] Zu Desider Alexy gibt es im Archiv des ÚPN eine sogenannte Signal-Akte, in der sich grundsätzliche Informationen über Emigranten aus der Tschechoslowakei befinden.[16]

Unter Beobachtung befand sich auch Anton Birkner (1898 – 1978, vor 1943: Anton Brezina), der in der Zwischenkriegszeit Redakteur der *Preßburger Zeitung* war und während des Krieges als stellvertretender Redakteur des Presseorgans der Deutschen in der Slowakei *Der Grenzbote* und Mitglied der Deutschen Partei wirkte. Birkner wurde im Frühjahr 1945 evakuiert und ließ sich in Stuttgart nieder. Er wurde zur leitenden Figur der Karpatendeutschen Landsmannschaft sowie Chefredakteur ihres Presseorgans *Der Karpatenbote*. Die Kreisverwaltung des Innenministeriums in Bratislava ordnete Ende 1960 die Überprüfung der über Birkner bzw. Brezina geführten Akten an, um herauszufinden, ob sich seine Vergangenheit im Hinblick auf eine Kollaboration mit dem Nationalsozialismus instrumentalisieren ließe.[17]

Birkner wurde in der kommunistischen Presse als ehemaliger Hauptprotagonist des „Faschismus“ und „führender Revanchist“ bezeichnet. Die ŠtB-Dienststellen interessierten sich *erstens* für seine politische Tätigkeit im Slowakischen Staat allgemein und konkret dafür, ob er Personen in seiner Umgebung denunziert hatte; *zweitens* für seine Anstellungen und Dienstgrade; und *drittens* dafür, welche Kontakte er zu den verbliebenen Deutschen in der Slowakei unterhielt.[18] Mehrere Mitarbeiter wurden auf Birkner angesetzt, u. a. die Agenten mit dem Decknamen „Pravda“ alias Viliam Fuhrherr, dessen Mutter mit Birkners Ehefrau eng befreundet war,[19] sowie „Eugen“ alias Eugen Soos.[20] „Pravda“ traf sich mit den Birkners im August 1961 in Salzburg und

14 Vgl. Archív Ústavu pamäti národa, Bratislava (A ÚPN) [Archiv des Instituts für das Nationale Gedenken, Pressburg]. F. A2/1. Nr. 181: Krajská správa ministerstva vnútra (KS-MV) [Kreisverwaltung (KV) des Innenministeriums (IM)] Banská Bystrica: Die Sicherheitslage in der Mittelslowakei. 16.11.1960, S. 2.

15 Aufgrund der Auflösung der Akte wurde Jakob Bauer aus dem Verzeichnis der sogenannten Personen von Interesse herausgenommen. Vgl. A ÚPN. F. Skartácie BB. KE [Skartierungen Banská Bystrica. Košice]. Nr. 39486; A ÚPN. F. Krajská správa Zboru národnej bezpečnosti. Správa Štátnej bezpečnosti Banská Bystrica (KS ZNB S ŠtB) [KV des Nationalen Sicherheitscorps. Staatssicherheitsverwaltung Neusohl]. Registračné protokoly [Registrierprotokolle]. Nr. 289: Jakub Bauer.

16 ‚Signalakten‘ wurden über Personen geführt, die im Verdacht strafrechtlich relevanter Handlungen standen und daher überprüft wurden. Vgl. A ÚPN. F. BA-S. S-6578. Nr. 6578: Desider Alexy.

17 Vgl. A ÚPN. F. KS ZNB S ŠtB (BA-T). Nr. 974: Anton Birkner, Bl. 58 f.: Ermittlungsersuchen der 7. Abteilung der KS-MV Bratislava. 19.12.1960; ebd., Bl. 87: Ermittlungseintrag der KS-MV Bratislava über Anton Birkner (Brezina). 09.11.1960. Birkners Dossier befindet sich im sogenannten taktischen Fond, wo lose Aktenbestände ohne spezielle Zuordnung gesammelt wurden.

18 Vgl. ebd., Bl. 58.

19 Vgl. A ÚPN. F. Registračné protokoly. Nr. 6221.

20 Vgl. ebd., Nr. 4066.

schrieb über dieses Treffen einen ausführlichen Bericht, der die Tätigkeit Birkners in der Karpatendeutschen Landsmannschaft dokumentierte.[21] Das Fazit der Ermittlungen der Kreisverwaltung in Bratislava ist nicht bekannt; ebenso wenig, ob das Material zur möglichen Diskreditierung Birkners benutzt wurde.

Nachdem im August 1950 das sogenannte Wiesbadener Abkommen zwischen der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen und dem aus tschechischen Exilanten bestehenden Tschechischen Nationalausschuss unterzeichnet worden war,[22] erwogen die KdL und der Slowakische Nationalrat im Ausland (*Slovenská národná rada v zahraničí* – SNRvZ) eine ähnliche Vereinbarung abzuschließen. Letzterer war eine der zentralen slowakischen Exilorganisationen, die im Herbst 1948 in Rom aufgrund der Initiative des slowakischen Politikers Karol Sidor (1901–1953) entstanden war.[23]

Die SNRvZ verfolgte das Programm einer vom Kommunismus befreiten, demokratischen Slowakischen Republik als Bestandteil einer europäischen Föderation. In ihren Reihen wirkten einerseits prominente Vertreter der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, die teilweise mit der Slowakischen Republik von 1939 bis 1945 verbunden waren, andererseits aber auch demokratische Politiker, die nach 1948 ins Exil gegangen waren. Die SNRvZ wurde von der größten Organisation der Amerika-Slowaken, der Slowakischen Liga in Amerika, anerkannt und unterhielt Zweigstellen in der gesamten westlichen Welt, darunter auch in der BRD und in Österreich.[24]

Die Zweigstelle in Westdeutschland leitete in der ersten Hälfte der 1950er Jahre Matúš Černák (1903–1955).[25] Er arbeitete mit der KdL zusammen und bemühte sich

---

21 Vgl. A ÚPN. F. KS ZNB S ŠtB (BA-T). Nr. 974: Anton Birkner, Bl. 70–75: Bericht der KS-MV Bratislava über Anton Birkner. 23.08.1961.

22 Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA AA). B11. Bd. 579, Bl. 108 f.: Wortlaut des Übereinkommens mit General Prchala (undatiert).

23 Sidor war ein enger Mitarbeiter Andrej Hlinkas (1864–1938) und gehörte vor 1938 zum radikalen Flügel der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, was sich auch in antisemitischen Äußerungen manifestierte. Er war Oberbefehlshaber der paramilitärischen Hlinka-Garde, 1938–1939 Minister ohne Portefeuille und im März 1939 Vorsitzender der slowakischen autonomen Regierung. Vom Juni 1939 bis Mai 1945 diente er als Gesandter des Slowakischen Staates beim Heiligen Stuhl. Vgl. Kázmerová, Ľubica; Katuninec, Milan: Dilemy Karola Sidora [Die Dilemmata des Karol Sidor]. Bratislava 2006; Sidor, Karol: Denníky 1930–1939 [Tagebücher 1930–1939]. Bratislava 2010. Zu Sidors Tätigkeit im Vatikan vgl. Sidor, Karol: Šesť rokov pri Vatikáne [Sechs Jahre beim Vatikan]. Bratislava [2]2012. Zu Sidors Exiltätigkeit vgl. ders.: Dve cesty [Zwei Wege]. Montreal 1951; Katrebová Blehová, Beáta: Slovenská emigrácia v Taliansku v rokoch 1945–1950 [Die slowakische Emigration in Italien in den Jahren 1945–1950]. Bratislava-Roma 2019, S. 21–62.

24 Vgl. Katrebová Blehová, Slovenská emigrácia v Taliansku (wie Anm. 23), S. 137–158.

25 Der als deutschfreundlich bekannte Černák trat 1938 der Slowakischen Volkspartei Hlinkas bei und leitete die Abteilung des slowakischen Kulturinstituts *Matica slovenská* in Bratislava. 1938 war er Minister ohne Portefeuille, von 1938 bis 1939 Erziehungsminister in der slowakischen autonomen Regierung, anschließend bis 1944 Gesandter der Slowakei in Berlin. Er soll laut Emília Hrabovec in jener Zeit neben den offiziellen Kontakten zum Auswärtigen Amt auch Verbindungen zu Konrad Adenauer aufgebaut haben. Vgl. Hrabovec, Politické aktivity Matúša Černáka (wie Anm. 9); vgl. daneben: O. A.:

um ein Abkommen. In der Folge wurde im August 1951 unter reger Teilnahme von Karpatendeutschen sowie von Mitgliedern bundesdeutscher Landesregierungen und slowakischer Exilrepräsentanten auf der Jahresversammlung der KdL in Stuttgart eine vorläufige Vereinbarung zwischen der SNRvZ und der Arbeitsgemeinschaft der Karpatendeutschen aus der Slowakei unter der Leitung von Anton Birkner unterzeichnet. Das sogenannte Stuttgarter Abkommen sollte das zukünftige Verhältnis zwischen Slowaken und Karpatendeutschen in einer vom Kommunismus befreiten Slowakei regeln und erkannte dabei die Gleichberechtigung der Karpatendeutschen an.[26]

Černáks Initiative wurde von der bundesdeutschen Regierung und dem Auswärtigen Amt in Bonn seit 1953 finanziell unterstützt.[27] Am 5. Juli 1955 wurde er jedoch Opfer eines grausamen Attentats, als er in den Morgenstunden ein Briefpaket öffnete, dessen Inhalt unmittelbar danach explodierte. Die Tat wird nach genaueren Recherchen dem tschechoslowakischen Auslandsgeheimdienst zugeschrieben.[28]

Karpatendeutsche Agenten des tschechoslowakischen Auslandsgeheimdienstes

Zu den Aufgaben der Aufklärung gehörte der Einsatz von Agenten im Ausland, um Informationen über Einzelpersonen und Organisationen zu gewinnen, deren Tätigkeit das Regime im Allgemeinen als feindlich betrachtete. Agenten aus den Reihen der Karpatendeutschen zu rekrutieren und nach Westen zu entsenden, erschien vielversprechend, weil sie fließend Deutsch sprachen und zum Teil gute Kontakte zu westdeutschen politischen Kreisen besaßen. Zudem konnten Personen rekrutiert werden, die von den 1945 eingesetzten Retributionsgerichten oder der kommunistischen Justiz zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren und durch die Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst ihre Haftzeit verkürzen konnten. In diesem Beitrag konzentriere ich mich auf zwei Fälle mehr oder weniger bekannter Agenten, deren Schicksale sich insbesondere für den tschechoslowakischen Stalinismus der 1950er Jahren als typisch erwiesen.

Wer war Matúš Černák? München [1955]; Zühlsdorff, V[olkmar] v[on]: Wer war der Emigrantenführer Matuš Černák? In: Die Zeit. 14.07.1955. URL: https://www.zeit.de/1955/28/wer-war-der-emigrantenfuehrer-matus-cernak/komplettansicht (14.04.2022).

26 Vgl. Katrebová Blehová, Slovenská emigrácia v Taliansku (wie Anm. 23), S. 127–130; Sjazd Nemcov zo Slovenska v Stuttgarte [Der Parteitag der Deutschen aus der Slowakei in Stuttgart]. In: Slobodné Slovensko. 16.08.1951, S. 1, 3; PA AA. B11. Bd. 579, Bl. 114: Text eines vorläufigen deutsch-slowakischen Übereinkommens; ebd., Bl. 123 f.: Aufzeichnung betr. Slowakische Emigration. 15.10.1951.

27 Vgl. PA AA. B11. Bd. 581, Bl. 59: Aufzeichnung betr. Besuch Prof. Černák. 15.11.1952; ebd., Bl. 102–104: Aufzeichnung. 24.02.1953.

28 Vgl. Tomek, Prokop: Kdo zabil Matúše Černáka? [Wer tötete Matúš Černák?]. In: Pamäť národa 5/1 (2009), S. 42–47.

Obwohl der erste von ihnen, Fritz (Friedrich) Fiala (1906–1999), kein gebürtiger Karpatendeutscher war, da er in Wien geboren wurde und dort in der Familie eines österreichischen Beamten aufwuchs, kann sein Schicksal mindestens seit 1939 mit der deutschen Minderheit in der Slowakei in Verbindung gebracht werden. Von August 1939 bis zum Jahre 1942 war er Chefredakteur der Tageszeitung *Der Grenzbote*, die als Presseorgan der deutschen ‚Volksgruppe' und der deutschen Organisationen in Bratislava erschien. Er war aktiv an der NS-Propaganda und der Liquidierung der jüdischen Bevölkerung beteiligt, unterhielt Kontakte mit der deutschen Gesandtschaft in Bratislava und arbeitete für den reichsdeutschen Sicherheitsdienst und die Militärabwehr. In der ersten Hälfte des Jahres 1940 trug er mit seinen Geheimberichten wesentlich zur Entlassung des Außen- und Innenministers des Slowakischen Staates, Ferdinand Ďurčanský (1906–1974), bei.[29] In den Jahren 1943–1944 wurde er als Hauptkorrespondent der Presseagentur des Reichsaußenministeriums *Transkontinentpress* nach Istanbul entsandt, wo er neben seiner journalistischen Tätigkeit auch Spionage betrieb. Es gelang ihm, in das Geheimdienstnetzwerk der tschechoslowakischen Exilregierung sowie in das Netzwerk von Informanten und Agenten des *Office of Strategic Services* der USA einzudringen. Zudem unterhielt er auch Kontakte mit dem reichsdeutschen Botschafter in der Türkei Franz von Papen.[30]

Nach Kriegsende wurde Fiala Ende April 1946 von den alliierten Behörden an die Tschechoslowakei ausgeliefert, dort vor das Volksgericht in Bratislava gestellt und 1947 zu zehn Jahren Haft verurteilt. Während der Strafvollstreckung in den berüchtigten Uranbergwerken von Jáchymov (Sankt Joachimsthal) begann ein neuer Lebensabschnitt, als ihn im Oktober 1953 die Erste Hauptverwaltung des Prager Innenministeriums als Agenten mit dem Decknamen „Werner" anwarb. Die zuständigen Behörden schlugen vor, ihn in der BRD einzusetzen, in die er als Aussiedler legal einreisen konnte.[31] Man erwartete, dass er dort seine früheren Kontakte zu reichsdeutschen Journalisten, Politikern und Diplomaten wieder aufnehmen und für seine Spionagetätigkeit nutzen würde. Die Hoffnung, dass er eine Anstellung in der Bundespressestelle der Bonner Regierung bekommen könnte, um von dort geheime Informationen aus dem Umfeld der westdeutschen Regierungsstellen zu übermitteln, erfüllte sich allerdings nicht; Fiala erhielt lediglich eine Stelle im lokalen Tagesblatt *Saarbrücker Zeitung*.

---

29 Zur Biografie von Fritz Fialas vgl. Schvarc, Michal: Fritz Fiala: Muž, ktorý poslúžil zlu. (Pokus o biografický náčrt) [Der Mann, der dem Bösen diente. (Versuch einer biographischen Skizze)]. In: Hlavinka, Ján; Kubátová, Hana (Hg.): Odhaľovanie Šoa. Odpor a úsilie Židov informovať svet o genocíde [Die Enthüllung der Shoah. Der jüdische Widerstand und seine Bemühungen, die Welt über den Völkermord zu informieren]. České Budejovice-Bratislava-Jeruzalem 2016, S. 49–70, hier S. 53 f. (engl. Version unter URL: http://vrbawetzler.eu/img/static/Prilohy/Proceedings_from_Conference_Zilina_2015.pdf, S. 88–110).

30 Vgl. ebd., S. 60 f.

31 Vgl. A ÚPN. F. I. Správa ZNB. Nr. 40194, Bl. 482–487: Vorschlag für die Entsendung, die Aufgaben und die Instruktion zur Verbindung des Mitarbeiters „Werner". 26.10.1953.

Im Jahre 1960 unterbrach Fiala seine Arbeit für die tschechoslowakische Aufklärung wegen eines Verdachtes des Bundesnachrichtendienstes (BND).[32] Neun Jahre später wurde seine Agententätigkeit jedoch erneuert und dauerte bis zu seiner Pensionierung Anfang der 1980er Jahre an. Insgesamt wurden Fialas Agentenberichte positiv bewertet, da es ihm offenbar gelang, sich in den BND einzuschleusen. Er verfasste auch eine Reihe von Berichten über die sudeten- und karpatendeutschen Verbände.[33] Seine konkreten Aktivitäten sowie die Auswirkungen seiner Berichte auf die politischen Entscheidungen der KSČ-Führung sind jedoch noch nicht näher erforscht.

Der zweite Fall eines karpatendeutschen Mitarbeiters der Staatssicherheit betrifft den 1926 in Bratislava geboren Deutschen Kurt Prepelica. Er wuchs nach der Scheidung seiner Eltern im Waisenheim auf und besuchte die Handelsschule. Im Jahre 1943 trat er der Waffen-SS bei, wurde an der Ostfront in der SS-Division „Totenkopf" eingesetzt, desertierte Anfang Januar 1945 von seiner Einheit und versteckte sich bis zum Ende des Krieges in der Westslowakei.[34] Nach Kriegsende sollte er ausgesiedelt werden, floh aber aus dem Internierungslager Patrónka und lebte mit kurzen Unterbrechungen, in denen er seine Frau und zwei Kinder in Bratislava besuchte, bis 1950 in Österreich. Im Jahr 1950 erwog er, in die Slowakei zurückzukehren, um mit seiner Familie entweder eine Aufenthaltserlaubnis oder eine dauerhafte Aussiedlung nach Westdeutschland zu beantragen. Beim illegalen Überschreiten der Staatsgrenze wurde er festgenommen und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Haftstrafe arbeitete er drei Jahre lang in der Slowakei in verschiedenen Berufen.

Anfang November 1953 genehmigte der Kommandant der Kreisverwaltung des Innenministeriums in Bratislava einen Vorschlag zur sogenannten Verpflichtung zur Zusammenarbeit, die den Beginn der aktiven Mitarbeit Prepelicas bei der ŠtB markierte.[35] Begründet wurde der Vorschlag mit seinen Kontakten zur deutschen Minderheit, über die er ausführlich berichten sollte, sowie damit, dass er bei den Deutschen in Bratislava mit radikal antikommunistischer Einstellung Vertrauen genieße. Im Bericht hieß es: „Der Genannte kennt die Mentalität der Leute, die gegen uns feindlich eingestellt sind, er bewegt sich unter diesen Leuten und hält aufreizende Reden."[36] Der eigentliche Akt der Anwerbung fand etwa einen Monat später vor dem Hotel Carlton im Zentrum Bratislavas statt.[37] Von diesem Moment an verbesserten sich die beruflichen Möglichkeiten Prepelicas, der den Decknamen „Peterson" erhielt. Er

32 Vgl. ebd., Bl. 519: Abschlussbericht und Vorschlag zur Beendigung der Zusammenarbeit und zur Archivierung des Mitarbeiters „Werner". 29.11.1963.

33 Vgl. ebd., Bl. 513: Auswertung der Zusammenarbeit. 07.11.1962.

34 Zur Biographie vgl. ebd. Nr. 44875, Bl. 1–8: Memorandum zum Agenten mit dem Decknamen „Peterson". 29.11.1966; Medvecký, Matej: Ako vysadiť agenta do NSR? [Wie schleust man einen Agenten in die BRD ein?]. In: Pamäť národa 3/4 (2007), S. 51–66, hier S. 51.

35 Vgl. A ÚPN. F. I. Správa ZNB. Nr. 44875, Bl. 10 – 15: Vorschlag zur Mitarbeit von Prepelica. 11.11.1953.

36 Ebd., Bl. 2.

37 Vgl. ebd., Bl. 16: Protokoll der KS-MV Bratislava über die Bindung des Agenten. 11.12.1953.

bekam eine Anstellung im gastronomischen Staatskonzern und arbeitete seit 1957 als Chef eines Gastronomieunternehmens.

Da sich die Zusammenarbeit erfolgreich entwickelte, schickte die Abwehrabteilung in Bratislava Prepelica nach Rücksprache mit der Aufklärung in Prag im Jahr 1965 in die Bundesrepublik, um aktuelle Informationen über Franz Karmasin (1901–1970) zu erhalten.[38] Prepelica kannte Karmasin persönlich, da seine Kinder die gleiche Schule mit dessen Kindern besucht hatten. Ein erstes Treffen fand Ende Oktober 1965 in München statt, wo der ehemalige ‚Führer' der deutschen ‚Volksgruppe' lebte. Prepelicas Bericht belegte Karmasins Abneigung gegenüber dem tschechoslowakischen Regime, von dem er überzeugt war, dass es das Attentat auf Černák begangen habe. Karmasin ging darüber hinaus davon aus, dass er selbst observiert würde:

> „Er [Karmasin] selbst beabsichtigt nicht, zurückzukehren, weil er in der ČSSR hingerichtet werden würde. Die Kommunisten seien so gegen ihn voreingenommen, dass sie dazu in der Lage wären. Immerhin hätten sie es versucht, und wenn nicht ein glücklicher Zufall gewesen wäre, hätte es ihn wie seinen besten Freund Matúš Černák den Kopf gekostet. Er bemerkte, dass sie jeden Tag gemeinsam zur Arbeit gegangen seien und er am Tag des Attentats nur deswegen nicht dabei gewesen sei, weil er sich verspätet habe."[39]

In München traf sich Prepelica auch mit Wilhelm Nittmann (1925–2016), einem führenden Mitarbeiter der KdL, der aus Preßburg stammte und mit dem er sich aus Studentenzeiten kannte. Auch über dieses Treffen schrieb er einen ausführlichen Bericht.[40]

Aufgrund des Erfolgs Prepelicas in München beschloss die Leitung der Kontraspionage in Bratislava im August 1967 mit Zustimmung des Kommandanten der Aufklärung, „Peterson" dauerhaft in die Bundesrepublik zu entsenden.[41] Die Vorstellungen über das Ziel und die Bedeutung der Einschleusung waren durchaus ambitioniert: Prepelica sollte Kontakte nicht nur zur Führung der KdL, sondern auch der 1964 gegründeten und als rechtsextrem eingestuften Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) herstellen. Ziel war es, ein „Zentrum rechter Elemente aus den Reihen von NPD und KdL" zu etablieren,[42] das Prepelica als Besitzer eines Gasthauses selbst aufbauen sollte. Man erwog auch einen Eintritt Prepelicas in die NPD, um

---

38 Zu Karmasin und seiner Beobachtung vgl. auch den Beitrag von Michal Schvarc in dieser Ausgabe.
39 Ebd. Nr. 41588/022, Bl. 54: Aufzeichnung der 2. Sektion der 1. HA des IM über den Kontakt von „Karla" mit „Peterson". 03.11.1965, S. 9. „Karla" war der Deckname, unter dem Franz Karmasin in den ŠtB-Akten geführt wurde.
40 Vgl. ebd., S. 1–4.
41 Vgl. ebd. Nr. 41588, Bl. 46: Vorschlag der KS-MV Bratislava zur Einschleusung des Agenten „Peterson" in die BRD. 15.08.1967.
42 Ebd., Bl. 60–65: Stellungnahme der 2. Sektion der 1. HA des IM zum Vorschlag der 1. Abteilung der KV Bratislava zur Aktion „Peterson". 28.08.1967, S. 3.

Einfluss auf die Ausrichtung der Partei zu nehmen. Geplant war zudem der Aufbau von Kontakten mit Karpatendeutschen, die Mitglieder der Waffen-SS gewesen waren.[43]

Keiner dieser Pläne wurde jedoch umgesetzt. Nach seiner Umsiedlung in die Bundesrepublik im Herbst 1967 verstummte Prepelica. Er schrieb keine Berichte und erschien auch nicht zu den Treffen mit seinen Verbindungsoffizieren, die 1968 und 1969 in der Tschechoslowakei geplant waren.[44] Aufgrund dieses offensichtlichen Misserfolges wurde sein Dossier Ende 1974 teilweise ausgesondert und anschließend archiviert.[45]

Aus diesen beiden konkreten Fällen karpatendeutscher Agenten, die nach dem Krieg in der Slowakei lebten und dann in Westdeutschland eingesetzt wurden, lassen sich noch keine allgemeinen Schlüsse ziehen. Auch lässt sich nicht einschätzen, inwieweit die Geheimdienstpläne für die langfristigen Aktivitäten der deutschen Agenten erfolgreich waren. Feststellen kann man jedoch, dass die ŠtB zumindest im Falle Prepelicas einen wichtigen Aspekt unterschätzte: seine antikommunistische Gesinnung. Dies trifft auch auf andere Fälle zu, in denen die Versuche der Anwerbung seitens der ŠtB scheiterten.

Die tschechoslowakische Abwehr und die Beobachtung der deutschen Minderheit in der Slowakei in den 1950er Jahren

Angesichts der Zahl von ca. 24.000 Deutschen im Jahr 1949, die trotz Evakuierung und Aussiedlung in der Slowakei geblieben waren, war das kommunistische Regime daran interessiert, diejenigen Staatsbürger zu kontrollieren, die ihm am wenigsten vertrauenswürdig erschienen und deren Aktivitäten *en bloc* als regimefeindlich eingestuft wurden. Ihre Beobachtung wurde von den Abwehreinheiten der ŠtB-Kreisverwaltungen übernommen und galt als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Sie bestand darin, in den einzelnen Regionen Informationen über die deutsche Minderheit zu sammeln. Ebenso wurde an der Erstellung einer Kartei gearbeitet, die nicht nur detaillierte biographische Informationen enthielt, sondern auch über mögliche staatsfeindliche Aktivitäten, die Zugehörigkeit zu politischen Parteien oder anderen Vereinigungen sowie die Beziehung zum kommunistischen Regime informieren sollte. Diese Karteien

---

43 Vgl. ebd.

44 Vgl. ebd., Bl. 76 f.: Beschluss der 37. Sektion der 1. HA des IM über die Hinterlegung der Personalakte. 24.11.1971; Auswertungen der Zusammenarbeit mit „Peterson“ durch die 2. Sektion der 1. HA des IM. 23.11.1967 u. 13.01.1969. In: Medvecký, Ako vysadiť agenta (wie Anm. 34), S. 64 f. (Dok. 8 u. 9).

45 Vgl. ebd., Bl. 78: Aufzeichnung über die Vernichtung des Mikrofilms in der Akte Nr. 44875. 28.09. 1974.

wurden in den ŠtB-Kreisverwaltungen aufbewahrt und dienten zur Erstellung statistischer Berichte.[46]

Die Agenda der ŠtB-Abwehreinheiten, bezogen auf die deutsche Minderheit, wurde vor allem in den Berichten über die Sicherheitslage in der West-, Mittel- und Ostslowakei dokumentiert, die für das Innenministerium ausgearbeitet wurden. Sie werden im Bestand des Sekretariats des Föderalen Innenministeriums in Prag unter der Bezeichnung A 2/1 aufbewahrt und enthalten grundlegende Informationen über die Zahl der Deutschen in den Kreisen und Bezirken, ihre schriftlichen Kontakte zu Verwandten in der Bundesrepublik und Österreich, das Wirken ‚revanchistischer' Organisationen sowie mögliche Verbindungen einiger Karpatendeutscher zum BND oder anderen westlichen Geheimdiensten.[47] Ein Bericht zur Sicherheitslage in der Mittelslowakei aus dem Jahr 1960 führt aus, dass Deutsche, die ihre Verwandten in Westdeutschland besuchten, während ihres Aufenthalts von Mitgliedern der Organisation Gehlen befragt wurden, um Informationen über tschechoslowakische Industrieunternehmen sowie die Armee zu erhalten. Es wurde ihnen angeblich auch eine Zusammenarbeit angeboten.[48] Ähnliche Aussagen zu Kontakten mit dem westdeutschen Geheimdienst während der Besuche von slowakischen Deutschen in der Bundesrepublik findet man auch in einem Bericht zur Sicherheitslage in der Ostslowakei.[49]

Diese Kontakte von Deutschen aus der Slowakei mit westlichen Geheimdiensten während ihrer Besuche in der BRD betrachtete das Regime als potenzielle Gefahr. Vom heutigen Standpunkt aus können sie als übertrieben betrachtet werden, da die ŠtB sehr oft das bloße Ausfüllen eines Formulars für einen westlichen Geheimdienst bereits als Agententätigkeit einstufte. Äußerst unangenehm musste auch die Tatsache gewesen sein, dass sie als Touristen in der Bundesrepublik einen wesentlich anderen Blick auf den Gesamtzusammenhang der deutschen Frage vermittelt bekamen. Als solche machten sie sich einen eigenen Eindruck von der Politik der bundesdeutschen Regierung gegenüber den Vertriebenen jenseits der kommunistischen Propaganda, die diese als „wachsende Aktivitäten im Geiste des großdeutschen Nationalismus, Revanchismus und Neonazismus" charakterisierte.[50] Von einer Zunahme der Gefahr des ‚Revanchismus' ging auch Innenminister Rudolf Barák (1915 – 1995) aus, als er im Oktober 1960 die ŠtB-Aktion unter dem Decknamen N-60 mit dem Ziel anordnete, alle

46 Vgl. Sivoš, Jerguš: Nemecká menšina na Slovensku pod dohľadom ŠtB [Die deutsche Minderheit in der Slowakei unter Beobachtung der ŠtB]. Vortrag auf der Konferenz „State Control and the Observation of German Minorities and Displaced Ethnic Germans in Eastern and Southeast Central Europe and in Two Germanies by the State Security Services of the Socialist States 1945 – 1990". Pécs. 15.–17. November 2012.

47 Vgl. A ÚPN. F. A2/1. Nr. 181: Bericht der KS-MV Bratislava über die Sicherheitslage in der Westslowakei. 17.11.1960, S. 7 f.

48 Vgl. ebd.: Bericht der KS-MV Banská Bystrica über die Sicherheitslage in der Mittelslowakei. 16.11.1960, S. 3.

49 Vgl. ebd.: Bericht der KS-MV Košice über die Sicherheitslage in der Ostslowakei. 17.11.1960, S. 1 f.

50 Sivoš, Nemecká menšina (wie Anm. 46).

Materialien zur deutschen Frage zu sammeln und detaillierte operative Pläne zu erstellen. Korrespondenzen und Kontakte der deutschen Minderheit sollten kontrolliert, ihre Stimmungen beobachtet und eine genaue Erfassung in den Akten vorgenommen werden.[51]

Einen weiteren wichtigen Bestand bildet der Nachlass des Sekretariats des Ersten Stellvertretenden Innenministers, der in den Jahren 1956 bis 1967 Oberst Jan Záruba (*1923) war. Dieser enthält Berichte über die Tätigkeit der Bezirksabteilungen des Innenministeriums seit 1956, die Informationen über die Rekrutierung von Agenten aus den Reihen der deutschen Minderheit,[52] Basisdaten über ŠtB-Aktionen gegen den ‚Revanchismus'[53] oder Berichte über angeblich feindselige Haltungen westdeutscher Montagearbeiter in der Slowakei umfassen.[54] In den Jahren 1958/59 untersuchte die Kontraspionage in Bratislava Personen, die aus der Bundesrepublik zurückkamen. Sie observierte auch ehemalige Mitglieder deutscher Organisationen in der Slowakei sowie Mitarbeiter der deutschen Gesandtschaft und des Konsulats. Mehrere geheime Mitarbeiter der ŠtB wurden in die karpatendeutschen Zentren in Österreich und der Bundesrepublik eingeschleust. Die ŠtB bereitete die Aktion „Osten I" (*Východ I*) vor, die das ehemalige Mitglied der Waffen-SS Walter Domes (geb. 1900) betraf. Informationen über mögliche feindliche Sender in der Slowakei wurden überprüft.[55] In den Bezirken Turčianske Teplice (Bad Stuben), Ružomberok (Rosenberg), Liptovský Mikuláš (Liptau-Sankt-Nikolaus) und Žilina (Sillein), wo noch viele Karpatendeutsche lebten, befand sich laut der ŠtB „eine Gruppe anstößiger Personen mit Beziehungen zum kapitalistischen Ausland und insbesondere zur BRD".[56]

Fazit

Auch wenn sich auf der Basis der hier präsentierten Erkenntnisse noch keine umfassenden Schlussfolgerungen ziehen lassen, so kann man doch folgende Ergebnisse festhalten: Die der tschechoslowakischen kommunistischen Führung untergeordnete ŠtB beobachtete nicht nur die ausgesiedelten Karpatendeutschen in Westdeutschland

51 Vgl. A ÚPN. F. A2/1. Nr. 181, Bl. 79 – 81: Analyse der Postkorrespondenz durch die 2. Sonderabteilung der KS-MV Bratislava zu aktuellen Fragen in der Zeit vom 1.9. bis 12.11.1960 zur Problematik der Deutschen. 12.11.1960; Sivoš, Nemecká menšina (wie Anm. 46).

52 Vgl. A ÚPN. F. A9/1, Bl. 124: Bericht der KS-MV Nitra über die Aufgabenerfüllung der Bezirksabteilung des IM. 07.12.1956.

53 Vgl. A ÚPN. F. A9/6: Bericht der KS-MV Žilina über die operative Tätigkeit der Agenten im Jahre 1957, S. 3.

54 Vgl. A ÚPN. F. A9/11: Bericht der KS-MV Banská Bystrica über die operative Tätigkeit. 30.12.1958, S. 1.

55 In den Akten werden die Agenten und die Fälle lediglich aufgezählt, daher ist es nicht möglich, ihre Identität festzustellen. Vgl. A ÚPN. F. A9/15: Bericht der KS-MV Bratislava zur Erfüllung des Jahresplanes der operativen Einheiten 1959, S. 4.

56 A ÚPN. F. A9/16: Arbeitsplan der KS-MV Žilina für die operative Tätigkeit 1959, S. 2.

(und Österreich), sondern auch die in der Slowakei verbliebene deutsche Minderheit und ihre beiderseitigen Kontakte mit Misstrauen. Dabei wurde in den 1950er nicht zwischen Karpaten- und Sudetendeutschen unterschieden, wobei auch die Karpatendeutschen kollektiv aufgrund ihrer Ethnizität beobachtet wurden. Die Beobachtung der Karpatendeutschen im Ausland wurde oft mit der Problematik des slowakischen politischen Exils verbunden, das Kontakte zu den Karpatendeutschen unterhielt, die teilweise noch auf die Kriegszeit zurückgingen.

Wie erfolgreich die Versuche einer Infiltration der karpatendeutschen Organisationen durch ŠtB-Agenten war, lässt sich noch nicht abschließend beurteilen; diesbezüglich sind weitere Forschungen notwendig. Künftig sollte eine größere Aufmerksamkeit auf die direkten politischen Auswirkungen der Erfolge bzw. Misserfolge der Agententätigkeit gelegt werden, inwiefern sie z. B. die tschechoslowakisch-westdeutschen Beziehungen beeinflussten. Dem Schicksal der in der Slowakei verbliebenen Deutschen sollte ein größeres Forschungsinteresse entgegengebracht werden. Auch die oben erwähnte Zusammenarbeit der KdL mit exilslowakischen Organisationen, die ebenfalls beobachtet wurden, bedarf weiterer Untersuchungen.

Michal Schvarc

Der Fall „Karla“. Franz Karmasin im Visier tschechoslowakischer Sicherheitsorgane

Zusammenfassung: Franz Karmasin gehörte zu fünf Männern in Ostmittel- bzw. Südosteuropa, die die Bezeichnung ‚Führer der deutschen Volksgruppe‘ während des Zweiten Weltkriegs benutzen durften. In dieser Funktion trugen sie einen großen Teil der Verantwortung für die Instrumentalisierung der deutschen Minderheiten für die machtpolitischen Ziele des ‚Dritten Reiches‘ sowie für die nationalsozialistische Indoktrinierung ihrer Landsleute. Aus diesem Grund nahm sie die Justiz ihrer Heimatländer in der Nachkriegszeit ins Visier. Karmasin, der am Kriegsende zunächst untergetaucht war, lebte später unter falscher Identität in Bayern. 1948 wurde er in Abwesenheit in der Tschechoslowakei zum Tode verurteilt, u. a. wegen Teilnahme an der Zerschlagung der tschechoslowakischen Republik 1938/39 und an der Judenverfolgung in der Slowakei. 1953 startete er in Westdeutschland – nun unter seinem richtigen Namen – seine zweite Karriere, u. a. als Geschäftsführer des Witikobundes, einer äußerst rechten ‚Gesinnungsgemeinschaft‘ der Sudetendeutschen. Als sich Karmasin wieder politisch engagierte, rückte er in den Fokus des tschechoslowakischen Geheimdienstes. Ab 1957 versuchte dieser mehrmals, Karmasin als Mitarbeiter anzuwerben, allerdings immer ohne Erfolg.

Schlagwörter: Franz Karmasin; Tschechoslowakei; Geheimdienst; Anwerbung; Zusammenarbeit

Abstract: Franz Karmasin was one of the five men in Central and South-Eastern Europe who could use the designation ‘*Führer der deutschen Volksgruppe*’ during the Second World War. Through this title and its function, they bore much of the responsibility for the instrumentalization of German minorities for the power-political goals of the Third Reich, as well as the indoctrination of their compatriots towards National Socialism. For this reason, after the war, they came into the crosshairs of the judiciaries of their home countries. Karmasin disappeared at the end of the war, later living in Bavaria under a false identity. In 1948, he was sentenced to death in absentia by a court in Czechoslovakia for, among other things, his role in the 1938/39 breakup of Czechoslovakia and the persecution of the Jewish population in Slovakia. In 1953, he registered for residence in West Germany under his real name and began his second career, among other things as secretary of the right-wing extreme organization of Sudeten Germans, the *Witikobund*. After he became politically active again, the Czechoslovak secret service became interested in him. From 1957 onwards, it made several attempts to recruit him as a collaborator, but each time unsuccessfully.

Keywords: Franz Karmasin; Czechoslovakia; secret service; recruitment; cooperation

PhDr. Michal Schvarc, PhD., Historický ústav SAV, v.v.i., P. O. Box 198, Klemensova 19, 814 99 Bratislava, Slowakei, michal.schvarc@savba.sk

https://doi.org/10.1515/9783110795288-009

Einleitung

Nimmt man Einsicht in die Akte „Karla“ der tschechoslowakischen Staatssicherheit, fällt gleich eingangs ein Zettel mit folgendem Wortlaut auf:[1]

> „Agent KARLA, gewonnen durch den ungarischen Geheimdienst 1956 für das Versprechen der Straftilgung. 1957 wurde KARLA der 1. Verwaltung des Korps nationaler Sicherheit (SNB) zur Verwendung übergeben. Die Verbindung wurde jedoch nicht hergestellt, KARLA hat vereinbarte Treffen gemieden. 1958 lehnte er die Zusammenarbeit generell ab. Daher wird die Akte ad acta gelegt. Im Jahr 1967 neu aufgenommen mit dem Versuch ihn zu kontaktieren. Wieder ergebnislos.“[2]

Obwohl die Annotation im Groben das Verhältnis zwischen tschechoslowakischem Geheimdienst und potenziellem Agenten widerspiegelt, sagt sie über die Akteure sehr wenig aus. Wer war der Mann hinter dem Decknamen „Karla“? Warum hatte der tschechoslowakische Geheimdienst so reges Interesse an ihm? Was erwartete er sich von der Kontaktaufnahme und wieso ist diese und insbesondere die in Aussicht gestellte Zusammenarbeit so erfolgslos verlaufen? Und was waren die Beweggründe und Motive für das Handeln von „Karla“?

Franz Karmasin

Hinter dem Decknamen „Karla“ verbarg sich der 1901 in Olmütz (Olomouc) geborene deutschnationale Politiker Franz Karmasin. Er studierte an der landwirtschaftlichen Abteilung der Deutschen Technischen Hochschule in Tetschen-Liebwerd (Děčín-Libverda), die er mit dem Titel eines Dipl.-Ing. Ende 1923 abschloss. Nach mehreren, eher kurzen Stationen in Böhmen und Mähren kam er 1926 in die Slowakei mit dem Auftrag der Bauernschule im nordmährischen Bad Groß-Ullersdorf (Velké Losiny), die dem konservativen Wiener Soziologen und Philosophen Othmar Spann nahestand, deutsche Genossenschaften zu gründen.[3] Bald nach seiner Ankunft betätigte sich Kar-

---

1 Dieser Aufsatz ist ein Ergebnis des Projekts „Prekračovanie hraníc. Fenomén mobility v dejinách Slovenska“ [Grenzen überschreiten. Das Phänomen der Mobilität in der Geschichte der Slowakei] (APVV-20 – 0333), gefördert von der Slowakischen Forschungsförderungsagentur, und des Forschungsprojektes „Die Deutschen in der Slowakei im 20. Jahrhundert“ des SNM – Múzeum kultúry karpatských Nemcov (MKKN) [Slowakisches Nationalmuseum – Museum der Kultur der Karpatendeutschen].

2 Archív Ústavu pamäti národa, Bratislava (A ÚPN) [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken, Pressburg]. 1. Správa Zboru národnej bezpečnosti (1. SZNB) [1. Verwaltung des Nationalsicherheitskorps]. Nr. 41588: Annotation. 16.03.1983.

3 Vgl. Slovenský národný archív, Bratislava (SNA) [Slowakisches Nationalarchiv, Pressburg]. Sign. 126 – 3 – 3, Bl. 95: Undatierter Lebenslauf Karmasins; Staatsarchiv (StA) München. Staatsanwaltschaften 34835/5, Bl. 1201 – 1218: Vernehmung Karmasins. 28.10.1969.

masin politisch in der Karpatendeutschen Partei (KdP), die die politische Vereinigung aller Deutschen im Land vorsah. Ideologisch und politisch stand er zu dieser Zeit bereits dem Kameradschaftsbund (KB) nahe, einer losen Vereinigung der jüngeren, nationalkonservativen Generation von Sudetendeutschen, die durch die Lehren Spanns geprägt war, und verbrachte u. a. einige Monate bei Heinz Rutha, dem Begründer des KB.[4] Darauf aufbauend konnte er eine steile Karriere machen, insbesondere nach der Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront im Herbst 1933. Knappe zwei Jahre später wurde er als Vertreter der KdP auf der Liste der Henlein-Bewegung ins Prager Parlament gewählt. Bald danach avancierte er zum Stellvertreter Henleins in der Slowakei und nach der Annexion des Sudetenlandes durch das nationalsozialistische Deutschland im Oktober 1938 zum Staatssekretär bei der slowakischen Landesregierung sowie zum ‚Führer der deutschen Volksgruppe in der Slowakei'.[5] In beiden Funktionen trug er maßgeblich zur Instrumentalisierung der Slowakeideutschen für die machtpolitischen Ziele des ‚Dritten Reichs' sowie zu ihrer nationalsozialistischen Indoktrinierung bei.



Abb. 1: Franz Karmasin als ‚Volksgruppenführer' Anfang der 1940er Jahre (SNA. F. Arbeitsfront der Volksdeutschen. Karton 140)

4 Zu Rutha vgl. Cornwall, Mark: The Devil's Wall: The Nationalist Youth Mission of Heinz Rutha. Cambridge 2012.

5 Vgl. Baka, Igor: Franz Karmasin. Slovenský Henlein [Franz Karmasin. Slowakischer Henlein]. In: Michálek, Slavomír; Krajčovičová, Natália (Hg.): Do pamäti národa. Osobnosti slovenských dejín prvej polovice 20. storočia [Ins Gedächtnis der Nation. Persönlichkeiten der slowakischen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts]. Bratislava 2003, S. 295 – 298.

Als „Führer der Deutschen Partei und aller ihrer Untergliederungen",[6] der nunmehr einzigen politischen Organisation der Deutschen im Land, trug Karmasin volle Verantwortung für die Bekämpfung von politischen Gegnern, die Beteiligung der Partei an der Judenverfolgung, die ‚Umsiedlung' von etwa 620 als ‚Asoziale' gebrandmarkten Personen nach Deutschland (ein Teil von ihnen wurde in der ‚Heil- und Pflegeanstalt' Mauer-Öhling umgebracht) und die Rekrutierung von mehr als 8.000 Männern zur Waffen-SS, die u. a. ihren Dienst in den NS-Konzentrations- und Vernichtungslagern leisteten. Darüber hinaus arbeitete er mit seinen Mitstreitern aus der Führungsriege der Deutschen Partei mit dem Geheimdienst der SS – dem Sicherheitsdienst (SD) – eng zusammen.[7] Zudem trat Karmasin als ‚Volksgruppenführer' der SA und SS bei. In der SA avancierte er im Herbst 1944 zum Gruppenführer, in der SS im Januar 1945 zum Sturmbannführer der Reserve der Waffen-SS.[8]

Karmasin wurde infolgedessen von der tschechoslowakischen Exilregierung gesucht und tauchte im Wirrwarr der letzten Kriegswochen im durch die Alliierten besetzten Deutschland unter.[9] Ende April 1946 unterzog er sich in der Oberpfalz unter dem Namen Paul Dibak dem Entnazifizierungsverfahren. Unter falscher Identität lebte er unbehelligt in Igling, bevor er Anfang November 1953 zu seiner Familie in Steinebach am Wörthsee zog. Dort meldete er sich unter seinem richtigen Namen an,[10] da ihm durch die teilweise Amnestierung von NS-Tätern bzw. deren Gehilfen die Auslieferung an die Tschechoslowakei nicht mehr drohte.[11] Unmittelbar darauf wurde das gegen Karmasin eingeleitete Entnazifizierungsverfahren vom Hauptkammergericht in München eingestellt,[12] so dass er seine zweite Karriere beginnen konnte.

---

6 So Karmasin in seiner offiziellen Kurzvita als Abgeordneter des slowakischen Parlaments (SNA. Národný súd 1945 – 1947 (NS) [Nationalgerichtshof 1945 – 1947]. Karton 136).

7 Vgl. Zückert, Martin; Schvarc, Michal; Fiamová, Martina: Die Evakuierung der Deutschen aus der Slowakei 1944/45. Verlauf, Kontexte, Folgen. Göttingen 2019, S. 43 – 62; Schvarc, Michal: „Heim ins Reich"? Die Karpatendeutschen und die Zwangsmigrationsmaßnahmen des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (Ein Vergleich der sog. kleinen Umsiedlungsaktionen in Südosteuropa). In: Zückert, Martin; Schvarc, Michal; Meier, Jörg (Hg.): Migration – Zentrum und Peripherie – Kulturelle Vielfalt. Neue Zugänge zur Geschichte der Deutschen in der Slowakei. Leipzig 2016, S. 115 – 160.

8 Vgl. Bundesarchiv (BArch) Berlin (ehem. BDC). SA-Personalakte sowie SS-Offiziersakte Franz Karmasin.

9 Vgl. StA München. Staatsanwaltschaften 34835/5, Bl. 1201 – 1218: Vernehmung Karmasins. 28.10. 1969. Vgl. auch Baka, Slovenský Henlein (wie Anm. 5), S. 298.

10 Vgl. BArch Ludwigsburg. B 162/1854, Bl. 1 – 4: Meldebogen Karmasins. 27.04.1946 u. 02.11.1953; StA München. Staatsanwaltschaften 34835/2, Bl. 267 f.: Vermerk des Bayerischen Landeskriminalamtes (IIIa/SK). 11.01.1965.

11 Vgl. Perels, Joachim: Amnestien für NS-Täter in der Bundesrepublik. In: Kritische Justiz 28/3 (1995), S. 382 – 389; Jasch, Hans-Christian; Kaiser, Wolf: Der Holocaust vor deutschen Gerichten. Amnestieren, Verdrängen, Bestrafen. Ditzingen 2017, S. 87 – 91.

12 Vgl. BArch Ludwigsburg. B162/1854, Bl. 5: Verfügung des öffentlichen Klägers der Hauptkammer München. 03.11.1953; StA München. Staatsanwaltschaften 34835/2, Bl. 267 f.: Vermerk des Bayerischen Landeskriminalamtes (IIIa/SK). 11.01.1965.

Diese verlief nicht so spektakulär wie die erste, aber sie erlaubte es Karmasin, sich in der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft zu etablieren. Zunächst fand er eine Beschäftigung in der *Sudetendeutschen Zeitung*, ab Ende 1953 in der Redaktion des Blattes *Der Sudetendeutsche* und zugleich als Geschäftsführer des Verbandes heimatvertriebener Verleger. Ab 1957 war Karmasin, nicht zuletzt dank seiner politischen sowie persönlichen Nähe zum früheren KB, Geschäftsführer des Witikobundes, einer äußerst rechts gerichteten Gruppierung der sudetendeutschen Vertriebenen.[13] Darüber hinaus gehörte er der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) und dem Sudetendeutschen Rat an.[14] In Verbindung mit seiner NS-Vergangenheit erschien Karmasin der tschechoslowakischen Staatssicherheit für eine Zusammenarbeit geeignet: Einerseits hatte er dank seiner Position einen gewissen Einfluss, andererseits war er erpressbar.

Erste Anwerbungsversuche

Die tschechoslowakische Justiz fahndete unmittelbar nach dem Krieg fieberhaft nach Karmasin.[15] Im März 1947 trug sie ihn in die Kriegsverbrecherliste ein[16] und eröffnete ein Gerichtsverfahren gegen ihn. Ein Jahr später wurde Karmasin in Abwesenheit in Bratislava (Pressburg) u. a. wegen seiner Teilnahme an der Liquidierung der Tschechoslowakei 1939 sowie an der Judenverfolgung in der Slowakei zum Tode verurteilt.[17]

---

13 Zur Frühgeschichte des Witikobundes vgl. Weger, Tobias: „Volkstumskampf" ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen, 1945–1955. Frankfurt/M. 2008, S. 186–201. Zur rechtsextremen Einstufung durch das Bundesinnenministerium vgl. Amos, Heike: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989. München 2011, S. 168.

14 Vgl. o. A.: Franz Karmasin und das Schicksal der Slowakeideutschen. In: Die Karpatenpost 21/7 (1970), S. 3.

15 Vgl. SNA. Povereníctvo vnútra – bezpečnostný odbor 1945–1949 (PV-BO) [Beauftragtenamt für Inneres – Sicherheitsabteilung]. Karton 483. Nr. 138–1/45-III/2-d: Schreiben des Beauftragtenamtes für Inneres an das Außenministerium in Prag. 03.09.1945; Národní archiv, Praha (NA) [Nationalarchiv, Prag]. Úrad československého delegáta v Komisi pro stíhání válečných zločinců (ÚD) [Amt des tschechoslowakischen Delegierten in der Kommission für die Verfolgung von Kriegsverbrechern]. Karton 12: Schreiben des Innenministeriums (IM) an General Ečer. 17.11.1945 und des Verteidigungsministeriums an das Justizministerium. 27.02.1946; SNA. NS. Karton 136: Haftbefehl des Nationalgerichtshofs. 12.05.1947.

16 Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA AA). B83. Bd. 685: Note des tschechoslowakischen Außenministeriums an die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Prag. 29.05.1962.

17 Vgl. Malatinský, Michal: Nemeckí poslanci Snemu Slovenskej republiky pred Národným súdom [Deutsche Abgeordnete des Parlaments der Slowakischen Republik vor dem Nationalgerichtshof]. In: Vojáček, Ladislav; Tauchen, Jaromír (Hg.): III. česko-slovenské právněhistorické setkání doktorandů a postdoktorandů. Sborník z konference [Drittes tschechisch-slowakisches rechtshistorisches Treffen von Doktoranden und Postdoktoranden. Tagungsband]. Brno 2015, S. 169–181, hier S. 177 f.

Danach nahm die Aufmerksamkeit der tschechoslowakischen Behörden jedoch ab und Karmasin geriet nahezu in Vergessenheit.

Erst mit seinem erneuten Auftauchen zeigte anstelle der Justiz nun der tschechoslowakische Geheimdienst Interesse an ihm. Erste Auskünfte liefen in Bratislava Anfang 1954 zusammen, nachdem die Sicherheitsorgane einen in der Bundesrepublik lebenden Slowakeideutschen verhaftet hatten.[18] Mitte Oktober 1955 wurde über Karmasin eine Akte unter dem Decknamen „Kamo“ angelegt, da er, wie die zuständige Behörde feststellte, „gegen die ČSR“ arbeite und „eine revanchistische Politik“ betreibe.[19] Zugleich entstand ein gleichnamiger Operativplan, der vorsah, bei einer Unterwanderung der SL bzw. der Karpatendeutschen Landsmannschaft, Karmasin und seine Verbindungen nicht nur zu observieren, sondern ihn nach Möglichkeit auch als Mitarbeiter zu verpflichten. Man versprach sich davon die Gewinnung von relevanten Informationen über beide Organisationen sowie die Möglichkeit ihrer aktiven Beeinflussung. Allerdings konnten derart ambitionierte Ziele nicht erreicht werden, und die Ergebnisse blieben letzten Endes recht spärlich. Das ganze Unterfangen geriet ins Stocken, so dass der Bratislavaer Kreisverwaltung nichts anderes übrigblieb, als den Fall ein Jahr später an die tschechoslowakische Spionage zu übergeben.[20]

Inzwischen wurde Karmasin auch vom ungarischen Geheimdienst umworben. Über einen Agenten – einen in der Slowakei geborenen Deutschen und früheren Funktionär der Jugendorganisation der Deutschen Partei,[21] der Karmasins Vertrauen genoss, – stellte er im Sommer 1956 eine Verbindung mit ihm her. Nach einem Sondierungsgespräch mit dem Agenten Franz Bednarczik, der den Decknamen „Utazó“ („Reisender“) trug, bei dem Karmasin sein Interesse an einer Kooperation mit dem ‚Osten‘ bekundet und ihm ein Verzeichnis der Funktionäre der SL mit deren Wohnorten überreicht hatte,[22] entschieden sich die ungarischen Geheimdienstler für seine Anwerbung. Bevor das dafür angesetzte Treffen mit Karmasin stattfand, unterrichteten sie ihre tschechoslowakischen Kollegen. In Prag beneidete man den ungarischen Geheimdienst für diesen Erfolg und wollte wissen, was die Ungarn mit Karmasin vorhatten. Budapest bot zwei Möglichkeiten an: entweder eine gemeinsame Steuerung oder eine Übergabe an die Tschechoslowakei.[23] Obwohl die tschechoslowakische Seite zunächst noch keine Entscheidung traf, neigte sie offenbar zur letzteren Option. Dies ergibt sich aus einem Fragenkatalog, den sie ihren ungarischen Kollegen über-

18 Vgl. A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/020: Bericht der Kreisverwaltung des IM in Bratislava. 11.01.1954.
19 A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/020: Verfügung der Kreisverwaltung des IM in Bratislava. 15.10.1955.
20 Vgl. Medvecký, Matej: Najtajnejšia kapitola života Franza Karmasina [Das geheimnisvollste Kapitel im Leben des Franz Karmasin]. In: Kmeť, Norbert; Syrný Marek u. a.: Odvaľujem balvan. Pocta historickému remeslu Jozefa Jablonického [Einen Felsen wegzuwälzen. Ehrung des historischen Handwerks von Jozef Jablonický]. Bratislava-Banská Bystrica 2013, S. 283 – 301, hier S. 285.
21 Vgl. A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/100: Charakteristik des Mitarbeiters „Bernard“; Archiv bezpečnostních složek, Praha (ABS) [Archiv der Sicherheitsorgane, Prag]. Sign. TS 637136 MV: Vorschlag zur Anwerbung von Franz Bednarczik als Auslandsagenten. 24.02.1961.
22 Vgl. A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/022: Memorandum über dem Mitarbeiter „Karla“. 14.09.1965.
23 Vgl. Medvecký, Najtajnejšia kapitola (wie Anm. 20), S. 286 – 288.

gaben. Er zielte vor allem auf in der Bundesrepublik lebende Sudetendeutsche, ihre Organisationen und Pläne gegenüber der ČSR, ferner auf tschechoslowakische Emigrantenkreise und das *Radio Free Europe* (RFE).[24]

Das Treffen Karmasins mit dem Offizier des ungarischen Geheimdienstes fand in Salzburg am 13. Oktober 1956 statt. Der frühere ‚Volksgruppenführer' beteuerte noch einmal seine Bereitschaft zur Kooperation und versuchte dabei, seine Motivation mit politischen Gründen, aber auch mit der Sicherung eines möglichst sorgenfreien Alters sowie einer eventuellen Rückkehr in die alte Heimat zu rechtfertigen. Sein Gesprächspartner versprach ihm dies (inklusive einer Straftilgung), jedoch unter der Bedingung einer „einwandfreien Tätigkeit zugunsten des sozialistischen Lagers".[25] Allerdings ging diese Äußerung weit über den mit den tschechoslowakischen Kollegen vereinbarten Rahmen hinaus. Im Laufe der Aussprache wurden weitere Modalitäten der Zusammenarbeit besprochen. Karmasin sollte seine Berichte (über Vertriebenenorganisationen, Emigrantenkreise aus der Tschechoslowakei und Ungarn sowie RFE) nicht direkt liefern, sondern sie fotografieren und den unentwickelten Film dem Mitarbeiter übergeben. Dazu kam es jedoch nicht – der Aufstand in Ungarn 1956 vereitelte die noch kaum entfaltete Kooperation. Danach ließ Karmasin Anfragen der Ungarn unbeantwortet,[26] wahrscheinlich aus Angst oder auch – dies ist nicht ganz auszuschließen – aus purer Ignoranz.[27]

Zwischen Werben und Drohen – Bemühungen des tschechoslowakischen Geheimdienstes

Nach diesem Fehlschlag vereinbarten die beiden kommunistischen Geheimdienste, dass die Tschechoslowakei Karmasin übernehmen sollte.[28] Hinsichtlich seiner Stellung und Herkunft hatte er für Prag größeren Wert als für Budapest. Die tschechoslowakische Spionage hatte insbesondere ein Interesse daran, in der SL über eine eigene Informationsquelle und einen eigenen Agenten zu verfügen; Karmasins alte Seilschaften boten ihr dafür gute Möglichkeiten. Man ließ sich sogar zu der Idee verleiten, auf diese Art und Weise die politische Kampagne vor der Bundestagswahl im September 1957 beeinflussen zu können.[29] Doch das war von der Realität weit entfernt. Auch die Kontaktaufnahme zu Karmasin gestaltete sich schwieriger als ge-

24 Vgl. A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588: Aufzeichnung über die Besprechung mit den Offizieren der ungarischen Spionage. 11.10.1956.
25 Ebd.: Aufzeichnung Tibor Meszlers über die Anwerbung Karmasins.
26 Vgl. Medvecký, Najtajnejšia kapitola (wie Anm. 20), S. 289.
27 Der ungarische Geheimdienstoffizier Meszler charakterisierte Karmasin als „operativ erfahrenen, besonders vorsichtigen, in Angst vor Verrat lebenden Menschen." A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588: Aufzeichnung Meszlers über Mitarbeiter „Karla".
28 Vgl. Medvecký, Najtajnejšia kapitola (wie Anm. 20), S. 289.
29 Vgl. A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588: Weisung für Fall „Karla". 27.05.1957.

dacht. Sie sollte zunächst über die Wiener Außenstelle des tschechoslowakischen Geheimdienstes laufen. Ihre Mitarbeiter bereiteten den Plan für ein Treffen für Anfang Juli 1957 in Salzburg vor. Trotz aller Zusicherungen erschien Karmasin jedoch nicht[30] – offenbar hatte er Bedenken.

Danach musste die tschechoslowakische Staatssicherheit (StB) ihre Taktik ändern. Nun versuchte sie Karmasin über einen Agenten direkt zu kontaktieren und zu einer erneuten Zusammenkunft mit anschließender Anwerbung zu bewegen. Der dafür ausgewählte Agent mit dem Decknamen „Natan“[31] sollte ihn ausfindig machen, seine familiären sowie sozialen Verhältnisse feststellen und vor allem die Bedingungen einer persönlichen Besprechung mit Vertretern der tschechoslowakischen Spionage außerhalb der Bundesrepublik vereinbaren. Zum ersten Mal trafen sich die beiden Männer in München Anfang Dezember 1957, allerdings ohne nennenswerte Ergebnisse für „Natans“ Auftraggeber. Karmasin traute dem Agenten nicht und erkundigte sich bei seinem ungarischen Freund „Utazó“, ob er tatsächlich von der tschechoslowakischen Staatssicherheit übernommen worden sei.

Auch die zweite Kontaktaufnahme mit „Natan“ verlief nicht nach den Wünschen der Prager Zentrale. Einerseits konnte der Mitarbeiter einige Erfolge verbuchen: die Klärung von Karmasins persönlichen Verhältnissen und von Einzelheiten über seine Tätigkeit im Witikobund sowie die Beschaffung politischen Materials. Andererseits manövrierte „Natan“ seine Dienstherren durch eine vorher nicht abgestimmte Abmachung mit Karmasin, im Parteiblatt *Rudé právo* eine Chiffre in Form eines Textes über das Genossenschaftswesen in Nordmähren zu veröffentlichen, in eine prekäre Lage. Im Endeffekt half dies alles nichts, da das für Ende März 1958 arrangierte Treffen in Wien wieder misslang. Diesmal scheiterte es sowohl an Karmasins Forderung nach einer offiziellen Übergabe von Ungarn an die Tschechoslowakei,[32] als auch aufgrund seiner Angst, dass er im Zuge der Prozesse gegen ehemalige Angehörige der Hlinkagarde (einer paramilitärischen Organisation des Slowakischen Staates unter Jozef Tiso) im Frühjahr 1958 zum Vollzug seiner immer noch gültigen Strafe gekidnappt werden könnte.[33]

Trotz dieser Umstände wollte der tschechoslowakische Geheimdienst auf eine Zusammenarbeit mit Karmasin nicht verzichten. Ende April überlegte man in Prag, ihn erneut durch „Natan“ zu kontaktieren. Die Hauptaufgabe des Agenten bestand darin, Karmasin vom Sinn der Zusammenarbeit zu überzeugen, das andauernde Misstrauen zu zerstreuen, konkrete Auskünfte zu gewinnen und vor allem eine Besprechung mit einem Offizier der StB außerhalb der Bundesrepublik zu vereinbaren. Weiterhin sollte „Natan“ ihm glaubhaft machen, dass ein lebender Informant in der Bundesrepublik für die ČSR mehr wert sei als ein toter Verurteilter. Daraufhin wurde ein Datum für ein

30 Vgl. Medvecký, Najtajnejšia kapitola (wie Anm. 20), S. 289.
31 Zu „Natan“ vgl. den Beitrag von Stefan Lehr in diesem Band.
32 Vgl. ebd., S. 290 – 293.
33 Vgl. A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/020: Handschriftliche Aufzeichnung Rostislav Kozíleks (Kupka). Ende März 1958.

nächstes Treffen in Wien nach dem 15. Juni 1958 vereinbart.[34] Diesen Termin hielt Karmasin mit Verweis auf berufliche Gründe wieder nicht ein.[35]

Die tschechoslowakischen Geheimdienstler verloren langsam die Geduld. Im September erhielt Karmasin einen Brief, in welchem ihm verdeutlicht wurde, dass es in seinem Fall nur zwei Optionen gäbe: Zusammenarbeit oder Strafvollzug. Damit wollte man ihn unter psychischen Druck setzen und gefügig machen.[36] Aber das Kalkül ging nicht auf. Mitte Dezember 1958 gab Karmasin eine klare Absage:

> „Die in Ihrem Schreiben enthaltenen Drohungen weise ich entschieden zurück. Ich stelle ausserdem fest, dass es sich bei den Sie interessierenden Fragen nicht mehr um politische Gespräche zur Völkerverständigung handelt. Für andersgeartete Verbindungen mit Ihnen bin ich jedoch in keiner Weise zu haben.“[37]

In der Prager Zentrale sorgte der unerwartet schroffe Ton der Erwiderung für Irritationen, man fand sie „frech, wenn nicht unverschämt“.[38] Der zuständige Offizier stellte dazu sichtlich verärgert fest:

> „Dafür, dass er bei uns für seine Tätigkeit den Tod durch den Strang bekommen hat, ist er sehr dreist; er denkt nicht, dass wir in der Lage sind, das Urteil zu vollziehen. Ich schlage vor, ihn von dem Gegenteil zu überzeugen.“[39]

Ferner kam er zu dem Schluss, dass Karmasin kaum ein wertvoller Mitarbeiter sein könne, weshalb er seine Vorgesetzten um Auskunft darüber bat, auf welche Weise und bis wann der Fall zu beenden sei. Eine endgültige Entscheidung traf der Innenminister jedoch nicht.

Ungeachtet aller gescheiterten Versuche einer Anwerbung gab der tschechoslowakische Geheimdienst nicht nach. Schon ein Jahr später schmiedete er einen neuen Plan. Nun sollte Karmasin über die Ungarn erneut kontaktiert werden. Als Verbindungsmann setzte Prag auf „Utazó“, also den Mann, der den Erstkontakt zwischen dem ehemaligen ‚Volksgruppenführer‘ und Budapest vermittelt hatte. Aber dieser Weg stellte sich bald als nicht gangbar heraus, da sich die ungarische Spionage von ihm wegen Unzuverlässigkeit getrennt hatte. Die darauffolgenden Verhandlungen zwischen beiden kommunistischen Geheimdiensten verzögerten monatelang weitere Vorbereitungen. Anfang Juli 1960 wurden sie vorübergehend ganz eingestellt. Der Grund dafür war die Enttarnung mehrerer Agenten Prags in der Bundesrepublik,

---

34 Vgl. Medvecký, Najtajnejšia kapitola (wie Anm. 20), S. 294.
35 Vgl. A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588: Brief Karmasins (Maresch). 26.06.1958.
36 Vgl. Medvecký, Najtajnejšia kapitola (wie Anm. 20), S. 295.
37 A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588: Brief Karmasins (Maresch). 11.12.1958.
38 A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/020: Aufzeichnung Kozíleks (Kupka). 19.12.1958.
39 Ebd.

insbesondere des Bundestagsabgeordneten Alfred Frenzel.[40] In diesem Zusammenhang schien die Kontaktierung Karmasins zu riskant zu sein.[41]

Deutsche Ermittlungen und diplomatisch-propagandistische Aktionen

Die resolute Ablehnung einer Kooperation mit der StB blieb für Karmasin nicht ohne Folgen. Im März 1958 wurde nämlich eine engere Zusammenarbeit zwischen dem tschechoslowakischen Innenministerium und dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR auf dem Gebiet „der Propaganda, Gegenpropaganda, Kompromittierung, Diskreditierung, Desorientierung" unter anderem „gegen die sudetendeutschen Revanchisten" vereinbart.[42] Aufgrund dieser Vereinbarung entstand auch die 1960 in Prag herausgegebene 70-seitige Broschüre mit dem Titel *Die Unverbesserlichen*, in der neben vielen prominenten Funktionären der SL auch Karmasin mit einem Bild bei der „Parade einer ‚Ehrenabteilung'" der Parteiformation Freiwillige Schutzstaffel auftauchte.[43] Karmasin reagierte darauf gelassen und provozierend zugleich, indem er die Tschechoslowakische Militärmission in Westberlin um die Zusendung einiger Exemplare dieser Broschüre bat.[44]

Allerdings wurde die Situation für Karmasin nun auch aus anderen Gründen schwieriger. Auf die Anzeige des bekannten Frankfurter Rechtsanwalts Henry Ormond[45] hin leitete die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg im August 1959 Vorermittlungen gegen ihn ein.[46] Etwa ein Jahr später erfuhren die zuständigen Prager Behörden davon mittels einer Verbindung zwischen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und dem Verband der antifaschistischen Kämpfer (*Svaz protifašistických bo-*

---

40 Vgl. hierzu den Beitrag von Stefan Lehr in diesem Band sowie Pacner, Karel: Československo ve zvláštních službách. Pohledy do historie československých výzvědných služeb 1914–1989 [Die Tschechoslowakei in den besonderen Diensten. Einblicke in die Geschichte der tschechoslowakischen Nachrichtendienste 1914–1989]. Praha 2002, S. 650–662.

41 Vgl. Medvecký, Najtajnejšia kapitola (wie Anm. 20), S. 296.

42 Protokoll über Verhandlungen von Delegationen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und des Ministeriums des Innern der ČSR über die Vertiefung der operativen Zusammenarbeit vom 19.–21.03.1958, S. 4, als Digitalisat bereitgestellt auf der Webseite des Instituts zum Studium totalitärer Regime in Prag: URL: https://www.ustrcr.cz/data/pdf/projekty/mezinarodni-spoluprace/ndr/spolupr ace02de.pdf (03.03.2022).

43 O. A.: Die Unverbesserlichen. Praha 1960, S. 53–55.

44 Vgl. Medvecký, Najtajnejšia kapitola (wie Anm. 20), S. 296.

45 Vgl. Rauschenberger, Katharina; Renz, Werner: Einleitung. In: Dies. (Hg.): Henry Ormond – Anwalt der Opfer. Plädoyers in NS-Prozessen. Frankfurt/M. 2015, S. 7–29.

46 Vgl. StA München. Staatsanwaltschaften 34835/1, Bl. 1 f., 20 f.: Briefwechsel zwischen Henry Ormond und Oberstaatsanwalt Erwin Schüle. 03.08.1959 und 05.08.1959.



Franz Karmasin, der „Führer" der Deutschen in der Slowakei, wurde in Abwesenheit von einem tschechoslowakischen Gericht zum Tode verurteilt. Gegenwärtig lebt er — ebenso wie eine Reihe von andren Naziverbrechern — unbehelligt in der Deutschen Bundesrepublik. Auf dem Bild nimmt er die Parade einer „Ehrenabteilung" von Schlägern ab

Abb. 2: Bild und Text zu Karmasin in der propagandistischen Broschüre *Die Unverbesserlichen* (1960)

jovníků – SPB). Diese Gelegenheit wollte man unbedingt nutzen. Das Außenministerium forderte daher dringend:

> „Es ist notwendig, dass alle beteiligten tsch[echoslowakischen] Stellen nunmehr baldmöglichst sämtliches belastendes Material und Erkenntnisse über Karmasin sammeln, sodass das Material nach ordnungsgemäßer Auswertung einerseits im Rahmen der gerade in Vorbereitung befindlichen Publikation gegen den Witikobund benutzt werden könnte, andererseits über den SPB nach Ludwigsburg verschickt wird, wo daraufhin gegen Karmasin aller Wahrscheinlichkeit nach ein Gerichtsverfahren eröffnet würde."[47]

Auf diesen Strategiewechsel musste sich auch der Geheimdienst einstellen. Er erklärte sich damit einverstanden, kompromittierende Dokumente zu Karmasins Person und seiner früheren Tätigkeit zu veröffentlichen. Für die propagandistische Kampagne sollten nicht nur das Urteil von 1948 und die unzähligen Gesuche tschechoslowakischer Behörden um seine Auslieferung, sondern auch seine Artikel in der Zeitschrift *Der Sudetendeutsche* verwendet werden.[48] Außerdem schaltete sich die 2. Verwaltung des Innenministeriums – die Kontraspionage – ein. Sie begann, Karmasin unter dem

---

47 ABS. Sign. Z-10-P-15/1: Schreiben des Außenministeriums an das IM. 28.09.1960.
48 Vgl. A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/020: Schreiben der 1. Verwaltung des IM an das Studieninstitut des IM. 29.11.1960.

Operationsplan „Kafra" im Frühjahr 1961 zu bearbeiten.[49] Das Ziel dieses Einsatzes war primär nun nicht mehr, wie sich etwas später herausstellte, die Anwerbung Karmasins in die Dienste der StB, sondern seine Verhaftung zum Vollzug der immer noch gültigen Strafe.[50] Dazu bediente sich die Kontraspionage des früheren ungarischen Agenten „Utazó" – Franz Bednarczik, der nun unter dem Decknamen „Bernard" firmierte. Er sollte Karmasin mit der Aufgabe kontaktieren, im September 1961 ein Treffen mit dem Vertreter des tschechoslowakischen Geheimdienstes in Österreich zu arrangieren. Auch diese Zusammenkunft fand jedoch nicht statt. Bei einer nächsten Besprechung zwischen den beiden Männern, schlug Karmasin plötzlich vor, selbst am 20. Oktober nach Prag zu reisen. Als die Meldung darüber in der tschechoslowakischen Metropole eintraf, unterbreitete der zuständige StB-Offizier einen Vorschlag zur Verhaftung und anschließenden physischen Liquidierung Karmasins. Dazu kam es jedoch nicht.[51] Die Gründe dafür sind ganz klar: Auf der einen Seite hatte der tschechoslowakische Geheimdienst erste Verdachtsmomente, dass es sich bei „Bernard" um einen Doppelagenten handeln könnte.[52] Auf der anderen Seite erschien die Verhaftung Karmasins zu riskant und hätte der Tschechoslowakei einen nicht unerheblichen außenpolitischen Schaden zufügen können.

Darüber hinaus konnte eine solche Handlung die in Angriff genommene diplomatisch-propagandistische Aktion gegen Karmasin gefährden, die bereits Mitte Februar 1961 das Politbüro der Kommunistischen Partei der ČSSR beschlossen hatte.[53] Obwohl man in Prag von vornherein wusste, dass dem Hauptanliegen dieses Unternehmens – dem Antrag auf Auslieferung Karmasins – die Bundesregierung kaum stattgeben würde, wollten die tschechoslowakischen Behörden mit der Veröffentlichung von Dokumenten und Artikeln die öffentliche Meinung in Westdeutschland beeinflussen sowie Karmasin unter Druck setzen.[54] Zudem ließen sie die Anfragen aus der BRD, wie die des Rechtsanwalts Ormond, die um die Lieferung von Quellenmaterial nachsuchten, unbeantwortet.[55]

Die Offensive erreichte ihren Gipfel im Frühjahr/Frühsommer 1962. Zum einen wurden zwei Publikationen herausgegeben: eine von Jaroslav Novák unter dem Titel *Im Zeichen zweier Kreuze* (1.200 Exemplare davon wurden in der Bundesrepublik

---

49 Vgl. A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/100: Antrag der 2. Verwaltung des IM. 17.04.1961.
50 Vgl. ebd.: Vorschlag zur Anwerbung von Franz Karmasin als Auslandsagenten. 28.06.1961.
51 Vgl. Medvecký, Najtajnejšia kapitola (wie Anm. 20), S. 297 f.
52 Vgl. ABS. Sign. TS 637136 MV: Vorschlag zur Archivierung der Personalakte des Mitarbeiters „Bernard". 10.06.1969.
53 Vgl. Medvecký, Najtajnejšia kapitola (wie Anm. 20), S. 298.
54 Vgl. A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/100: Informationen über die Kampagne gegen Karmasin, Ďurčanský und Tiso.
55 Vgl. ebd.: Schreiben Henry Ormonds an den SPB. 18.09.1961; Schreiben der 7. Abteilung der 2. Verwaltung des IM an die Auslandsabteilung der Inneren Verwaltung des IM. 14.11.1961.

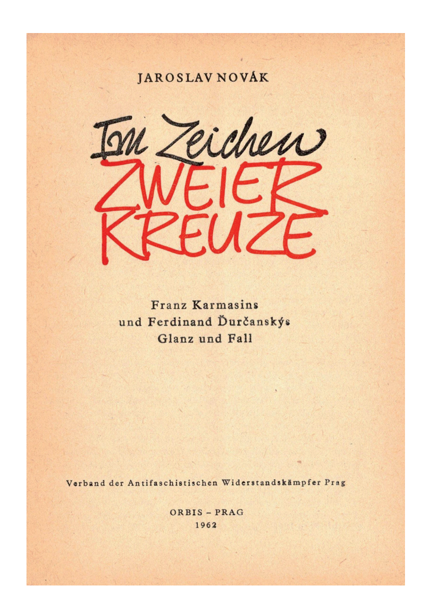


Abb. 3: Titelseite der Broschüre, die die Tschechoslowakei bei ihrem Gesuch um die Auslieferung Karmasins 1962 verwendete

vertrieben)[56] sowie eine zweite vom Mitarbeiter des Historischen Instituts der Slowakischen Akademie der Wissenschaften Ľubomír Lipták mit dem Titel *Franz Karmasin opäť na scéne* [*Franz Karmasin wieder auf der Szene*].[57] Zum anderen wurde der Dokumentarfilm *Odsúdený sa skrýva*... [*Der Verurteilte verbirgt sich*...] gedreht, an dem auch das MfS mitarbeitete.[58] Ende Mai erfolgte dann über die amerikanische Botschaft die Weiterleitung einer diplomatischen Note mit dem Auslieferungsantrag an die Bundesregierung, die aber ohne Erwiderung blieb.[59] Am 6. Juni erfolgte schließlich in Bratislava eine Pressekonferenz unter Beteiligung von Vertretern der Auslandspresse, auf der belastende Dokumente und der oben erwähnte Film präsentiert wurden.[60]

Unter solchen Umständen war es der StB klar, dass jeglicher Kontakt mit Karmasin die Tschechoslowakei schwer kompromittieren würde. Ein Bekanntwerden, dass ein sozialistisches Land mit einem Kriegsverbrecher politisch kooperierte, sollte auf jeden

---

56 Vgl. Novák, Jaroslav: Im Zeichen zweier Kreuze. Franz Karmasins und Ferdinand Ďurčanskýs Glanz und Fall. Praha 1962; A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/100: Informationen über die Kampagne gegen Karmasin, Ďurčanský und Tiso. Schreiben des Sekretariats des IM an die 1. Verwaltung. 02.06.1962.
57 Vgl. Lipták, Ľubomír: Franz Karmasin opäť na scéne [Franz Karmasin wieder auf der Szene]. Bratislava 1962.
58 Vgl. Medvecký, Najtajnejšia kapitola (wie Anm. 20), S. 299.
59 Vgl. PA AA. B83. Bd. 685: Note des tschechoslowakischen Außenministeriums an die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Prag. 29.05.1962; Schreiben des AA an den Bundesminister der Justiz. 20.09.1962.
60 Vgl. A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/100: Schreiben des Sekretariats des IM an die 1. Verwaltung. 02.06.1962; ABS. Sign. 325 – 69 – 3/120: Schreiben des SPB an die Tschechoslowakische Regierungskommission für die Verfolgung nazistischer Kriegsverbrecher. 12.01.1966.

Fall vermieden werden.[61] Dennoch schmiedete der Geheimdienst neue Pläne, als sich die angespannte Lage in den Monaten nach der Kampagne wieder beruhigte. Auf den Tisch des Innenministers gelangte Mitte Mai 1963 der Entwurf eines erneuten Versuchs der Anwerbung Karmasins. Die Prager Zentrale hatte immer noch Interesse an Informationen aus den Kreisen der SL und des Witikobundes (der als federführend „bei der Steuerung der ganzen Tätigkeit der sudetendeutschen Revanchisten" betrachtet wurde),[62] aber auch des Bundesnachrichtendienstes sowie anderer mit der inneren Sicherheit befasster Behörden und Institutionen in der Bundesrepublik.[63] Bei der Bekämpfung „der sudetendeutschen Revanchisten" sollte Karmasin eine Schlüsselrolle zufallen.[64] Doch die Realität blieb hinter den hohen Erwartungen der Geheimdienstler zurück. Auch die Ausübung eines gewissen Drucks durch die eventuelle Freigabe belastenden Materials gegen ihn an die bundesdeutsche Justiz half wenig.[65] Die Kontaktaufnahme in den folgenden Jahren brachte für die Tschechoslowakei keine nennenswerten Ergebnisse.[66] Daher entschied die 1. Verwaltung des Innenministeriums 1967 schließlich, die Zusammenarbeit mit Karmasin endgültig einzustellen.[67]

Nicht zuletzt barg die Aufrechterhaltung einer Verbindung mit Karmasin ein hohes politisches Risiko für die Bemühungen der Prager Dienststellen um seine Auslieferung. Im August 1965 hatte die tschechoslowakische Regierung ihre Forderung vom Mai 1962 wiederholt. Dieses Mal erhielt sie auch eine Antwort, die mit dem Verweis auf Karmasins deutsche Staatsangehörigkeit und das laufende Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft in München erwartungsgemäß negativ ausfiel.[68] Als Revanche dafür torpedierte Prag ein Rechtshilfeersuchen des Oberstaatsanwalts beim Landgericht München I um die Vernehmung von Zeugen und die Übersendung von Beweismaterial.[69] Dieser Stand blieb bis zum Tod Karmasins Ende Juni 1970 bestehen, als sich das Verfahren somit ohne Anklageerhebung erledigt hatte.[70]

---

61 Vgl. A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/100: Schreiben der 1. Verwaltung des IM an die 2. Verwaltung. 21.07. 1962.

62 A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/021: „Karla" – Vorschlag zur Kontaktaufnahme mit ausländischem Mitarbeiter. 16.05.1963.

63 Vgl. Medvecký, Najtajnejšia kapitola (wie Anm. 20), S. 299.

64 A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/021: Memorandum Agent „Karla". 16.05.1963.

65 Vgl. A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588/022: Mitarbeiter „Peterson" – Ausnutzung einer Privatreise nach Österreich – Entwurf. 17.06.1966.

66 Vgl. Medvecký, Najtajnejšia kapitola (wie Anm. 20), S. 300 f.

67 Vgl. A ÚPN. 1. SZNB. Nr. 41588: Aufzeichnung der 1. Verwaltung des IM. 06.12.1967.

68 Vgl. PA AA. B83. Bd. 685: Tschechoslowakische Note. 10.08.1965; Deutsche Note. 07.01.1966.

69 Vgl. StA München. Staatsanwaltschaften 34835/8, Bl. 249 f.: Schreiben der Tschechoslowakischen Regierungskommission für die Verfolgung nazistischer Kriegsverbrecher an die Zentrale Stelle in Ludwigsburg. 03.06.1967.

70 Vgl. Kyncl, Vojtěch: Bestie. Československo a stíhání nacistických zločinců [Die Bestien. Die Tschechoslowakei und die Verfolgung von Naziverbrechern]. Praha 2019, S. 236.

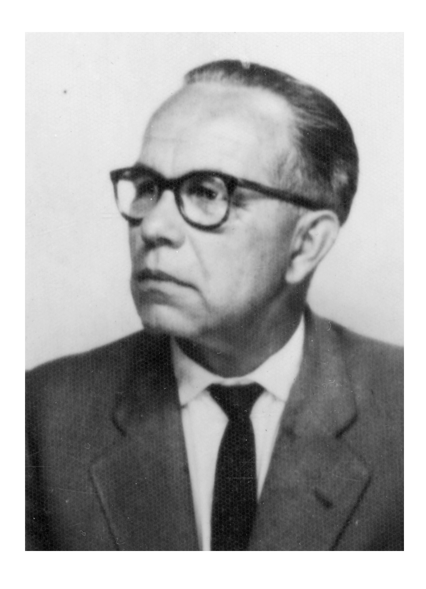


Abb. 4: Franz Karmasin in der Nachkriegszeit (ABS. MTH 21554 I. S zur Reg.-Nr. 41588/100 I. S)

Wie oben erwähnt, war im Fall Karmasin auch das MfS der DDR nicht unbeteiligt. Schon 1954 verfügte man in der Normannenstraße 22 in Ostberlin über einige Informationen über ihn, die sich jedoch später als völlig falsch herausstellten.[71] Ende 1962 erhielt die Hauptabteilung II des MfS eine Meldung über die Meinung der Einwohner des damaligen Wohnortes Steinebach/Wörthsee zu Karmasin. Demnach wurde er von den Einheimischen als „ein Mörder" betrachtet mit „viele[n] einflussreiche[n] Freunde[n] und eine[m] guten Posten bei Flüchtlingsorganisationen oder einer Landsmannschaft." Diese Auskunft wurde als überprüft an den tschechoslowakischen Geheimdienst weitergeleitet.[72] Im folgenden Jahr nahm die Stasi den früheren, in der DDR lebenden Fahrer Karmasins ins Visier. Seine Vernehmung brachte aber keine relevanten Informationen.[73] Das MfS muss noch mit weiteren Quellen gearbeitet haben, wie das von ihm miterstellte *Braunbuch* zeigt, in dem Karmasin als „Henker des Slowakischen Volkes" tituliert wird.[74]

71 Vgl. BArch Berlin. Ministerium für Staatssicherheit (MfS). AP 12715/76: Vermerk. 10.03.1954.
72 BArch Berlin. MfS. AP 6547/76: Vermerk der Hauptabteilung II an den Leiter der Abteilung X des MfS. 18.12.1962.
73 Vgl. BArch Berlin. MfS. AP 12715/76: Abschlussbericht Operativgruppe der Bezirksbehörde der Volkspolizei Halle (Salle). 02.12.1963.
74 Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands (Hg.): Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft. Berlin (Ost) 1965, S. 303 – 306, 310. Zum Hintergrund des ‚Braunbuchs' vgl. Amos, Vertriebenenverbände (wie Anm. 13), S. 190 – 194.

Fazit

Wie ist diese elfjährige, letztlich aber erfolglos bleibende Genese der Zusammenarbeit zwischen tschechoslowakischem Geheimdienst und Karmasin, die eigentlich eine Nichtkooperation war, zu bewerten? Die überlieferten Quellen zeigen, dass beide Seiten pragmatisch handelten. Für die Tschechoslowakei stellte Karmasins NS-Vergangenheit sowie seine Verurteilung offensichtlich kein Hindernis dafür da, ihn zu kontaktieren und anschließend anzuwerben. Sie kalkulierte vielmehr, ihn damit erpressen zu können. Zu Beginn der Kontaktaufnahme konnte dies Karmasin offenbar noch einschüchtern, wenn er sich etwa dahingehend äußerte, nicht wie der nationalistische slowakische Exilpolitiker Matúš Černák enden zu wollen, der 1955 Opfer eines Bombenanschlags des tschechoslowakischen Geheimdienstes geworden war.[75] Man kann aber ebenso nicht ausschließen, dass Karmasin diese Angst und seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit nur vortäuschte, um die Geheimdienstler auf Distanz zu halten. Etwas später – und das hing auch mit seinem Aufstieg in die Führungsriege des Witikobundes zusammen, die sich mit einer größeren Bekanntheit im öffentlichen Leben verband, – trat er gegenüber Agenten der tschechoslowakischen StB selbstbewusster auf und mied grundsätzlich jedes vereinbarte Treffen. Alle nachfolgenden Versuche, ihn anzuwerben, blieben ohne Erfolg. Karmasin ist nie ein Mitarbeiter des tschechoslowakischen Geheimdienstes geworden.

75 Vgl. dazu den Beitrag von Beata Katrebová Blehová in dieser Themenausgabe.

UNGARN

Ágnes Tóth

In der Gefangenschaft der Politik. Kontaktversuche zwischen ungarndeutschen Verbänden in Ungarn und der BRD (1960–1970)

Zusammenfassung: Die Studie stellt zunächst jene Sachverhalte vor, die die Situation der Ungarndeutschen in den ersten beiden Jahrzehnten der Ära des Sozialismus auf entscheidende Weise prägten. Anschließend sucht sie eine Antwort auf die Frage, welche Möglichkeiten die durch die Vertreibung endgültig zerrissene ungarndeutsche Gemeinschaft bzw. die sie vertretenden Organisationen (also der Demokratische Verband der Ungarndeutschen und die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn) hatten, Kontakte zu pflegen. Sie untersucht, wie die Vertreter der ausgesiedelten Deutschen und der in Ungarn verbliebenen deutschen Minderheit die Lage des jeweils anderen Teils der Ungarndeutschen beurteilten und was sie für die zentralen Probleme hielten, also welche Fragen sie bei ihren Unterredungen thematisierten. Schließlich zeigt sie auf, wie und mittels welcher Institutionen die Aktivitäten der Verbände durch die politische Macht überwacht bzw. kontrolliert wurden.

Schlagwörter: Demokratischer Verband der Ungarndeutschen; Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn; Beziehungen; Kontrolle der politischen Macht

Abstract: This study initially presents the circumstances that largely determined the situation of ethnic Germans in Hungary during the first two decades of communist rule. As the community was permanently torn apart by the post-war expulsions, a survey is made of the opportunities for contacts between the two parts of the community and their representative organizations (the Democratic Association of Hungarian Germans and the *Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn* [Homeland Association of Germans from Hungary]). The analysis examines how these representatives perceived the situation of the other part of the community. What did they consider to be the main problems and which issues did they address in their discussions? The study then turns to the efforts and institutional means of the authorities to control the activities of these organizations.

Keywords: Democratic Association of Hungarian Germans; *Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn*; relations; political control

Dr. Ágnes Tóth, Postfach 34, 1476 Budapest 100, Ungarn, toth.agnes@tk.hu

https://doi.org/10.1515/9783110795288-010

Einleitung

Gegenstand dieses Beitrages sind die Kontakte zwischen den Ungarndeutschen und ihren Organisationen in Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland in den ersten Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und die Überwachung dieser Kontakte durch staatliche Stellen. Dazu werden zunächst die Sachverhalte vorgestellt, die die Situation der Ungarndeutschen in der Ära des Sozialismus bis zum Beginn der 1970er Jahre auf entscheidende Weise prägten. Anschließend wird die Frage behandelt, welche Möglichkeiten die durch die Vertreibung endgültig zerrissene ungarndeutsche Gemeinschaft bzw. die sie vertretenden Organisationen (also der Demokratische Verband der Ungarndeutschen und die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn) besaßen, um gegenseitige Kontakte zu pflegen. Damit eng verknüpft stellt sich die Frage, wie und inwiefern die europäische Teilung, die Entwicklung der sogenannten deutschen Frage sowie die innen- und außenpolitischen Bestrebungen der betroffenen Staaten die Möglichkeiten dieser Kontaktpflege beeinflussten. Es wird untersucht, wie die Vertreter der ausgesiedelten Deutschen und der in Ungarn verbliebenen deutschen Minderheit die Lage des jeweils anderen Teils der Ungarndeutschen beurteilten und was sie für die zentralen Probleme hielten, also welche Fragen sie bei ihren Unterredungen thematisierten. Schließlich soll aufgezeigt werden, wie und mittels welcher Institutionen die Aktivitäten der Verbände durch die politische Macht überwacht bzw. kontrolliert wurden.

Die Rahmenbedingungen

Die gesellschaftliche Situation der deutschen Minderheit bzw. Nationalität in Ungarn wurde in den ersten beiden Jahrzehnten der sozialistischen Ära wesentlich durch die Strafaktionen geprägt, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Grundlage des Prinzips der Kollektivschuld gegen sie durchgeführt wurden. Als unmittelbare Folge der Enteignungen, der Beschränkung der Staatsbürgerrechte sowie der Internierungen und Vertreibung verloren die Angehörigen der deutschen Minderheit – Vertriebene und in Ungarn Verbliebene gleichermaßen – die Grundlagen ihrer Existenz.[1] Die Situation

1 Die ungarische Regierung siedelte im Zeitraum vom 19. Januar 1946 bis zum 30. Juni 1948 etwa 220.000 Ungarndeutsche aus. Die überwiegende Mehrheit der Ausgesiedelten gelangte in die von den Westmächten besetzten Gebiete Deutschlands (Nord-Württemberg, Nord-Baden, Bayern und Hessen), also in die spätere Bundesrepublik Deutschland, etwa 50.000 Personen in die sowjetische Besatzungszone (nach Sachsen), also in die spätere Deutsche Demokratische Republik. Vgl. zur Vertreibung ausführlich Fehér, István: A magyarországi németek kitelepítése 1945 – 1950 [Die Aussiedlung der Ungarndeutschen 1945 – 1950]. Budapest 1988; Tóth, Ágnes: Migrationen in Ungarn 1945 – 1948. Vertreibung der Ungarndeutschen, Binnenwanderungen und slowakisch-ungarischer Bevölkerungsaustausch. München 2001 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 12); dies.: Rückkehr nach Ungarn 1946 – 1950. Erlebnisberichte ungarndeutscher

der Ungarndeutschen war im Vergleich zur Lage der übrigen in Ungarn lebenden Minderheiten insbesondere in außenpolitischer Hinsicht eine ungewöhnliche.

Die überwältigende Mehrheit der Deutschen, die Ungarn verlassen mussten, waren auf das Territorium der späteren Bundesrepublik Deutschland ausgesiedelt worden. Die ideologische Konfrontation im Kalten Krieg zwischen beiden Staaten verhinderte Familienzusammenführungen und erschwerte den Kontakt zwischen den zerrissenen ungarndeutschen Familien und anderen Teilen der Gemeinschaft. Obwohl der ungarische Staat ab 1958 wechselseitige Familienbesuche erlaubte, betrachtete er die ausgesiedelten Deutschen – wie auch die in Ungarn lebenden Ungarndeutschen – als politisch unzuverlässig und behandelte sie als eine feindliche gesellschaftliche Gruppe. Die ungarische Staatssicherheit schenkte daher diesen Treffen bzw. den Kontakten innerhalb der zerrissenen ungarndeutschen Gemeinschaft besondere Aufmerksamkeit.

So wurden die aus der Bundesrepublik einreisenden Personen generell als Repräsentanten der westlichen Zersetzungspolitik und potenzielle Agenten des Bundesnachrichtendienstes betrachtet. Außerdem befürchtete der ungarische Staat, dass die in Ungarn verbliebenen Angehörigen der deutschen Nationalität, wenn sie von den Unterschieden hinsichtlich der Lebensumstände und des Lebensniveaus sowie von den durch das Lastenausgleichsgesetz[2] eröffneten Möglichkeiten erfahren würden, an ihren Wohnorten Unruhe schüren oder in größerer Zahl Anträge auf Ausreise stellen würden.[3] Erst Ende der 1960er Jahre gelangten die vertriebenen bzw. in Ungarn verbliebenen Deutschen aus dem Fadenkreuz der Staatssicherheitsdienste. Dies hing mit der vorsichtigen innenpolitischen Liberalisierung in Ungarn sowie mit der internationalen Entspannung zwischen Ost und West zusammen.

Bis Ende 1973, also bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ungarn, hatte der westdeutsche Staat nur sehr beschränkte Möglichkeiten, die Lage der in Ungarn lebenden deutschen Minderheit zur Sprache zu bringen und sich für ihre Interessen einzusetzen. Nach der Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 oblag es noch bis 1955 der französischen Gesandtschaft in Budapest, die westdeutschen politischen Interessen zu vertreten.[4] Ab Mitte der 1960er Jahre schuf dann die Eröffnung

Vertriebener. München 2012 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 43).

2 Zweck des am 14. August 1952 verkündeten Gesetzes war es, jenen Deutschen, die wegen des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen Vermögensverluste oder andere Nachteile erlitten hatten, zumindest teilweise eine Entschädigung zu gewähren.

3 Vgl. ausführlicher zur Veränderung des Feindbildes der ungarischen Staatssicherheit bzw. zur Überwachung der Familienbesuche Slachta, Krisztina: „Rokonlátogatók“. A magyarországi németek kapcsolatainak állambiztonsági ellenőrzése. Egy ellenségkép története [„Verwandtenbesucher“. Die Kontrolle der Beziehungen der Ungarndeutschen durch die Staatssicherheit. Geschichte eines Feindbildes]. Pécs-Budapest 2020.

4 Vgl. Magyar Nemzeti Levéltár Országos Levéltára, Budapest (MNL OL) [Staatsarchiv des Ungarischen Nationalarchivs, Budapest]. XIX-J-1-j-NSZK 77. t. [Aktengruppe]: Aufzeichnung. 03.01.1950; Lázár, György: Magyarország és Nyugat-Németország kapcsolatai 1945 és 1958 között [Die Beziehungen zwi-

der westdeutschen Handelsvertretung eine neue Situation. Deren Tätigkeit war allerdings auf die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen beschränkt, in konsularischen und anderen Angelegenheiten konnte sie – vorerst – nicht aktiv werden.

Währenddessen beobachtete auch das Auswärtige Amt von Anfang an die Entwicklung der Lage der ungarndeutschen Minderheit.[5] Das primäre Ziel der bereits seit Anfang der 1950er Jahre stattfindenden Verhandlungen über den bilateralen Handel war insbesondere die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen. Allerdings wurden seit Mitte der 1950er Jahre am Rande der Gespräche deutscherseits auch die Frage der Familienvereinigung und andere Probleme der deutschen Minderheit vorsichtig, aber kontinuierlich angesprochen. Die zurückhaltende Verfahrensweise des außenpolitischen Apparats wurde von den Bonner Ministerien, die sich mit der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen bzw. Ausgesiedelten befassten (also das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte sowie das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen), häufig, aber erfolglos kritisiert.[6]

Das Verhältnis der – mit Ungarn verbündeten – Deutschen Demokratischen Republik zur deutschen Minderheit in Ungarn war durch eine zweideutige Haltung gekennzeichnet. Zum einen schrieb die DDR der Minderheitenfrage aus ideologischen Gründen und aufgrund der Tatsache, dass es auf ihrem Territorium keine größere Zahl von Minderheitenangehörigen gab, keine besondere Bedeutung zu. Zum anderen war sie, um ihre staatliche Selbstständigkeit zu bekräftigen, daran interessiert, ihren Status als Mutterland für die in den ostmitteleuropäischen Ländern verbliebenen deutschen Minderheitengemeinschaften und den betroffenen Staaten in deutlicher Abgrenzung und Konkurrenz zur Bundesrepublik zu untermauern.

---

schen Ungarn und Westdeutschland zwischen 1945 und 1958]. In: Archivnet 5/2 (2005), S. 1–10. Über die Modalitäten der Ausreise ihrer in Ungarn verbliebenen Angehörigen wurden die Ausgesiedelten durch ihre Zeitung *Unsere Post* unterrichtet (O. A.: Wie können unsere Angehörigen aus Ungarn herauskommen? In: Unsere Post. 04.03.1949, S. 3). Einen ausführlichen Überblick über die westdeutsch-ungarischen Beziehungen im Untersuchungszeitraum bietet Schmidt-Schweizer, Andreas: Die westdeutsch-ungarischen Beziehungen im Zeitalter der bipolaren Weltordnung (1947–1990) / A magyar–nyugatnémet kapcsolatok a bipoláris világrend idején (1947–1990). Hamburg 2021; ders. (Hg.): Die politisch-diplomatischen Beziehungen in der Wendezeit 1987–1990. Berlin-Boston 2018 (Quellen zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn 1949–1990 3), S. 11–32.

5 Das Münchener Südost-Institut erstellte seit Anfang der 1950er Jahre regelmäßig zusammenfassende Berichte und Analysen über die Situation und zentralen Probleme der ungarndeutschen Minderheit für das Auswärtige Amt. Vgl. hierzu exemplarisch Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (PA AA). B39. Bd. 62 u. B42. Bd. 126: Personelle Änderungen in der ungarischen Regierung 1955–1966; PA AA. B42. Bd. 79: Deutsche Minderheit in Ungarn 1952–1964; PA AA. B42. Bd. 215: Lage der Bevölkerung in Ungarn 1955–1964; PA AA. B85. Bd. 197: Sozialwesen bei Tschechoslowakei und Ungarn 1954–1956; PA AA. B85. Bd. 958: Rückführung aus Ungarn 1954–1972.

6 Vgl. diesbezüglich PA AA. B 85. Bd. 958: Rückführung aus Ungarn 1954–1972; Tóth, Ágnes: Németek Magyarországon 1950–1970 [Deutsche in Ungarn 1950–1970]. Budapest 2020, S. 130–138 (eine deutsche Übersetzung ist in Vorbereitung).

Die Verbände in Ungarn und Deutschland

Die ersten Versuche des Deutschen Verbandes in Ungarn und der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn, miteinander in Kontakt zu treten, müssen vor dem Hintergrund der oben dargelegten Umstände betrachtet und analysiert werden. Zuvor sind allerdings noch einige Bemerkungen über die beiden Organisationen notwendig. In der ersten Hälfte der 1950er Jahre genehmigte die ungarische Regierung den Nationalitäten in ihrem Land, eigene landesweit tätige Organisationen zu gründen. Bei diesen Nationalitätenverbänden handelte es sich allerdings nicht um von den Betroffenen selbst demokratisch geschaffene und organisierte sowie über eine Mitgliederschaft und Autonomie verfügende Einrichtungen. Entsprechend den Erwartungen von Staat und Partei erfüllten sie vielmehr die Funktion eines ‚Transmissionsriemen'. Zentrale Aufgabe ihrer Leiter war es, den Ungarndeutschen die Politik der kommunistischen Partei zu vermitteln.

Am 1. Oktober 1955 wurde der Kulturverband der Deutschen Werktätigen in Ungarn (*Magyarországi Német Dolgozók Kulturális Szövetsége*) ins Leben gerufen.[7] Die sechs Anwesenden wählten mit Frigyes Wild einstimmig einen aus Rumänien stammenden Banater Schwaben zum Generalsekretär, der selbst kein Angehöriger der ungarndeutschen Gemeinschaft war, aber als Minderheitenangehöriger die sich aus dieser Existenzsituation ergebenden Schwierigkeiten kannte.[8] Die kommunistische Partei erwartete von ihm vor allem die Förderung der politischen Integration der Deutschen. Diese Aufgabe versuchte er getreu zu erfüllen. Er erkannte allerdings auch, dass er seinen Auftrag nur dann erfüllen konnte, wenn es ihm auch gelingen würde, zumindest bei einem Teil der akuten Probleme der Ungarndeutschen (Familienvereinigung, Rückgabe beschlagnahmter Häuser und Pflege familiärer Kontakte) Erfolge zu verbuchen. Dieser Umstand bedeutete auch, dass er über eine gewisse Verhand-

---

7 Die Organisation wurde im September 1956 umbenannt in Demokratischer Verband der Deutschen Werktätigen (*Német Dolgozók Demokratikus Szövetsége*) und im April 1969 in Demokratischer Verband der Ungarndeutschen (*Magyarországi Németek Demokratikus Szövetsége*). Diese Umbenennungen signalisierten auch Veränderungen bezüglich der Organisation, den Aufgaben und den Kompetenzen des Verbandes sowie hinsichtlich seiner Beurteilung durch die Partei- und Staatsmacht. Im Folgenden verwende ich für die Organisation den Sammelbegriff ‚Deutscher Verband'.

8 Frigyes Wild (1910 – 1990), der den Deutschen Verband bis 1974 fast zwei Jahrzehnte lang führte, hatte die Schule im rumänischen Weißenburg (Alba Iulia/Gyulafehérvár) besucht und in Wien und Klausenburg (Cluj-Napoca/Kolozsvár) studiert. Von 1940 bis 1944 unterrichtete er am Gymnasium in Neumarkt am Mieresch (Târgu Mureș/Marosvásárhely), bevor er einberufen wurde. Nach seiner Heimkehr wurde er 1947 Lehrer und später Schuldirektor im ungarischen Deutsch-Jula (Gyula/Giula) und 1954 Lehrstuhlleiter am Fremdsprachenlektorat der Technischen Universität von Weißbrünn (Veszprém). Seit 1948 war er Mitglied der Ungarischen Kommunistischen Partei, später der Partei der Ungarischen Werktätigen und der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei sowie von 1958 bis 1975 Parlamentsabgeordneter. Vgl. Treszl, Anton: Wer ist wer? Erstes ungarndeutsches Biographielexikon. Grünstadt 1993, S. 175.

lungsposition gegenüber der eigenen Regierung und den führenden Parteifunktionären verfügte.

Die ersten Verbände der aus Ungarn ausgesiedelten Deutschen wurden bereits 1949 ins Leben gerufen. In Stuttgart wurde unter der Leitung von Ludwig Leber die Ungarndeutsche Landsmannschaft (UDL) gegründet,[9] in München die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn (LDU), in der Heinrich Reitinger[10] die entscheidende Rolle spielte.[11]

Möglichkeiten und Bedingungen der Kontaktpflege ab 1960

Seit Anfang der 1960er Jahre reisten die Verbandsleiter oder einzelne, über Ortskenntnisse und ein umfangreiches Beziehungsnetz verfügende Mitglieder – darunter Josef Kungl, Friedrich Spiegel-Schmidt, Herbert Adam oder Wilhelm Kornfuss – nach Ungarn, um Informationen über die Lage der dort lebenden Deutschen zu sammeln. Die Besucher trafen sich in den verschiedenen, von Deutschen bewohnten Siedlungen Ungarns mit Geistlichen, Lehrern und örtlichen Funktionsträgern und bildeten sich so eine Meinung über die Probleme der deutschen Minderheit, wie die Zurücknahme der früheren Regierungsversprechen bezüglich der Hausrückgaben, die schleppende Entwicklung des Nationalitätenunterrichts, die Schwierigkeiten bei der Tätigkeit örtlicher Kulturgruppen, das Verbot der Unterstützung von Kriegerwitwen durch die Bundesrepublik sowie die Behinderung von Familienzusammenführungen. Daneben suchten die Einreisenden aus realpolitischen Erwägungen auch Kontakt zu den Ver-

9 Ludwig Leber (1903–1974) war Jurist und Politiker und hatte bereits 1946 die ungarndeutsche Zeitung *Unsere Post* gegründet. 18 Jahre lang war er Abgeordneter der CDU im baden-württembergischen Landtag. Vgl. Treszl, Wer ist wer? (wie Anm. 8), S. 93 f.

10 Heinrich Reitinger (1919–2000) hatte während des Krieges eine aktive Rolle im Volksbund der Deutschen in Ungarn gespielt. Von 1945 bis 1947 war er Ungarn-Referent des Bayerischen Roten Kreuzes, später Mitarbeiter in der Hilfsorganisation der Evangelischen Kirche. Seit 1950 übte er verschiedene Funktionen in der LDU aus und wurde 1957 zu ihrem Sprecher gewählt, als der er viel im Interesse der deutsch-ungarischen Annäherung unternahm. Vgl. Treszl, Wer ist wer? (wie Anm. 8), S. 128 f.; Rudolph, Hartmut: Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972. Bd. 1: Kirchen ohne Land. Göttingen 1984, S. 189.

11 Die Fusion von LDU und UDL erfolgte erst Jahrzehnte später durch die Gründung der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn – Bundesverband e.V. am 22. November 1980 in Stuttgart. Über die Tätigkeit und das Verhältnis der Organisationen stehen bislang nur sehr bruchstückhafte Informationen zur Verfügung. Einen Überblick über das Verhältnis zwischen der LDU und dem ungarischen Staat liefert Schmidt-Schweizer, Andreas: Das Verhältnis zwischen der bundesdeutschen „Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn" und dem kommunistischen Ungarn (1951–1989). In: Seewann, Gerhard (Hg.): Diversität und Konflikt im 19. und 20. Jahrhundert. Regensburg 2019 (Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München 139), S. 225–246.

tretern des offiziellen Ungarn, beispielsweise über das Institut für Kulturbeziehungen, Zeitungen, Ministerien usw. Zum einen halfen ihnen die von diesen Personen erhaltenen Informationen, sich zu orientieren, zum anderen lag es in ihrem existenziellen Interesse, dass die Tätigkeit der Landsmannschaft auch in diesen Kreisen akzeptiert wurde, weil sie nur so erreichen konnten, dass der Deutsche Verband die notwendigen Genehmigungen von Staat und Partei zur Kontaktaufnahme erhielt. Zu einem ersten informellen Treffen kam es im Herbst 1962, und zwar zwischen Frigyes Wild und Josef Kungl.[12] Die in den folgenden Jahren regelmäßig stattfindenden Begegnungen kamen zustande durch Vermittlung von János Nemes, einem Mitarbeiter der Zeitung *Népszabadság* (Volksfreiheit),[13] und mit Genehmigung von dessen Chefredakteur Zoltán Komócsin, der Mitglied im Zentralkomitee und Politbüro der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei war.[14] Bei den Treffen wurde in erster Linie über die praktische Arbeit des Deutschen Verbandes, die Schulfrage und die Tätigkeit der Kulturgruppen gesprochen.

Parallel zur vorsichtigen Öffnung des ungarischen Staates gegenüber den Landsmannschaften kam es immer wieder zu Konsultationen zwischen den Leitern des Deutschen Verbandes und den Mitarbeitern des ungarischen Außenministeriums. Zentrale Themen waren dabei die Aktivitäten der Bundesrepublik unter den Ungarndeutschen, die Auswirkungen der Kontakte zwischen den zerrissenen Familien, die Beurteilung der Volksrepublik Ungarn, die Aktivitäten der Vertriebenenverbände und die Unterstützung der außenpolitischen Bestrebungen der DDR. Obwohl sich das Misstrauen seitens Ostdeutschlands, das sich nach der Revolution von 1956 besonders auf kulturellem Gebiet offenbarte, zum Beginn der 1960er Jahre abschwächte, war das Verhältnis der beiden Staaten auch weiterhin von Distanz geprägt. Um die politischen Beziehungen zu verbessern, hielt es die ungarische Seite für notwendig, ihre Politik gegenüber der Bundesrepublik kontinuierlich mit Ostberlin abzustimmen. Außerdem sagte sie der DDR aktive Hilfe beim Abschluss eines Friedensvertrags, bei der Lösung der Berlin-Frage und beim Kampf um die Überwindung der außenpolitischen Isolierung zu. Als Teil der koordinierten Politik gegenüber der Bundesrepublik stellte das ungarische Innenministerium eine detaillierte Dokumentation über die Aktivitäten der einstigen ungarischen Volksbund-Führer zusammen, die in Westdeutschland in verschiedenen Organisationen bzw. Institutionen tätig waren (Landsmannschaften, Länderparlamente und örtliche Verwaltung). Diese Dokumentation wurde auch dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Ostberlin zugeschickt.[15]

---

12 MNL OL. XXVII-I-1. Schachtel 34: Schreiben von Josef Kungl an János Nemes. 16.07.1962.

13 János Nemes (1921–2012) war Journalist und arbeitete seit 1954 als Chefredakteur der politischen Sendungen des ungarischen Rundfunks. Von 1957 bis 1973 war er Redakteur der Zeitschrift *Népszabadság* bzw. ihr Berliner und Moskauer Korrespondent. Von 1973 bis 1990 arbeitete er als Chefredakteur der deutschsprachigen *Budapester Rundschau*.

14 Zoltán Komócsin (1923–1974) war von 1961 bis 1965 Chefredakteur der Zeitung und seit 1957 zunächst Mitglied und dann Sekretär des Zentralkomitees sowie seit 1962 Mitglied des Politbüros.

15 Vgl. MNL OL. XIX-J-1-j-NDK 4.b. t. 003455/1961; MNL OL. XIX-J-34-b 16.d. t. 3/48/1961.

Sowohl die ostdeutsche als auch die ungarische Diplomatie betrachtete die Ungarndeutschen als eine besondere Zielgruppe der bundesdeutschen Politik. In diesem Kontext kam der Frage der Kontakte innerhalb der zerrissenen Familien eine besondere Bedeutung zu. Auch die Mitarbeiter des Deutschen Verbandes selbst sammelten Informationen über die Kontakte der getrennten Familien. Nach mehrfachem Drängen von Frigyes Wild sandte der Verband im März 1966 an die Kulturabteilung des Zentralkomitees einen Bericht über die westdeutsche Unterminierungspolitik und ihre Wirkung auf die Ungarndeutschen.[16] Wild teilte darin im Wesentlichen nur die jedermann bekannten Tatsachen mit, die er aber gemäß den politischen Erwartungen auslegte. Ein Teil der ihre Heimat besuchenden Vertriebenen würden – so Wild – danach streben,

> „den Glauben an unser System bei unseren rechtschaffenen Werktätigen zu erschüttern. Sie unterschätzen unsere Leistungen und zeichnen ein übermäßig positives Bild über das Lebensniveau in ihrer [westdeutschen] Heimat, über ihre wirtschaftliche Lage sowie über die Möglichkeiten, die ihrer Meinung nach das kapitalistische System allen Menschen bietet."[17]

Personen, die für längere Zeit zu Familienbesuchen aus Ungarn ausreisen würden, insbesondere solchen mit einem technischen Abschluss, hätte man Arbeitsmöglichkeiten angeboten, ihre Reisekosten erstattet und auch andere Beihilfen organisiert. Die Interpretation der materiellen Unterschiede seitens der Betroffenen, die Solidarität der Familienmitglieder, die helfenden Gesten der Vertriebenen für ihre Heimatdörfer und die in den Publikationen der Landsmannschaften veröffentlichten Nachrichten seien – so die Auslegung von Wild – Teil der westdeutschen revanchistischen und subversiven Politik. Das Bild, dass sich aus der Kenntnis einzelner Fälle heraus abzeichne, sei allerdings wesentlich differenzierter. Diejenigen Ungarndeutschen, die die Bundesrepublik besuchen würden, sähen im Vergleich zu Ungarn nicht nur die besseren materiellen Umstände und Möglichkeiten ihrer Familienangehörigen, sondern auch die Schattenseiten, wie das Gefühl der Fremdheit und der Ablehnung durch die Mehrheitsgesellschaft. Diesbezüglich schrieb Wild:

> „Die Rechnungen der ausgesiedelten Schwaben gehen [zwar] wirtschaftlich auf, politisch gelten sie aber auch heute noch in gewissem Maße als Menschen zweiter Klasse. Die Reichsdeutschen sehen in ihnen keine vollwertigen Deutschen, für sie sind die Ausgesiedelten eigentlich keine Reichsdeutschen, sondern nur Volksdeutsche. [...] Das Lebensniveau ist dort im Allgemeinen höher als bei uns, zugleich sehen sie aber auch, dass man für alles viel besser arbeiten muss als bei uns."[18]

---

16 Vgl. MNL OL. M-KS 288. f. 35. cs. [Bestandsgruppe] 6. ő. e. [Aufbewahrungseinheit]. 22.03.1966. Im Folgenden fasse ich die Erfahrungen des Deutschen Verbandes anhand dieses Dokuments zusammen. Die einzelnen Aussagen werden nicht gesondert annotiert.

17 Ebd.

18 Ebd.

In seiner Zusammenfassung hob der Generalsekretär des Deutschen Verbandes hervor, dass von denjenigen, die zu Verwandtenbesuchen ausgereist seien, fast niemand dort geblieben sei.[19] Die ihre Heimat besuchenden Ungarndeutschen wiederum hätten gerne an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen und die Zeichen der Entwicklung und des Wandels in Ungarn positiv bewertet. Es ist beachtenswert, dass das ungarische Außenministerium den Bericht des Generalsekretärs auch der ostdeutschen Botschaft in Budapest zusandte und sie zudem kontinuierlich über die Einladungen, die von Reitinger eintrafen, informierte.[20]

Intensivierung der Kontakte

Ende der 1960er Jahre intensivierte die Landsmannschaft die von ihr organisierten Studienreisen nach Ungarn. Möglich wurde dies durch die vorsichtige, von Wirtschaftsreformen begleitete bzw. motivierte Liberalisierung der ungarischen Innenpolitik, durch die seit 1966/67 sich abzeichnenden außenpolitischen Kurskorrekturen der Großen Koalition bzw. des Außenministers Willy Brandt sowie durch die europäischen Entspannungsprozesse. Im Januar 1969 kam es zur ersten offiziellen Unterredung zwischen Frigyes Wild und einem Repräsentanten der LDU. Wilhelm Kornfuss sprach für die LDU auch mit Tibor Fekete, dem für Minderheitenangelegenheiten verantwortlichen Abteilungsleiter im Unterrichtsministerium. Fekete ermöglichte es ihm, sich in Frankenstadt (Baja) über die Situation am Gymnasium der deutschen Nationalität zu informieren.[21] Hierauf lud Heinrich Reitinger Frigyes Wild in einem offiziellen Schreiben nach Backnang in Baden-Wüttemberg ein[22] und ersuchte ihn, einen Vortrag über die Lage der Deutschen in Ungarn zu halten.[23] Wild

19 Diese Erfahrung bekräftigt auch die Tatsache, dass die Einschätzung der Landsmannschaft, nach der 40.000 bis 50.000 Personen deutscher Nationalität aus Ungarn in die Bundesrepublik übersiedeln wollten, falsch war. Vgl. PA AA. B42. Bd. 79: Schreiben von Heinrich Reitinger an das Auswärtige Amt. 12.02.1964; Schmidt-Schweizer, Das Verhältnis (wie Anm. 11), S. 234.

20 Vgl. PA AA. MfAA C 629/76, S. 45–47: Einschätzungen, Informationen und Aktenvermerke über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Ungarn und der BRD 1962–1973.

21 Vgl. PA AA. B39. Bd. 50, S. 409–412: Schreiben Heinrich Reitingers an das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen. 11.02.1969.

22 Backnang gilt als eines der kulturellen Zentren der Ungarndeutschen in der Bundesrepublik, für die es seit 1971 auch eine Patenschaft unterhält. Vgl. Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum: Backnang, URL: http://www.danube-places.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=82&Itemid=178&lang=de (20.01.2022).

23 Nachdem Wild die Einladung vom 12. Mai 1969 unter Berufung auf Krankheitsgründe abgesagt hatte, erneuerte Reitinger die Einladung am 29. Juli 1969. Dabei betonte er, dass „jede Gelegenheit genutzt werden muss, dass wir nach Möglichkeit zusammenarbeiten und wir dadurch dem Frieden nicht nur zwischen dem deutschen und dem ungarischen Volk, sondern auch dem Weltfrieden dienen." MNL OL. XXVIII-I-1. Schachtel 33: Schreiben von Heinrich Reitinger an Frigyes Wild. 29.07.1969. Eine Kopie der Korrespondenz findet sich bezeichnenderweise auch in einer Akte des ungarischen Geheimdienstes. Vgl. Schmidt-Schweizer, Das Verhältnis (wie Anm. 11), S. 237.

lehnte die Einladung nach einer Konsultation mit Mitarbeitern des Außen-, Innen- und Kultusministeriums ab, hielt die Zurückweisung der Einladung aber nicht für richtig:

> „Meine Meinung ist, dass wir die bisherige Steifheit lockern müssten, wir dürfen nicht ständig in der Defensive bleiben, sondern wir müssen jene politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Instrumente nutzen, die uns zur Verfügung stehen und deren Dokumentierung dazu in der Lage ist, unsere volksdemokratische Ordnung zu stärken.“[24]

Insbesondere beanstandete er, dass die Nationalitäten-Tanzgruppen der Ungarndeutschen mehrmals eine Einladung für ein Gastspiel in der Bundesrepublik erhalten hätten, diese aber nicht hätten annehmen dürfen.[25]

Ein gemeinsames Treffen mit der Landsmannschaft, das vom 27. bis 29. Juni 1969 in Murrhardt bei Stuttgart abgehalten wurde, fand ebenfalls ohne Frigyes Wild statt. Heinrich Reitinger betonte in seiner Eröffnungsansprache zu der Veranstaltung, die in einer fachlich-besonnen Atmosphäre verlief, dass es nicht das Ziel der Landsmannschaft sei, alte Wunden aufzureißen, sondern den in Ungarn verbliebenen Mitgliedern der Gemeinschaft zu helfen und die Kontakte zu intensivieren. Er erklärte, dass die Landsmannschaft keine Rückkehr der ausgewiesenen und geflüchteten Personen wolle, die Familienzusammenführung aber weiterhin betreibe. Er setzte sich für die Intensivierung der persönlichen Kontakte sowie für eine kraftvollere materielle und kulturelle Unterstützung der in Ungarn lebenden Deutschen ein. Außerdem äußerte er sich anerkennend über die Tätigkeit des Deutschen Verbandes in Ungarn und die Rolle von Frigyes Wild. Als Hauptaufgaben der folgenden Jahre nannte er die Bereitstellung von Büchern bzw. Literatur für den Unterricht der Ungarndeutschen und zur Pflege ihrer Sprache, die materielle Hilfe für Kriegerwitwen sowie die Unterstützung des Zugangs zu Förderungen durch die Bundesrepublik.[26] Während der Konferenz wurde zwar auch die Vertreibung und die Frage der Familienvereinigungen an-

24 MNL OL. XXVIII-I-1. Schachtel 33: Schreiben von Frigyes Wild an Imre Villányi, Abteilungsleiter im Außenministerium. 27.10.1969.

25 Ebd. Die Einladung einer ungarndeutschen Tanzgruppe durch den Bürgermeisten von Wernau bei Stuttgart im Jahr 1969 lehnte das Kultusministerium mit dem Argument ab, dass dahinter in Wirklichkeit die Landsmannschaft stehe. Selbst im Herbst 1971, als in München ein internationales Volkstanzfestival abgehalten wurde, delegierte Ungarn keine deutschen Tanzgruppen dorthin. Wild protestierte gegen die Entscheidung und beklagte die Diskriminierung der deutschen Nationalitäten-Tanzgruppen. Er ersuchte das Ministerium darum, zumindest zu ermöglichen, dass die Gruppen die aus der Bundesrepublik eintreffenden Einladungen annehmen dürften (vgl. MNL OL. XXVIII-I-1. Schachtel 33: Schreiben von Frigyes Wild an László Kővágó, Abteilungsleiter im Kultusministerium. 11.05.1971). Ausdrücklich unter Berufung auf die Neue Ostpolitik der Bundesregierung unter Willy Brandt erlaubte es die ungarische Regierung Anfang 1970 allerdings, dass auf die Einladung der Landsmannschaft ein in Originaltracht gekleidetes Paar zum Landesschwabenball ausreisen durfte. Vgl. Schmidt-Schweizer, Das Verhältnis (wie Anm. 11), S. 238.

26 Vgl. PA AA. B42. Bd. 285 II A, S. 226 – 231: Aufzeichnung von fünf Referenten über die Konferenz der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn. 01.07.1969.

gesprochen, im Gegensatz zu früher aber lediglich zugunsten einer positiven Beurteilung der bereits eingereichten Anträge argumentiert.[27] Reitinger bedankte sich des Weiteren bei der Bundesregierung für ihre bisherige Unterstützung, ersuchte sie aber auch um weitere dringende und kraftvolle materielle Hilfe, um den Verband erfolgreicher und intensiver in die Kulturarbeit der Ungarndeutschen einbinden zu können. Gleichzeitig beanstandete er, dass die bundesdeutsche Regierung die Ziele der Landsmannschaft nicht hinreichend unterstütze oder ihnen gleichgültig gegenüberstehe.[28]

Auch 1970 setzten Mitglieder der Landsmannschaft – Josef Kungl und Friedrich Spiegel-Schmidt – ihre Studienreisen nach Ungarn mit der gewohnten Intensität fort. Neben der Beschaffung von Informationen war das Hauptziel auch weiterhin die Einladung von Frigyes Wild bzw. die Aufnahme offizieller Kontakte zum Deutschen Verband. Dies war auch das zentrale Thema bei den Besprechungen im Auswärtigen Amt am 20. April 1971.[29] Im Gegensatz zu früher hielten die Mitarbeiter des Außenministeriums nun die Ungarn-Besuche der Landsmannschaft für durchaus wünschenswert. Mittels ihrer persönlichen Kontakte konnten sie dem Auswärtigen Amt nämlich Informationen übermitteln, zu denen die Mitarbeiter der Handelsvertretung keinen Zugang hatten. Gleichzeitig wurde seitens des Außenministeriums aber beanstandet, dass die Landsmannschaft trotz des ausdrücklichen Ersuchens des Auswärtigen Amts ihre Reisen nicht mit diesem abstimme und auch nicht in Kontakt mit der Handelsvertretung in Budapest trete. Eine finanzielle Unterstützung der Reisen wurde daher nur im Falle vorheriger Abstimmung zugesagt.

Die Vertreter der Landsmannschaft hoben hervor, dass die ungarische Regierung einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik offener als früher gegenüberstehe. Diese werde auch dadurch erleichtert, dass es zwischen Ungarn und Deutschland keine ungeklärten Gebietsansprüche gebe. Reitinger betonte außerdem die entscheidende Vermittlerrolle der Landsmannschaft bei der Intensivierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Diese Auffassung beruhte ganz offensichtlich auf einer falschen Lageanalyse, die den Einfluss der Landsmannschaft überbewertete und davon ausging, dass bei der Entwicklung der (west-)deutsch-ungarischen Beziehungen in erster Linie die Interessen der Ungarndeutschen Berücksichtigung finden müssten.

---

27 Die eine erweiterte Familienzusammenführung bezweckenden früheren Bestrebungen der Landsmannschaft und ihre vormaligen umfassenden Umsiedlungspläne waren nicht nur in realpolitischer Hinsicht zum Scheitern verurteilt, es gab auch seitens der in Ungarn lebenden Deutschen kaum ein diesbezügliches Verlangen. Vgl. Schmidt-Schweizer, Das Verhältnis (wie Anm. 11), S. 234.

28 Vgl. PA AA. B42. Bd. 285 II A, S. 226–231: Aufzeichnung von fünf Referenten über die Konferenz der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn. 01.07.1969.

29 Teilnehmer waren jeweils ein Mitarbeiter des Innen- und des Außenministeriums, Heinrich Reitinger und Josef Kungl. Vgl. PA AA. B39. Bd. 24, S. 114–118: Aufzeichnung über die Gespräche mit Vertretern der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn im Auswärtigen Amt. 20.04.1971.

Die Vertreter des Auswärtigen Amts unterstützten währenddessen die Vorstellung, dass die Bundesrepublik auf kulturellem Gebiet versuchen sollte, ihr Angebot (Bücher, Filme, Einladung von Künstlergruppen usw.) sowohl mit Blick auf die deutsche Minderheit als auch auf die gesamte ungarische Gesellschaft auszuweiten. Hauptziel sei es dabei, die Hegemonie der DDR auf diesem Gebiet zu brechen.[30] Darüber hinaus befürworteten sie den Vorschlag der Landsmannschaft, Frigyes Wild und andere kompetente Personen zu Vortragsreisen in die Bundesrepublik einzuladen.[31] Reitinger hob in diesem Zusammenhang hervor, dass der Empfang in Westdeutschland warm und freundlich, wenn auch nicht übertrieben sein müsse. Eine unverhältnismäßig starke Präsentation in der Presse würde nämlich als bezeichnend für das Verhältnis der Bundesrepublik zum gesamten Ostblock ausgelegt werden und könnte den Widerstand der DDR hervorrufen. Die Besuchskosten sollten vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden.

Zu einem Besuch von Wild und einer offiziellen Kontaktaufnahme zwischen dem Deutschen Verband und der Landsmannschaft kam es aber dennoch nicht. Obwohl es infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern im Dezember 1973 zu einem dynamischen Aufschwung in den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen kam, erhielt der Deutsche Verband dennoch die Anweisung, nur zu Organisationen Kontakt aufzunehmen, die politisch als loyal galten – wozu die Landsmannschaft nicht gezählt wurde. Auch sollte dies nur gelegentlich und nicht auf eigene Initiative geschehen. Stattdessen sollte man die kulturellen Kontakte zur DDR weiter pflegen.[32]

Fazit

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Leiter der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn und des Deutschen Verbandes durchaus an der Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls und der Wahrung der familiären Beziehungen arbeiteten und dabei politische und persönliche Konflikte in den Hintergrund drängten oder sogar unterdrückten. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen wurde dadurch erschwert, dass die Angehörigen der durch die Vertreibung zerrisse-

30 Vgl. ebd. Ausführlich zur Frage der deutsch-deutschen kulturellen Konkurrenz in Ungarn vgl. Schmidt-Schweizer, Andreas: A hidegháború és a német kérdés ütközőzónájában. A Magyar Népköztársaság és a két német állam közti kulturális kapcsolatok (1949 – 1989) [Im Spannungsfeld von Kaltem Krieg und deutscher Frage. Die Kulturbeziehungen zwischen der Volksrepublik Ungarn und den beiden deutschen Staaten (1949 – 1989)]. In: Történelmi Szemle 61/4 (2019), S. 703 – 729.

31 Wild selbst schlug Kungl im November 1970 vor, nicht nur ihn, sondern auch László Kővágó, den für Nationalitätenangelegenheiten verantwortlichen Abteilungsleiter im Unterrichtsministerium, einzuladen, weil dann die Chance größer wäre, dass er eine Reisegenehmigung erhalten würde. Vgl. PA AA. B39. Bd. 24, S. 114 – 118: Aufzeichnung über die Gespräche mit Vertretern der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn im Auswärtigen Amt. 20. 04. 1971.

32 Vgl. Schmidt-Schweizer, Das Verhältnis (wie Anm. 11), S. 239.

nen ungarndeutschen Gemeinschaft in zwei Staaten lebten, die zu antagonistischen politischen Lagern gehörten. Tatsache ist aber auch, dass das Zusammenleben der deutschen Minderheit und der ungarischen Mehrheitsgesellschaft in den vorangegangenen Jahrhunderten relativ konfliktfrei gewesen war und dies die Wiederaufnahme der Kontakte erleichterte.

Keiner der beiden Verbände konnte seine Beziehungen auf autonome Weise gestalten, beide waren vielmehr den jeweiligen außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik bzw. Ungarns und dem Verhältnis der beiden Staaten zueinander untergeordnet. Beide Verbandsleiter – sowohl Heinrich Reitinger als auch Frigyes Wild – kämpften dafür, dass der jeweilige außenpolitische Apparat sie persönlich und die von ihnen geleiteten Organisationen als Partner anerkannte. Auch die Landsmannschaft erhielt erst nach großen Anstrengungen die Unterstützung des Auswärtigen Amts für ihre Ziele und verfügte keinesfalls über diejenige Position, die sie für sich beanspruchte. Im Fall des Deutschen Verbandes kann gar nicht von der Existenz eines Spielraums gesprochen werden. Frigyes Wild musste sich auch in geringfügigen Angelegenheiten eine Genehmigung bei den zahlreichen vorgesetzten Behörden beschaffen, um überhaupt agieren zu können. Über beide Führungspersönlichkeiten kann gesagt werden, dass sie durchaus versuchten, bei der Gestaltung ihrer Beziehungen den Spielraum und die Möglichkeiten der jeweils anderen Seite zu berücksichtigen.

Das Verhältnis der beiden Organisationen zueinander muss dabei als asymmetrisch betrachtet werden. Es besteht kein Zweifel, dass die wirtschaftliche, politische und kulturelle Situation der in Ungarn verbliebenen Deutschen wesentlich schlechter war als die der Vertriebenen in Westdeutschland. Das heißt, dass nur Letztere den Ersteren Hilfe anbieten konnten. Zugleich ist auffällig, dass selbst bei informellen Unterredungen – auch seitens der Betroffenen selbst – die Lebensumstände der Vertriebenen in der Bundesrepublik oder die – vor allem kulturellen – Schwierigkeiten ihrer Integration nicht thematisiert wurden.

Den Familienbesuchen der Vertriebenen und den Kontakten der beiden Organisationen wurde im Untersuchungszeitraum nicht nur seitens der Staatssicherheitsdienste besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Auch die verschiedenen Organe der kommunistischen Partei und das Außenministerium beobachteten sie intensiv. Die Kontrolle der Tätigkeit von Frigyes Wild und des Deutschen Verbandes führten diese Gremien mit der gleichen Wirksamkeit durch. Es ist bemerkenswert, dass die Person und die Aktivität von Wild einerseits streng überwacht, er selbst andererseits aber als ‚Beobachter' benutzt wurde, was seine gesammelten Berichte bzw. Mitteilungen über die lokalen Auswirkungen der Familienbesuche belegen.

Judit Klein

Überwachung von Medienschaffenden der deutschen Minderheit im kommunistischen Ungarn

Zusammenfassung: Diktaturen trauen ihrer Bevölkerung nicht. Sie versuchen, sie unter Kontrolle zu halten, auch mit Mitteln der Überwachung. Zwischen 1949 und 1989 baute der ungarische Staat, ähnlich wie die anderen Ostblockländer, eigene Kontrollstrukturen auf und aus. Unter anderem wurden die Angehörigen der deutschen Minderheit wie auch ihre Organisationen zu Zielobjekten der Beobachtung. Von besonderem Interesse waren die in den Medien der Minderheiten journalistisch Tätigen, da sie in ihrer nationalen Gemeinschaft bestens vernetzt und mobil waren. Sie wurden ausspioniert oder selbst angeworben. Diejenigen, die für die deutschsprachigen Medien arbeiteten, standen unter besonders intensiver Beobachtung, da mögliche Kontakte zur BRD als höchst verdächtig galten. Obwohl die Aufarbeitung der Materialien des Archivs der Ungarischen Staatssicherheit bislang nur mühsam verläuft und besonders zu den Medien der Minderheiten nur langsam Erkenntnisse an die Öffentlichkeit gelangen, zeigen neuere Forschungen, dass die Überwachung der deutschen Journalistinnen und Journalisten in Ungarn zwar ähnlich verlief wie die anderer Medien, erschwerend aber ihre möglichen Verbindungen zur BRD hinzukamen.

Schlagwörter: Deutsche Minderheit in Ungarn; Minderheitenmedien; Journalismus; Überwachung

Abstract: Dictatorships do not trust their citizens. They try to keep them under control, including by means of surveillance. Between 1949 and 1989 the Hungarian state, like other Eastern Bloc countries, built up and expanded its own control structures. Members of the German minority and their organizations, among others, became targets of observation. Those working as journalists in the minority media were of particular interest, as they were well networked and mobile within their national community. They were spied on or recruited themselves. Journalists from the German-language media were under particularly intense observation, as possible contacts with the FRG were considered highly suspicious. Although the materials of the Hungarian State Security Archive have only been preliminarily processed so far, and findings about the minority media in particular have been slow to reach the public, recent research shows that the surveillance of German journalists in Hungary was similar to that of other media, but they were of particular importance due to their possible connections to the FRG.

Keywords: German minority in Hungary; minority media; journalism; surveillance

Dr. Judit Klein, Kosciuszko Tádé u. 16, 1012 Budapest, Ungarn, klein.judit16@gmail.com

https://doi.org/10.1515/9783110795288-011

Einleitung

Die Überwachung der Öffentlichkeit und somit auch der Journalist*innen war als Teil der Kontrolle im Sozialismus selbstverständlich. Das Misstrauen des Staates gegenüber der Bevölkerung durchdrang das ganze Land. Im Falle der Minderheiten – und insbesondere der deutschen Minderheit – belegt dieses Verhalten, wie wenig das kommunistische System in Ungarn den eigenen Staatsbürger*innen traute und wie es versuchte, diese unter Kontrolle zu halten. In diesem Aufsatz möchte ich den Versuch unternehmen, Verbindungen zwischen den Medienschaffenden der deutschen Minderheit, den Verbänden ihrer Selbstorganisation und der ungarischen Staatssicherheit aufzuzeigen.[1] In erster Linie sollen die Kontrollmechanismen und das tiefe Misstrauen gegenüber der Minderheit und ihren Organen beschrieben werden. Ebenso möchte ich einige Beispiele der Methoden und Formen der Überwachung in den Redaktionen der ungarndeutschen Minderheitenmedien vorstellen. Damit soll belegt werden, dass die sogenannte Öffentlichkeit der deutschen Minderheit nur unter erschwerten Umständen existieren und agieren konnte.

Presselenkung im sozialistischen Ungarn

Die wichtigsten Akteure der Massenkommunikation sind Journalist*innen,[2] denen eine besonders bedeutende Rolle zugeschrieben werden kann, wenn sie für Minderheitenmedien tätig sind. Oft sind sie selbst Teil der nationalen Minderheit und vertreten als Intellektuelle öffentlich ihre Meinung. Durch den Zugriff auf die Medien können sie effizient mit der Gruppe kommunizieren. Sie bestimmen das Agenda-Setting, also die Themen, über die in der Community gesprochen wird, und produzieren selbst Inhalte.

Mit der Machtübernahme der kommunistischen Partei, der *Magyar Dolgozók Pártja* (MDP, Partei der Ungarischen Werktätigen) im Jahr 1948 hörte die Pressefreiheit in Ungarn auf zu existieren. Die gewaltsame Auflösung der anderen Parteien führte

---

1 Vgl. hierzu auch meine Dissertation: Klein, Judit: Die Funktion und die Geschichte der deutschsprachigen Minderheitenmedien in Ungarn im Sozialismus. Hamburg 2016, URL: https://core.ac.uk/download/pdf/79471823.pdf (14. 04. 2022).

2 „Als Journalistin oder Journalist wird definiert, wer hauptberuflich an der Erarbeitung bzw. Verbreitung von Informationen und Meinungen durch Medien mittels Wort, Bild und Ton beteiligt ist. Zu journalistischen Leistungen gehören vornehmlich die Erarbeitung von Wort- und Bildinformationen durch Recherchieren sowie Auswählen und Bearbeiten der Informationsinhalte, deren eigenschöpferische, medienspezifische Aufbereitung, Gestaltung und Vermittlung, ferner disponierende Tätigkeiten im Bereich von Organisation, Technik, Personal." Esser Frank; Weßler, Hartmut: Journalisten als Rollenträger. Redaktionelle Organisation und berufliches Selbstverständnis. In: Jarren, Ottfried; Weßler, Hartmut (Hg.): Journalismus – Medien – Öffentlichkeit. Eine Einführung. Wiesbaden 2002, S. 165 – 240, hier S. 171.

auch zur Einstellung ihrer Presseprodukte, bis nur jene übrig blieben, die von der kommunistischen Partei erlaubt waren. Journalist*innen wurden fortan als Soldaten der Partei betrachtet, deren Ziele für sie oberste Priorität besaßen. Die Presse blieb damit dem Prinzip Lenins treu, der den Journalisten als kollektiven Agitator, Propagandisten und Organisatoren beschrieben hatte.[3]

Die Sowjetunion diente Ungarn hierin als Vorbild. Der Ungarische Journalistenverband formulierte noch in seinem Verhaltenskodex (*Etikai kódex*) aus dem Jahr 1974:

> „Die Journalisten, die Akteure der Massenmedien, sind aktive Teilnehmer am Aufbau des Sozialismus in unserer Heimat. Mit ihrer Tätigkeit dienen sie der Verwirklichung der Bemühungen in der ganzen Bevölkerung, für den weltweiten Fortschritt der edelsten Ideologien."[4]

Journalist*innen durften mit ihrer Arbeit die Interessen des Staates und seiner Politik, die die kommunistische Partei bestimmte, nicht gefährden. Das ging so weit, dass sie sogar für die Bewahrung einer optimistischen Stimmung in der sozialistischen Gesellschaft verantwortlich waren.

Zu den wohl erfolgreichsten Mitteln in der ungarischen Presselenkung gehörte die Verantwortung der Chefredakteur*innen, die bereits im Vorfeld durch ihre Kontrolle über die Redaktionen verhinderten, dass ungenehmigte Informationen in den Medien erschienen.[5] Sie hatten dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeit sowohl inhaltlich als auch in anderen Bereichen des Redaktionslebens nach den Vorstellungen der Partei geleistet wurde. In deren Agitations- und Propagandaabteilung fand jede Woche eine Sitzung mit den Chefredakteur*innen statt, in der die Meldungen der Woche besprochen und Rückmeldungen über die erschienenen Presse- und Medienberichte gegeben wurden. Die wichtigste Methode der Kontrolle war dabei, dass die jeweiligen Chefredakteur*innen persönlich für ihr Presseprodukt verantwortlich waren.[6] Für die Steuerung des Pressewesens hatte diese Verschiebung der Verantwortung nach unten zur Folge, dass die Chefredakteur*innen zu einer wichtigen Schaltstelle zwischen

---

3 Vgl. Lenin, Vladimir Ilyich: Über die Presse. Hg. v. Galina A. Golovanova. Prag 1970.

4 Zit. nach Sipos, Balázs; Takács, Róbert: Újságírói normák [Jouralistische Normen]. In: Bajomi-Lázár, Péter: Magyar médiatörténet [Ungarische Mediengeschichte]. Budapest 2005, S. 53 – 88, hier S. 57.

5 „Das erfolgreichste Element des Filtersystems der Informationspolitik war das Prinzip der redaktionellen Verantwortung einer Person." Hegedüs, István: Sajtó és irányítás a Kádár korszak végén [Presse und Steuerung am Ende der Kádár Ära]. In: Médiakutató. Frühjahr 2001. URL: https://www.mediakutato.hu/cikk/2001_01_tavasz/04_sajto_es_iranyitas/?q=szocializmus#szocializmus (14.04.2022).

6 „Die Leitungen der Medien und Kultureinrichtungen oder ihre speziellen, zum Teil neu geschaffenen Gremien sahen sich im zunehmendem Maße gezwungen, politisch oder ideologisch problematische Materialien von vornherein zu eliminieren oder durch Streichungen und Veränderungen zumindest zu entschärfen. Andernfalls drohten ihnen Sanktionen." Bock, Ivo: Die Zensur in kommunistisch regierten Ländern Ost- und Ostmitteleuropas im Vergleich. In: Ders. (Hg.): Scharf überwachte Kommunikation. Zensursysteme in Ost(mittel)europa (1960er–1980er Jahre). Berlin-Münster 2011, S. 447 – 462, hier S. 449f.

Partei und Redaktion wurden, die dafür sorgte, dass nur gewünschte Inhalte erschienen.

Die Ungarndeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg

Für die Deutschen in Ungarn begann 1949 nach den Verschleppungen in die Sowjetunion und den Aussiedlungen bzw. Vertreibungen nach Deutschland eine Phase der Beruhigung.[7] Sie bekamen ihre Staatsbürgerschaft zurück und versuchten, ihren Platz in der neuen Ordnung des ‚Arbeiter- und Bauernstaates' zu finden. Ihre Verhältnisse waren jedoch meist zerrüttet. Die Dorfgemeinschaften, die sich an den Bedingungen und Abläufen des ländlichen Lebens ausgerichtet hatten, existierten nicht mehr.

Neue organisatorische und kulturelle Strukturen wurden für die deutsche Minderheit im Vergleich zu den anderen anerkannten Nationalitäten in Ungarn erst mit einiger Verspätung geschaffen: 1953 beschloss die Agitations- und Propagandaabteilung der MDP die Gründung einer deutschsprachigen Monatszeitschrift. Die anderen Nationalitäten hatten bereits ab 1947 ihre Presseorgane erhalten, und erst ein Jahr später gab das Politbüro der MDP die Herausgabe der Zeitschrift frei. Die Entstehung einer Interessenvertretung der deutschen Nationalität lehnte die Partei zu diesem Zeitpunkt noch ab. Erst 1955 wurde die Gründung des Kulturverbandes der deutschen Werktätigen Ungarns genehmigt und damit eine Organisation für die Deutschen in Ungarn geschaffen.[8]

Die Aufgaben des Verbandes waren zum einen die Einbeziehung der deutschen Werktätigen in den Aufbau des Sozialismus und zum anderen die Umstrukturierung der Monatszeitschrift *Freies Leben* in eine Wochenzeitung.[9] Die Ziele des Verbandes formulierte dessen Leitung am 29. November 1960 in einer Arbeitsbesprechung:

> „Die wichtigste Aufgabe unserer Volksbildungsarbeit ist die Schaffung der sozialistischen Weltansicht, die Formung des Bewusstseins und die Erziehung zum sozialistischen Menschen der deutschsprechenden Nationalität. Um das zu verwirklichen, muss die schon angefangene gute

---

7 Vgl. mit weiterer Literatur Seewann, Gerhard: Geschichte der Deutschen in Ungarn. Bd. 2: 1860 bis 2006. Marburg 2012 sowie den Beitrag von Agnes Tóth in dieser Themenausgabe.

8 Vgl. Magyar Nemzeti Levéltár Országos Levéltára, Budapest (MNL OL) [Staatsarchiv des Ungarischen Nationalarchivs, Budapest]. MDP PB. 276 53/174 Dossier; 58/238 Dossier: Dokumente der Partei der Ungarischen Werktätigen. Der Name des Verbandes änderte sich bis zu seiner Auflösung im Jahre 1995 mehrmals. 1955 hieß er Kulturverband der Deutschen Werktätigen in Ungarn, ab 1969 Demokratischer Verband Ungarnländischer Deutschen, ab 1978 Demokratischer Verband der Ungarndeutschen und ab 1989 Verband der Ungarndeutschen. Vgl. Manherz, Károly; Wild, Katalin: Zur Sprache und Volkskultur der Deutschen in Ungarn. Budapest 2002, S. 45.

9 Vgl. MNL OL. MDP PB. 276 f. 53/238 Dossier: Beschluss des Politbüros. *Freies Leben* wurde 1954 gegründet und erschien regemäßig bis zur Revolution 1956, zuletzt am 20. Oktober 1956. Wie auch andere Presseprodukte durfte die deutschsprachige Wochenzeitung erst nach der Verfestigung des Kádár-Regimes im September 1957 erneut erscheinen, dann jedoch unter dem Namen *Neue Zeitung*.

> Praxis der Agitationsarbeit, die Verbindung der Kulturprogramme mit den politischen Reden fortgesetzt werden."[10]

1968 verabschiedete sich die Führung der MDP von ihrer bis dahin betriebenen, sogenannten Automatismuspolitik, nach der sich die Nationalitätenfrage quasi automatisch dadurch lösen sollte, dass jegliche nationalen Unterschiede in den sozialistischen Ländern mit der Zeit verschwinden würden.[11] Erst ab diesem Zeitpunkt kann überhaupt von einer eigentlichen Nationalitätenpolitik gesprochen werden. Die bedeutsamste Änderung erfolgte aber erst nach dem IV. Kongress des Demokratischen Verbandes der Ungarndeutschen am 3. Dezember 1983. Politbüromitglied György Aczél (1917–1991) hielt hier eine Rede, in der er das bis dahin als Tabu behandelte Thema der Vertreibung ansprach und eine ihr zugrunde liegende Kollektivschuld der Deutschen im Zweiten Weltkrieg, die bis dahin immer angeführt worden war, abwies. Aczél eröffnete damit die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit bis dahin tabuisierte Themen aufzuarbeiten und über die eigene Vergangenheit freier zu sprechen.[12]

Ungarndeutsche Einrichtungen und das Misstrauen der MDP

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich die Zahl der Ungarndeutschen aufgrund von Verschleppungen und Aussiedlungen drastisch verringert.[13] Die im Land Verbliebenen zogen sich aus der Öffentlichkeit weitgehend zurück, versuchten sich zu assimilieren und zogen es vor, als Deutsche unerkannt zu bleiben.[14] Nur wenige waren bereit, als Angehörige der Minderheit aktiv zu werden und als Verbandsfunktionäre oder Medienschaffende in Erscheinung zu treten. Dass die MDP den Deutschen in Ungarn nicht traute, zeigte sich nicht nur an der relativ späten Zulassung von Organisationen, sondern auch an ihrer Beobachtung, die auf mehreren Ebenen erfolgte. Die im Verband oder in anderen Gruppen aktiven Ungarndeutschen sowie ihre Einrichtungen wurden von außen und innen kontinuierlich überwacht. Besonders ihre Beziehungen zur ‚feindlichen' BRD bildeten die Grundlage für eine umfangreiche Kontrolle, die nicht nur auf Einzelpersonen gerichtet war, die familiäre Kontakte nach Westdeutschland besaßen, sondern auch auf die Organisationen der Ungarndeutschen, ihre Medien und ihre in der BRD gegründeten und tätigen Institutionen.

10 Archiv der Neuen Zeitung, Budapest (o. Sign.): Demokratischer Verband der Deutschen in Ungarn. Arbeitsbesprechung. 29.11.1960, S. 6.

11 Vgl. Seewann, Geschichte der Deutschen in Ungarn (wie Anm. 7), S. 371–390.

12 Vgl. ebd., S. 396.

13 Laut Statistik betrug bei der Volkszählung 1949 die Zahl der Deutschen in Ungarn 3.437 Personen, 1941 waren es noch 302.189 gewesen. Eine Schätzung von 1952 ging bereits realistischer von 240.510 Deutschen aus. Vgl. ebd, S. 385.

14 Vgl. ebd., S. 350–353.

Journalist*innen wurden insbesondere wegen ihrer guten Vernetzung und besonderen Kenntnisse von der ungarischen Staatssicherheit überwacht. Neben der Arbeit in den Redaktionen der deutschsprachigen Medien war auch der Verband der Minderheit ein Zielobjekt für die Tätigkeit der Staatssicherheit. Sehr oft wechselten die hier tätigen Personen von einer Position in die andere, was auch auf die hier beteiligten Medienschaffenden zutrifft.

Unter den nationalen Minderheiten bildeten die Ungarndeutschen eine Sondergruppe. Die ihnen zugewiesene Kollektivschuld am Zweiten Weltkrieg und an den damit verbundenen Verbrechen sowie ihre direkten Beziehungen zu einem kapitalistischen ausländischen Staat boten einen besonderen Nährboden für das Misstrauen des sozialistischen Staatsapparates. Die Beobachtung ihrer Organisationen und deren Mitarbeitende sowie die Sammlung von Informationen über ihre Angehörigen gehörten zum Alltagsgeschäft der Staatssicherheit und schien insbesondere wegen der familiären Beziehungen nach Westdeutschland – laut Statistik waren 166.800 Personen in die Besatzungszonen der Westmächte gekommen[15] – aus der Sicht der Machthaber begründet zu sein.

Auf der Agenda der Staatssicherheit stand insbesondere die Überwachung von Deutschen, die vor 1945 entweder dem Volksbund der Deutschen in Ungarn angehört hatten, der als Instrument der NS-Regierung des Dritten Reichs galt,[16] oder unter dem Verdacht standen, Mitglied in der Waffen-SS gewesen zu sein. Eine 1970 eröffnete Akte über diese Personen beinhaltet auch Informationen über verschiedene in der BRD tätige Organisationen und deren Medien, wie *Unsere Post* oder *Der Ungarndeutsche*.[17] Diese Medien verherrlichten dem Bericht nach die westliche Lebensweise und werteten die Erfolge des Sozialismus ab. Die Vertreibung der Ungarndeutschen werde hier weiterhin als Unrecht dargestellt und das vermeintliche Recht auf die Heimat betont. Die Ziele der Beobachtung wurden in diesem Zusammenhang sehr allgemein formuliert: Informationen sammeln, Netzwerke aufdecken, Dokumente beschaffen.[18]

Die Beobachtung von Personen, deren Beruf es war, der Öffentlichkeit Informationen und Zusammenhänge zu vermitteln, war für die Staatssicherheit generell von Interesse. Was und wie sie kommunizierten, welche Informationen sie erhielten, wen sie kontaktierten und mit wem sie sich austauschten, das stand – und steht immer noch – im Fokus der Macht. Gehörte es zu den erklärten Zielen, Medienschaffende zu kontrollieren und sie möglichst zu Werkzeugen zu machen, so galt dies für die An-

15 Vgl. ebd., S. 349. In die sowjetische Besatzungszone kamen offiziell zwischen 35.000 und 50.000 ungarische Staatsbürger*innen, die der deutschen Minderheit angehört hatten, sich in der DDR jedoch schnell den Erwartungen des sozialistischen Staates anpassen mussten.

16 Zur Bedeutung des Volksbundes vgl. ebd., S. 274 – 284 sowie ausführlich Spannenberger, Norbert: Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938 – 1944 unter Horthy und Hitler. München 2005.

17 Vgl. Seewann, Die Geschichte der Deutschen in Ungarn (wie Anm. 7), S. 93, 111.

18 Vgl. Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára, Budapest (ÁBTL) [Historisches Archiv des Staatssicherheitsdienstes, Budapest]. O-14922/2: Über die ungarische Volksbundorganisation und die Waffen SS.

gehörigen der deutschen Minderheit umso mehr. In einem Bericht der Staatssicherheit hieß es etwa:

> „Die Pressepropaganda unter den Schwaben muss verbessert werden und der *Neuen Zeitung* muss man ein Profil geben, dass auch die Schwaben in der BRD sie gerne lesen – sie soll in einem ehrlichen Ton über die Ereignisse unserer Heimat berichten, über das Leben und die Probleme der hier lebenden Schwaben schreiben, sie soll die diffamierende westliche Propaganda und die Tätigkeit der in der BRD aktiven revisionistischen und kriegstreiberischen Organisationen entlarven."[19]

Diese Zielsetzung bezog sich speziell auf die *Neue Zeitung*, die 1957 aus der Wochenzeitung *Freies Leben* hervorgegangen war und das wichtigste Presseorgan der deutschen Minderheit in Ungarn darstellte, da sie im ganzen Land erschien und als einziges deutschsprachiges Printmedium das Potenzial hatte, die zerstreut lebende Minderheit zu erreichen.

Pressemedien der deutschen Minderheit – Die *Neue Zeitung*

Die Beeinflussung und Kontrolle von Journalist*innen begann im kommunistischen Ungarn bereits mit ihrer Ausbildung, da es nur eine anerkannte Journalistenschule gab, die ebenso als Kaderschmiede diente. Hier mussten auch die angehenden Medienschaffenden der deutschen Minderheit ihre Ausbildung absolvieren. Ebenso zählte der von der Partei zugelassene Verband der Ungarndeutschen zu den Kontrollorganen. Zu seinen wichtigsten Aufgaben gehörten die Leitung und Kontrolle der Redaktion der *Neuen Zeitung*, obwohl sie organisatorisch dem Staatlichen Zeitungsverlag (*Állami Lapkiadó Vállalat*) untergeordnet war. Der Verband klärte redaktionelle Personalfragen und kontrollierte auch den Vertrieb.[20] Dass der Verband zwischen den Staatsorganen und der Redaktion stand, bestätigt ein Brief des Generalsekretärs des Verbandes, Dr. Frigyes Wild (1910–1990), an das Informationsbüro des Ministerrates aus dem Jahr 1959, in dem er die Regierung wegen sinkender Leserzahlen um Unterstützung für die *Neue Zeitung* bittet.[21]

Obwohl sich das Blatt den Angelegenheiten der deutschen Minderheit widmen sollte, wurde es insbesondere in den Anfangsjahren vor allem als ein Propagandainstrument der Partei benutzt, durch das die deutschsprachige Bevölkerung erreicht und in das Leben des Parteistaates eingebunden werden sollte. Zu den vom Verband formulierten Aufgaben des Blattes gehörten außerdem die Bekämpfung der ‚revan-

---

19 ÁBTL. O-8-121/1: Über die in der BRD tätigen feindlichen Schwabenorganisationen. Sammelbericht. 18.06.1962, S. 80.

20 Vgl. MNL OL. XXVIII-I-1. Schachtel 29.

21 Vgl. ebd.: Brief an das Informationsbüro des Ministerrates. 18.11.1959.

chistischen' Politik der BRD, die Betonung der Fortschritte der DDR und die Steigerung der Popularität der Sowjetunion und anderer befreundeter Volksrepubliken.[22] Wie andere Medien im Sozialismus durfte auch die *Neue Zeitung* nur genehmigte und von der Partei erwünschte Themen behandeln.

Der Verband arbeitete eng mit der Redaktion zusammen und kontrollierte gezielt die Inhalte. Er befand sich jedoch in einer komplizierten Lage, da er auch als Interessenvertretung der Minderheit und ihrer Organe agierte und zum Beispiel auch für die Interessen der Journalist*innen eintrat. Der Verband vermittelte zwischen den Kontrollorganen und der Zeitungsleitung und setzte sich unter anderem auch für eine bessere Bezahlung der Redaktionsmitglieder ein.[23] Er ließ ebenso durch politisch vertrauenswürdige Personen, die nicht mit dem Medium in Verbindung standen, regelmäßig Bewertungen über die Zeitung schreiben, die an die Staatssicherheit und andere Organe der Pressepolitik gingen. Die Verbandsleitung erhielt von verschiedenen staatlichen und Parteieinrichtungen Beiträge, wenn die Staatssicherheit auf Materialien gestoßen war, die für den Verband von Interesse waren oder eine Reaktion seinerseits erforderten. Im Allgemeinen kann ein reger Austausch zwischen den Staatsorganen, der Chefredaktion und der Verbandsleitung festgestellt werden, der die feste Einbettung der ungarndeutschen Organisationen in den Parteienstaat belegt.

So waren Medienschaffende, die Recherchereisen in unterschiedliche Orte der deutschen Minderheit unternahmen, aufgefordert, die Verbandsleitung davon zu unterrichten, wie die Bewohner ihre politische und wirtschaftliche Situation einschätzten, welche religiösen Strömungen bei ihnen vorherrschten und ob bei ihnen Einflüsse aus der BRD zu verzeichnen waren.[24] Wenn von der gewünschten inhaltlichen Linie abgewichen wurde oder der Redaktion gewollt oder ungewollt Fehler unterliefen, intervenierte der Verband prompt. Auf einen groben Fehler der Chefredakteurin Micky Hay (1903 – 2002) machte zum Beispiel der Verbandsvorsitzende im Juni 1959 aufmerksam: In einem in der *Neuen Zeitung* abgedruckten Artikel von Mária Gárdos (1885 – 1973) war der Volksaufstand von 1956 als ‚Revolution' und nicht, wie im damaligen Sprachgebrauch üblich, als ‚Konterrevolution' bezeichnet worden.[25] We-

---

22 „Seit der ersten Arbeitskonferenz erhielten die *Neue Zeitung* und auch die übrigen Nationalitätenzeitungen prinzipielle Anleitungen, teils von den zuständigen Parteiorganen, teils vom Ministerium für Bildungswesen." Bibliothek der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen (LdU). 3082: 2. Landesarbeitskonferenz des Verbandes 1964.

23 „Die Chefredakteure und Mitarbeiter der Nationalitätenzeitungen beteiligten sich neben der redaktionellen Arbeit auch intensiv in der Leitung des Nationalitätenverbandes, bzw. in der Arbeit der Agitation und Propaganda, was auch bedeutet, dass sie im Gegensatz zu anderen Journalisten der ungarischen Medien keine zusätzlichen Jobs erledigen können." MNL OL. XXVIII-I-1. Schachtel 29: Chefredakteure der Nationalitätenzeitungen an die Nationalitätenabteilung des Bildungsministeriums. 15.04.1970.

24 Vgl. MNL OL. XXVIII-I-1. Schachtel 29: Verbandsleiter Frigyes Wild an Chefredakteur László Frank. 25.04.1961.

25 Der beanstandete Text lautete: „Den besten Beweis hierfür erbrachte die Tatsache, dass die DDR zur Zeit der Oktoberrevolution 1956 an der Seite der Sowjetunion unter den ersten Staaten war, die mit



I. JAHRGANG
NUMMER 2.

Preis: 60 Fillér

BUDAPEST
27. SEPT. 1957.

Neue Zeitung

ORGAN DES DEMOKRATISCHEN VERBANDES DER DEUTSCHEN WERKTÄTIGEN IN UNGARN

Bedeutsame Vorschläge der Sowjetunion auf der Generalversammlung der UN

Der Leiter der sowjetischen Delegation bei der UN, A. A. Gromiko, sprach auf der letzten Generalversammlung der UN mahnende Worte an die Mitglieder. Es sei die Pflicht der UN — so sagte er — Massnahmen auszuarbeiten und durchzuführen, die die Möglichkeit des Ausbruches neuer, blutiger Kriege ausschliessen, damit die Menschen ihrer friedlichen Arbeit nachgehen können. Auf keinen Fall dürfen strittige internationale Fragen gewaltsam gelöst werden. Die Sowjetunion sei bereit, ihre Truppen aus allen Ländern abzuziehen, wo sie sich auf Grund des Warschauer Vertrages und anderer internationaler Abkommen aufhalten, wenn die USA und die übrigen Westmächte auch ihre Truppen von den Gebieten der anderen Ländern abberufen.

Gromiko beschäftigte sich in seiner Rede sodann mit der Arbeit des Abrüstungs-Unterausschusses der UN. Obwohl die SU zahlreiche weitgehende Zugeständnisse in strittigen Fragen dem Verhandlungspartnern unterbeitete, waren die Westmächte nicht geneigt, den sowjetischen Abrüstungsvorschlag anzunehmen. Um die Angelegenheit vom toten Punkt wegzubringen, sind unbedingt ein Minimum von Vertrauen, die Einstellung der Kriegspropaganda und normale internationale Wirtschaftsbeziehungen notwendig, ohne die es keine Lösung gibt. Der sowjetische Delegierte schlug der Generalversammlung vor, die Staaten aufzufordern, die Prinzipien der Wahrung der Unabhängigkeit, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des friedlichen Nebeneinanderbestehens anzuerkennen, um eine Minderung der internationalen Spannung zu erzielen.

Die Sowjetunion schlägt die Einstellung der Versuche mit Atomwaffen als ersten praktischen Schritt auf dem Wege des völligen Verbotes der Atom- und Wasserstoffwaffen vor. Die Staaten, die Versuche mit Atom- sowie Wasserstoffwaffen durchführen, sollen Abkommen folgenden Inhaltes abschliessen:

1. Die Versuche werden ab 1. Januar 1958 auf zwei bis drei Jahre eingestellt.

2. Zwecks Kontrolle der übernommenen Plichten wird ein internationales Komitee gebildet. Dieses Komitee unterbreitet dem Sicherheitsrat und der Generalversammlung seine Berichte.

3. Unter der Leitung des oben erwähnten Komitees werden auf den Territorien der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika, England und deren Gebieten, sowie im Raum des Stillen Ozeans, einschliesslich auch Australiens, auf der Basis der Gegenseitigkeit Kontrollstationen errichtet.

Die Sowjetunion schlägt schliesslich vor, die Staaten sollen die Verpflichtung übernehmen, keine Atomwaffen anzuwenden.

Wir möchten dazu bemerken, dass es unsere unerschütterliche Überzeugung ist, dass sich die SU bei diesen ernsten Vorschlägen vor allem davon leiten lässt, den Frieden der gesamten Menschheit zu gewährleisten. Die SU ist stark, sie „könnte jedem Aggressor vernichtende Schläge von solcher Wucht und solchem Ausmass zufügen, dass alle Militärstützpunkte rund um die SU zerstört werden“ — sagte kürzlich der Oberbefehlshaber der sowjetischen Luftstreitkräfte, Luftmarschall Konstantin Werschinin. Und er setzte hinzu, die Menschen sollten ihre Aufmerksamkeit nicht darauf konzentrieren, wie dieses oder jenes Land zu vernichten sei, sondern vielmehr darauf, wie die Mittel, die die Wissenschaft der Menschheit in die Hand gegeben hat, vernünftig angewandt werden können. Die USA haben ihr Monopol an Atom- und Wasserstoffwaffen längst aufgeben müssen; heute besitzt die SU nicht geringere Möglichkeiten für einen Gegenschlag bei einem Luftangriff der USA.

Anna Gábor

Thesen anlässlich der Jahreswende der Oktober-Revolution

Das Zentralkomitee der USAP und der Regierungsausschuss für die Vorbereitung der Festlichkeiten in Ungarn anlässlich des vierzigsten Jahrestages der grossen Oktober-Revolution, hat nun die Parolen veröffentlicht. Sie umfassen folgende Punkte: Vierzig Jahre Erfolg in der Sowjetunion, die Bedeutung der grossen Oktober-Revolution für die Völker der Welt, die Oktober-Revolution und Ungarn.

●

Interparlamentarische Unions-Mitglieder nach Budapest eingeladen

Der Präsident des Ungarischen Parlamentes, Sándor *Rónai*, und der Abgeordnete Universitätsprofessor Erik *Molnár* sind aus London zurückgekehrt, wo sie an der Sitzung der Interparlamentarischen Union teilnahmen.

Vor Pressevertretern erklärte Parlamentspräsident Rónai, er habe, als die Frage der Oktober-Ereignisse in Ungarn zur Sprache kam, die Unionsmitglieder eingeladen, an Ort und Stelle sich über die Geschehnisse zu überzeugen. Mehrere Mitglieder haben die Einladung angenommen.

Ungarn und der UN-Beschluss

Im Zusammenhang mit dem Beschluss, der in der sogenannten Ungarnfrage von der UN gefasst wurde, veröffentlichte das Ungarische Aussenministerium eine Erklärung, in der unter anderem folgendes festgestellt wird:

Der Beschluss der UN ist ein abermaliger Einmischungsversuch, mit dem diese grosse internationale Organisation den Zielen der amerikanischen Politik dient. Der Beschluss hat keine Rechtswirkung, noch wirkt er verpflichtend. Im Laufe der Debatte wurde keine einzige Tatsache, noch irgend ein Argument vorgebracht, das von der ungarischen Regierung nicht durch authentische Dokumente oder durch rechtlich unantastbare Beweise widerlegt wurde. Was nun die Abstimmung anbetrifft, so ging aus ihr hervor, dass die die Völker der Welt vertretenden Regierungen, diesen das Recht vollständig ausser acht lassenden Beschluss nicht unterstützten.

Die Ungarfrage komme gewissen imperialistischen Kreisen zugute, um durch sie die Aufmerksamkeit von politisch heiklen, für sie unangenehmen Erscheinungen abzulenken.

Die revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Regierung unternehme alles, um mit allen Ländern normale, konstruktive Beziehungen zu unterhalten und sie wird diese ihre Bestrebungen auch in Zukunft fortsetzen. Das ungarische Volk ist sich dessen bewusst, dass ein bedeutender Teil der gegen Ungarn stimmenden Staaten unter dem Druck der Vereinigten Staaten oder irregeführt durch den lügenhaften Bericht der Sonderkommission, sich der Resolution anschloss.

Das Ungarische Aussenministerium ist überzeugt, dass unter der Mehrheit der Mitgliedstaaten der UN die nüchternen, den Frieden und die Entspannung der internationale Lage fördernden Kräfte siegen und so bald wie möglich wahrnehmen werden, dass zwecklose Einmischungen in die inneren Angelegenheiten Ungarns keinesfalls der internationalen Entspannung dienen.

Ungarische Regierungs-Delegation nach China

Miniszterpräsident Tschou En-Lai hat im Namen der chinesischen Regierung eine ungarische Regierungs-Delegation zum Besuch der chinesischen Volksrepublik eingeladen. Die ungarische Regierung hat die Einladung angenommen und ist Dienstag früh abgereist. Mitglieder der Delegation sind der Vorsitzende der Revolutionären-Arbeiter- und Bauern-Regierung János Kádár, Staatsminister György Marosán und der ungarische Botschafter in China Sándor Nógrádi.

AUS DEM DREIJAHRPLAN FÜR PFLANZENPRODUKTION UND VIEHZUCHT

Vertreter des Ackerbaumfnisteriums und der übrigen interessierten Ministerien, sowie Komitees aus hervorragenden landwirtschaftlichen Fachleuten haben den Dreijahrplan für die Entwicklung der *Pflanzenproduktion und der Viehzucht* ausgearbeitet.

Im Vergleich mit diesem Jahr wird sich das Anbaugebiet *für Mais* nicht wesentlich erhöhen, bis Ende des Dreijahrplanes wird es annähernd 2 350 000 Joch betragen.

Bedeutend vergrössert wird das Anbaugebiet für *Futterpflanzen*, da diese für die Entwicklung der Viehzucht notwendig sind und zwar werden *Luzerne* auf 600 000 Joch und *Rotklee* auf 350 000 Joch angebaut werden.

Zwecks Entwicklung unserer Traubenzucht werden innerhalb von drei Jahren auf 30 000 Joch wieder Reben gezogen und auf 8000 Joch die Traubenzucht erneuert.

Im Planentwurf ist vorgesehen, dass lockerer Boden alle 3—4 Jahre, gebundenes Terrain alle 5—6 Jahre gedüngt werden. Der Verbrauch an *Kunstdünger* wird sich bis Ende des Dreijahrplanes auf nahezu das Doppelte des Jahres 1956 erhöhen.

Bei der Entwicklung der Viehzucht muss mit unseren Futtervorräten sehr wirtschaftlich vorgegangen werden, damit ein möglichst grosser Teil des Futters für die Erzeugung von Tierprodukten verbleibt.

Die im Planvorschlag enthaltenen Zielsetzungen beweisen, dass unsere Landwirtschaft im Zeitabschnitt des Dreijahrplanes intensiv vorwärtsschreiten soll und besser als bisher den Lebensmittelbedarf der Bevölkerung, sowie den Rohmaterialbedarf für die Industrie befriedigen wird und dass sie auch mehr mit unseren Exportmöglichkeiten rechnet.

Erfüllte Bauernwünsche

Zurückgegebene Aecker

3000 Landwirte, die der Meinung waren, dass bei der Verstaatlichung ihres Bodens nicht im Sinne des Gesetzes vorgegangen worden war, reichten Gesuche um Rückgabe ihrer Felder ein. In 157 Gemeinden wurden 9300 Joch zurückgefordert. Vermessungs-Ingenieure des Soproner Technikums leisteten im Verein mit der Györer Vermessungs-Arbeitsgemeinschaft, beim neuerlichen Vermessen des Bodens grosse Arbeit. Es gelang, noch vor den Herbstarbeiten alle Ansprüche der Bauern von Sopron und Győr zu *erfüllen*, so dass diese auf ihren früheren Feldern mit dem Herbstpflügen beginnen konnten. Diese Verordnung berührt auch Landwirte deutscher Muttersprache, denn auch in Gemeinden, in denen Bewohner deutscher Nationalität sind, werden viele Ansprüche auf Rückgabe des Bodens erledigt. Diese Regierungsverordnung erweckte allgemein grosse Genugtuung. (g)

Abb. 1: Titelblatt der *Neuen Zeitung* vom 27. September 1957 (Archiv der *Neuen Zeitung*, Budapest)

nige Monate später verlor die Chefredakteurin, die selbst von Agenten der Staatssicherheit überwacht wurde, ihren Posten.

Wie in anderen Organisationen, so wurden auch in Zeitungsredaktionen gezielt Agenten der Staatssicherheit untergebracht, die im Fall der *Neuen Zeitung* beim Ver-

Herz und Seele, mit ihrem politischen und wirtschaftlichen Gewicht, der ungarischen Arbeitermacht Beistand leistete.“ MNL OL. XXVIII-I-1. Schachtel 29: Frigyes Wild an das Informationsamt des Ministerrates. 01.06.1959.

band angestellt waren und Informationen über den täglichen Ablauf, vertrauliche Gespräche, politische Ansichten und Privates lieferten.[26] Ein Mitarbeiter der Staatssicherheit mit dem Decknamen „Farkas", der am 1. Februar 1959 beim Verband seine Arbeit aufnahm, berichtete regelmäßig über Journalist*innen, wie zum Beispiel Micky Hay oder Géza Hambuch (1931–2014).[27] Er informierte auch über Personalentscheidungen, so dass die Staatssicherheit über die Absetzung der Chefredakteurin Hay durch Wild bereits Kenntnis hatte, bevor diese offiziell bekannt gegeben wurde.[28]

Auch die Aktivitäten des Beirats der *Neuen Zeitung*, der zur redaktionellen und inhaltlichen Unterstützung in die Arbeit der Zeitung eingebunden war, wurden als verdächtig eingestuft. Seine Mitglieder und insbesondere deren Auslandsreisen und -kontakte wurden unter dem Sammelnamen „Berater" (*Tanácsadók*) überwacht. Einige von ihnen wurden auch in einer Akte zu den „Ungarischen Volksbund- und deutschen SS-Mitgliedern" geführt und besonders wegen ihrer genehmigungspflichtigen Auslandsreisen in die feindliche BRD überprüft und observiert.[29] Der Universitätsdozent Claus Jürgen Hutterer (1930–1997) und der Journalist Zoltán Paulinyi (*1924)[30] zählten zu den verdächtigen Kontakten des CDU-Politikers und Leiters der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn in der BRD, Ludwig Leber (1903–1974), der ebenfalls von der ungarischen Staatssicherheit beobachtet wurde.[31]

Zu den als unzuverlässig eingestuften Personen gehörte auch der junge Chefredakteur der *Neuen Zeitung*, Géza Hambuch. Er war 1963 zum Leiter der Redaktion ernannt worden, zuvor aber bereits seit Jahren bei dem Blatt tätig gewesen. In verschiedenen Berichten wurden seine Gesinnung und sein persönliches Umfeld überprüft. Das Vertrauen in ihn erwies sich als begrenzt und bereits zwei Jahre später wurde er seines Postens wieder enthoben. In der Redaktion hatte es Kritik sowohl an seinen politischen Einstellungen als auch an seinem Führungsstil gegeben. Das nähere Umfeld von Hambuch wurde des Öfteren als nationalistisch bezeichnet und als unzuverlässig eingestuft. Als Gründe für seine Ablösung listete Verbandsleiter Wild in einem Schreiben an die Nationalitätenabteilung des Bildungsministeriums einige konkrete Artikel aus dem Jahr 1963 auf, die nicht der sozialistischen Ausrichtung der

26 Vgl. ÁBTL. M-19132: „Stefi"; M-19604: „Farkas".

27 Hay war vom September 1957 bis Ende 1959 Chefredakteurin der *Neuen Zeitung* und geschiedene Ehefrau des bekannten Dramatikers Julius Hay. Zu Hambuch s.u.

28 Vgl. ÁBTL. M-19604: „Farkas", S. 127.

29 Vgl. ÁBTL. O-14922/1a: Magyarországi Volksbund Német SS [Der ungarische Volksbund und die deutsche SS], S. 87.

30 Paulinyi gelang 1973 die Flucht aus Ungarn über Bulgarien in die BRD. Vgl. Péter, Nagy: Egy nyugatnémet kereskedelmi tanácsos a magyar állambiztonság szemével [Ein westdeutscher Kommerzialrat mit den Augen der ungarischen Staatssicherheit]. In: Betekintő 10/4 (2016). URL: https://betekinto.hu/sites/default/files/betekinto-szamok/2016_4_nagy.pdf (23.04.2022).

31 Ludwig Leber war 1946 aus Ungarn ausgesiedelt worden und hatte 1949 die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn gegründet. Vgl. mit weiterer Literatur: Ludwig Leber. In: Landesarchiv Baden-Württemberg: LEO-BW (2021). URL: https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgl_biographien/1012283054/Leber%20Ludwig (26.10.2021).

Zeitung und des Verbandes entsprochen hätten. Als eigentlichen Grund für seine Absetzung nannte er aber eine zu nationalistische Einstellung.[32]

Direkt aus der Redaktion der *Neuen Zeitung* heraus berichtete ab 1964 die stellvertretende Chefredakteurin unter dem Decknamen „Árvácska" („Stiefmütterchen") über Ereignisse, politische Einstellungen, nebenbei gemachte Bemerkungen und die allgemeine Stimmung.[33] Sie nahm ebenfalls Stellung zu Géza Hambuch und kritisierte ihn in mehreren Berichten auf das Schärfste. Sie beschrieb den damals noch relativ jungen Chefredakteur als in der Leitung unerfahren, zu wenig gebildet, dafür aber aggressiv und leicht beeinflussbar. Die Einstellungen des Verbandes und die minderheitenpolitische Auffassung der Betroffenen waren ebenso Gegenstand ihrer Berichte, wie Redaktionsgespräche oder der informelle Gedankenaustausch beim Kaffee.

Besondere Relevanz erhielt ihr Bericht über einen Artikel, in dem es um die Haltung von Eltern gegenüber dem deutschen Sprachunterricht in einem kleinen Dorf ging. Der Abdruck dieses Artikels führte zu dem einmaligen Vorgang, dass diese Ausgabe der Zeitung nicht erscheinen durfte und vernichtet wurde. Grund zur Kritik hatte insbesondere der Umstand gegeben, dass dieser Artikel auch in der westdeutschen Zeitung der Ungarndeutschen *Unsere Post* erschienen war. „Árvácska" schrieb in diesem Zusammenhang weiter, dass Hambuch gewisse Fakten unterschlage und sich nationalistisch verhalte. Die Konsequenz des Berichtes war, dass unter dem Sammelnamen „Nationalisten" der Chefredakteur und andere Mitarbeitende noch intensiver beobachtet wurden und „Árvácska" später selbst noch eine eingehendere Charakterbeschreibung über Hambuch verfasste.[34]

Gegenseitige Überwachung und Bespitzelung sowie verleumderische Beurteilungen unter Kolleg*innen gehörten zu den üblichen Methoden der Staatssicherheit, die so ‚sensible' Organe kontrollieren konnte, ohne weitere inoffizielle Agenten einsetzen zu müssen. So wie „Árvácska" eine kritische Einschätzung über ihren Chef-

32 MNL OL. XXVIII-I-1. Schachtel 29: Wild an die Nationalitätenabteilung des Bildungsministeriums. 16.01.1965. Hambuch und sein Kreis waren daher generell Überwachungsobjekte, wie auch Dr. Zoltán Paulinyi („Párkányi"). Er galt als Berater Hambuchs und arbeitete zunächst zeitweise in der *Neuen Zeitung*, dann bei der Chefredaktion für Auslandsprogramme des Ungarischen Hörfunks und ab 1966 bei der *Budapester Rundschau*. Er wurde beobachtet, weil er angeblich plante, illegal das Land zu verlassen. Außerdem wurde ihm zur Last gelegt, dass er mit österreichischen Journalisten Kontakt halte und Beiträge an die *Deutsche Welle* liefere. Paulinyi verliess das Land 1973 illegal über Bulgarien in die BRD. Vgl. ÁBTL. O-15491/1. Paulinyi wurde ebenso von anderen Kollegen und Bekannten überwacht; so berichtete etwa der Kollege „Fehér" detailliert aus dem gemeinsamen Redaktionsleben an die Staatssicherheit. Vgl. ÁBTL. O-15492/5: „Fehér".

33 Vgl. ÁBTL. M-29500 u. M-29500/1: „Árvácska". Unter dem Decknamen verbarg sich die Journalistin und Dichterin Erika Áts (1934–2020). Vgl. Kerekes, Gábor: Erika Áts: Lied unterm Scheffel. In: Verband Ungarndeutscher Autoren und Künstler (VUdAK). URL: https://vudak.hu/erika-ats-lied-unterm-scheffel/ (23.04.2022).

34 Vgl. ÁBTL. M-29500: „Árvácska", S. 20.

redakteur verfasste, so lieferte auch dessen Nachfolger, György Gráber (1909 – 1984), Charakterisierungen seiner Mitarbeitenden an den Verband.[35]

Die Minderheitenredaktionen unterhielten den Erwartungen des Staates entsprechend Beziehungen zur DDR. Aber auch zur BRD existierten journalistische Kontakte, deren Intensität von den jeweils aktuellen bilateralen Beziehungen abhing. Diese Kontakte umfassten sowohl organisierte Reisen aus der BRD als auch Besuche von Journalist*innen sowie weiteren Beschäftigten aus Ungarn bei bundesdeutschen Medien, wie zum Beispiel bei der *Deutschen Welle*. Ein Brief, in dem die Botschaft der DDR über das ungarische Bildungsministerium von der *Neuen Zeitung* Informationen über westliche Einflüsse unter den Ungarndeutschen verlangte,[36] illustriert jedoch, dass die DDR bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ungarn und der BRD im Dezember 1973 der eigentliche Partner für die Organisationen und Medien der deutschen Minderheit sein sollte und dies auch bis Mitte der 1980er Jahre blieb.

Das deutschsprachige Hörfunkprogramm

Die Beziehung des Verbandes der Ungarndeutschen zum deutschsprachigen Programm des Ungarischen Hörfunks war anders aufgebaut als die zur Presse. Das deutschsprachige Hörfunkprogramm bildete einen Teil des staatlichen Rundfunks, der eigenständig funktionierte, eingebettet in die Kontrollmechanismen der Partei und der Regierung. Da die Redaktion in der Hierarchie des Hörfunks ihre Vorgesetzten hatte, konnte der Verband hier nur indirekt Einfluss nehmen. Außerdem war die Redaktion sowohl technisch als auch finanziell vom Rundfunk abhängig und ihre Position hing von den Kontakten innerhalb der vorgegebenen Struktur ab.[37]

Das deutschsprachige Programm startete im Dezember 1956 im Regionalstudio in Fünfkirchen (Pécs), das schon seit 1953 ein südslawisches Radioprogramm ausstrahlte.[38] Um die deutschsprachige Bevölkerung Südungarns zu erreichen und sie in die Struktur des sozialistischen Staates zu integrieren, war der Verband auf eine Zusammenarbeit mit der Hörfunkredaktion angewiesen. Der Generalsekretär des Verbandes unterstrich 1955 den wichtigen Beitrag des Hörfunks zur Entwicklung der „eigenen Volkskultur, da der Sender oftmals deutsche Volkslieder, deutsche Hörspiele und Volkstanzmusik“ ausstrahle.[39]

---

35 Vgl. MNL OL. XXVIII-I-1. Schachtel 29: György Gráber an den Verband. 03.10.1967.

36 Vgl. ebd: Wild an László Frank. 19.04.1960.

37 Vgl. Klein, Die Funktion und die Geschichte (wie Anm. 1), S. 162 – 172.

38 Vgl. MR4 Nemzetiségi adások [MR4 Nationale Sendungen]: Horvát műsor [Kroatisches Programm]. 27.10.2013. URL: https://web.archive.org/web/20131026233548/http://horvat.radio.hu/index.php?option=com_content&task=view&id=3753&Itemid=1# (06.02.2022).

39 Bibliothek der LdU. 3083: Referat des Generalsekretärs des Deutschen Verbandes auf der Festsitzung. 22.05.1965.

Bis zum Ende der 1960er Jahre – und damit bis zum Ende der sogenannten Automatismuspolitik – verhandelte der Verband mit der Leitung des Hörfunks über ein landesweites Programm in deutscher Sprache und eine Verbesserung der Sendezeiten. Die Rolle des Verbandes war auch hier eine doppelte: Er trat als legitimer Vertreter der deutschen Minderheit auf und versuchte, bessere Bedingungen für die Arbeit und die Medienversorgung zu erreichen. Einige der Journalist*innen, die beim Hörfunk tätig waren, arbeiteten auch im Verband, so dass die Zusammenarbeit nicht nur auf inhaltlicher, sondern auch auf personeller Ebene erfolgte. Die Medienschaffenden gehörten in der Regel zum aktiven Teil der deutschen Minderheit und waren als solche auch öffentlich ‚sichtbar'. Ihre Beteiligung an der Arbeit des Verbandes erhöhte dessen Bekanntheit und Akzeptanz.

Eine besondere Stellung besaß die Sendung *Gruß und Kuss*, die 1960 von der Abteilung für Auslandsprogramme des Ungarischen Rundfunks in Budapest ins Leben gerufen worden war. Das zugrunde liegende Konzept sah vor, mit Hilfe einer Kurzwellensendung jene Hörerinnen und Hörer im deutschsprachigen Westen zu erreichen, die in Ungarn noch Verwandte und Freunde besaßen. Die Sendung wies zwar qualitative Mängel auf, wurde aber in einem weiten Radius ausgestrahlt und gab damit der deutschsprachigen Bevölkerung – durch das Verschicken von Grüßen – die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit Verwandten im Ausland. Daneben brachte das Programm auch Beiträge zur Situation der Deutschen in Ungarn.

Bei dieser Sendung waren etliche prominente Mitglieder des Verbandes als Redakteure angestellt, zum Beispiel der ehemalige Chefredakteur der *Neuen Zeitung*, Géza Hambuch, der 1982 Generalsekretär des Verbandes der Ungarndeutschen wurde, sowie Anton Reger (1940 – 2008), der nach seiner Verbandstätigkeit in die Redaktion zurück wechselte.[40] Wenn der Verband somit zwar keinen direkten Einfluss auf das deutschsprachige Hörfunkprogramm hatte, so war er doch auf personeller Ebene vielfach mit ihm verflochten, zum Beispiel auch durch den Leiter der deutschen Redaktion, György Kertész (1919 – 2009), der zum Kreis von Géza Hambuch gehörte und 1963 ebenfalls für ein Jahr Chefredakteur der *Neuen Zeitung* gewesen war.

Mitarbeitende des Hörfunks gerieten auch unter Beobachtung, wenn sie im Verdacht standen, für die Bundesrepublik zu arbeiten. So entdeckte die Staatssicherheit im Fall der Mitarbeiterin mit dem Decknamen „Anna Kelemen", die bereits an ihrem früheren Arbeitsplatz beobachtet worden war, dass sie einem Mitarbeiter der BRD-Botschaft Dokumente zuspielte. Nach ihrem Wechsel zum deutschsprachigen Programm des ungarischen Hörfunks, das als besonders sensibler Arbeitsplatz galt, war sie noch stärker in das Fadenkreuz der ungarischen Staatssicherheit geraten.[41]

Beobachtet wurden auch BRD-Delegationen, für die Medienschaffende als Auskunftsquellen für die Lebensumstände der deutschen Minderheit in Ungarn besonders interessant waren. Sie besuchten nicht nur Budapest, sondern auch ungarn-

40 Reger arbeitete in verschiedenen Gremien des Verbandes, wie dem Redaktionsausschuss, weiter.
41 Vgl. ÁBTL. O-14067: „Kelemen Anna", S. 93.

deutsche Einrichtungen auf dem Land. Über verschiedene Kanäle erhielt die Staatssicherheit Informationen über die dort organisierten Treffen, so zum Beispiel über den Besuch einer BRD-Delegation beim Deutschen Programm des Ungarischen Rundfunks und beim Lehrstuhl für die deutsche Sprache der Pädagogischen Hochschule in Fünfkirchen. Über die Gesprächsthemen und die Stimmung bei diesen Treffen wurde von mehreren Teilnehmern akribisch berichtet.[42] Das Interesse an Informationen zu bundesdeutschen Kontakten und Aktivitäten in Ungarn bestand bis in die 1980er Jahre, was beispielsweise die relative späte Anlegung einer Akte über die Südosteuropa-Gesellschaft im Jahre 1982 zeigt, die bis 1988 geführt wurde.[43]

Unser Bildschirm – das deutschsprachige Fernsehprogramm

Das dritte Medium neben Presse und Rundfunk war das deutschsprachige Fernsehprogramm, das 1978 im Regionalstudio Fünfkirchen des Ungarischen Fernsehens auf Sendung ging und dessen Redakteur*innen in eine enge Zusammenarbeit mit dem Verband eingebunden waren, die unter ähnlichen Bedingungen wie im Hörfunk stattfand: Es bestand nicht nur eine räumliche Distanz, sondern die Redaktion war auch hier Teil des Ungarischen Fernsehens und der Leitung des Regionalstudios untergeordnet. Wie in der Presse war auch im deutschsprachigen Fernsehprogramm die Arbeit durch Kontrolle und Überwachung innerhalb der Redaktion, unter den Kolleg*innen und insbesondere durch den eigenen Chefredakteur geprägt. Auch hier wurde die verantwortliche Position des Chefredakteurs gezielt für diese Zwecke genutzt und eingesetzt.

Die Leitung des Regionalstudios des Ungarischen Fernsehens verkörperte eine direkte Verbindung zur Staatssicherheit: Der Studioleiter übernahm diesen Posten 1976 und im Dezember desselben Jahres nahm er seine Arbeit als Informant für die Staatssicherheit auf. Seit 1978 wurden hier serbokroatische und deutsche Programme produziert und ausgestrahlt. Der besagte Studioleiter vertrat hier persönlich die Kontrollbehörde: er beteiligte sich selbst am Herstellungsprozess, war bei der Abnahme der Sendungen regelmäßig anwesend und ließ die Filmtexte übersetzen. Seine Arbeit unterstützten ihm vertraute Personen, die der Minderheitensprache kundig waren. Sie kontrollierten den Inhalt, achteten auf regimekonforme Formulierungen und bewerteten die Sendungen. Seit Dezember 1976 war der Studioleiter Offizier im besonderen Einsatz und behielt seine Stelle im Ungarischen Fernsehen bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2000.[44]

---

42 Vgl. ÁBTL. O-8-449/1: Südosteuropa Gesellschaft, S. 472–491.
43 Vgl. ebd.
44 Vgl. ÁBTL. 2.8.2.3. 1323: Dossier Sándor Békés.

Fazit

Aufgrund ihres grundsätzlichen Misstrauens gegenüber der deutschen Minderheit ließ die ungarische Staatssicherheit deren Angehörige von 1949 bis in die 1980er Jahre beobachten. Betroffen waren davon Privatpersonen, die im Verdacht standen, Kontakte zur BRD zu besitzen, die Organisationen der deutschen Minderheit wie auch Institutionen in der BRD, die von Ungarndeutschen gegründet worden waren und als potenzielle Gefahr für die Volksrepublik Ungarn galten. So wie der deutschen Minderheit im Allgemeinen, wurde auch Journalist*innen misstraut, die ihr angehörten. Berichterstattende in der Redaktion der *Neuen Zeitung* oder im Demokratischen Verband der Ungarndeutschen belegen ebenso wie auch anderweitige Beobachtungen, dass der sozialistische Staat bis in die 1970er Jahren sehr aktiv bei der Überwachung der deutschen Minderheit war.

Die Beobachtung von Medienschaffenden und ihren Redaktionen war Teil einer allumfassenden Kontrolle des öffentlichen Lebens, die von der Beobachtung von Einzelpersonen bis hin zur bewussten Lenkung des Presse- und Medienwesens auch im ungarndeutschen öffentlichen Leben praktiziert wurde. Medienschaffende, die auch in anderen Bereichen des Minderheitenlebens eine aktive Rolle übernommen hatten, wurden wie Angehörige der Zivilgesellschaft, die in der Opposition aktiv waren, oder andere Vertreter*innen der Medien überwacht. Die deutschsprachigen Journalist*innen wurden allerdings aufgrund ihrer doppelten Eigenschaft als Angehörige einer nationalen Minderheit und als Medienschaffende noch stärker beobachtet. Andererseits wurden sie aber auch in die Gesellschaft der Volksrepublik Ungarn integriert und verfügten als Gruppe über dieselbe Infrastruktur wie die anderen Minderheiten. Ebenso nahmen sie am öffentlichen Leben teil, und es fanden sich unter ihnen auch solche, die bereit waren, ihre eigenen Mitarbeitenden sowie die Mitglieder des Minderheitenkollektivs zu beobachten und den Behörden zu melden.

Der vielfältige Einsatz von Überwachungsmethoden, die Einbindung von auswärtigen Personen, aber auch von Angehörigen aus dem Kreis der Minderheit selbst fügte den Ungarndeutschen Schaden zu und sorgte für eine weitere Vertiefung des ohnehin bestehenden Vertrauensverlustes, da sie sich mit einem durch Misstrauen geprägten Umfeld konfrontiert sahen. Für viele bestand die ambivalente Situation, Objekt der Beobachtung zu sein, gleichzeitig aber auch als aktiver Teil an diesem System mitzuwirken.

RUMÄNIEN

William Totok

Nachrichtendienstliche Überwachung und Unterwanderung der Rumäniendeutschen durch die Securitate

Zusammenfassung: Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht die nachrichtendienstliche Überwachung, Beeinflussung und Instrumentalisierung von Organisationen und Persönlichkeiten der in den Westen übergesiedelten rumäniendeutschen Minderheit. Veranschaulicht wird diese Tätigkeit anhand einiger relevanter Beispiele von inoffiziellen Mitarbeitern der Geheimpolizei Securitate, die einerseits durch ihr Wirken dem kommunistischen Nachrichtendienst wichtige Informationen lieferten und andererseits an der Manipulation bestimmter Personen, Organisationen sowie der westlichen Öffentlichkeit aktiv mitgewirkt haben. Gleichzeitig skizziert der Beitrag die Arbeitsweise der Securitate während des Stalinismus und die nach dem Machtantritt Ceauşescus 1965 eingetretenen Veränderungen der Praktiken und Schwerpunkte nachrichtendienstlicher Tätigkeit.

Schlagwörter: Landsmannschaften, Securitate, Rumänien, Rumäniendeutsche, CNSAS

Abstract: This study is focused on the issues of surveillance, influencing and use of organizations and personalities of the German minority in Romania, who have become established in the West. These actions are illustrated by the relevant examples of unofficial Securitate collaborators who provided important information to the Communist Secret Service, on the one hand; and who actively participated in the manipulation of certain individuals, organizations and the Western public, on the other. The study also highlights the working methods of the Securitate during Stalinism, as well as the changes and modified practices that occurred after Ceauşescu took the power in 1965.

Keywords: *Landsmannschaften*, Securitate, Romania, Germans from Romania, CNSAS

William Totok, Wilhelmsaue 2, 10715 Berlin, william.totok@yahoo.de

https://doi.org/10.1515/9783110795288-012

Einführung

2009 erhoben Herta Müller und Ernest Wichner in den Medien den Vorwurf, dass die rumäniendeutschen Landsmannschaften vor 1990 mit dem rumänischen Geheim- und Nachrichtendienst Securitate in vielfacher Weise verstrickt gewesen seien. Der Geschäftsführer der Banater Landsmannschaft, Peter-Dieter Leber, erklärte daraufhin, alle „Funktionsträger des Verbandes seien hinsichtlich einer möglichen Mitarbeit bei der Securitate angesprochen worden und es sei von ihnen eine so genannte Ehrenerklärung verlangt worden".[1] Zudem habe die Landsmannschaft Kontakt zum Landesrat für das Studium der Securitate-Archive (*Consiliul Naţional pentru Studierea Arhivelor Securităţii* – CNSAS) aufgenommen. Was diese Kontaktaufnahme ergeben hat, ist nicht bekannt. Auch nichts über Forschungen, die zu diesem Thema von den Landsmannschaften angeregt oder durchgeführt worden wären.

2011 veröffentlichte die *Banater Post* (BP) ein Gespräch mit dem Historiker Virgiliu Ţârău, dem damaligen stellvertretenden Leiter des CNSAS. Er bezog sich ebenfalls auf Verbindungen der Securitate zu landsmannschaftlichen Führungsgremien und erklärte:

> „Fakt ist, dass die Securitate in den Anfangsjahren der Landsmannschaft keinen direkten Zugang zum Führungspersonal der Landsmannschaft herstellen konnte. Erst mit dem Beginn der Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien konnte sie auch Leute platzieren, die für sie berichteten. Diese hatte sie aber eher im Umfeld der Verbandsführung angesiedelt. Hinweise dazu sind sicher im Bestand ‚naţionalişti germani' zu finden."[2]

Der von Ţârău erwähnte Aktenbestand enthält allerdings nur vereinzelte Hinweise auf die Tätigkeit von Securitateagenten, die mit der Ausspähung, Beeinflussung, Zersetzung und operativen Unterwanderung der Landsmannschaften betraut worden waren.[3] Die handfesten und beweiskräftigen Unterlagen für diese Tätigkeit befinden sich in den Beständen des Auslandsgeheimdienstes (im CNSAS zumeist im ‚Fond SIE'). Mehrere Forscher werteten inzwischen den unter der irreführenden Bezeichnung

1 Zit. nach o. A.: Landsmannschaft der Banater Schwaben verspricht Aufklärung über Securitate-Verstrickungen. In: Deutschlandfunk Kultur. 16. 12. 2009. URL: https://www.deutschlandfunkkultur.de/landsmannschaft-der-banater-schwaben-verspricht-aufklaerung-100.html (01. 02. 2022).

2 Leber, Peter-Dietmar: „Das deutsche Problem war für die Securitate bis 1989 sehr wichtig". Gespräch mit Dr. Virgil-Leon Ţârău. In: BP. 20. 05. 2011. URL: https://www.banater-schwaben.org/nachrichten/dokumentation/dokumentation-detail/682-das-deutsche-problem-war-fuer-die-securitate-bis-1989-sehr-wichtig?tx_news_pi1%5Bday%5D=20&tx_news_pi1%5Bmonth%5D=05&tx_news_pi1%5Byear%5D=2011&cHash=0dc33dbd2e33378715b303efb20bd844 (01. 02. 2022).

3 Vgl. Arhiva Consiliului Naţional pentru Studierea Arhivelor Securităţii, Bucureşti (ACNSAS) [Archiv des Landesrates für das Studium der Securitate-Archive, Bukarest]. D 13381. Der Bestand umfasst 45 Bände.

‚Deutsche Faschisten und Nationalisten' zusammengefassten Aktenbestand in den letzten Jahren aus und veröffentlichten Einzelergebnisse in verschiedenen Studien.[4]

In dem oben erwähnten Interview bezog sich Leber auch auf „einzelne Stimmen" innerhalb der Landsmannschaft, „die die Vorfälle als verjährt einstuften".[5] Gemeint waren damit Mitglieder, die unter die Vergangenheit am liebsten einen Schlussstrich ziehen wollten. Eindeutig in diesem Sinn äußerte sich Hans-Joachim Acker in einem Brief an die *Siebenbürgische Zeitung* (SbZ). Als Argument führte er an, dass durch Enthüllungen über Securitateverstrickungen einzelner Personen das positive Image der Rumäniendeutschen in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit insgesamt beschädigt werde.[6]

Diese Schlussstrichmentalität war bereits nach dem Zweiten Weltkrieg tonangebend gewesen und hatte bis in die 1990er Jahre eine kritische Aufarbeitung der Nazivergangenheit innerhalb der rumäniendeutschen Landsmannschaften verhindert, deren Funktionäre zu einem Großteil Mitglieder der NSDAP, des Sicherheitsdienstes (SD) der SS oder anderer nationalsozialistischer Organisationen gewesen waren.[7] Ein Drittel der 1975 aktiven Vertriebenenfunktionäre hatte in der NSDAP mitgewirkt.[8]

Entwicklungsetappen der Securitate

In der ersten Phase (1948–1964) ihres Bestehens konzentrierte sich die Securitate auf die Lösung innenpolitischer Probleme, vor allem auf die Ausschaltung tatsächlicher oder erfundener Regimegegner. Dem Ausland schenkte sie eine größere Aufmerksamkeit erst ab 1951, nach der Gründung des Auslandsgeheimdienstes, der Hauptabteilung A, die bis 1989 unter verschiedenen Namen für die Auslandsaufklärung verantwortlich war.[9] Die Unterwanderung des Exils gehörte in dieser Phase noch nicht

---

4 Vgl. beispielsweise Sienerth, Stefan: Operative Vorgänge der „Securitate" im Problemfeld „Deutsche Faschisten und Nationalisten". Anmerkungen zu den Aktionen „Epilog" und „Scutul" in den Jahren 1971–1976. In: Spiegelungen 5/2 (2010), S. 153–162.

5 Zit. nach o. A., Landsmannschaft der Banater Schwaben (wie Anm. 1).

6 Vgl. Acker, Hans-Joachim: Leserecho: Securitate – und kein Ende. In: SbZ. 19.01.2011. URL: https://www.siebenbuerger.de/zeitung/artikel/verschiedenes/10742-leserecho-securitate-und-kein-ende.html (01.02.2022). Den Hörern von Radio Free Europe (*Radio Europa liberă*) war Acker unter dem Pseudonym Mircea Ioanid bekannt.

7 Vgl. Hausleitner, Mariana: Selbstbehauptung gegen staatliche Zwangsmaßnahmen. Juden und Deutsche in Rumänien seit 1830. Berlin 2021, S. 275–291.

8 Vgl. dies.: „Viel Mischmasch mitgenommen". Die Umsiedlungen aus der Bukowina 1940. Berlin-Boston 2018, S. 226; Böhm, Johann: Hitlers Vasallen der deutschen Volksgruppe in Rumänien vor und nach 1945. Frankfurt/M. 2006; ders.; Popa, Klaus: Vom NS-Volkstum- zum Vertriebenenfunktionär. Die Gründungsmitglieder des Südostdeutschen Kulturwerks München und der Landsmannschaften der Deutschen aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien. Frankfurt/M. 2014.

9 Im Folgenden wird der Einfachheit halber der Begriff ‚Auslandsgeheimdienst' benutzt. Vgl. Banu, Florian: De la SSI la SIE. O istorie a spionajului românesc în timpul regimului comunist. 1948–1989

zu den prioritären Aufgaben des Geheimdienstes, obwohl im Westen bereits einige seiner Agenten durchaus erfolgreich tätig waren. Eine operative Aufgabe bestand darin, bestimmte Persönlichkeiten des Exils zu kompromittieren, aber gleichzeitig auch im Ausland lebende, ehemalige rumänische Bürger zur Rückkehr in ihr Geburtsland zu bewegen.

Mit der Gründung des Rumänischen Repatriierungskomitees 1955 und der Zeitung *Glasul Patriei* (*Stimme des Vaterlandes*)[10] rückte die Diaspora – inklusive der rumäniendeutschen – stärker in den Fokus nachrichtendienstlicher Bestrebungen. Im Komitee wirkten auch einige Vertreter der rumäniendeutschen Minderheit mit, z. B. die Schriftsteller Hans Kehrer, alias Stefan Heinz, und Franz Johannes Bulhardt.[11] Sie sollten ihre im Westen lebenden, ehemaligen Mitbürgerinnen und Mitbürger überzeugen, in ihre alte Heimat zurückzukehren. Kehrer schätzt die Zahl der Rückkehrer nach Rumänien auf etwa 3.000.[12]

Der sich im Aufbau befindende Auslandsgeheimdienst verfügte am Anfang über einen relativ kleinen festen Mitarbeiterstab. 1954 gab es 366 hauptamtliche Mitarbeiter, 1978 bereits 2.578.[13] Im gesamten Securitateapparat waren 1963 8.519 Personen tätig, 1968 dann schon 16.740 und 1989 mit 15.312 wieder etwas weniger.[14] Hannelore Baier hat nachgewiesen, dass die Securitate 1985 insgesamt 6.360 Rumäniendeutsche überwachte, davon 1.497 Personen, die im Ausland lebten, vorwiegend in der Bundesrepublik Deutschland.[15] Wie viele ausgewanderte Rumäniendeutsche von der Securitate als Auslandsagenten angeworben wurden, ist nicht bekannt.

In der Ceauşescuzeit (1965–1989) konzentrierte sich die Auslandsarbeit der Securitate zunehmend auf die Durchsetzung von drei Hauptzielen: 1.) die Vermittlung eines positiven Bildes des Bukarester Diktators und seiner Politik; 2.) die Verbreitung eines nationalistischen Geschichtsbildes; und damit in Verbindung 3.) die geschickte Streuung vorurteilsbehafteter anti-ungarischer Angriffe. Einige mit Hilfe der Securitate gegründete Vereine oder Kulturgesellschaften dienten dazu, die in Bukarest

---

[Vom SSI zum SIE. Eine Geschichte der rumänischen Spionage während des kommunistischen Regimes. 1948–1989). Bucureşti 2016, S. 55 f.

10 Die Publikation erschien bis 1972 unter diesem Namen, danach wurde sie in *Tribuna României* umbenannt.

11 Unter den Decknamen „Bărbulescu", „Virgil Ionescu", „Hart" (mitunter auch „Harth") war Bulhardt ab 1952 als inoffizieller Securitatemitarbeiter tätig, nach 1975 auch für eine Zweigstelle des Auslandsgeheimdienstes, was in seiner umfangreichen Akte dokumentiert ist. Vgl. ACNSAS. R 19876; R 285952. 3 Bde.; I 210843. 4 Bde.

12 Vgl. Heinz-Kehrer, Stefan: Im Zangengriff der Zeiten. Ein langes Leben – in kurzen Geschichten. Bukarest 2003, S. 328. Vgl. auch ACNSAS. R 292332, Bl. 23: Bericht über die Tätigkeit im rumänischen Repatriierungskomitee. 14.03.1957.

13 Vgl. Banu, Florian; Ţăranu, Liviu (Hg.): Securitatea 1948–1989. Monografie [Die Securitate 1948–1989. Monographie]. Bd. 1. Târgovişte 2016, S. 57, 61, 247.

14 Vgl. ebd., S. 131, 209, 235.

15 Vgl. Baier, Hannelore: Objekt und Instrument. Die deutsche Minderheit im Fokus der Securitate. In: Puttkamer, Joachim von; Sienerth, Stefan; Wien, Ulrich A. (Hg.): Die Securitate in Siebenbürgen. Köln-Weimar-Wien 2014, S. 153–168, hier S. 160.

ausgearbeiteten Zielvorgaben umzusetzen. Erwähnt sei hier die mit logistischer und materieller Unterstützung der Securitate von dem Multimillionär und Ion Antonescu-Verehrer, Iosif Constantin Drăgan, 1983 ins Leben gerufene Internationale Kulturvereinigung der rumänischen Ethnie (*Asociaţia Culturală Internaţională a Etniei Române* – ACIER). Dem Exekutivbüro der ACIER gehörten auch zwei Rumäniendeutsche an, der Historiker Adolf Armbruster[16] und der Theologe Paul Philippi.[17]

Der Schriftsteller und Journalist Ivan Denes

Anhand einiger Fallbeispiele lässt sich die für die Securitate durchaus erfolgreiche Tätigkeit einiger ihrer in der BRD aktiven Agenten verdeutlichen.

Zu den ersten, bereits in der Forschung bekannten Mitarbeitern des rumänischen Geheimdienstes gehörte die Rumäniendeutsche *Helene Michel* (*1926) („Gerda").[18] Michel, die in Westberlin lebte, willigte 1956 ein, für die Securitate zu arbeiten und erwies sich danach als eine „hochkarätige Agentin",[19] die den Geheimdienst mit Informationen über rumäniendeutsche Landsmannschaftsmitglieder und über rumänische Emigranten versorgte. Sie war mitbeteiligt an der Entführung rumänischer Emigranten in Berlin und Wien. Um einer Aufdeckung zu entgehen, ermöglichte ihr die Securitate 1962 die Rückkehr nach Rumänien.

Rücksiedlungspläne als Schutzmaßnahme für erfolgreiche oder gefährdete Agenten hatte die Securitate auch für andere Mitarbeiter ausgearbeitet, z. B. für *Ivan Denes* (1928 – 2011), der ein ebenso prominenter Agent war. Mit einer kurzen Unterbrechung arbeitete Denes als Inlands- bzw. Auslandsagent von 1948 bis 1989 (unter den Decknamen: „Aurel Bantaş", „Alecu Sîrbu", „Alexandru Sîrbu", „GX-36", „Petru Pintilie", „Kraus", „Konrad").[20] Aufgrund der zugänglichen Akten lassen sich die Stationen dieser spektakulären und großzügig entlohnten Agententätigkeit im Ausland rekonstruieren:

Vor seiner Ausreise 1970 durchlief Denes einen speziellen nachrichtendienstlichen Lehrgang. Ein kurzer Aufenthalt in Israel diente zur Tarnung seines geplanten Einsatzes in Westberlin, wo er sich 1971 niederließ. Seine Hauptaufträge bestanden

---

16 Vgl. Zamfirescu, Dinu: Afacerea „Ariane". Spionaj sovieto-român? [Operation „Ariane". Sowjetisch-rumänische Spionage?]. Bucureşti 2017, S. 53.

17 Vgl. Banu, De la SSI la SIE (wie Anm. 9), S. 371.

18 Vgl. Herbstritt, Georg: Die gemeinsamen Aktionen von Securitate und Stasi gegen die rumänische Emigration in den fünfziger Jahren, eine siebenbürgisch-sächsische Agentin als Schlüsselfigur und die unscharfen Erinnerungen des Securitate-Überläufers Ion Mihai Pacepa. In: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik (HJS) 22/1 – 2 (2010), S. 7 – 32; ders.: Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatssicherheit 1950 bis 1989. Göttingen 2016, S. 88 – 110.

19 Herbstritt, Entzweite Freunde (wie Anm. 18), S. 89.

20 Vgl. die vom Auslandsgeheimdienst angelegte Akte (ACNSAS. SIE 10829. 5 Bde.), den operativen Vorgang (ACNSAS. I 211772. 11 Bde.) und die Strafakte (ACNSAS. P 13581).

darin, verschiedene oppositionelle Intellektuelle und Schriftsteller aus Rumänien, die im Exil lebten oder im Westen als Besucher unterwegs waren, zu beobachten und den westlichen Medien Falschinformationen über deren Tätigkeit zuzuspielen. Er sollte sich u. a. auf die Schriftsteller Oskar Pastior (1927–2006) oder Paul Schuster (1930–2004) konzentrieren, aber auch auf Geistliche wie Richard Wurmbrand (1909–2001)[21] und Gerhard Möckel (1924–2004)[22] sowie auf einige westliche Politiker und Kulturschaffende. Während der Geheimtreffen mit seinen Führungsoffizieren wurde ihm eingeschärft, sich als ein Mensch mit rechtsgerichteten Ansichten auszugeben.[23]

Offiziell arbeitete Denes als Journalist sowohl für die Springer-Presse als auch für die rumänische Abteilung von Radio Free Europe. Es wäre ihm fast gelungen, als Redakteur des Senders fest angestellt zu werden,[24] dessen Mitarbeiter er ausspionierte.[25] „Dieser Mensch [Denes] ist uns sehr nützlich, er ist sehr intelligent und loyal und hat die Möglichkeit in ‚Meliţa' [wörtlich ‚Quatschbude', Codename für Radio Free Europe] einzudringen", hieß es 1977 in einem ausführlichen Bericht des Auslandsgeheimdienstes.[26] Seine Infiltrierung in die Redaktion des in München stationierten US-Senders scheiterte, da Wurmbrand und andere frühere rumänische politische Häftlinge gegen eine Anstellung von Denes protestierten, und zwar mit dem Hinweis, dieser habe an der von der Securitate ausgeklügelten Umerziehung von politischen Gefangenen teilgenommen.[27] Nach der politischen Wende von 1989 beteiligte sich Denes bis zu seinem Tod an rechtskonservativen Publikationen.[28]

21 Vgl. ACNSAS. SIE 10829. Bd. 5, Bl. 53–56: Bericht bezüglich der Vorschläge zur Demaskierung von „Ashaver" in einem Buch, das „GX-36" schreiben wird. 09.08.1973. „Ashaver" war der Deckname der Securitate für Richard Wurmbrand (Einzelheiten zu Wurmbrand in: ACNSAS. I 146678. 9 Bde.). Die unbeabsichtigte Verballhornung des Namens Ahasver ist den Offizieren zuzuschreiben, die sich mit Wurmbrand beschäftigten.

22 Vgl. ebd. Bd. 1, Bl. 422 f.: Besoldung des in Deutschland mit nachrichtendienstlichen Aufgaben betrauten Securitateagenten „GX-36". 04.09.1972.

23 Vgl. ebd. Bd. 2, Bl. 2–8: Analysebericht vom Januar 1973, in dem monatliche Kontakte mit Oberleutnant Ion Pescaru [möglicherweise ein Pseudonym] mit „GX-36" vorgeschlagen werden.

24 Vgl. ebd., Bd. 5, Bl. 497–501: Bericht zur Unterwanderungsaktion von „Meliţa" durch den Informanten „Kraus". 01.08.1976.

25 Vgl. ebd., Bd. 2, Bl. 204: Bericht über den Besuch von „Kraus" [Deckname: Babeni-Vest] aus Westberlin in Rumänien. 12.02.1977. Hier wird die Tätigkeit des Agenten „Kraus" von Oberst Ion Petrescu und dem Residenten „X-II" analysiert. „Kraus" übergibt bei dieser Gelegenheit seinen Bericht bezüglich des politischen Programms von Radio Free Europe.

26 Ebd., Bd. 5, Bl. 620 f.

27 Vgl. Ioanid, Ion: Închisoarea noastră cea de toate zilele [Unser tägliches Gefängnis]. Bd. 2: 1953–1955. Bucureşti 1991, S. 294.

28 Vgl. o. A.: PI-Gastautor Ivan Denes gestorben. In: PI-News. 18.01.2011. URL: https://www.pi-news.net/2011/01/pi-gastautor-ivan-denes-gestorben/ (15.03.2022).

Die Evangelische Kirche A. B.

An der gezielten Diskreditierung des oben erwähnten Pastors Richard Wurmbrand beteiligten sich auch Vertreter der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses (A. B.) in Rumänien. Der in Westberlin lebende Gerhard Möckel wurde von Denes mit Informationen versorgt, die in den Desinformationslaboratorien der Securitate aufbereitet wurden. Einige Artikel, in denen Wurmbrand in einem negativen Licht dargestellt wurde, sind schließlich auch in der *Siebenbürgischen Zeitung* (SbZ) erschienen.[29] Über die Absicht, einen Artikel gegen Wurmbrand in der SbZ-Beilage *Licht der Heimat* abzudrucken, informierte Auslandsagent Fritz Cloos die Securitate bereits im Vorfeld.[30]

Auch das Oberhaupt der Evangelischen Kirche A. B., Bischof *Albert Klein* (1910–1990), der in den Akten unter diversen Namen geführt wurde (wie: „Sebeşul", „Silvestru Dan", „Dumbravă", „Păltinişan" und „Sergiu Nicolaescu"), sollte sich an der Diskreditierung Wurmbrands beteiligen, wie einem 1976 entworfenen Maßnahmenplan zu entnehmen ist.[31] In anderen Dokumenten wird vermerkt, dass Klein bereits 1971 „einflussreiche Persönlichkeiten" beeinflusst habe, um gegen Wurmbrand Stellung zu beziehen.[32] Wurmbrand machte sich allerdings auch angreifbar, da er sich in seinen Auftritten, Stellungnahmen und Büchern nicht an die Wahrheit hielt, Legenden fabrizierte und seine eigene Biographie verschleierte und mystifizierte.[33]

Äußerst problematisch war der Standpunkt der Evangelischen Kirche A. B. bezüglich der Auswanderung. Offenbar gab es keinen Interessenkonflikt zwischen der Kirche und den kommunistischen Behörden hinsichtlich der Begrenzung des nach 1965 massiv einsetzenden Exodus der Rumäniendeutschen. Die Evangelische Kirche A. B. versuchte durch diskrete Kollaboration und in eiliger Willfährigkeit dem kommunistischen Staat gegenüber die Auswanderung zu unterbinden, um ihre eigene Existenz vor dem voraussehbaren Untergang durch die Auswanderung ihrer Mitglieder zu retten. Das Menschenrecht auf Freizügigkeit spielte dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Die unnachgiebige Haltung der Kirche, potenziert durch den Wunsch

---

29 Vgl. Wilm, Ernst: Warnung vor Wurmbrand. In: SbZ. Beilage: Licht der Heimat. 15.01.1970, S. 4. Siehe auch Möckel, Gerhard: Kirche im Osten – vom Westen betrachtet. Kategorien des Verstehens – Möglichkeiten der Einflußnahme. Vortrag, gehalten auf der Gruppentagung des Hilfskomitees in Heilbronn am 23. September 1970. In: Ebd. 15.12.1970, S. 1–3; ders.: Gefoltert für Christus? In: Ebd. 15.03.1969, S. 3; ders.: Gefoltert für Christus? Zur Aktivität Richard Wurmbrands. In: Ebd. 15.05.1971, S. 2. 1981 wurde Wurmbrand in der SbZ als „sektiererischer Fanatiker" und „Agitator" bezeichnet, vgl. Wolf, Walter: Bei den siebenbürgischen Reformierten auf Besuch. In: SbZ. 15.01. 1981, S. 7; Gräf, Helmut: Pfarrer Wurmbrand ein „Agitator"? In: SbZ. 28.02.1981, S. 8.

30 Vgl. ACNSAS. SIE 2732. Bd. 14, Bl. 639 f.: Bericht. 01.02.1970. Näheres zu Cloos s. u.

31 Vgl. ACNSAS. I 146678. Bd. 7, Bl. 1–5, hier Bl. 3: Maßnahmenplan. 05.08.1976.

32 ACNSAS. R 289570. Bd. 1, Bl. 78f., hier Bl. 79: Charakterisierung – Bericht. 06.08.1971 und Bl. 82–84, hier Bl. 83: Anleitungsplan. 06.08.1971.

33 Vgl. Totok, William: Din vremurile războiului rece [Geschichten aus dem Kalten Krieg]. In: Radio Free Europe. 7 Folgen. 30.04.–11.06.2014.

des Staates, die Ausreise der Rumäniendeutschen mit allen Mitteln zu verhindern,[34] führte zu Spannungen mit Teilen der Landsmannschaft, die für eine bedingungslose Übersiedlung plädierte, obwohl in offiziellen Stellungnahmen fast ausschließlich von Familienzusammenführung die Rede war. Trotz verschiedener Bemühungen seitens der rumänischen Behörden ließ sich die Auswanderungsspirale nicht zurückschrauben. Das beweisen interne Statistiken der Securitate: Von insgesamt 97.811 allein im Kreis Temesch (Timiș) lebenden Rumäniendeutschen hatten z. B. 1985 rund 35.000 einen Ausreiseantrag gestellt oder den Wunsch geäußert, in die BRD überzusiedeln.[35]

Die Evangelische Kirche A. B. hatte bereits 1961 bei kirchlichen Stellen in Westdeutschland interveniert und gefordert, ausgewanderte Pfarrer nicht in ihrem Beruf arbeiten zu lassen. Mit einem ähnlichen Berufsverbot waren auch aus der DDR übersiedelte Pastoren belegt worden.[36] Gegen diese trotzige Haltung der siebenbürgischen Kirche protestierten 70 in die BRD ausgewanderte Geistliche, die 1980 die Gemeinschaft evangelischer Pfarrer aus Siebenbürgen in der Bundesrepublik Deutschland gründeten. In einer schonungslosen, programmatischen Analyse wurde der Evangelischen Kirchenleitung in Rumänien Staatskonformismus und dem Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen in der Bundesrepublik (in dessen Leitungsstrukturen der Theologe und spätere Vorsitzende des Demokratischen Forums der Deutschen aus Rumänien *Paul Philippi* [1923–2018] eine markante Rolle spielte) „nostalgische Befangenheit" vorgeworfen.[37]

Die verharmlosende, apodiktisch klingende Behauptung Michael Kroners, dass es eine „Kollaboration der Kirchenleitung mit der Securitate, wie ihr jüngst in Diskussionen unterstellt wurde [...], sicherlich nicht gegeben" habe,[38] widerlegen zahlreiche zugängliche Akten. Erwähnt sei hier als ein signifikantes Beispiel der von 1957 bis 1985 als Kurator der evangelischen Stadtpfarrgemeinde Kronstadt (Brașov) tätige *Otmar Richter* (1908–1987). Dieser hatte unter den Decknamen „Dima Nicolae", „N. Dima", „Dumitrescu" und „Dumitrescu Victor"[39] der Geheimpolizei operative Informationen

---

34 Vgl. Dobre, Florica; Banu, Florian; Banu, Luminiţa; Stancu, Laura: Acţiunea „Recuperarea". Securitatea şi emigrarea germanilor din România (1962–1989) [Die Operation „Wiedergewinnung". Die Securitate und die Auswanderung der Rumäniendeutschen 1962–1989]. Bucureşti 2011.

35 Vgl. ACNSAS. D 13381. Bd. 36, Bl. 79–107, hier Bl. 79 f.: Bericht des Temescher Kreisinspektorats des Innenministeriums. Unterabteilung 1/A. 16.11.1985.

36 Vgl. Richter, Christoph: Wer in den Westen ging. Berufsverbot für DDR-Pfarrer. In: Deutschlandfunk. 12.11.2018. URL: https://www.deutschlandfunk.de/wer-in-den-westen-ging-berufsverbot-fuer-ddr-pfarrer-100.html (01.02.2022).

37 Albrich, Hans: Zur Lage der Evangelischen Kirche A.B. in Siebenbürgen. 05.10.1981. In: Schuller, Hermann (Hg.): Aus dem Schweigen der Vergangenheit. Erfahrungen und Berichte aus der siebenbürgischen Evangelischen Kirche A.B. in der Zeit des Kommunismus. 2 Bde. Hermannstadt-Bonn 2013/2017, Bd. 2, S. 253–284, hier S. 278. Zur Rolle Philippis hierbei vgl. den Beitrag von Virgiliu Țârău in dieser Themenausgabe.

38 Kroner, Michael: Kirche im Kommunismus. In: Ebd., Bd. 1, S. 217–228, hier S. 225.

39 Vgl. ACNSAS. R 137794. Bd. 1, Bl. 1–4, 8–12 (Verpflichtungserklärung. 18.03.1957), 17 (Liste mit Zuwendungen), 20, 23–25 usw. (Quittungen), 136 (Personalbogen des Informanten „Dumitrescu", inkl.

über eine im Dezember 1958 zusammen mit Pfarrer Konrad Möckel verurteilte Gruppe geliefert.[40] Später war er wiederholt im Namen seiner Auftraggeber in Deutschland unterwegs, spionierte die Exilorganisationen aus und beeinflusste kirchliche Gremien mittels falscher Informationen.[41] Einen außergewöhnlichen Erfolg konnte die Securitate 1989 verbuchen, als es ihr mit Hilfe der evangelischen Kirchenleitung gelang, die Beteiligung von Herta Müller und Richard Wagner an einer geplanten regimekritischen Rumänienveranstaltung des Evangelischen Kirchentages in Westberlin zu unterbinden.[42]

Fritz Cloos

Einer der besonders erfolgreichen Auslandsagenten war *Fritz Cloos* (1909 – 2004, Decknamen: „Mihăilescu Gheorghe", „Lăzărescu Ioan", „Konrad", „Radovan", „Kaiser", „H2", „Marton", „Martin"), der in enger Zusammenarbeit mit der Securitate 1965 in der Bundesrepublik die Arbeitsgemeinschaft für südostdeutsche Volks- und Heimatforschung gründete.[43] An den Veranstaltungen dieser Organisation beteiligten sich aktiv zahlreiche Freunde von Cloos, Landsmannschaftsfunktionäre, Politiker, Publizisten, Schriftsteller, Politologen, Historiker und sonstige Interessenten. Seinen Kreis beschreibt Cloos in einem Bericht als eine gut verschleierte „Basis für Öffentlichkeitsarbeit" und als „ein unerlässliches Instrument" für seine Tätigkeit.[44] Er konzentrierte sich in seiner Zusammenarbeit mit der Securitate, die bis 1987 dauerte,[45] auf das Aushorchen und Beeinflussen von im Ausland lebenden, rumänischen und rumäniendeutschen Persönlichkeiten, darunter (um nur einige zu nennen):

Foto. 25.05.1976). Vgl. auch den Beitrag von Corneliu Pintilescu und Ottmar Trașcă in dieser Themenausgabe.

40 Vgl. ebd., Bl. 107 – 110.

41 Vgl. ACNSAS. D 13381. Bd. 7, Bl. 117: Vorbereitungen für die Genehmigung einer Auslandsreise: Referat. 01.07.1976.

42 Vgl. ausführlich dazu mit Abschriften und Fotokopien von relevanten Dokumenten: Totok, William: Franz-Werfel-Menschenrechtspreis für Herta Müller. In: Halbjahresschrift – hjs-online. 02.11.2009. URL: https://halbjahresschrift.blogspot.com/2009/11/franz-werfel-menschenrechtspreis-fur.html (01.02.2022).

43 Vgl. ausführlicher Totok, William: Geschichtspolitische Beeinflussung des Auslands durch die Securitate. In: Kührer-Wielach, Florian; Nowotnick, Michaela (Hg.): Aus den Giftschränken des Kommunismus. Methodische Fragen zum Umgang mit Überwachungsakten in Zentral- und Südosteuropa. Regensburg 2018, S. 359 – 386; ders.; Macovei, Elena Irina: Între mit şi bagatelizare. Despre reconsiderarea critică a trecutului, Ion Gavrilă Ogoranu şi rezistenţa armată anticomunistă din România [Zwischen Mythos und Verharmlosung. Über die kritische Vergangenheitsbewältigung, Ion Gavrilă Ogoranu und den bewaffneten, antikommunistischen Widerstand in Rumänien]. Iaşi 2016, S. 62 – 78 sowie den Beitrag von Corneliu Pintilescu und Ottmar Trașcă in diesem Band.

44 ACNSAS. SIE 2732. Bd. 13, Bl. 40: Bericht. 07.03.1967.

45 Vgl. ebd., Bd. 21, Bl. 180: Bericht. 08.07.1987.

- Hans Hartl (1913 – 1990), Mitarbeiter der nationalsozialistischen *Südostdeutschen Tageszeitung* (SodT), 1946 in Abwesenheit in Rumänien als Kriegsverbrecher zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt,[46] 1952 – 1957 Schriftleiter der *Siebenbürgischen Zeitung*, Gründungsmitglied der Südosteuropa-Gesellschaft in München und Redakteur der *Südosteuropa-Mitteilungen*, von 1983 bis 1989 Heimatpolitischer Sprecher und Stellvertretender Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen;
- Erhard Plesch (1910 – 1977), aktiv in der deutschen ‚Volksgruppe' in Rumänien, als Vorsitzender der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen (1963 – 1977) zwei Begegnungen mit Nicolae Ceauşescu;[47]
- Michael Stocker (1911 – 2003), aktiv in der völkischen Jugendbewegung der Bukowina, ab 1935 Mitglied der nationalsozialistischen Deutschen Volkspartei in Rumänien (DVR), 1940 umgesiedelt ‚Heim ins Reich',[48] 1966 – 1978 Landsmannschaftsvorsitzender der Banater Schwaben;[49]
- Alfred Hönig (1900 – 1984),[50] 1946 wegen seiner Tätigkeit als Chef der gleichgeschalteten *Südostdeutschen Tageszeitung* in Rumänien in Abwesenheit als Kriegsverbrecher zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt,[51] 1957 – 1970 SbZ-Chef;
- Hans Bergel (1925 – 2022), 1970 – 1989 ebenfalls SbZ-Chef.

Cloos beanspruchte für sich und seinen Arbeitskreis die Deutungshoheit und versuchte gleichzeitig, diese in für seine Auftraggeber akzeptabler Weise zu gestalten. Intuitiv und geradezu zwangsläufig bereitete er seine verabsolutierte persönliche Perspektive ‚securitatekonform' auf und agierte entsprechend. Dies konkretisierte sich zum Beispiel in seinen Plädoyers für Auslassungen und eine selektive Quellenauswahl sowie für eine Abgrenzung von der NS-kritischen Historiographie, in der Verharmlosung der völkischen Verstrickungen, der idyllischen Darstellung der ‚Volksgemeinschaft' und der Stilisierung überzeugter Nationalsozialisten zu moderaten Nationalisten.

---

46 Vgl. ACNSAS. SIE 11009, Bl. 188 – 191: Bericht vom 04.12.1965, in dem das Gerichtsverfahren zusammengefasst und festgestellt wurde, dass am 15.04.1966 die Verjährung eintrat.

47 Vgl. Bruckner, Wilhelm: Zwei Pfeiler unserer Gemeinschaft. Erhard Plesch und Robert Gassner wären im April 85 Jahre alt geworden. In: SbZ. 15.04.1995, S. 4.

48 Vgl. Hausleitner, „Viel Mischmasch mitgenommen" (wie Anm. 8), S. 18, 56 f., 77.

49 Vgl. auch den 4. Teil einer Dokumentation, in der es um die „Ära des 3. Bundesvorsitzenden Michael Stocker (1966 – 1978)" geht: O. A: 35 Jahre Landsmannschaft der Banater Schwaben aus Rumänien in Deutschland. In: BP. 05.11.1985, S. 1 – 3.

50 Vgl. Hausleitner, Mariana: Südostdeutsche Tageszeitung (Rumänien, 1941 – 1945). In: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Bd. 6: Publikationen. Berlin-Boston 2013, S. 681 f.

51 Vgl. ACNSAS. M FI 53821 SB. Bd. 1, Bl. 350: Urteil des Volksgerichtshofs in Klausenburg (Cluj). 15.04. 1946 (handschriftliche Kopie). Siehe auch ACNSAS. SIE 1132, Bl. 18 – 20: Zusammenfassender Bericht bezüglich der Informationen zu Hönig. 29.10.1956; ebd., Bl. 29 – 32: Maßnahmenplan. 16.02.1957, in dem die verhängte Gefängnisstrafe erwähnt wird (Bl. 29).

Cloos interpretierte so geschickt historische Ereignisse im Konsens mit der damaligen rumänischen Geschichtsschreibung. Der Leitgedanke dieses Deutungsmusters war, Rumänien als Opfer des Dritten Reiches darzustellen und das Bündnis mit den Achsenmächten herunterzuspielen. Im Zusammenhang mit dieser Deutung wurde den politischen Akteuren innerhalb der rumäniendeutschen NSDAP eine exklusiv dem Willen Berlins untergeordnete Marionettenrolle zugewiesen.[52] Diese bewusste Verzerrung der Tatsachen ermöglichte es, deren Tätigkeit als das Ergebnis eines kollateralen historischen Unfalls darzustellen und die hauptverantwortlichen rumäniendeutschen Nazis von jeglicher individuellen Schuld reinzuwaschen. „Alle sind der Meinung“, notierte Cloos in einem Bericht über seine Arbeitsgemeinschaft, „dass die Forschungsergebnisse, vor allem die heiklen, nicht veröffentlicht werden sollen.“[53]

Die Securitate ignorierte auch die NS-Vergangenheit des ehemaligen KZ-Wachmanns und ‚Auschwitzbibliothekars' *Hans Mokka* (1912–1999).[54] Dies verdeutlicht eindrücklich die spektakuläre Agentenkarriere des Temeswarer Sängers und Autors, der von 1962 bis 1989 unter den Decknamen „Hans Müller“ und „Mayer“ geheimdienstlich tätig war. Wäre er noch am Leben, dann liefe er heute Gefahr, in der BRD als ehemaliger KZ-Wachmann wegen Beihilfe zum Mord angeklagt zu werden.[55] Mokka reiste wiederholt nach Westdeutschland, kontaktierte dort Personen aus der Landsmannschaft, beispielsweise Hans Diplich (1909–1990)[56] und später auch seinen Stiefsohn *Horst Fassel* (1942–2017). Dieser war seit 1977 ein inoffizieller Securitatemitarbeiter und 1983 in die Bundesrepublik ausgereist. Von 1985 bis 1987 war er Chefredakteur des landsmannschaftlichen Mitteilungsblattes *Banater Post*, in dem im Laufe der Jahre mehrere Artikel erschienen, in denen u. a. Herta Müller verunglimpft wurde.

Hans Weresch

Besondere Aufmerksamkeit schenkte die Securitate der sogenannten Bekämpfung des ungarischen Irredentismus. Einerseits sollte dies im Inland von den zunehmenden

52 Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist in der nationalkommunistischen Historiographie die Beschreibung der Eisernen Garde als eine von „deutschen hitleristischen Kreisen“ – auch finanziell – geförderte faschistische Organisation. Vgl. Pascu, Ştefan: Istoria României. Compendiu [Geschichte Rumäniens. Kompendium]. Bucureşti [3]1974, S. 378.

53 ACNSAS. SIE 2732. Bd. 24, Bl. 238–246: Bericht von „Radovan“ (Cloos). 06.08.1974.

54 Vgl. Totok, William: Bibliotecar la Auschwitz [Bibliothekar in Auschwitz]. In: RFI. 07.11.2011. URL: https://www.rfi.ro/articol/stiri/societate/bibliotecar-auschwitz (14.03.2022).

55 Vgl. die Angaben zu Hans Mokka in: Instytut Pamięci Narodowej: Niemieckie obozy na ziemiach okupowanej Polski w latach 1939–1945. Załoga SS KL Auschwitz. Dokumentacja [Deutsche Lager auf dem Gebiet des besetzten Polen in den Jahren 1939–1945. SS-Mannschaft KZ Auschwitz. Dokumentation]. URL: https://truthaboutcamps.eu/th/form/r3406043863358,MOKKA.html (01.02.2022).

56 Vgl. das Foto von Mokka zu Besuch bei Hans Diplich im Jahr 1971. In: BP. 05.09.1985, S. 14.

wirtschaftlichen Schwierigkeiten ablenken, andererseits die im Ausland ansässigen heimatbewussten Rumänen und Rumäniendeutschen animieren, das Regime als legitimen Vertreter und Verteidiger nationaler Interessen anzuerkennen und zu unterstützen. Die Darstellung der Ungarn als Erbfeinde, als potenzielle Gefährder der territorialen Integrität Rumäniens und als ehemalige Unterdrücker und Durchsetzer einer rücksichtslosen magyarischen Assimilationspolitik rückten in den Mittelpunkt der Propaganda. Daran beteiligten sich auch Landsmannschaftsfunktionäre oder Personen, die den Landsmannschaften nahestanden. Als hervorstechendes Beispiel sei hier, in diesem summarischen Überblick über die Operationen der Geheimpolizei in den Reihen der ausgewanderten Rumäniendeutschen und einigen ihrer Organisationen, abschließend die Agententätigkeit von *Hans Weresch* (1902–1986) erwähnt.

Weresch war in der deutschen ‚Volksgruppe' in Rumänien aktiv gewesen und hatte von den ‚Arisierungen' jüdischen Eigentums profitiert. Ab 1943 war der Studiendirekter der Prinz-Eugen-Schule zum Generalinspekteur aller von der ‚Volksgruppe' kontrollierten und verwalteten deutschen Lehranstalten ernannt worden.[57] Acht Jahre nachdem der frühere Dozent der Temeswarer Hochschule 1960 zusammen mit einer Gruppe wegen Landesverrats, Spionage und Verschwörung zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt worden war und 1964 begnadigt wurde, erhielt er Ende 1968 die Ausreisegenehmigung in die BRD.

Die Öffnung der Securitatearchive bietet heute nicht nur zusätzliche Hintergrundinformationen zu dem politischen Prozess. Aufgrund der zugänglichen Akten kommen auch überraschende biographische Fakten zu Weresch als eines der Hauptangeklagten ans Tageslicht: Er hatte sich im Januar 1958 zur inoffiziellen Securitatemitarbeit bereit erklärt.[58] Unter dem Decknamen „Mayer Iosif" lieferte er in der darauffolgenden Zeit zahlreiche sensible Informationen über Vertreter der römisch-katholischen Kirche,[59] wofür er auch finanzielle Zuwendungen erhielt.[60] In den internen Berichten der Securitate ist vermerkt, dass Weresch, der auf seinen bereits im Herbst 1959 verhafteten Freund Hans Reb angesetzt war, die Geheimpolizei in die Irre zu führen versuchte, indem er den Organen über dessen Tätigkeit „nichtssagende" Materialien lieferte. Diese Missachtung seines nachrichtendienstlichen Auftrages wurde Weresch zum Verhängnis und endete schließlich mit seiner Verhaftung und Verurteilung.

Zwei Jahre nach seiner Entlassung aus der Haft, kontaktierten Weresch zwei Securitateoffiziere, die ihn überzeugen konnten, seine inoffizielle Mitarbeit wieder aufzunehmen. Nach zahlreichen Überprüfungen konnte sich die Securitate von seiner Aufrichtigkeit und Loyalität überzeugen und ihn schließlich für den Auslandseinsatz vorbereiten. Den letzten Vertrauensbeweis lieferte er im Februar 1968, als er eine

---

57 Vgl. Petri, Anton Peter: Hans Weresch. In: Biographisches Lexikon des Banater Deutschtums. Marquartstein 1992, S. 2074.

58 Vgl. ACNSAS. R 318019, Bl. 6 f.: Verpflichtungserklärung. 29.01.1958.

59 Vgl. ebd., Bl. 18 f.: Charakterisierung. 03.02.1960.

60 Vgl. ebd., Bl. 17: Liste der Zuwendungen. 29.05.1958.

Reiseerlaubnis nach Westdeutschland erhielt, um an der Beerdigung seiner Schwiegermutter teilzunehmen. Nachdem er zurückgekehrt war, verfasste er einen ausführlichen Bericht, in dem er erläuterte, dass seine „Rückkehr als die beste Propaganda für das sozialistische Rumänien" angesehen werden könne.[61] Nach dieser letzten und überzeugenden Loyalitätsbezeugung begannen die Offiziere der Hauptabteilung für Auslandsaufklärung unverzüglich mit den Vorbereitungen zur nachrichtendienstlichen Schulung des Kandidaten, der seine Tätigkeit, als Aussiedler getarnt, in der Bundesrepublik fortsetzen sollte. Vor seiner Abreise aus Rumänien lieferte „Mayer Iosif", der den neuen Decknamen „Rudy" erhielt, noch einige Auskünfte. Einen besonderen Stellenwert nimmt in diesem Zusammenhang sein analytischer Bericht über die Sitzung des deutschen Literaturkreises aus Temeswar ein, der im Herbst 1968 umbenannt wurde und den Namen Adam Müller-Guttenbrunn erhielt.[62]

Weresch, der bereits 1927 eine Studie zu Adam Müller-Guttenbrunn (1852–1923) veröffentlicht hatte,[63] wollte sich nach seiner Ausreise weiterhin intensiv mit den Schriften des Banater Autors beschäftigen und dessen Gesamtwerk in mehreren Bänden publizieren. Ein 1972 in der Bundesrepublik angekündigtes Projekt zur Herausgabe der Werke Müller-Guttenbrunns in 15 Bänden war allerdings nicht ganz unumstritten. Selbst innerhalb der Landsmannschaft gab es Gegenstimmen. Einige plädierten für eine weniger umfangreiche Edition, die bloß einige Hauptwerke des ‚Erzschwaben' umfassen sollte und lehnten eine Neuveröffentlichung sämtlicher Schriften ab. Diese ablehnende Haltung war einerseits auf den hohen Kostenvoranschlag von 500.000 DM zurückzuführen, andererseits aber auch auf politisch höchst problematische und umstrittene inhaltliche Aspekte einiger Publikationen Müller-Guttenbrunns.[64]

Bekanntlich gehört Müller-Guttenbrunn zu jenen Autoren der österreichisch-ungarischen Monarchie, die durch ihre Schriften pangermanisches Gedankengut verbreitet hatten. Gleichzeitig bejubelten ihn rechtsextremistische Kreise als Antisemiten. Nach dem Machtantritt Ceauşescus wurden zahlreiche belletristische Schriften Guttenbrunns in den offiziellen Literaturkanon integriert. Einen indirekten Beitrag zu dieser Neubewertung lieferte auch „Rudy" mit seiner in Westdeutschland veröffentlichten Monographie, in der nur noch vage an die militant antisemitischen und fremdenfeindlichen Entgleisungen Müller-Guttenbrunns erinnert wurde.

61 ACNSAS. I 259075. Bd. 1, Bl. 166–174: Bericht. 13.02.1968.
62 Vgl. ACNSAS. SIE 8817. Bd. 1/2, Bl. 54f.
63 Vgl. Weresch, Hans: Adam Müller-Guttenbrunn und seine Heimatromane. Ein Beitrag zur Banater Literaturgeschichte. Temesvar 1927.
64 Vgl. Hockl, Hans Wolfram: Offene Karten. Dokumente zur Geschichte der Deutschen in Rumänien. 1930–1980. Linz 1980, S. 102–106. In einem Brief an Hockl erklärte Weresch 1977, dass er die Finanzierung ausschließlich selbst getragen habe. Weresch brachte schließlich von 1976 bis 1980 zehn Bände mit Werken Müller-Guttenbrunns heraus. Dies war keine historisch-kritische Werkausgabe, sondern eine nach einem undurchsichtigen Prinzip erfolgte Auswahl von Texten.

Wereschs Führungsoffizier hob 1974 vor allem dessen positive Beeinflussung der schwäbischen Landsmannschaft hervor. In diesem Zusammenhang wird auf eine Operation verwiesen, im Laufe derer führende Funktionäre überzeugt werden sollten, Rumänien zu besuchen beziehungsweise anlässlich einer geplanten Reise Nicolae Ceauşescus in die Bundesrepublik an einem Treffen mit dem rumänischen Parteichef teilzunehmen.[65]

1974 hatte Weresch schließlich seine Müller-Guttenbrunn-Monographie abgeschlossen.[66] Zu dieser Publikation hatte die Securitate ihn nicht nur ermutigt, sondern ihm auch geraten, Bemerkungen einzustreuen, in denen er die „Entnationalisierungspolitik der nichtungarischen Bevölkerung aus Ungarn und Siebenbürgen durch die Budapester Regierung seit der Gründung des ungarischen Nationalstaates entlarvt".[67] Ceauşescu erhielt höchstpersönlich einen Bericht mit einschlägigen antiungarischen Zitaten, die der Monographie entnommen worden waren. Dies sollte als Beleg für die Effizienz der Securitate im Kampf gegen „den ungarischen Irredentismus und die anderen falschen Thesen bezüglich des Ursprungs und der Kontinuität des rumänischen Volkes auf dem Territorium unseres Landes" dienen.

Fazit

Die Organisationen und Funktionäre der rumäniendeutschen Landsmannschaften gerieten relativ spät in den Fokus der Securitate. Erst während der Ceauşescu-Zeit (1965 – 1989) beschäftigte man sich intensiver mit den Organisationen der Rumäniendeutschen in der Bundesrepublik und in Österreich. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD 1967 änderte sich die offizielle Taktik gegenüber diesen Verbänden, die für die Vermittlung eines positiven Rumänienbildes im Ausland instrumentalisiert werden sollten. Gleichzeitig wurde der Versuch unternommen, das akute Problem der Auswanderung mit Hilfe von Beeinflussungsmechanismen zu lösen, um auch mit Unterstützung von Vertriebenenfunktionären den Exodus zu bremsen. Die Protokolle der Begegnungen des siebenbürgischen Landsmannschaftsvorsitzenden Erhard Plesch mit Ceauşescu sowie die Berichte über die Kontakte verschiedener Funktionäre mit rumänischen Botschaftsangehörigen aus Bonn dürften Einzelheiten enthalten, die ein komplexes Bild auf diese Form der Zusammenarbeit ergeben und die Einblicke in die geheimdienstlich gesteuerten Aktivitäten ergänzen würden.

65 Vgl. ACNSAS. SIE 8817. Bd. 1/2, Bl. 272 f.: Bericht. 15.07.1973 u. Bl. 372: Personalbogen des Informanten „Rudy". 04.10.1975.

66 Vgl. Weresch, Hans: Adam Müller-Guttenbrunn – sein Leben, Denken und Schaffen. 2 Bde. Freiburg/Br. 1975.

67 ACNSAS. SIE 8817. Bd. 2, Bl. 510 – 512, hier Bl. 510: Bericht. 28.08.1974.

Corneliu Pintilescu / Ottmar Trașcă

Instrumentalizing the Nazi Past. The Securitate's Infiltration of the *Landsmannschaft* of the Transylvanian Saxons in the Federal Republic of Germany

Zusammenfassung: Als die Securitate 1948 gegründet wurde, übernahm sie umfangreiche Archivalien ihrer Vorgängerinstitution (Siguranța). Diese Bestände waren das Ergebnis einer intensiven Überwachung der deutschen Minderheitenelite in Rumänien, die sich insbesondere nach 1933 intensiviert hatte. Auf diese Weise konnte die nationalsozialistische Vergangenheit vieler Gemeindevorsteher im Detail rekonstruiert werden. Als das kommunistische Regime an die Macht kam, wurden diese Akten zu einem Instrument, um die deutsche Minderheit zu infiltrieren und Informationen über sie zu sammeln. In den 1960er Jahren – als die Auswanderung der Deutschen aus Rumänien zu einem Massenphänomen wurde – eröffneten sich der Securitate neue Wege. Sie weitete nun ihre Aufklärungsarbeit über die wichtigsten Institutionen der ethnischen Deutschen in Rumänien hinaus aus auf die Verbände der in die BRD ausgewanderten Deutschen, insbesondere die Landsmannschaften. Die vorliegende Studie fokussiert auf zwei Fälle, die den Prozess der Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit durch die Securitate widerspiegeln.

Schlagwörter: Securitate; Akten der Geheimpolizei; Rumäniendeutsche; Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen; NS-Vergangenheit

Abstract: When the Securitate was created in 1948, the institution inherited large archival fonds created by its predecessor institution (Siguranţa). These fonds were the result of an intense surveillance of the leadership of the German minority, something that increased especially after 1933. This allowed the Nazi past of several leaders and cultural personalities to be traced in detail. When the Communist regime seized power, these files became a tool in the hand of the Securitate in its endeavours to infiltrate and gather information about the German minority in the country. During the 1960s – when the emigration of Romanian Germans to the West became a mass phenomenon – new opportunities emerged. One of the most important areas of activity of the Securitate operations and infiltration was the *Landsmannschaften* of the Romanian Germans who emigrated to the Federal Republic of Germany (FRG). This paper will focus on two case studies reflecting the instrumentalization by the Securitate of the individual's Nazi past in order to develop the organization's surveillance activity on the main institutions of the German minority in Romania, as well as infiltrating the associations of Romanian Germans emigrated in the FRG.

Keywords: Securitate; Securitate files; Romanian Germans; *Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen*; Nazi past

Dr. Corneliu Pintilescu, Str. M. Kogălniceanu nr. 12 – 14, Cluj-Napoca 400084, Romania, corneliu.pintilescu@academia-cj.ro; Dr. Ottmar Trașcă, Str. M. Kogălniceanu nr. 12 – 14, Cluj-Napoca 400084, Romania, ottmar.trasca@academia-cj.ro

 https://doi.org/10.1515/9783110795288-013

Introduction[1]

When the Securitate[2] was established in 1948, the institution inherited large archival fonds created by its predecessor institution, the so-called Siguranţa,[3] which was active in Romania during the interwar and Second World War periods. These fonds contained the result of intense surveillance activity by the Siguranţa on the elite of the German minority, something that increased especially after 1933 when the latter started to radicalize under the influence exerted by Nazi Germany. As a result, it was possible to trace the Nazi past of many leaders and cultural personalities of the community through the files created by the Siguranţa. When the Communist regime seized power, these files became a tool in the hand of the Securitate's officers in their endeavours to infiltrate and collect information about the German minority in Romania. During the 1960s – when the emigration of Romanian Germans towards the West became a mass phenomenon – new opportunities emerged for the Securitate to enlarge its operations in Western Europe. Thus, the Securitate perceived the emigration process not only as a challenge but also as a significant source of opportunity. One of the most important areas of activity of the Securitate operations and infiltrations were the organizations called *Landsmannschaften* of the Romanian Germans emigrated in the Federal Republic of Germany (FRG).

This paper will deal with how the Securitate instrumentalized the Nazi past of its targets among the German minority in Romania in order to collect information and keep both the key institutions of the community in Romania and the diaspora of the Romanian Germans in the West under surveillance. The first part of our article will focus on the practices of administering this problematic past and its main tool in this respect: the Securitate file. The second part will examine how the Securitate turned personal networks among the elite of the Romanian Germans into an effective base for collecting information about the German minority in Romania, but also about its diaspora in the West.

Belu Zilber (1901–1978), the communist intellectual who joined the Romanian Communist Party in the interwar period and was later sentenced in the 1954 political trial of Lucrețiu Pătrășcanu (1900–1954), stated in his memoirs that "the first great socialist industry [in the Eastern Bloc] was that of the production of files" and that "people are but the reflection of their files".[4] Zilber's statement illustrates, in a suggestive manner, the importance of the institution of the file in these societies; and secret police files were probably one of the best examples in this respect. The file

1 This work was supported by a grant of the Romanian Ministry of Education and Research, CNCS – UEFISCDI, project number PN-III-P4-ID-PCE-2020–2081, within PNCDI III.

2 *Direcţia Generală a Securităţii Poporului* (The General Directorate of the People's Security) – DGSP.

3 The official designation of the Siguranța was *Direcția Poliției și Siguranței Generale* (Directorate of the Police and General Safety).

4 Şerbulescu, Andrei [Zilber, Belu] (Ed.): Monarhia de drept dialectic [The Monarchy Based on Marxist Dialectics]. Bucharest 1991, 136–138.

was the main tool through which the Securitate gathered information and carried out policies about those social groups and individuals, who were perceived as the main targets. Despite the centrality of the files within the work of the Securitate, until the last decade, very few contributions investigated the importance of how the archives of the Romanian secret police were structured and what their inner logic tells us about how the repressive institution worked. During the last decade, the contributions of Cristina Vatulescu, Katherine Verdery, Florin Poenaru, and Ioana Macrea-Toma discussed some aspects of what Sonja Luehrmann called "archival ecologies" of the secret police files.[5] This study is inspired at the methodological level by some of these contributions, particularly those authored by Katherine Verdery and Florin Poenaru.

One of the key issues that needs to be addressed when analyzing the importance of the files for the secret police institution is that their content and their structure reflect the everyday bureaucratic practices of the secret police and the labyrinth-like organization of the Securitate.

These archives were at the same time the main tool and product of the Securitate employees. Consequently, there is a deep connection between administering the files and the process of designing and implementing policies within the Securitate's activity. These files reflect both how the Securitate perceived society, various groups, or particular individuals. They evidence how these targets had been evaluated, but also what decisions had been taken about them and what policies had been carried out.

Administering Files – Instrumentalizing the Nazi Past

In order to understand the logic of a specific file, it is important to identify who the departments involved in the drafting of that file were, as well as the aims behind the issuance of the documents archived within them. Most of the documents concerning the German minority during the first two decades of the communist regime in Romania have particular indicative code numbers pertaining to the so called 'issue of German Nationalists'. In July 1948, before the repressive institution was established, drawing on the legacy of the former Siguranța, there were discussions at the level

5 Luehrman, Sonja: Religion in Secular Archives: Soviet Atheism and Historical Knowledge. New York 2015, 3. Cf. Vatulescu, Cristina: Police Aesthetics: Literature, Film, and the Secret Police in Soviet Times. Stanford 2010; Verdery, Katherine: Secrets and Truths. Ethnography in the Archive of Romania's Secret Police. Budapest 2014; Poenaru, Florin: Contesting Illusions: History and Intellectual Class Struggle in Post-Communist Romania. PhD Central European University Budapest (Department of Sociology and Social Anthropology) 2013; Macrea-Toma, Ioana: The Eyes of Radio Free Europe: Regimes of Visibility in the Cold War Archives. In: East Central Europe 44 (2017), 99 – 127.

of the Party leadership concerning the aims and structure of the future secret police.[6] During these deliberations it had been decided what the structure of the Securitate would be. For instance, there was a department charged with keeping national minorities and religious denominations under surveillance. This was within the First Directorate of the Securitate.[7] The German minority was among their targets, but also the churches that played a key role in defining the identity of the German speaking groups in Romania: the Evangelical Church of Augustan Confession (for Transylvanian Saxons) and the Roman Catholic Church (for Danube Swabians).

There was a so called 'German problem' identified by the Siguranța, which had been informed by the emergence of the Nazi movement. When the Securitate was officially established in August 1948, this community received a different ideological definition and was renamed 'German Nationalists', because the Party leadership did not want to recognize that national minorities were a target of the secret police.[8]

Until the mid-1960s, one of the main tasks for the Securitate's department in charge of national minorities was to reconstruct the organizational schemes of the former German Ethnic Group, or GEG, in Romania (*Deutsche Volksgruppe in Rumänien*) and its annexed organizations, such as *Einsatz-Staffel* (ES), *Deutsche Jugend* (DJ) and *Deutsche Arbeiterschaft Rumäniens* (DAR). Thus, the administration of the Nazi past of the German minority became a key goal for the secret police. There were two main reasons for the importance of this activity for the local branches of the Securitate, particularly those covering the regions with significant German speaking communities. First, the activity within the National Socialist German Workers' Party of the German Ethnic Group in Romania, and its annexed organizations, was considered a possible source of vulnerability for state security. As well as their anti-communist ideological backgrounds, these former leaders or activists of the local Nazi movement were considered to be a danger to state security as a consequence of their training, organizational skills, and personal networks in Romania and abroad. Since postwar Romania had not carried out an effective de-Nazification policy, some personalities with pro-Nazi biographies still occupied important positions within the institutions in charge with administering the cultural, religious and educational institutions of the German minority in Romania in the late 1940s and 1950s. Moreover, in view of the aforementioned failed de-Nazification, carried out by a dictatorial regime perceived as illegitimate and abusive, public opinion had not critically assessed the responsibility of the GEG leaders and their supporters in the perpetration of Nazi crimes and the instrumentalization of the resources of the

---

6 Cf. Oprea, Marius: Bastionul cruzimii. O istorie a Securităţii (1948–1964) [The Bastion of Cruelty: A History of the Securitate (1948–1964)]. Iaşi 2008, 51–54.

7 Cf. ibid., 51–53, 67.

8 Cf. ibid. See also Arhiva Consiliului Național pentru Studierea Arhivelor Securității, Bucureşti (ACNSAS) [Archives of the National Council for the Study of the Securitate Archives, Bucharest]. D Bucureşti 016650. Vol. 3, 4. Due to the limited space available for this article, we chose not to mention the titles of the documents in the footnotes.

German minority by the Third Reich. However, their presence in these institutions was not only perceived by the Securitate as a vulnerability, but also as an opportunity. Consequently, instead of purging these people with a tainted past, the Securitate chose to keep them in their positions in exchange for their collaboration.

In order to both manage the risks entailed by keeping these people in key positions and to capitalize on the opportunities offered by this situation, it was important for the Securitate to obtain a precise view of the former organizational schemes of the Nazi movement and its annexed organizations. In this respect, reconstructing the biographies of the main activists of these organizations became an important task. During late 1930s and 1940s, a significant part of the elite of the German minority in Romania had been co-opted by recruiting them for various administrative positions within the local NSDAP and its subordinated organizations. This provided a huge opportunity for the Securitate to exert pressure to turn them into valuable 'sources' for the secret police.

Another aspect which played a key role in the activity of the Securitate concerning the so-called 'issue of German Nationalists' was the fact that the Securitate inherited the files drafted by the former Siguranța on the German minority during 1930s and 1940s. After 1933, the surveillance activity became more intense because Nazi influence gained momentum within the community. Consequently, during late 1930s and early 1940s, the Siguranța created many files on the Nazification of the Romanian Germans with detailed reports concerning who supported or opposed this process. Another valuable source of information for the Securitate were those parts of the GEG archives that ended in the hand of the Securitate in the early post-war period. Some of these files have been included in the so-called Documentary Fonds of the Securitate archives.[9] Other documents from these archives had been included in the personal surveillance files of the leaders of the GEG created by the Securitate.[10]

The process of instrumentalizing the Nazi past by the secret police will be analyzed here by focusing on two case studies, both of which illustrate the main features of the Securitate's policies and techniques in this respect. The first case study focuses on how the secret police instrumentalized the past of a key member of the Nazi movement among the Romanian Germans, while the second case study concentrates on the secret police files of a regular member of the local NSDAP. The real identity of the two 'sources' used by the Securitate, which we chose as case studies to illustrate our analysis here, will not be disclosed due to Romanian legislation concerning the

9 See for examples the files: ACNSAS. D Bucureşti 11702 and 13079.

10 The files recording surveillance activity, with a focus on the target, were named either '*dosare de verificare*' ('verification files') or '*dosare de urmărire informative*' (the latter translated by Cristina Vatulescu as 'heightened surveillance files'). Cf. Chivu-Duta, Carmen; Albu, Mihai: Dosarele Securităţii. Studii de caz [The Securitate Files: Case Studies]. Iaşi 2007, 9 – 10 and Vatulescu, Police Aesthetics (cf. n. 5), 36.

Securitate files.[11] Consequently, we will use the code names given to them by the Securitate, when the secret police opened the so-called 'network files' concerning their activity.[12]

The Securitate files of the first case study deal with the activity of a leader of the Nazi youth movement in the mid 1930s, whom the Securitate assigned the code name "Lăzărescu Ion".[13] In 1940, the latter became the head of the DAR organization. His dealings with the Securitate had been discussed in detail by William Totok and Elena-Irina Macovei in their contributions.[14]

The second case that we chose to illustrate our argument is a regular member of the local NSDAP, whose code name was "Nicolae Dima". The secret police, which has no interest in downplaying the relevance of its former political activity, placed "Dima" in the category of those who has not asserted themselves as active members within the organizations controlled by the local Nazi movement.[15]

Both cases are very good examples of how the file worked as a tool of administering the past of those who became the targets of the secret police. In these cases it was not only the state institutions, but also citizens themselves that became skilled administrators of their own political biographies. On the one side, when looking to

---

11 Here we use the term 'source' of the Securitate with the meaning defined by the National Council for the Study of the Securitate Archives (CNSAS), the institution in charge with the custody of the former Securitate archives. According to Dragoș Petrescu the CNSAS Board "introduced in its official documents and press communiqués the notion of *source* of the former Securitate", by which CNSAS made the distinction "between a source and a collaborator of the Securitate"; the decision taken by the CNSAS board was "to use the term source for an individual who only contributed with information to the completion of a given file, under their real or code names", while the "term collaborator applies to an individual whose case was brought in front of the ACJ (Administrative Court of Justice), passed through all legal proceedings including the right to appeal, and a final verdict of collaboration was issued by a court of law." Petrescu, Dragoș: Law in Action in Romania, 2008 – 2018: Context, Agency, and Innovation in the Process of Transitional Justice. In: Journal of Romanian Studies 2/2 (2020), 195 – 217, here 203, 211. Cf. CNSAS: Comunicat de presă. 17.01.2012. URL: http://www.cnsas.ro/documente/comunicate%20presa/2012/Comunicat%20presa%202012.01.17.pdf (12.01.2022).

12 The files recording the activity of a 'source' of the Securitate, with a focus on the informer, were named in the Securitate's bureaucratic parlance '*dosare de reţea*' ('network files'). Cf. Chivu-Duta/Albu, Dosarele Securităţii (cf. n. 10), 9f. and Vatulescu, Police Aesthetics (cf. n. 5), 36.

13 Cf. ACNSAS. SIE 2732. Vol. 1, 17.

14 Cf. Totok, William: Geschichtspolitische Beeinflussung des Auslands durch die Securitate. In: Kührer-Wielach, Florian; Nowotnick, Michaela (Ed.): Aus den Giftschränken des Kommunismus: Methodische Fragen zum Umgang mit Überwachungsakten in Zentral- und Südosteuropa. Regensburg 2018, 359 – 386; idem; Macovei, Elena-Irina: De la S. D. la Securitate. Biografia secretă a lui Fritz Cloos (1 mai 1909, Brașov – 3 mai 2004, Waakirchen), conservată în arhiva CNSAS [From SD to Securitate: The Secret Biography of Fritz Cloos (1 May 1909, Brașov – 3 May 2004, Waakirchen), Reconstructed According to the CNSAS Archives]. In: Caietele CNSAS 14 (2014), 201 – 221, here 202. See also the article by William Totok in this issue.

15 Cf. ACNSAS. R 137794. Vol. 1, 1 – 4; ACNSAS. I 185113. Vol. 1, 1 – 8. See also the article by William Totok in this issue.

the so-called 'surveillance files' (*dosare informative*) or to 'criminal files' (*dosare penale*), drafted in order to support accusation in court, one can see how the political components of a biography were frequently overemphasized by the Securitate in order to reach its goals; the conviction of those persons for instance. On the other side, those members of the German minority with a Nazi past usually tried to hide or downplay those parts of their biographies which entailed collaboration with, or active involvement in, the Nazi movement. The secret police also paid attention to how people presented their former political stances or activities in the official biographies they submitted to state institutions. With regard to the case studies we chose, what is specific to the first case is the fact that "Lăzărescu" was sent to the FRG for intelligence activities. This was before the strategy of instrumentalizing the emigration of Romanian Germans in order to recruit 'sources' or exerting influence in the Western countries turned into a regular practice of the secret police. In the case of "Lăzărescu", the Securitate was able to instrumentalize his long term and complex activity within the local Nazi movement, which was well documented by the secret police.

From 1932 to 1938, "Lăzărescu" was the leader of the Nazi controlled organization *Deutsche Jugend in Rumänien*.[16] In the autumn of 1940, when the NSDAP of the GEG seized control of the German minority in Romania, "Lăzărescu" was appointed by the leadership of the former as head of the DAR organization.[17] Following the arrest of the leader of the GEG, Andreas Schmidt (1912–1948), in February 1945, "Lăzărescu" became the informal leader of the local Nazi movement. From 1939 until his arrest by the NKVD in March 1945, "Lăzărescu" was also a *Sicherheitsdienst* (SD) agent within the *SD-Ausland*'s network in Romania.[18] Following Schmidt's arrest, Nazi Germany assigned to "Lăzărescu" the task of organizing an anti-Soviet resistance in Transylvania. In March 1945, the Soviet troops captured and imprisoned him in the Soviet Union.[19] After ten years of imprisonment, the Soviet authorities sent him back to Romania in 1955. Once returned to his native country, "Lăzărescu" was interrogated by the Securitate officers. He provided abundant information about those who had previously been involved in the leadership of the GEG.[20] Under the pressure of internment into a labour camp or his conviction in a trial due to his Nazi past, "Lăzărescu" agreed to become a 'source' of the Securitate in April

16 Cf. ACNSAS. SIE 2732. Vol. 1, 17.

17 Cf. Totok/Macovei, De la S. D. la Securitate (cf. n. 14), 202.

18 Cf. ACNSAS. SIE 2732. Vol. 1, 17. For the intelligence activity of the *SD-Ausland* in Romania cf. Trașcă, Ottmar: Die Deutsche Volksgruppe und die Tätigkeit des Amtes VI des Reichssicherheitshauptamtes (SD-Ausland) in Rumänien 1940–1944. In: Olschowsky, Burkhard; Loose, Ingo (Ed.): Nationalsozialismus und Regionalbewusstsein im östlichen Europa. München 2016, 269–289.

19 Cf. Totok/Macovei, De la S. D. la Securitate (cf. n. 14), 205.

20 Cf. ACNSAS. SIE 2731, passim. He disclosed to the Securitate about the identity of various members of the SD network in Romania, who previously had not been identified. Cf. ACNSAS. I 475/Sibiu (Hans Müller). Rola 11. Vol. 2, 12–14.

1956.[21] "Lăzărescu" was already very experienced in intelligence work as an SD agent, so proved to be very useful for the Securitate.[22]

The Securitate managed to skilfully instrumentalize the former dealings of our second case, code named "Dima", with local Nazi organizations. Due to his former membership of the NSDAP and its annexed organizations, the ES and the DAR, "Dima" was interned in labour camps in 1945.[23] After returning home from the forced internment, "Dima" applied for a job in a factory in Brașov (Kronstadt). Here he submitted a biography in which he mentioned that he graduated in Law and Economics during 1930s, and that he worked in a management position at a factory in Brașov during the late 1930s.[24] What he failed to mention was the fact that, as with many other members of the Transylvanian Saxon middle class in Brașov, he joined the local NSDAP and the ES and DAR organizations after the local Nazi movement seized control of the German minority in 1940. The fact that "Dima" tried to hide this part of his past was perceived by the Securitate as a vulnerability.[25]

However, since he has not been among the leaders of the Nazi movement, "Dima" had not attracted the attention of the Securitate until February 1957. At that time, he took part in local church elections for an administrative position within the presbytery of the parish of the Evangelical Church of Augustan Confession in Brașov. "Dima" was elected to this position with the support of the Brașov city parish pastor Konrad Möckel (1892–1965) and he was involved in supporting the latter in reactivating the local traditional forms of socialization called *Nachbarschaften* (neighbourhoods), *Bruderschaften* and *Schwesterschaften* (brotherhoods of the Transylvanian Saxon youth). While, before 1956, the repressive institutions of the communist regime displayed some tolerance towards these traditional forms of socialization of the Transylvanian Saxons, the 1956 Hungarian revolution radically changed the Securitate's approach as to what was and what was not tolerable from the communist regime's point of view. More precisely, all forms of socialization of youth, acting outside the control of the Party and its structures, became intolerable and were considered high risk for state security. This was because of the important role played by student associations in the 1956 Hungarian Revolution.

After February 1957, "Dima" became a target of intense surveillance by the local Securitate and was screened by the secret police, who opened a 'surveillance file' on his name. The fact that "Dima" has not mentioned his membership of the local Nazi-controlled organizations in his official biographies submitted in 1949, to the factory where he worked in a management position, attracted the attention of the Securi-

---

21 Cf. ACNSAS. SIE 2732. Vol. 1, 16 f.

22 Cf. Totok/Macovei, De la S. D. la Securitate (cf. n. 14), 208.

23 Cf. Baier, Hannelore (Ed.): Deportarea etnicilor germani din România în Uniunea Sovietică 1945 [The Deportation of the Romanian Germans to Soviet Union 1945]. Sibiu 1994.

24 Cf. ACNSAS. R 137794. Vol. 1, 38 f.

25 Cf. ACNSAS. I 185113. Vol. 1, 1–8 and ACNSAS. R 137794. Vol. 1, 1–36.

tate.[26] After gathering information about him, the Stalin Regional Directorate[27] of the Securitate brought "Dima" to the local Securitate headquarters in March 1957. Along with city parish pastor Konrad Möckel, he was interrogated about his involvement in reviving the traditional forms of solidarization among the Transylvanian Saxons called *Nachbarschaften*. During the interrogation, he continued to deny his involvement in the local Nazi movement.[28] When the Securitate officer confronted him with an original copy of the adhesion request signed by himself, "Dima" stated during his interrogation that he has not said "the truth about his past because he was afraid about the future of his family".[29]

The fact that the Securitate had this document meant that sections of the former archives of the GEG and its subordinated organizations had come into its hands. Under the pressure of disclosing his past and being involved in criminal investigations launched by the Securitate concerning the revival of the *Nachbarschaften, Bruderschaften* and *Schwesterschaften* in Brașov (which were concluded with the 'Black Church' Trial in December 1958), "Dima" became a 'source' of the Securitate.[30] The first tasks assigned to "Dima" by the secret police were in fact related precisely with this issue of the revival of the *Nachbarschaften* among the Transylvanian Saxons. He was also used by the secret police from 1957 to 1964 to obtain information about the activity of different personalities of the Evangelical Church of Augustan Confession in Romania. For example, he provided information about the staff of the church at central and local level, particularly about Konrad Möckel, who was sentenced in the so-called 'Black Church' political trial in December 1958.[31] He was also instructed in January 1966 to keep the activity of Bishop Friedrich Müller-Langenthal (1884–1969) under surveillance.[32]

Capturing personal networks and extending Securitate's operations in the West

As Katherine Verdery rightly points out, the Securitate perceived individuals as components of a social network and instrumentalized them taking into account the features of these networks.[33] For example, a file from the Documentary Fonds on the

26 Cf. ACNSAS. R 137794. Vol. 1, 1–4.
27 'Orașul Stalin' was the official name of the city Braşov from 1950 to 1960.
28 Cf. ACNSAS. R 137794. Vol. 1, 38 f.
29 Ibid., 39.
30 Cf. ibid., 12 f.
31 Cf. Pintilescu, Corneliu: Die Konstruktion politischer Vergehen im Diskurs: Eine vergleichende Analyse dreier Prozesse gegen Angehörige der deutschen Minderheit Rumäniens (1958–1962). In: Transylvanian Review 22/4 (2013), 116–140.
32 Cf. ACNSAS. R 137794. Vol. 1, 8–11.
33 Cf. Verdery, Secrets and Truths (cf. n. 5), 187.

issue of 'German Nationalists' entailed included an evaluation of a Catholic priest from Timişoara (Temeswar) drafted by a Securitate officer. After the latter evaluated the potential of using the priest as a 'source' of information for the secret police the conclusion was: "He cannot be used" (as a 'source'), because he was "a withdrawn person" with a social network that was considered by the Securitate officers to be very limited.[34] From this we can see that the Securitate evaluated a person's social network as well as their potential danger for state security.[35]

After analyzing the social network of a 'target', the Securitate evaluated how the institution could capture and instrumentalize this network in order to turn it into a source of information. Consequently, it is no coincidence that one of the main categories of files, those reflecting the activity of a 'source', were labelled in the Securitate's bureaucratic parlance 'network files' (*dosare de rețea*).

"Lăzărescu" aroused the interest of the Securitate because of his extended network of personal relations created during late 1930s and early 1940s. These features of "Lăzărescu"'s network explains the decision of the secret police from July 1960 to prepare him for "intelligence activities abroad".[36] The Securitate's plan was to send him to West Germany following the approval of his application for an emigration visa.[37] The fact that he occupied key leadership positions within the local Nazi movement functioned as a warranty for his former colleagues, who did not suspect him of possible connections with the Securitate. The secret police also trained "Lăzărescu" for his future mission by introducing him to the techniques of preserving conspirativity and clarifying the future goals of his activity abroad.[38] Concerning the latter, the Securitate officers instructed "Lăzărescu" to focus on several objectives. The most important of these was to gather information concerning the activity and the inner structure of the *Landsmannschaften* of the Romanian Germans, but also to influence their leadership. "Lăzărescu"'s results in this respect exceeded the expectations of the Securitate. He managed not only to inform the Securitate in detail about the most important discussions and decisions within these *Landsmannschaften*, but also provided a lot of useful information about several key personalities within the diaspora of Romanian Germans.[39]

The second case, known as "Dima", shows several similarities with that of "Lăzărescu". Both cases reflect a turn in the Securitate's policies during the 1960s, which perceived the increase in mobility between West and East to be a source of opportunity. However, there are also several differences which occur mainly as a result of the different personal trajectories between the two cases. While "Lăzărescu" chose to emigrate to West Germany, "Dima" was among those Romanian Germans who displayed

34 ACNSAS. D Timiş 8834. Vol. 1, 313.
35 Cf. Poenaru, Contesting Illusions (cf. n. 5), 132.
36 ACNSAS. SIE 2732. Vol. 2, 4.
37 Cf. Totok/Macovei, De la S. D. la Securitate (cf. n. 14), 214.
38 Cf. ACNSAS. SIE 2732. Vol. 2, 42–57.
39 Cf. Totok/Macovei, De la S. D. la Securitate (cf. n. 14), 213.

an anti-emigration attitude, meaning that the Securitate's instrumentalization of "Dima"'s social network took another path.

When instructing "Dima" on the sort of information he should provide, the Securitate focused on the social milieu around Konrad Möckel in the period from 1957 to 1958. Starting from this point, the information provided by "Dima" acquired a larger scope, following his personal networks in the community and the church. The Evangelical Church of Augustan Confession was a key target of Securitate policies since the institution held a strong position of authority and influence among its parishioners in the post-war period. However, due to the consistent and useful character of the information provided by "Dima", the Securitate took the decision, in 1964, to extend the scope of its activity to the diaspora of Romanian Germans.[40]

The right circumstances to send "Dima" to collect information from abroad came up in December 1964, when he submitted an application for a tourist visa. The Securitate officers dealing with his case asked the institution in charge with issuing exit visas to approve his request because "Dima" had previously provided "information which entailed operative value".[41] The secret police made the decision to use him for gathering information from abroad because of his "multiple personal relations in West Germany".[42] "Dima" went through the usual complex training that was required before starting such a mission. This was undertaken by an officer from the Securitate, after a deep verification of "Dima"'s trustworthiness and of the risks involved for the secret police. In both cases, the Securitate files do not suggest that his former Nazi past was perceived to be a source of high risk for the operations of the secret police in the event of possible disclosures. "Dima"'s main target was the *Landsmannschaft* of the Transylvanian Saxons.[43] In the Securitate's report issued in August 1967, which approved the mission of "Dima" to West Germany during his visit from 1967, he was asked to focus his activity on the following key issues:

– "Who, from those he will meet in the FRG, will have hostile attitude towards Romania?"

– "Do these persons have connections with the leadership of the *Landsmannschaft* [of the Transylvanian Saxons] and the Federal Intelligence Service [*Bundesnachrichtendienst*]?"

– "What changes occurred within the organizational system of the *Landsmannschaften*, what tasks had been assigned to these organizations and what are their main directions of activity?"

– "What inner conflicts exist between different groups in these organizations?"[44]

Another issue which was of interest to the Securitate was the attitude of the persons he met in West Germany about the Ceaușescu regime's domestic and foreign poli-

40 Cf. ACNSAS. R 137794. Vol. 1, 56–64.
41 Ibid., 64.
42 Ibid., 66.
43 Cf. ibid., 83.
44 Ibid., 95.

cies.[45] This interest was aroused as a result of the reorientation of the Romanian foreign policy towards the West which started in the 1960s, and the gradual distancing from Soviet Union. During the 1970s, while the policy of the Ceaușescu regime towards national minorities took a shift towards reducing the previously granted benefits, a trend that aroused criticism abroad, the Party leadership assigned to the secret police the task of combating it. In 1974, he was asked by a Securitate officer to disseminate, in West Germany, some narratives arguing that Ceaușescu's regime was granting to national minorities all fundamental rights, and that the Evangelical Church enjoyed religious rights in Romania.[46] The Securitate asked "Dima" to promote this discourse during his planned meeting with Erhard Plesch (1910 – 1977), the head of the *Landsmannschaft* of the Transylvanian Saxons. He was also instructed to convince Plesch that the mass emigration of the Romanian Germans to the FRG was not the solution of the problem. Consequently, "Dima"'s main mission this time was to combat the pro-emigration discourse of some personalities within the diaspora of the Romanian Germans.[47]

In this respect, as part of the instructions "Dima" had received in September 1976, before a trip he made to West Germany, the Securitate officers asked him to publish an article in the press of the diaspora of the Romanian Germans in West Germany which criticized pro-emigration propaganda, and that he should observe the reactions this text aroused.[48] Drawing on this feedback, the Securitate sought to draft a document for a so called 'disinformation' campaign. The aim of this was to instruct the agents of influence of the secret police to combat the trend towards emigration amongst Romanian Germans.[49]

According to an evaluation of his activity abroad, drafted in January 1966 by the Brașov Regional Directorate of the Securitate, "Dima" performed well in the FRG. In the Securitate's view, he did his best to carry out the tasks that had been assigned to him and he proved "skilful in the discussions he had with the leaders of the organizations of *Volksdeutsche* from the FRG".[50] For example, during his trip to West Germany from the autumn of 1965, "Dima" had contact with the leaders of the diaspora of Transylvanian Saxons, such as Erhard Plesch, Paul Philippi (1923 – 2018),[51] Hans Philippi and Otto Folberth (1896 – 1991). He attended a meeting of the *Landsmannschaft* of the Transylvanian Saxons in Heidelberg and provided information to the Securitate concerning the activity of this organization and its leaders. In particular, he provided a lot of details concerning the dissensions between the groups within the

45 Cf. ibid., 114 f.
46 Cf. ibid., 136 f.
47 Cf. ibid., 137 f.
48 Cf. ibid., 141.
49 Cf. ibid.
50 Ibid., 83.
51 On Paul Phillipi see also the article by Virgiliu Țârău in this issue.

diaspora of the Romanian Germans led by Erhard Plesch (who was a former colleague of "Dima") and Hans Philippi.[52]

The secret police checked the 'sincerity' of "Dima"s informations by comparing them with other sources and by phone interceptions.[53] Besides, getting approval for visiting his relatives and having some costs reimbursed, "Dima" was also paid for providing information with cash. For example, in 1966 he received 500 lei for information obtained during his mission in the FRG, the equivalent of around a month's salary in Romania at that time.[54] The Securitate also valued the fact that "Dima" became a messenger between the *Landsmannschaft* of the Transylvanian Saxons and Bishop Friedrich Müller-Langenthal. Because of this the secret police were able to intercept messages sent or received by the bishop from the former during late 1960s.

Conclusions

The trajectory of the policies of the Securitate in these two cases, and how their files evolved were, to a certain degree, similar. Both "Lăzărescu" and "Dima" were activated in Romania during the 1950s as 'sources' for the activities of the elite of Romanian Germans which, in some cases, became useful data for legitimizing arrests and subsequent sentences issued by military courts. Because they proved useful in this period, and they had large networks of personal relations in West Germany, the Securitate decided to turn them into 'sources' mainly used to obtain information about the diaspora of the Romanian Germans, but also to act as 'agents of influence' who could disseminate the narratives promoted by Ceaușescu's regime on different topics and convince key individuals in the community to adopt particular attitudes on specific issues. Their files had a similar structure with a shift during 1960s, when the Securitate analysed their activity and decided to direct it more towards targets from abroad. The activity of the two 'sources' also became more complex since it entailed not only gathering information but also exerting influence.

Another element of similarity of the two cases relates to how the Securitate instrumentalized Nazi past in two directions. First, this past was turned into a means of coercion to obtain a commitment from the two to gather information for the Securitate. In both cases rejecting the offer of the Securitate meant to accept the risk of being sentenced by a military court in a political trial. Second, this Nazi past was perceived by the Securitate as an opportunity. Both "Lăzărescu" and "Dima" had some personal relations with people which persisted during and in the aftermath of the Second World War in West Germany. These networks of personal relations had been captured by the Securitate and turned into channels of obtaining

---

52 Cf. ibid., 89.
53 Cf. ibid., 90.
54 Cf. ibid., 17.

sensitive information about the leadership of the *Landsmannschaften* of Romanian Germans. Consequently, we could conclude that the secret police perceived the emigration process not only as a challenge caused by the circulation of people between West and East, but also as a significant source of opportunities for carrying out intelligence activities in the West.

Virgiliu Țârău

Swimming against Rip Currents. Paul Philippi and the Migration of the Romanian Germans in the Postwar Era (1950 – 1960)

Zusammenfassung: Der Beitrag versucht, die Auswanderung der Rumäniendeutschen nach Deutschland neu zu bewerten. Auf der Grundlage unterschiedlicher Dokumente, die von der Securitate erstellt oder gesammelt wurden, soll dem komplexen Bild der Migration eine neue Perspektive hinzuzufügt werden. Diese resultiert aus einem transnationalen Blick auf die rumäniendeutschen Gemeinschaften in der BRD und in Rumänien. Unterschiedliche Visionen über die Zukunft der Deutschen in Rumänien standen dabei in einem Konflikt: zum einen die der Aussiedlung in die BRD, die von den Landsmannschaften der Siebenbürger Sachsen und Donauschwaben in Westdeutschland vertreten wurde; zum anderen die des Verbleibs der Rumäniendeutschen in Rumänien, die Paul Philippi formulierte. Philippi lag damit auf einer Linie mit der Position, die innerhalb der deutsch-lutherischen Kirche in Rumänien von Bischof Friedrich Müller und von einem Netzwerk deutscher Intellektueller in Deutschland und Rumänien propagiert wurde.

Schlagwörter: Rumäniendeutsche Migration; Landsmannschaften; Paul Philippi; Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses (A. B.); Securitate

Abstract: In this article I seek to reassess the process of the migration of Romanian Germans into Germany. Based on various types of documents, generated or managed by the specialized structures of the former Securitate, I will try to add a new perspective to the complex picture of migration, one derived from the birth in the German community of the FRG, but also from Romania, in a transnational perspective. There was a conflict between two visions related to the future of the Germans in Romania: the one view, propagated by the organizations called *Landsmannschaften* of the Saxons and Swabians from West Germany, who initiated, pressed, stimulated and maintained the whole process of trans- or relocation; and the other one, formulated and argued by Paul Philippi with a policy formed inside the German-Lutheran Church in Romania by Bishop Friedrich Müller and developed by a network of German intellectuals in Germany and Romania, who wanted the Germans to stay in Romania.

Keywords: Romanian Germans migration; *Landsmannschaften*; Paul Philippi; German Evangelical Church of the Augsburg Confession; Securitate

Prof. Dr. Virgiliu Țârău, Grivițel 3, Cluj-Napoca 400627, Romania, vtarau@yahoo.com

https://doi.org/10.1515/9783110795288-014

Introduction

In a short telegram sent from the Hotel "Imperial" in Vienna, on 6 October 1961, Henry Jakober (1900 – 1975), the architect and principal proponent of the backchannel organized for the emigration of Jews from Romania, announced to his partners from the Romanian Securitate:[1]

> "Signed agreement Munich for five hundred clauses as authorized Bucharest delivery November. Must have all outstanding clauses numbers and delivery completed fifteens October, otherwise cannot fulfill payments as agreed. Departing London, cable Park Lane".[2]

This prosaic and brief notice was the beginning of an exciting and long story, one in which the previous flux of migration of the members of the Jewish community,[3] mediated by Jakober, was doubled by a new one in which Germans were at the forefront. This episode was not entirely successful despite Heinrich Zillich (1898 – 1988), the leader of the *Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen,* and Peter Ludwig (1908 – 2001), from the *Landsmannschaft der Banater Schwaben,* putting pressure on officials; they did not succeed in obtaining financial and political support for this operation, including from German Federal Institutions.[4] This situation is significant, because it opened a back door channel for the migration of the German minority from Romania.[5]

It is not my intention to discuss the substance of this process and the first waves of migration of Romanian Germans.[6] Nor will I cover the formal and informal chan-

---

1 This work was supported by a grant of the Romanian Ministry of Education and Research, CNCS – UEFISCDI, project number PN-III-P4-ID-PCE-2020 – 2081, within PNCDI III.

2 Arhiva Consiliului Național pentru Studierea Arhivelor Securității, Bucureşti (ACNSAS) [Archives of the National Council for the Study of the Securitate Archives, Bucharest]. OVS 2871. Vol. 4, 350. Romanian adapted translation of the Securitate was: "I sign the agreement with Munich for 500 persons, as I promised in Bucharest. I need all the numbers of passports and the majority of them out of Romania since 15 October; otherwise, I cannot proceed to pay as we agreed. I leave for London" (ibid., 349).

3 Cf. Ioanid, Radu: The Ransom of the Jews. The Story of the Extraordinary Secret Bargain between Romania and Israel. Lanham 2021.

4 Peter Ludwig paid for the family of his brother from his own money in order to find out whether the channel was functional, hoping that he would be reimbursed at a later date. Cf. Florian, Claudiu Mihail: Originea unui proces istoric: "vânzarea/cumpărarea" de etnici germani din România. Un prim episod [Origins of a Historical Process: "Selling and Buying" of the Romanian Germans. The first episode]. In: Traşcă, Ottmar; Anghel, Remus Gabriel (Ed.): Un veac frământat. Germanii din România după 1918 [A Tormented Century. Germans in Romania after 1918]. Cluj-Napoca ^{2}2018, 290 – 307, here 297.

5 Ibid.

6 Cf. Anghel, Remus Gabriel; Gheorghiu, Laura: The Mass Migration of the Romania's Germans. Patterns, Timeframes and Romanian-German Inter-Institutional Agreements in the 20th Century. In: The Review of Historical Geography and Toponomastics 15/29 – 30 (2020), 25 – 46.

nels used to obtain the cooperation of the Romanian authorities in permitting the reunification of families.[7] Instead, beginning with this telegram, I will seek to discuss the complexity of this process which involved multiple structures and actors: different political state authorities from Romania and Germany, international organizations with local and national branches (i. e. the Red Cross), non-state organizations from both states (national or religious associations) and individuals who played their political, cultural, commercial, juridical or diplomatic roles.[8]

The emigration of Germans from socialist Romania has become of historiographical interest in recent years. Revelations from diplomatic sources, the secret services, or the memories of those who passed over from Romania has rekindled passions, traumas, and memories from another world. Because of this it is a complicated subject that is still rather nebulous.[9]

This article emphasizes how this process evolved in the 1950s and will pay attention to two distinct dimensions of the development of the post-war emigration of Germans from Romania. Based on various types of documents, generated or managed by the specialized structures of the former Securitate (External Directorate I, Berlin and Bonn residences, Directorate II, Stalin [Brașov] Security Regions etc.), I will try to add a new perspective to the complex picture of emigration; one derived from its birth in the German community of the Federal Republic of Germany (FRG), but also from Romania, in a transnational perspective.[10] This view will be concentrated on the conflict between two visions related to the future of the Germans in Romania: the salvationist view, propagated by the organizations called *Landsmannschaften* of the Saxons and Swabians from West Germany, who initiated, pressed, stimulated, and

---

7 In recent years many new documents and histories have appeared in relation to this subject. The most valuable studies are: "Kauf von Freiheit". Heinz-Günther Hüsch im Interview mit Hannelore Baier und Ernst Meinhardt. Hermannstadt 2013; Florian, Originea unui proces istoric (cf. n. 4); Dobre, Florica; Banu, Florian; Banu, Luminița; Stancu, Laura (Ed.): Acțiunea "Recuperarea". Securitatea și emigrarea germanilor din România (1962–1989) [Operation Extraction. The Romanian Securitate and the emigration of Germans from Romania (1962–1989). București 2011.

8 The main interest of the mediator Harry Jakober was a commercial one; activities intermediated by the German negotiators (Stuttgart lawyer Ewald Garlepp, 1962–1968, and Neuss lawyer Heinz Gunter Hüsch, 1968–the 1980s) were connected with various German institutions and policies. Commercial and political interests were also prevalent in the case of Romania's negotiators (usually Securitate officers).

9 See an evaluation of the literature on the subject in: Beer, Mathias: Emigrarea minorităților germane din România. Premise, Proces, Consecințe [The Emigration of German Minorities from Romania after 1945. Prerequisites, Process, Consequences]. In: Idem; Radu, Sorin; Kührer-Wielach, Florian (Ed.): Germanii din România. Migrație şi patrimoniu cultural după 1945 [Germans from Romania. Migration and Cultural Patrimony]. București 2019, 23–46.

10 Discussing migration from a transnational perspective is helpful in the existence of cross-border networks that are permeable. The people who migrated tried to maintain their familial, economic, religious, political, or social relations in the country from which they moved. They made diasporic-roots tourism and connected with their relatives; and they delivered goods and other benefits to their former co-nationals.

maintained the whole process of trans- or relocation; and the progressive one, formulated and argued by Paul Philippi (1923–2018) with a policy formed inside the German-Lutheran Church in Romania by Bishop Friedrich Müller (1884–1969) and developed by a network of German intellectuals in Germany and Romania during the period under discussion.

The theologian and historian Paul Philippi was an exceptional character and a great personality and will be at the center of my analysis. It will only be a partial biographical history because I will limit myself to the first part of his career, in other words his cultural and political activities concerning the issue of Romanian Germans emigration in the first two postwar decades.[11] But it will also be a collective approach since the members of the Philippi family had a long tradition of fighting against extreme positions expressed by the new ideological elites and other national socialist groups that became the prominent advocates of the migration of the Germans to Germany. Here I will look at a network of personalities that were closely connected to Paul Philippi: the charismatic leader of the Evangelical Church of the Augsburg Confession in Romania, Friedrich Müller, the Bishop who ordained him as a priest in Vienna in 1955, and influenced his historical and theologian vision; as well as the well-known writer Erwin Wittstock (1899–1962) who was related to Paul Philippi through his brother Kurt Philippi.[12] There were, in addition, a number of other intellectuals that retained relationships with him following his visit to Romania in 1958. His interactions with Romanian institutions – with their representatives from the academic, diplomatic, or secret services milieus – were interesting because he was perceived in the fifties as an enemy. However, by the beginning of the sixties he was seen as someone who was against emigration into Germany and had an acceptable position in relation to the Romanian state.

I will also discuss his biography in the context of recent literature dedicated to the migration of the Germans in the postwar era with a transnational perspective.[13]

11 I was inspired, at the epistemological level, by the approach of Harders, Levke: Migration und Biographie. Mobile Leben beschreiben. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 29/3 (2018), 17–36. In her view, influenced by the theoretical debates on biography, migration history, and collective biography, a transnational approach, a dynamic perspective on what she called migrant biographies, can combine macro and micro-levels to analyze the agency of people in motion and entanglements with local, regional, national contexts.

12 Here is a connection with the Saxon elite from Brașov (Kronstadt). Margarete Depner (1885–1970), as the daughter of Wilhelm Scherg (1855–1930), the owner of the most important Factory of textile materials in Transylvania – was married to Wilhelm Depner (1873–1950), surgeon and later owner of a well-known Sanatorium and Hospital in Brașov. They had three children, two girls, and a boy. The first girl, Thea (1911–1985), a doctor, became the second wife of the author Erwin Wittstock, and the second, Maja (1914–1993), a well-established historian, married Kurt Philippi, the middle brother of the Philippi family. In the thirties, the Depner family was in the first line of resistance against the Nazification of the German community in Brașov. Wilhelm Depner was the leader of the conservative Saxon elite in the county of Brașov 1919–1935 and 1936–1939.

13 Cf. the discussion on ‘transnational Germans’ in Koranyi, James: Migrating Memories. Romanian Germans in Modern Europe. Cambridge 2021, 63–114.

I use the triadic construction proposed by Rogers Brubaker which encompasses three intertwined political milieus (nationalizing states, national minorities, and external homelands).[14] Various organizations, movements, and political entrepreneurs interact within these political camps. In the last decade, this theoretical model was enhanced by several researchers engaged in fieldwork on the story of German migration from Romania. First, James Koranyi and Ruth Wittlinger uphold the idea that the evolution of the Transylvanian Saxons in the 20th century led to a situation in which home is "never the actual homeland but the other, external and imagined homeland".[15] In addition to this nostalgic perspective, Cristian Cercel, in 2017, advanced a new framework when looking to the fate of Romanian Germans in the postwar era. It extends Brubaker's triadic nexus into a quadratic one, introducing another field: the organizations of the Romanian Germans in the FRG.[16]

With these historiographical and methodological prerequisites, I seek to explain the role played by Paul Philippi in all four of these milieus. He was active in all of them, trying to balance the predominant policy oriented toward the emigration of Germans from their country of origin to Germany.

Romanian Germans and their organizations in Germany

Germans that emigrated from Romania after the war took their disputes with them, including the one regarding the Nazi past.[17] Inside the *Landsmannschaften*, for instance, different positions toward emigration of Germans from the beginning of the 1950s were discussed.[18] This was something of a generational conflict as well as the vision of the two representative groups of Germans which originated from Romania and migrated to Germany after the Second World War.[19] These Romanian Ger-

14 Cf. Brubaker, Rogers: Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in the New Europe, Cambridge 1996, 55–76.

15 Koranyi, James; Wittlinger, Ruth: From Diaspora to Diaspora. The Case of Transylvanian Saxons in Romania and Germany. In: Nationalism and Ethnic Politics 17/1 (2011), 96–115, here 111.

16 Cf. Cercel, Cristian: Postwar (West) German–Romanian Relations: Expanding Brubaker's Analytic Triad. In: Nationalism and Ethnic Politics 23/3 (2017), 297–317.

17 This continued into the 1980s. See Koranyi, James: Nazi Divisions. A Romanian-German 'Historians' Dispute' at the End of the Cold War. In: Feller, Jan; Pyrah Robert; Turda, Marius: Identities In-Between in East-Central Europe. London 2020, 130–148.

18 Cf. Weber, Georg; Nassehi, Armin; Weber-Schlenther, Renate; Sill, Oliver; Kneer, Georg; Nollmann, Gerd; Saake, Irmhild: Emigration der Siebenbürger Sachsen. Studien zu Ost-West Wanderungen im 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2003.

19 There is a debate in the literature questioning how the community from Romania should be named. I think that the constructivist formula used by James Koranyi 'Romanian Germans' is an instrumental and adequate one. Cf. Koranyi, Migrating Memories (cf. n. 13), 22–62 (chapter one: "Mak-

mans were in a strange situation given that they were a minority within the overall number of German expellees and refugees from Eastern Europe who arrived or remained in Germany after the Second World War.

Only approximately 100,000 of the over 12 million Germans who came from Eastern Europe to the territory of the two German states founded in 1949 through a combination of flight, expulsion and resettlement in the end or after the Second World war, had their origins in Romania:[20] It was the only country in the region that did not expel its German population after the War.[21] On the other side, at the request of Soviets, around 70,000 Germans were deported to the USSR in January 1945.[22] Some of them arrived in Germany from 1946 to 1947 and few went back to Romania afterwards.[23] As we see, ethnicity was the main driver behind these transfers and movements of populations in the region before, during, and after Second World War.[24] Subsequently, however, in the postwar era, it was social factors that put pressure on migration at the level of ethnic networks and organizations, paving the way for the movement of ethnic Germans from their communities of origin to Germany.[25]

These organizations were key to the build-up of the migration process and, in order to understand this, it is essential to consider the historical context in which they sprang up: their provincial parallelism, and co-existence in religious, cultural, and political milieus. Different geographies, heritages, and traditions of the Romanian Germans remained almost intact after the refugees arrived in Germany, and each community developed their associations in terms of their historical origin.[26] Even

ing Romanian Germans"); cf. as a different approach: Weber, Annemarie: Rumäniendeutsche? Diskurse zur Gruppenidentität einer Minderheit (1944–1971). Köln-Weimar-Wien 2010.

20 German minority (more than 745,000 people) that lived in Romania's territory after 1918 had a different historical background: Saxons arrived in Transylvania in the 12th–13th century; Swabians were colonized in Banat in 18th century; in Bukovina, Maramures, Dobrudja and Bessarabia other communities of German speakers lived without having a common heritage.

21 See an elaborate discussion on the repressive policies against the German population in the first years after the War in: Baier, Hannelore: Deportare, deposedare, discriminare 1944–1948 [Deportation, Deprivations, Discriminations 1944–1948]. In: Trașcă/Anghel, Un veac frământat (cf. n. 4), 149–172.

22 Cf. Weber, Georg; Weber-Schlenter, Renate; Nassehi, Armin; Sill, Oliver; Kneer, Georg: Die Deportation von Siebenbürger Sachsen in die Sowjetunion. 1943–1949. 3 vol. Köln-Weimar-Wien 1996.

23 Many of them remained there, but few intellectuals and people in Romania attempted to return. Kurt Philippi, Otto Liebhardt, Georg Scherg, for example, re-entered Romania without legal forms in 1947.

24 Cf. Dietz, Barbara: Ethnic German Immigration from Eastern Europe and the Former Soviet Union to Germany. The Effects of Migrant Networks. Bonn 1999; Brubaker, Rogers: Migration of Ethnic Un-Mixing in the "New Europe". In: International Migration Review 32/4 (1998), 1047–1065.

25 Cf. Schoenberg, Hans W.: Germans from the East. A Study of Their Migration, Resettlement, and Subsequent Group History since 1945. Dordrecht 1970, 108.

26 Cf. Wolff, Stefan: The Politics of Homeland Irredentism and Reconciliation in the Policies of German Federal Governments and Expellee Organizations toward Ethnic German Minorities in Central and Eastern Europe, 1949–1999. In: O'Donnell, Krista; Reagin, Nancy, Bridenthal, Renate (Ed.): The Heimat Abroad. The Boundaries of Germanness. Ann Arbor 2005, 287–310, here 289 f.

though the Romanian Germans were a small community, the German authorities recognized them and they received the same support as other homeland societies. From an organizational perspective, the core of the future Romanian German *Landsmannschaften*, that will function in West Germany in the postwar period, was formed around these diverse and weak German communities.

Even though they were few and not very united, the Romanian Germans succeeded in establishing relations using traditional and political networks. Religious organizations dominated the conventional channel of communication. In 1947, to protect and help the refugees, the *Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und der evangelischen Banater Schwaben* (Aid Committee of Transylvanian Saxons and Evangelical Banat Swabians) was created. It was a network of small associations founded in close relation to church structures. Given that, until 1949, it was forbidden to set up organizations for refugees and expellees in the Western zone of Germany, these Church aid societies were the primary structures for these returnee Germans.

The legislative transformations that occurred after 1949 in the FRG were of tantamount importance in stimulating the return of the Germans to their homeland. They inspired the expellees and refugees' communities and, by 1949, *Landsmannschaften* were being formed throughout Germany, including those for Romanian Germans. In addition to their assistance programs, their shared suffering, and a loss of connection with their homeland, these *Landsmannschaften* did not initially have a common political platform. This was only subsequently obtained and articulated around the idea of the 'reunification of families'. The *Landsmannschaften* were committed to the idea of getting the German minority out of Romania. Their argument was a two-fold development: on the one hand, they accentuated the political, social, and cultural arguments that the German community suffers in communist Romania; while, on the other, they speak about the historical mission, of the German community to return in their homeland, and the fate or destiny involved in achieving it. Here, at the beginning of the 1950s, the debates related to the future of the German community (bringing families back together vs. remaining in Romania to fulfill a destiny that started 800 years ago) was the milieu in which Paul Philippi became a relevant player.

Paul Phillipi and his early career

Paul Philippi was a relatively young Saxon, born in 1923 in Brașov (Kronstadt), and educated at the Honterus *Gymnasium* until 1942. He had a biography that was common amongst younger Germans from Romania. He was recruited in the *Waffen-SS*, trained in Vienna and other places in Germany, and fought on the Eastern Front from the autumn of 1944 (battle of Szombathely [Steinamanger] in Hungary).[27] In re-

27 During his life, Paul Philippi did not speak much about his experiences during the war. As a sur-

treat, in south Austria (his military unit was stationed in Graz), he entered captivity in the American zone. After 30 months of reclusion in an American camp, he was released in 1947 and shortly afterwards started his studies in theology at the University of Erlangen. From 1949 he was awarded a scholarship at Zurich, where he continued his studies, working as a private professor in Winthertur and as a servant in the Lutheran Parish of Grossmünster.

Being in contact with a society that was not as affected by war and ideological confrontation was an excellent opportunity for the young Paul Philippi to reflect on his future. His intellectual and social experience in Switzerland was significant because he could compare different historical experiences of Germanness, understanding that the destiny of other communities that emigrated from Germany in the past was also connected with the places where they arrived and had lived for centuries.[28] The main danger, in his view, was that the "Romanian Germans 'in exile' would forget their historical and cultural roots and merge into a society to which they did not belong".[29] The idea was received with suspicion by many leaders of the *Landsmannschaften* in Germany from the beginning. This is because they did not understand his view that they were not only Germans, but also Romanian Germans.

He expressed his views in different cultural and religious circles and enjoyed good personal relations with individuals.[30] However, the elite of the *Landsmannschaften* perceived his positions with a critical eye, although he was not considered as any great danger in their view. Paul, and his brother Hans,[31] were involved in the activities of the *Hilfskomitee* in Bavaria, but also in the newly founded *Arbeitskreis*

---

prise, on 11 November 2015, he presented his memories about this biographical episode in Sibiu (Hermannstadt). His lecture is now online (Deutsches Forum Hermannstadt: Paul Philippi – Von der Schulbank 1943 in den Zweiten Weltkrieg. 11.11.2015. URL: https://www.youtube.com/watch?v=9WiaT_mSw8A [26.04.2022]) and was published a year later: Philippi, Paul: Von der Schulbank zur Waffen-SS. In: Spiegelungen 11/1 (2016), 77–86. His recollections about this period are very suggestive. In an interview about his uncommon 'fate' he underlined in 1995 how he realized the differences between Germans that had different historical experiences. Cf. Landwehr, Dominik: Der Theologieprofessor Paul Philippi – Ein ungewöhnliches Schicksal. 27.05.1995. URL: https://www.peshawar.ch/romania/rom-int.htm (10.03.2022).

28 Cf. Koranyi, Migrating Memories (cf. n. 13), 90.

29 In his interview with Dominik Landwehr (cf. n. 27), Philippi remembered that he was accepted with enthusiasm at the personal level, but was treated with caution at the institutional level.

30 Ibid.

31 Hans was the older brother, born in 1911. He left Romania with his family in the summer of 1944. Up to this point he acted as a representative of I. G. Farben in Brașov. He arrived in Germany and started a new career as a teacher of Latin and Greek in Bavaria, at Schweinfurt. He was also elected to be an organizer in the *Hilfskomitee* in 1947. Cf. Möckel, Andreas: Christ und Siebenbürger Sachse: Zum 100. Geburtstag von Hans Philippi, in: Siebenbürgische Zeitung. 10.07.2011, URL: https://www.siebenbuerger.de/zeitung/artikel/kultur/11269-christ-und-siebenbuerger-sachse-zum.html (10.03.2022), but also ACNSAS. SIE 567.

junger Siebenbürger Sachsen (Group of the Younger Transylvanian Saxons) to study the history of Transylvania.[32]

In an effort to maintain engagement with the Lutheran Church and remain active in the relevant cultural institutions, they succeed in convincing the editors of the *Siebenbürgische Zeitung* to let them publish a Sunday cultural supplement. The name of this publication is a symbolic one: *Licht der Heimat* (*Torch of the Homeland*).[33] From 1952, the internal conflicts between the *Landsmannschaft* and the *Hilfskomitee* had a new stage, a public one, the representative newspaper of the Saxons in Germany. It was strange that antagonistic positions concerning the issue of German emigration were expressed inside of these publications. And the situation remained the same until the end of the 1970s when the leaders of the *Landsmannschaft*, and of the newspaper, decided to suspend the publication of *Licht der Heimat*.[34]

While Paul Philippi finished his studies in Erlangen in 1952, the emigration of the Romanian Germans remained of vital interest to him. At a crossroads, with offers to become a priest and continue his career in Erlangen or Zurich, or become a Ph.D. student and get on track for *Habilitation* in Heidelberg, he chose the latter and became more and more involved in the religious, historical, and cultural problems of Romanian Germans. For Philippi, it was no longer just a personal option, but a professional and cultural conviction. He subsequently remembered that he discussed the subject with Friedrich Müller, the bishop of the mainly Saxon Evangelical Church of the Augsburg Confession in Romania, when he met him on the occasion of the latter's visit abroad after 1945, probably in 1954. The advice of the bishop was to go to Heidelberg because the Church needs theologians that were able to view things from a scientific perspective.[35]

This was a significant step in Philippi's career. He became assistant instructor at the *Diakoniewissenschaftliches Institut* (Diaconal Science Institute – DWI) in Heidelberg in 1954 and prepared a Ph.D. *Dissertation* dedicated to the *Holy Communion and the Reality of the Congregation*, which was defended successfully in 1957. Staying in Heidelberg he finished his *Habilitation* dedicated to the modern stages of the deaconess office, looking mainly at the situation in Transylvania. Completing his studies and having a successful career in academia was essential for his prestige in the external homeland Germany.

---

32 Many of its original members became founders of the *Arbeitskreis für Siebenbürgische Landeskunde* (Society for Transylvanian Studies) in 1962.

33 Initially it was named *Korrespondenzblatt*, then – at the proposal of Hans Philippi – it was renamed as *Licht der Heimat*. Cf. the discussion in Koranyi, Migrating Memories (cf. n. 13), 90 f.; Philippi, Paul: Land des Segens? Fragen an die Geschichte Siebenbürgens und seiner Sachsen. Köln 2008.

34 Koranyi, Migrating Memories (cf. n. 13), 90.

35 Paul Philippi mentioned this conversation without making any chronological reference in Landwehr, Der Theologieprofessor (cf. n. 27).

The conflict over the emigration of the Romanian Germans

From 1953, Philippi publicly, during the meetings of the *Landsmannschaft*, expressed his criticsm of the policy that favored the emigration of the Saxons from Transylvania to Germany.[36] The leaders of the *Landsmannschaft* discussed this and, in 1953/54, decided that the migration to the external homeland was essential and fundamental to the community's future, because of the establishment of the communist regimes in Eastern Europe, who oppressed the German minorities. The fate of the community was not 'abroad' anymore and all Germans should return to their original homeland.[37]

The reply from Philippi was sharp, and it made clear that it was not only a story about two homelands (one external, where they will arrive, and one internal, where they are born and they live), but it was also a problem of historical identity. In a memoir presented in 1954, he considers the ideas proposed and sustained by Heinrich Zillich and his followers in which the *Landsmannschaft* are portrayed as old, and more appropriate for the 19th century (and again during the Nazi period) when the movement of populations was very dynamic.[38] He maintains that the Romanian Germans needed to play their historical role in Romania, where they lived for almost 800 years. They had profound roots in that territory: they resisted invasions (the Mongolian, Tatar, or Turk invasions were counterposed to the existing pressures from the communist authorities). In this line of argumentation, they need to remain there to maintain the community in Transylvania and preserve their established values, traditions, and institutions.[39] Otherwise, he considers that this migration is a major step in ending the presence of Saxons in Eastern Europe.[40]

The year 1955 was an important one for Paul Philippi. He was ordained and received more support from the representatives of the Church for his actions against emigration. In spring, during Bishop Friedrich Müller's visit to Austria and the GDR, the Philippi brothers met him a few times.[41] In this context, they discussed

36 His first public performance against emigration occurred in Rimsting, Bavaria, in 1953, where Saxons met for their Congress. Cf. ACNSAS. SIE 5953. Jachet 1. Vol. 2, 67–73.

37 Cf. Weber u. a., Emigration der Siebenbürger Sachsen (cf. n. 18), 254 f.

38 ACNSAS. SIE 5953. Jachet 2. Vol. 1, 70.

39 Ibid. This informative note regarding the activities of Philippi against *Landsmannschaft* policies, signed by Nicolae Dima, was produced in the mid-1960s, when Philippi was already considered to be the leader of the anti-migration movement inside the Saxon community.

40 Ideas on this argument about *finis saxonie* were presented later in: Philippi, Paul: Nation und Nationalgefühl der Siebenbürger Sachsen 1791–1991. In: Rothe, Hans (Ed.): Die Siebenbürger Sachsen in Geschichte und Gegenwart. Köln-Weimar-Wien 1994, 69–87.

41 The bishop arrived in the West for the first time in 1954 and, again in 1955 (cf. Wien, Ulrich Andreas: Biserica Evanghelică C. A din România începând cu 1918 [Evangelical Church A. C. in Romania after 1918]. In: Trașcă/Anghel, Un veac frământat (cf. n. 4), 199–253, here 240). Pieces of information

and clarified their position inside the Saxon community regarding migration issues. The bishop made interventions in favour of Church aid organizations and against the *Landsmannschaft*.[42] He also tried to convince Carl Molitoris (1877–1972), an old priest from Bistrița (Bistritz), and former Dean of the Church from North Transylvania during the Second World War, to become more prudent and moderate in his relations with the leaders of *Landsmannschaft*. In addition, his criticism of Karl Sebesch, the former curator of the Sibiu (Hermannstadt) parish, who was a supporter of Zillichs *Landsmannschaft* policies, made very clear that the Church position was not represented by such priests. He sustained the positions expressed by the *Hilfskomitee* and by intellectuals that were against mass emigration of Germans.[43] The latter, in parallel with his Ph.D. studies, worked a lot with his younger friends from the *Arbeitskreis* and with other intellectuals, publishing materials related to the history of the Saxons and their church in Transylvania, but he also expressed his intention to go back to Romania.

Philippi's attempts to come to Romania

When Paul Philippi asked Friedrich Müller whether he would be able to return to Transylvania, the Bishop responded that, while it was difficult at that moment, it would be possible in the future. The idea of coming back was a consistent one in the mind of Paul Philippi. When he attended a Conference in Berlin, a year later, he went to the Romanian Consulate and asked for information concerning his return to the country. There he met a clerk, a professor named Grigoriu, who was the one who provided information to him regarding repatriation.[44] Without knowing it, Philippi entered into contact with a high representative of the Romania Securitate

related to this tour, and the meetings with the Philippi brothers came to the Romanian Securitate from two different sources. In their view, the informant with code name "Prietenul" ("Friend"), who was the Vicar of the Evangelical Church in Transylvania, Alfred Hermann, delivered a very detailed and conclusive report after they came back. He maintains that Hans and Paul Philippi were the *Hilfskomitee* leaders and the minority faction in *Landsmannschaft* against migration. The other source was the middle brother of the family, Kurt Philippi. His reports that summarize his discussion with Bishop and Vicar were considered without relevance and, most importantly, without elements of sincerity. These notes were why he was excluded from the network of the Securitate informers and became a subject of an informative action. Cf. ACNSAS. I 235743. Vol. 1, 30, 35.

42 In 1956, in a discussion with an informer of the Securitate ("Otto Krauss" was his code name), Bishop Müller insisted on his opinion that he consider that Hans Philippi, who became the leader of the *Hilfskomitee* in Munich, had a correct position and acted accordingly against emigration and criticized the positions of the *Landsmannschaft*. Cf. ACNSAS. I 260208. Vol. 1, 107.

43 Following elections, the *Hilfskomitee* was subsequently run by Hans, and the *Arbeitkreis* was coordinated by Paul Philippi.

44 Cf. ACNSAS. SIE 5953. Jachet 2. Vol. 1, 26.

in Germany, who soon became the Head of the First Service of the First Directorate of the Securitate (External Informations), Lieutenant Colonel Todiriu Ismail.[45]

When, in April 1957, Paul Philippi came back to Berlin and asked for a visa to discuss the subject again, Todiriu suggested that he apply for a permit to see with his own eyes how Romania is, and to visit his family. He followed Todiriu's advice and came back with letters in 1957, and finally, after more than eight months, he received the approval for his visit. If the officers of the Espionage agency tried to help him and accepted his stay in the country,[46] the representatives of the Stalin (Brașov) Regional Directorate of the Securitate were less well disposed towards him and prepared a plan that eventually could offer an opportunity for the arrest of the Philippi brothers. With the help of an artist in Germany, who took some 'hostile publications' of Paul Philippi for his brother Kurt, Lt. Farkas Adalbert tried to organize a situation where Paul Philippi would be 'caught red-handed' when he arrived in the country.[47]

Furthermore, in order to increase the surveillance of family activities, an 'operative combination'[48] was approved at the highest level (by the Head of the Region Directorate and Gheorghe Pintilie, Deputy Minister of Interior), in the Depner sisters (Thea and Maja) summerhouse in Vulcan (Wolkendorf). Why did they want such a thing? Because the local branch of the Securitate had surveilled the Philippi brothers since 1950. Initially, they only opened the file on Kurt Philippi. He was observed and, after an inquiry, was co-opted as a member of their informants' network.[49] After assessing his contributions towards Securitate activity, it was decided that they were not significant, because much of his information was deemed to be neither credible nor sincere, and he was abandoned by the Securitate in 1955. At this point a surveillance file was started on him.[50] This was more of a 'family file' since the suspect's

45 He entered the Romanian Secret Services in 1944 as an aide of Emil Bodnăraș, who supervised the operations of the Special Service of Information. In the early 1950s, he worked for the First Directorate abroad and then, after a period as Head of Service, he was one of the deputies of the Directorate until his retirement in 1971. For details on his career, cf. ACNSAS, D 165 and Arhivele Naționale ale României, Bucureşti (ANR) [National Archives of Romania, Bucharest]. Central Committee of the Romanian Communist Party – MAI Cadres Fund 4501.

46 Todiriu, who oversaw the operation, wanted to verify the intentions, but also the actions, of Paul Philippi. He was suspicious because it was a surprise that someone with such career intended to come back to Romania. Cf. ACNSAS. SIE 5953. Jachet 2. Vol. 1, 37–39.

47 Cf. ACNSAS. I 235743. Vol. 1, 9–11: Plan approved by colonel Gheorghe Crăciun on July 10, 1957.

48 An order from the Securitate to install surveillance equipment in a house, that required to evacuate it for a period of time to allow the technical team space to install the wires, microphones and other apparatus.

49 Cf. ACNSAS. I 235743. Vol. 1, 9–11: Plan approved by colonel Gheorghe Crăciun on July 10, 1957. He was recruited under the code name of "Otto Schneider" on the 10th of June 1950 through blackmail ("pe bază de material compromițător") because he returned to the country without legal forms.

50 Ibid., 4: "He was not confident and, in many cases, double agent (he tell us that he is deaf on one of his ears, but he is a musician...and how can sing with such illness). He did not come to meetings; when he arrived, he did not bring notes or information; he gave us only generalities, without oper-

brothers were identified as important members of the *Landsmannschaften* in the FRG. The suspicions were also raised in relation to his connections within the intellectual milieu: the 'nationalistic elements', and Lutheran priests from Mediaș (Mediasch), Sighișoara (Schäßburg) and the Târnăveni Raion.[51]

The visit took place from the last week of March until the beginning of May 1958. During this time Paul Philippi had a long and fruitful vacation, staying in Brașov, Vulcan, and Sibiu. He met with many representatives of the Romanian state from the intellectual, religious, and administrative milieus. He also was contacted at the end of his vacation by Professor Grigoriu. Securitate verified him in many instances and observed that he was sincere, and his positions were the same as those expressed in Germany. While he wanted to come back in the years after defending his dissertation and obtaining his habilitation,[52] he postponed this intention after lengthy discussions with Bishop Müller. The latter considered that his presence in Germany was significant in preventing an exodus of Saxons from Romania. They had already found that the *Landsmannschaften* had lobbied to increase the number of exit visas for the Germans who want to leave Romania through a number of different channels including the International Red Cross, Federal Institutions, and local governments. In this context, considering his reputation in the community, the bishop asked him to try to go back and speak with authorities to prevent such a development.

It was an important moment for Philippi. He returned to Germany and acted accordingly, publishing prolifically and engaging in many discussions with the authorities, inside and outside of the *Landsmannschaften*, to prevent the large-scale departure of Romanian Germans. He even succeeded in causing a temporary split inside the Saxon *Landsmannschaft:* between Zillich and his group[53] and the new executive leader (since 1958) of the society Erhard Plesch (1910 – 1977). His activities, even if they did not affect the speed or the dynamic of the emigration process directly,[54] were noticed both there and in Romania. The effects were observed by the members of his family and his friends as well as the Securitate, who constantly surveilled his relations and learned about his actions against emigration. They appreciated his position and granted him visas each year for 'root tourism' in Romania.[55] As such, Paul Philippi soon became a transnational traveler, an exponent of the *Heimattourismus*, moving from Germany to Romania each summer, playing an increasingly

ative interest. Even when he was oriented towards his brother-in-law Erwin Wittstock, he sent us only positive materials."

51 Ibid., 1.

52 He succeeded in finishing his habilitation in 1963. To do the research and see his friends and family, he came each year to Romania.

53 He mentioned in many instances that Zillich, Hans Hartl or Fritz Cloos did not split their connection with their Nazi past.

54 The numbers are very well analyzed in Anghel/Gheorghiu, The Mass Migration (cf. n. 6), 34 – 36.

55 They did not give him hopes for its repatriation until the end of the 1960s.

important role in the debate concerning the fate of the Romanian Germans. But this story, a more complex one,[56] and the situation from the mid-1960s until the end of communism, will soon be discussed in another article.

Conclusion

Until then, let us conclude that Paul Philippi's role in the migration process became more relevant in a challenging period. His public conflicts with the old guard of the *Landsmannschaften* and his intervention against emigration from Romania were more and more articulated. They received increasing attention from different authorities in FRG and communist Romania, where his annual visits were carefully observed. Discussions with different Romanian authorities in order to prepare his comeback in Romania were also under scrutiny. Until the beginning of the 1970s he was refused, but many doors were subsequently opened, and he finally obtained a professorial position in the Lutheran Institute in Sibiu (Hermannstadt). This development was also made in the context of the changing attitudes of the Romanian authorities with regard to emigration. Securitate officers wanted to have him inside Romania in order to prevent his actions in Germany, where he had already gained a serious reputation for his actions against emigration and for the continuation of the German communities' life in their historical place, in Romania. But this part of his life will be the subject of a future paper.

56 He became a target for the Securitate but also for *Landsmannschaft*. The Romanian political police wanted to exploit him in blind, afterward to use him for different friendly missions (source or agent of influence) and Philippi played a very interesting partiture. It was not anymore in rip currents, but one in deep waters.

JUGOSLAWIEN

Bernd Robionek

Hybride Identitäten in der Emigration. ‚Volksdeutsche' und die jugoslawische Staatssicherheit

Zusammenfassung: Weil viele ‚Volksdeutsche' aus Jugoslawien während des Zweiten Weltkriegs mit den Besatzungsmächten kollaboriert hatten, wurden sie summarisch zu Feinden des sozialistischen Staates erklärt. Das machte die Donauschwaben, die sich in Westdeutschland in Verbänden organisierten, auch nach 1945 zu einem Ziel der jugoslawischen Staatssicherheit. Dabei nahmen die Angehörigen der ehemaligen deutschen Minderheit für sich allein genommen keine prominente Position in der Hierarchie der Feinde des sozialistischen Jugoslawiens ein. Erst in Verbindung mit anderen gegnerischen Kräften, darunter vor allem den Exilkroaten, stellten sie eine ernsthafte Gefahr dar.

Schlagwörter: UDBA; Donauschwaben; Exilkroaten; Geheimdienste; Jugoslawien

Abstract: Because many ethnic Germans from Yugoslavia had collaborated with the occupying forces, they were seen as enemies of the socialist state. Hence, minority Germans living in West Germany after the Second World War were targeted by the Yugoslav state security. As an isolated case, the ethnic Germans did not pose a serious threat. However, their connections with other anti-Yugoslav forces, especially Croatian exiles, presented them as a considerable danger.

Keywords: UDBA; ethnic Germans; Croatian exiles; state security service; Yugoslavia

Dr. Bernd Robionek, Universität Leipzig, Zentrum für Gender Studies (FraGes), 04081 Leipzig, bernd.robionek@alumni.hu-berlin.de

https://doi.org/10.1515/9783110795288-015

Vorbemerkung

Dieser Aufsatz liefert auf der Grundlage von Dokumenten aus fünf Archiven neue Erkenntnisse zum Stellenwert, den die Donauschwaben aus Jugoslawien bei den Staatssicherheitsdiensten ihres Herkunftslandes besaßen, wobei auch die (außen-)politischen Kontexte zum Tragen kommen. Schließlich kamen die Angehörigen der ehemaligen deutschen Minderheit nicht nur als Beobachtungsobjekte, sondern auch als – manchmal sehr diskret auftretende – Akteure im Geflecht internationaler Interessen zur Geltung. Nach einer überblicksartigen Darstellung wird die Thematik anhand von Fallbeispielen analysiert.

‚Volksdeutsche' im Blick jugoslawischer Staatssicherheitsdienste

Kaum eine andere Institution ist wegen der direkten Ausrichtung auf gegnerische Kräfte so symptomatisch für die ideologischen Standpunkte eines Staates wie seine Geheimdienste. Für das sozialistische Jugoslawien war es charakteristisch, dass die Komposition der Feindbilder über die Jahrzehnte hinweg den innen- und außenpolitischen Wandlungen folgte. Zur ersten Garnitur der Widersacher gehörten die ‚Volksdeutschen'.[1] Unter dem generalisierten Vorwurf, dass die ‚Schwaben' des Landes als ‚Fünfte Kolonne' mit den Okkupationsregimen paktiert hatten, trafen sie die harten Vergeltungsmaßnahmen der kommunistischen Partisanen. Ein Anliegen der jugoslawischen Staatssicherheit, die 1944 als Abteilung zum Schutz des Volkes gegründet und 1946 als Amt der Staatssicherheit (*Uprava državne bezbednosti* – UDB) weitergeführt wurde,[2] war indes die Einhegung des ‚wilden Terrors' der Kriegszeit durch eine planmäßige Bekämpfung der Gegner.[3] Vor diesem Hintergrund ermittelte die ‚Volksschutzabteilung' 15.854 jugoslawiendeutsche Personen, die sich in den

1 Vgl. Casagrande, Thomas: Die volksdeutsche SS-Division „Prinz Eugen". Die Banater Schwaben und die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen. Frankfurt/M. 2003.

2 Vgl. Milošević, Milan: Organizacija bezbednosno-obaveštajnog sistema FNRJ [Die Organisation des Sicherheits- und Geheimdienstsystems der FNRJ] (1946–1966). In: Bezbednost 49/3 (2007), S. 168 – 181.

3 Vgl. Radelić, Zdenko: Ozna/Udba – drastičan obračun s neprijateljima. Primjer Hrvatske (1940-ih i 1950-ih) [OZNA/UDBA – drastische Abrechnung mit den Feinden. Das Beispiel Kroatien (1940er und 1950er Jahre)]. In: Historijski zbornik 70/2 (2017), S. 97 – 136, hier S. 107 – 113; Nikolić, Kosta: Obračun Titova režima s jugoslavenskim monarhističkim protukomunističkim snagama na kraju Drugog svjetskog rata [Abrechnung des Tito-Regimes mit den königlich-jugoslawischen antikommunistischen Kräften am Ende des Zweiten Weltkriegs]. In: Časopis za suvremenu povijest 44/3 (2012), S. 631 – 650, hier S. 646.

Dienst der Besatzungsmächte gestellt hatten.[4] Von den Donauschwaben aus der Vojvodina, wo vor Ende des Krieges drei Viertel der rund 500.000 Jugoslawiendeutschen gelebt hatten, benannten die Staatsorgane 691 als Kriegsverbrecher.[5] Die Datengrundlage für eine gezieltere Verfolgung der ‚volksdeutschen' Feinde war also vorhanden. Dennoch entschied sich die Partisanenregierung in diesem Fall für das Prinzip der Kollektivschuld.[6]

Obwohl die deutsche Minderheit zwischen den Weltkriegen neben der albanischen die größte im Königreich der Südslawen gewesen war, verschwand sie nach 1945 fast vollständig.[7] Je nach Herkunftsregion waren ihre Angehörigen entweder schon während des Krieges evakuiert worden (aus Bosnien oder Slawonien), angesichts des Heranrückens der Roten Armee im Herbst 1944 geflüchtet (vor allem aus der Bačka, aber nur zu rund zehn Prozent aus dem Westbanat) oder – sofern sie nicht der Repression zum Opfer gefallen waren – in den 1950er Jahren ausgesiedelt worden. Insofern richtete die UDB in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre ihren Fokus auf den bewaffneten Widerstand antikommunistischer Freischärler. Kaum waren diese Guerilla-Gruppen im Nachgang des Krieges zerschlagen,[8] verlagerte sich der operative Schwerpunkt durch den Konflikt mit Stalin auf die Verfolgung von moskautreuen Genossen und auf die Abwehr der Angriffe aus dem Ostblock.[9]

Als Indikator für die politischen Verhältnisse waren die jugoslawischen Staatssicherheitsdienste aber nicht nur wegen ihrer Feindausrichtung aussagekräftig. Auch als Spiegel der Parteipolitik spielten sie eine bedeutende Rolle.[10] Die Staatssicherheit galt als eine letzte Bastion der Zentralisten gegen die konsequente Durchsetzung des Selbstverwaltungssozialismus. Nach der Entmachtung der Reformgegner brachte die Dezentralisierungspolitik der späten 1960er Jahre den Sicherheitsdiensten der ein-

---

4 Vgl. Janjetović, Zoran: Građa o Folksdojčerima u fondovima BIA-e u Arhivu Srbije [Akten über Volksdeutsche in den Beständen der BIA im Archiv Serbiens]. In: Godišnjak Njemačke zajednice 24 (2017), S. 337–342, hier S. 339.

5 Vgl. Hrvatski državni arhiv, Zagreb (HDA) [Kroatisches Staatsarchiv, Zagreb]. 1561/202.2, 87: Pokrajinski sekretarijat za unutrašnje poslove (PSUP) [Gebietssekretariat für Innere Angelegenheiten] Vojvodina. Okt. 1983: Organisierung der Volksdeutschen und neuere Elemente ihrer feindlichen Tätigkeit, S. 2. Den Hinweis auf dieses Dokument verdanke ich Vladimir Geiger.

6 Vgl. Geiger, Vladimir: Folksdojčeri. Pod teretom kolektivne krivnje [Volksdeutsche. Unter der Bürde der Kollektivschuld]. Osijek 2002.

7 Vgl. Pavlica, Branko: Sudbina Nemaca u Jugoslaviji [Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien]. In: Anali Pravnog Fakulteta u Beogradu 53/2 (2005), S. 196–236.

8 Vgl. Radelić, Zdenko: Opposition in Croatia 1945–1950. In: Review of Croatian History 1/1 (2005), S. 227–251, hier S. 248.

9 Vgl. Dimitrijević, Bojan: Intelligence and Security Services in Tito's Yugoslavia 1944–1966. In: Istorija 20. veka 37/2 (2019), S. 9–28, hier S. 15–19; Ritter, László: Der geheime Krieg zwischen dem Sowjetblock und Jugoslawien 1948 bis 1953. In: Krüger, Dieter; Schneider, Felix (Hg.): Die Alpen im Kalten Krieg. Historischer Raum, Strategie und Sicherheitspolitik. München 2012, S. 277–311.

10 Vgl. Cvetković, Srđan: Fall of Aleksandar Ranković and Condemnation of „Rankovićism". In: Tokovi istorije 24/3 (2016), S. 111–144; Schweissguth, Edmund: Die Reorganisation des Staatssicherheitsdienstes in der SFR Jugoslawien. In: Jahrbuch für Ostrecht 10/1 (1969), S. 45–68, hier S. 62.

zelnen Föderationsrepubliken ein hohes Maß an Autonomie, die sich auch in der Umbenennung zum „Dienst“ für Staatssicherheit (*Služba državne bezbednosti* – SDB) zeigte.[11] Mit der Reform erhielt das jugoslawische Sicherheitssystem seine bis zum Staatszerfall bestehende Grundstruktur.[12] Dem föderalen Prinzip entsprechend konzentrierte sich die Beobachtung der ‚Volksdeutschen‘ auf die Staatssicherheitsdienste Kroatiens, Sloweniens und der Sozialistischen Autonomen Provinz (SAP) Vojvodina, also der Regionen, wo bis 1944 die überwiegende Mehrheit der deutschen Minderheit gelebt hatte.[13]

Dass die ‚Volksdeutschen‘ im Gesamtkontext jedoch nur ein untergeordnetes Beobachtungsziel darstellten, hatte verschiedene Gründe. Als das Auswärtige Amt (AA) Anfang der 1950er Jahre seinen Dienst aufnahm, pflegten die USA als westliche Hegemonialmacht bereits freundschaftliche Beziehungen mit dem von Moskau abtrünnigen Jugoslawien. Analog dazu gestaltete die BRD ihre Außenpolitik gegenüber Jugoslawien sehr konstruktiv.[14] Die Tatsache, dass zwischen beiden Staaten keine territorialen Ansprüche bestanden, erleichterte es erheblich, dass die ‚Volksdeutschen‘-Frage den strategischen Interessen weichen konnte. Es entstand eine reziproke Situation, in der es für beide Seiten angeraten schien, die heiklen Themen aus der Kriegszeit im diplomatischen Verkehr zu meiden.[15]

Auch wenn die Mobilisierungsfähigkeit der Jugoslawiendeutschen im Vergleich zu den anderen Landsmannschaften in den frühen 1950er Jahren am schwächsten ausgeprägt war, reichte ihre Lobby immerhin, um bei der Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bonn und Belgrad 1956 durch die Widerstände aus den Reihen der mit ihnen verbündeten Bundestagsabgeordneten als politischer Störfaktor aufzutreten.[16] Einen Schub erhielt der landsmannschaftliche Organisationsgrad durch den Zulauf von Aussiedler/-innen während der 1950er Jahre, sodass Ende 1957 etwas

11 Irrtümlicherweise sieht Christian Nielsen in der Verfassungsreform von 1974 eine weitere Stufe zur Dezentralisierung der Staatssicherheit. Vgl. Nielsen, Christian A.: Decentralizacija organa unutarnjih poslova u SR Hrvatskoj [Dezentralisierung der Innenorgane in der SR Kroatien]. In: Politička misao 57/3 (2020), S. 174–191, hier S. 176. Das Gegenteil war der Fall: Obwohl eine Rezentralisierung ausblieb, übte der Bundesdienst während der 1970er Jahre wieder einen größeren Einfluss auf die Republikdienste aus. Vgl. Cvetković, Srđan: Metode i oblici rada službi državne bezbednosti u socijalističkoj Jugoslaviji [Methoden und Arbeitsformen des Staatssicherheitsdienstes im sozialistischen Jugoslawien]. In: Istorija 20. veka 27/2 (2009), S. 131–144, hier S. 135 f.

12 Vgl. Milošević, Milan: Državna bezbednost u sistemu društvene samozaštite. Od Brionskog plenuma do početka „razdruživanja“ [Staatssicherheit im System des gesellschaftlichen Selbstschutzes. Vom Brioni-Plenum zum Anfang der „Auflösung“] (1966–1989). In: Bezbednost 51/1–2 (2009), S. 399–413.

13 Der slowenische Arm der Staatssicherheit deckte auch die ‚volksdeutschen‘ Aktivitäten im Nachbarland Österreich ab.

14 Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA AA). B11. Bd. 563: Auswärtiges Amt (Hallstein). 10.05.1954, S. 3 f.

15 Vgl. Kroll, Hans: Lebenserinnerungen eines Botschafters. Köln-Berlin ^{2}1967, S. 230.

16 Vgl. Brey, Thomas: Bonn und Belgrad. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien seit dem Zweiten Weltkrieg. In: Osteuropa 29/8 (1979), S. 632–644, hier S. 635.

über 35.000 der schätzungsweise 212.000 Jugoslawiendeutschen in der BRD der Landsmannschaft angehörten.[17] Inwiefern der Einfluss der donauschwäbischen Verbände von Jugoslawien als ernstes Problem wahrgenommen wurde, richtete sich nach den politischen Konjunkturen.

Im Zusammenwirken mit „reaktionären Kreisen im Westen“ sahen die Jugoslawen das entscheidende Potenzial, das die Organisationen der ehemaligen Jugoslawiendeutschen zu einem bedeutenden Machtfaktor werden lassen konnte. Als bitteren Nachgeschmack auf die diplomatische Eiszeit zwischen Bonn und Belgrad von 1957 bis 1968, als die Bundesregierung auf die jugoslawische Anerkennung der DDR mit einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen reagiert hatte, registrierte das jugoslawische Außenministerium bei einer internen Beratung im Juni 1970 das lautstarke Auftreten der ‚Vertriebenenverbände‘.[18] Befürchtungen lösten in Belgrad vor allem Stimmen nach Rückforderung der enteigneten Güter aus. In Verbindung mit der Unterstützung solcher Vorstöße durch BRD-Politiker aus dem rechten Spektrum riefen sie spürbare Irritationen hervor.[19] Was den donauschwäbischen Landsmannschaften jedoch die Zähne schleifte, war ihre feste Integration in die westdeutsche Gesellschaft. Zwar postulierten sie unablässig ein „Recht auf Heimat“, womit eine sentimentale Verbindung zur Herkunft im Osten gemeint war, im Unterschied zu den Oppositionellen in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) beanspruchten sie aber keine maßgebende Rolle bei der politischen Gestaltung dieses Herkunftslandes.[20]

Von daher ist es verständlich, dass die ‚Volksdeutschen‘ im Konzert der feindlichen Mächte eine marginale Rolle einnahmen. Eine von der SDB in Belgrad angefertigte Analyse der antijugoslawischen Propaganda in den frühen 1980er Jahren behandelte den umfangreichen Korpus der donauschwäbischen Publikationen – trotz

17 Vgl. Stickler, Matthias: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949 – 1971. Düsseldorf 2004, S. 144 – 146, 155 f.; Wehler, Hans-Ulrich: Nationalitätenpolitik in Jugoslawien. Die deutsche Minderheit 1918 – 1978. Göttingen 1980, S. 98 f.

18 Vgl. HDA. 1409/108, 79: Državni sekretarijat za inostrane poslove (DSIP) [Staatssekretariat für Äußere Angelegenheiten]. 29.06.1970: Beratung im Außensekretariat über Probleme und Aufgaben im Zusammenhang mit den Aktivitäten der feindlichen politischen Emigration, S. 10. Genau genommen passten die Jugoslawiendeutschen nicht ganz in das Schema der Vertriebenen, waren sie doch im Unterschied zu den Deutschen aus Polen oder der Tschechoslowakei nicht von einem systematischen Bevölkerungstransfer betroffen gewesen.

19 Vgl. Arhiv Jugoslavije, Belgrad (AJ) [Archiv Jugoslawiens, Belgrad]. 130/626, 1034: DSIP. 23.10.1970: Information über die Beziehungen der SFR Jugoslawien und der BRD, S. 18 f.

20 Zur Opposition gegen das sozialistische Jugoslawien vgl. Spehnjak, Katarina; Cipek, Tihomir: Disidenti, opozicija i otpor. Hrvatska i Jugoslavija 1945.–1990. [Dissidenten, Opposition und Widerstand. Kroatien und Jugoslawien 1945 – 1990]. In: Časopis za suvremenu povijest 39/2 (2007), S. 255 – 297.

der Feststellung, dass sich hier die Aktivitäten verstärkten – nur summarisch.[21] Der untergeordnete Stellenwert zeigte sich auch darin, dass die Angehörigen der ehemaligen Minderheit als Zielobjekte des Sicherheitsapparates keine eigenständige Kategorie bildeten. Je nach Situation fielen sie in einen der wesentlichen Aufgabenbereiche: entweder unter die feindliche Emigration, fremde Geheimdienste oder in die Rubrik ‚revanchistische Mächte'. Manchmal befanden sie sich im Schnittpunkt: Im Oktober 1965 meldete die Belgrader Tageszeitung *Politika*, dass als Touristen getarnte Donauschwaben unter Einbeziehung von Exilkroaten, Exilserben und ‚Gastarbeitern' nachrichtendienstlich gegen Jugoslawien vorgehen würden.[22] Anfang 1979 erließ das Präsidium des Bundes der Kommunisten in Novi Sad (Neusatz) ein Verbot für organisierte Gruppenreisen ehemaliger Angehöriger der deutschen Minderheit. Ein Verschlusspapier aus dem Innenressort der SAP Vojvodina von Oktober 1983 konstatierte, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) die Donauschwaben instrumentalisiere, um die militärisch nutzbare Infrastruktur sowie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes auszukundschaften.[23]

Durch diese Kontextualisierung entsprachen die Tätigkeiten donauschwäbischer Verbände der jugoslawischen Verteidigungsdoktrin, die seit den 1960er Jahren bereits in globale Sphären aufgestiegen war. Während die SFRJ eine zentrale Rolle in der Bewegung der blockfreien Staaten spielte, übten führende kapitalistische Mächte eine neokoloniale Politik auf Staaten der Dritten Welt aus. Zum außenpolitischen Druck gehörten Militärinterventionen und Geheimdienstoperationen in den ehemaligen Kolonien, die dort zur Ausbreitung prowestlicher Regime führen sollten.[24] Jugoslawiens politische Führung übertrug diese Vorfälle in einer Art Überidentifikation mit der Dritten Welt auf ihr eigenes Land. Stark beeinflusst war sie vom Schema des „Spezialkriegs" (*specijalni rat*), wonach ausländische Mächte versuchten, über ihre Geheimdienste eine ‚Fünfte Kolonne' in der SFRJ aufzubauen.[25] Als Bindeglied zu den oppositionellen Kräften im Inland diente demnach die antikommunistische Emigration. Ihre Sprengkraft entwickelten diese Faktoren dem jugoslawischen Verständnis

21 Vgl. Arhiv Republike Slovenije, Ljubljana (ARS) [Archiv der Republik Slowenien, Ljubljana]. 1931/3093: Savezni sekretarijat za unutrašnje poslove (SSUP) [Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten]. 04.03.1983: Antijugoslawische Propaganda im Zeitraum 1981–1982, S. 86.

22 Vgl. PA AA. B42. Bd. 1000 A: Schutzvertretung für deutsche Interessen (Lock). 11.11.1965: Jugoslawische Presse über Tätigkeit der Donauschwaben in der BRD.

23 Vgl. HDA. 1561/202.2, 87: PSUP Vojvodina. Okt. 1983: Organisierung der Volksdeutschen und neuere Elemente ihrer feindlichen Tätigkeit, S. 12f.

24 Vgl. Westad, Odd Arne: The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times. Cambridge u. a. 2007.

25 Vgl. hierzu ausführlich mein Gutachten für das Oberlandesgericht München vom 08.12.2015 (zit. in Nobilo, Anto: Obrana hrvatskog kontraobavještajaca Josipa Perkovića na njemačkom sudu [Verteidigung des kroatischen Gegenspions Josip Perković vor dem deutschen Gericht]. Zagreb 2018, S. 239). Vgl. auch Bašić, Natalija: Jeder Tag war „Allgemeine Volksverteidigung" (ONO). Zur militaristischen Kultur und Gewalterziehung im sozialistischen Jugoslawien (SFRJ) 1945–1990. In: Jahrbücher für Geschichte und Kultur Südosteuropas 4 (2002), S. 69–90, hier S. 87, Anm. 61.

zufolge erst in ihrer Kombination. In diesem Sinn beobachteten die Sicherheitsbehörden in den frühen 1980er Jahren mit Sorge eine Häufung der keineswegs neuartigen „Kontakte von Sicherheitsinteresse" zwischen ‚Volksdeutschen' und Anhängern der „Ustascha-Emigration".[26]

‚Volksdeutsche' in exilkroatischen Organisationen

Kroatische Emigranten und Donauschwaben gingen nicht nur strategische Bündnisse ein, wie etwa beim beiderseitigen „Rückkehrabkommen" vom August 1952,[27] sondern es kam auch häufig zu personellen Überschneidungen. So waren 1954 ungefähr ein Drittel der Mitglieder des Kroatischen Kultur- und Hilfsvereins *Radić*, einer Organisation der Kroatischen Bauernpartei in Bayern, ‚volksdeutscher' Herkunft.[28] Ein solches Engagement in der kroatischen Politik war allerdings nicht neu. Bereits seit ihrer Gründung im frühen 20. Jahrhundert hatte die Kroatische Bauernpartei starken Zulauf von den autochthonen Deutschen bekommen. In Slawonien waren die Akkulturierungsprozesse in den 1920er und 1930er Jahren schon so weit fortgeschritten, dass die Deutschtumsbewegung große Mühe hatte, die ethnisch von ihr entfremdeten ‚Schwaben' für sich zu gewinnen. Voneinander abweichende kulturelle und politische Orientierungen waren bei den hybriden Identitäten durchaus miteinander vereinbar.[29] Besonders die neo-Ustascha-Organisation Vereinte Kroaten bediente sich in den 1950er Jahren slawoniendeutschen Personals. Ihr Münchener Stützpunkt wurde von Stjepan Kukolja geführt, der Ivo Kiefer, einen deutschstämmigen ehemaligen Wehrmachtsoldaten aus Slawonien, als Leiter der Kroatischen Katholischen Gemeinschaft einsetzte. Obwohl diese Vereinigung einen überparteilichen Charakter haben sollte, wurde sie bald in den Grabenkämpfen der Emigration aufgerieben.[30]

Ernest Bauer (1910 – 1995) war in einer gemischten Ehe zwischen einer kroatischen Mutter und einem deutschsprachigen Vater in Zagreb aufgewachsen, wo er vor 1941 eine deutsche Nachrichtenagentur geleitet und anschließend für den auswärti-

26 HDA. 1561/202.2, 87: PSUP Vojvodina. Okt. 1983: Organisierung der Volksdeutschen und neuere Elemente ihrer feindlichen Tätigkeit, S. 12.
27 Vgl. Geiger, Vladimir: Pravo na zavičaj [Das Recht auf Heimat]. In: Fleck, Hans-Georg; Graovac, Igor (Hg.): Dijalog povjesničara – istoričara [Historikerdialog]. Bd. 6. Zagreb 2002, S. 351 – 363.
28 Vgl. PA AA. B11. Bd. 563: AA (v. Maydell). 05.05.1954: Kroatische Emigration im Bundesgebiet, S. 2.
29 Vgl. Geiger, Vladimir: Nijemci u Hrvatskoj [Deutsche in Kroatien]. In: Migracijske teme 7/3 – 4 (1991), S. 319 – 334; Leček, Suzana: Hrvatska seljačka stranka i Nijemci u Hrvatskoj (1918.–1941.) [Die Kroatische Bauernpartei und die Deutschen in Kroatien (1918 – 1941)]. In: Omerović, Enes: „Nijemci" u Bosni i Hercegovini i Hrvatskoj. Nova istraživanja i perspektive [„Deutsche" in Bosnien-Herzegowina und Kroatien. Neue Forschungen und Perspektiven]. Sarajevo-Zagreb-Tübingen 2015, S. 241 – 267.
30 Vgl. PA AA. B11. Bd. 563: Büro für heimatvertriebene Ausländer (v. Mende) an AA. 03.02.1954: Kroatischer Zentralausschuss (HSO), München.

gen Pressedienst des kroatischen Kollaborationsregimes gearbeitet hatte.[31] Nach dem Krieg blieb er zunächst in Graz, wo er in Politologie promovierte. Bauer schloss sich in den frühen 1950er Jahren dem Kroatischen Volkskomitee (*Hrvatski narodni odbor* – HNO) in München an, auf das er einen diskreten, aber umso bedeutenderen Einfluss ausübte. Auf ihn ging der Inhalt eines Flugblattes gegen eine geplante Rede des jugoslawischen Parlamentspräsidenten Moše Pijade im Bayerischen Rundfunk zurück.[32] Die Flugschrift bezeichnete Pijade unter anderem als „Mörder von 200.000 deutschen Männern, Frauen und Kindern, welche nach dem Kriege in Südslavien vernichtet wurden".[33] Daraufhin sorgte der bayerische Kultusminister dafür, dass Pijades Rede zehn Minuten vor dem vereinbarten Sendebeginn abgesagt wurde. Während die Emigrantenszene triumphierte, musste sich der westdeutsche Botschafter in Belgrad, der den Sendetermin vermittelt hatte, monatelang um Wiederherstellung guter Beziehungen bemühen. Unter dem dünnen Deckmantel der diplomatischen Rücksichtnahme stachen die unbewältigten Ereignisse und Folgen des Krieges hervor.[34]

Zehn Jahre nachdem sich die militärischen Verbände des Ustascha-Staates im Mai 1945 bei Bleiburg in Kärnten der britischen Armee ergeben hatten, fand in Westberlin zu diesem Anlass eine Trauerveranstaltung des HNO statt. Nach der Kapitulation hatten Partisanen Massenerschießungen an Kriegsgefangenen verübt. Allerdings gedachte das HNO 1955 nicht nur der getöteten Kroaten, sondern lud ausdrücklich auch „zu Ehren der Opfer [...] der Massenvernichtung von Volksdeutschen [sic] im ehemaligen Jugoslawien" ein.[35] Wiederholt kam es zur Verschränkung der Opferdiskurse.[36] Dabei überhöhten die Exilkroaten die tatsächlichen Todeszahlen um ein Vielfaches, indem sie Tito des Mordes an einer halben Million Kroaten und 350.000 ‚Volksdeutschen' bezichtigten.[37] Einer seriösen Berechnung zufolge waren durch Krieg und Unterdrückungsmaßnahmen rund 69.000 Zivilopfer unter den Jugoslawiendeutschen zu beklagen.[38]

31 Vgl. Bauer, Ernest: Život je kratak san. Uspomene 1910 – 1985 [Das Leben ist ein kurzer Traum. Erinnerungen 1910 – 1985]. Barcelona 1986.

32 Vgl. PA AA. B11/566: Studiengruppe Südost. 18.12.1954: Spannungsreiche kroatische Emigration.

33 Ebd.: [HNO] (Šamija). 21.04.1954: Flugblatt „Moscha Piade im Bayerischen Rundfunk".

34 Als sich etwa ein jugoslawischer Spitzendiplomat beim Botschafter über die positive Resonanz des HNO in der bundesdeutschen Politprominenz beschwerte, erwiderte dieser, „dass zwischen Deutschland und Jugoslawien in der Vergangenheit nicht nur von einer Seite Unrecht geschehen sei, sondern dass uns umfangreiches Material über die an deutschen Menschen begangenen grausamen Massenrepressalien zur Verfügung stände", was den Jugoslawen schließlich zum Rückzieher veranlasste. PA AA. B11. Bd. 565: Dt. Botschaft (Kroll) an AA. 22.05.1954.

35 PA AA. B11. Bd. 1227: Dienststelle Berlin an AA. 17.05.1955: Das ‚Kroatische Nationalkomitee' in Berlin.

36 Vgl. Molnar, Christopher: Memory, Politics, and Yugoslav Migrations to Postwar Germany. Bloomington 2018, S. 25 – 55.

37 Vgl. PA AA. B11. Bd. 1227: HNO [Mai 1955]: Memorandum, S. 10.

38 Vgl. Wehler, Nationalitätenpolitik (wie Anm. 17), S. 99. Trotzdem haben die um ein Vielfaches übertriebenen Opferzahlen auch Eingang in die etablierte Historiographie gefunden. So seien laut Konrad Gündisch allein in den jugoslawischen Lagern „200.000 Donauschwaben systematisch aus-

Einen maßgeblichen Einfluss auf den opferfixierten Kurs des HNO übte Ernest Bauer aus.[39] Mit der binationalistischen Erinnerungsagenda gelang es dem HNO, neben der Teilnahme von landsmannschaftlichen Vertretern auch das Interesse von offiziellen Repräsentanten aus dem politischen Leben der BRD zu gewinnen. Den Profit daraus strich der HNO in Form finanzieller Zuwendungen – im Rechnungsjahr 1964 immerhin 12.000 DM – vom Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt) ein.[40] Selbst nachdem das AA mit dem Verweis auf den eindeutig politischen Charakter des HNO-Organs *Hrvatska Država* (*Der Kroatische Staat*) sogar auf Staatssekretärsebene gegen dessen Finanzierung aus Steuergeldern vorgegangen war, sah das Vertriebenenministerium keinen Anlass zur Einstellung der Zuwendungen.[41]

Mitte der 1950er Jahre stieg Bauer als Sekretär des HNO zu einer eher unauffälligen Schlüsselfigur der Organisation auf. Da er nach außen weniger exponiert war als etwa der exzentrische Präsident Branimir Jelić, erreichte er eine größere Akzeptanz bei Kooperationen mit anderen Emigrantenorganisationen.[42] Jedoch konnte er trotz seiner Schlichtungsversuche zwischen den führenden Persönlichkeiten die Krise des HNO in den späten 1950er Jahren nicht abwenden.[43] Fortan wandte sich Bauer einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit zu. Von der SDB wurde ihm angelastet, als Verbindungsmann des BND zur kroatischen Emigration zu fungieren.[44] Zwar ist es nicht eindeutig, ob er hauptamtlicher Mitarbeiter der bundesdeutschen Auslandsaufklärung war; dass er jedoch tatsächlich vom BND engagiert wurde, ist auch von deutscher Seite aktenkundig.[45] Im Ruhestand kehrte er Mitte der 1970er Jahre aktiv in die Emigrantenszene zurück, indem er sich dem exilkroatischen Dachverband Kroatischer

gehungert und zu Tode gefoltert“ worden. Gündisch, Konrad: Deutsche Migrationsbewegungen in Südosteuropa. In: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld [3]2006, S. 74–81, hier S. 78.

39 Vgl. PA AA. B11. Bd. 1227: Nachrichtenmeldung. 25.05.1955: Kroaten gedenken der jugoslawiendeutschen Opfer.

40 Vgl. PA AA. B42. Bd. 1000 A: AA (Luedde-Neurath). 10.01.1966: Unterstützung des Kroatischen Nationalkomitees.

41 Vgl. ebd.: AA (Carstens) an BMVt (Nahm). 20.01.1966; BMVt (Nahm) an AA (Carstens). 14.03.1966: Kroatisches Nationalkomitee.

42 Vgl. PA AA. B11. Bd. 1227: Studiengruppe Südost (Valjavec). 12.02.1955: Die ‚Union Europäischer Föderalisten‘ enttäuscht die Kroaten, S. 4.

43 Vgl. PA AA. B11. Bd. 565: Studiengruppe Südost. 19.06.1954: Aus der kroatischen Emigration, S. 4; vgl. Jandrić, Berislav: Hrvatska politička emigracija u Njemačkoj 1946–1956 godine. [Die kroatische politische Emigration in Deutschland 1946–1956]. In: Graovac, Igor (Hg.): Dijalog povjesničara – istoričara [Historikerdialog]. Bd. 10/2. Zagreb 2008, S. 63–79.

44 Vgl. ARS. 1931/2933, Bl. 12 f.: [SDB]. [1966]: Neuere Angaben zu Dr. Ernest Bauer.

45 Vgl. PA AA. ZA/112617: Landgericht Köln. 17.04.1974: Strafverfahren gegen den Studenten Nado Gladic und Andere wegen Vorbereitung eins Sprengstoffverbrechens u. a., S. 26. Allerdings zeugt schon das öffentliche Bekanntwerden dieses Details im Verlauf eines Gerichtsverfahrens von einer gewissen Unprofessionalität.

Nationalrat (*Hrvatsko narodno vijeće* – HNV) anschloss. Hier bekleidete er einen Sitz im ‚Parlament'.[46]

Nach Angaben der SDB soll Bauer auch über enge Kontakte zum Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) verfügt haben.[47] Dort war er jedenfalls als Multiplikator der gemäßigten Richtung unter den Exilkroaten bekannt. Vom HNV spaltete sich im Juni 1980 die Kroatische Staatsverwirklichungsbewegung ab. In ihr sammelten sich Aktivisten, die dem Vorbild militanter Nationalbefreiungsbewegungen nacheiferten.[48] Bauer und die übrige etablierte Führung war den Verbalattacken dieser ‚jungen Wilden' ausgesetzt.[49] Dass von den vierzig Ortsausschüssen des HNV laut BfV „nur etwa 3 eine kämpferisch-aggressive Haltung" einnahmen, war womöglich auch ein Verdienst von Bauer gewesen.[50] Jedenfalls wirkte er im HNV in Richtung einer Isolierung der terroristischen Kräfte.[51]

Deutschkroatisches Doppelspiel

Seit den späten 1950er Jahren erhielten die Exilkroatenkreise großen Zulauf von jüngeren Flüchtlingen aus Jugoslawien. Westdeutschland war wegen der Chance auf politisches Asyl und des hohen Arbeitskräftebedarfs seinerzeit eine stark frequentierte Destination.[52] Seit den frühen 1960er Jahren begingen fanatische Exilkroaten zahlreiche, in einigen Fällen auch tödliche Gewaltakte gegen jugoslawische Ziele.[53] Die jugoslawische Seite ergriff ‚verschärfte Maßnahmen' gegen als besonders ge-

---

46 Vgl. o. A.: Ernest Bauer. In: Šakić, Vlado; Dobrovšak, Ljiljana (Hg.): Leksikon hrvatskoga iseljeništva i manjina [Lexikon der kroatischen Emigration und Minderheiten]. Zagreb 2020, S. 75 f.

47 Vgl. ARS. 1931/2963, Bl. 735 – 762: SDB SSUP (1. Abt.). 08. 01. 1981: Einige bisherige Kenntnisse über die Aktivitäten von Hans Peter Rullmann und ein Vorschlag zu weiteren Maßnahmen des Dienstes gegen ihn, S. 26.

48 Vgl. Bundesarchiv (BArch) Koblenz. B 206/1105, Bl. 182 – 212: BND. Aug. 1981: Der ‚Kroatische Frühling' und seine Reflexionen in der Emigration, S. 9 f.; vgl. Perušina, Valentina: Hrvatska politička emigracija – sigurnosna prijetnja socijalističkoj Jugoslaviji [Die kroatische politische Emigration – Bedrohung der Sicherheit des sozialistischen Jugoslawiens]. In: Polemos 22/1 – 2 (2019), S. 13 – 37, hier S. 21 f.

49 Vgl. BArch Koblenz. B 206/1105, Bl. 57 – 71: BND. 29. 07. 1980: Der Kroatische Nationalrat im Exil (KNR), S. 9; ebd., Bl. 182 – 212: BND. Aug. 1981: Der ‚Kroatische Frühling' und seine Reflexionen in der Emigration, S. 6 – 8.

50 Vgl. BArch Koblenz. B 141/83651, Bl. 154 – 263: BMI (Köhler/Willenberg). 08. 12. 1978, Anlage: Exiljugoslawische Extremisten. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe.

51 Vgl. ARS. 1931/2933, Bl. 27: HNV (Bauer) an Hauptsekretär (Lun). 22. 09. 1979.

52 Vgl. Ivanović, Vladimir: Ekstremna emigracija u SR Nemačkoj i Jugoslavija [Die extreme Emigration in der BR Deutschland und Jugoslawien]. In: Istorija 20. veka 27/1 (2009), S. 139 – 147, hier S. 142 f.

53 Vgl. Dragišić, Petar: Ko je pucao u Jugoslaviju? Jugoslovenska politička emigracija na Zapadu 1968 – 1980 [Wer hat auf Jugoslawien geschossen? Die jugoslawische politische Emigration im Westen 1968 – 1980]. Belgrad 2019.

fährlich eingestufte Emigranten.[54] Über die Beobachtung der Feindaktivitäten hinaus hatten die jugoslawischen Staatssicherheitsdienste explizit einen Interventionsauftrag, den sie außerhalb ihres rechtlichen Einwirkungsbereichs in Form von „Spezialaktionen" ausführten. Darunter fielen nicht nur Zersetzungsmaßnahmen, sondern als Ultima Ratio auch gezielte Tötungen im Ausland. Ihrem Selbstverständnis nach handelte es sich dabei um präventive Terrorismusbekämpfung.[55] Im Mai 1984 resümierte das Bonner Innenministerium (BMI), dass „im Zeitraum von 1962 bis August 1983 dreißig Morde und fünfzehn Mordversuche auf dem Gebiet der Bundesrepublik oder mit Bezug zum Bundesgebiet begangen worden sind, bei denen eine Mitwirkung des jugoslawischen Geheimdienstes zu vermuten ist".[56] Solange es lediglich um die reine Ausspähung der extremistischen Emigration ging, sah die Generalbundesanwaltschaft zunächst keinen strafrechtlichen Handlungsbedarf. Dahinter mag zuweilen das Kalkül gestanden haben, dass die Emigranten quasi als Ablenkungsmanöver erhebliche Kräfte der jugoslawischen Staatssicherheit auf sich lenkten, die dann nicht gegen die westlichen Geheimdienste eingesetzt werden konnten.[57]

Jugoslawische Sicherheitsbehörden begründeten ihre Vorbehalte gegen die ehemaligen Landsleute deutscher Herkunft auch mit deren Präsenz im Sicherheits- und Geheimdienstapparat der BRD.[58] In diese Kategorie fiel ein 1942 in Osijek (Esseg) geborener Slawoniendeutscher mit dem Decknamen „Hamilton", dessen Großvater ein Anhänger der Ustascha gewesen war. Nach wiederholten Fluchtversuchen gelangte „Hamilton" 1965 schließlich in die BRD, wo er wegen seiner deutschen Abstammung die Staatsangehörigkeit erhielt. In den späten 1960er Jahren, als er sich dem HNO anschloss, engagierte ihn der ‚Verfassungsschutz' Rheinland-Pfalz als V-Mann. Nachdem „Hamilton" 1973 wegen Goldschmuggels in Jugoslawien festgenommen worden war, erklärte er sich bei Verkürzung seiner Haftzeit bereit, für die kroatische Staatssicherheit zu arbeiten.[59]

Zurück in der BRD gab der Doppelinformant dem Landeskriminalamt im Februar 1976 Auskunft über seinen Kontaktmann, den stellvertretenden Leiter des jugoslawi-

---

54 Vgl. BArch Koblenz. B 141/83651, Bl. 154–263: BMI (Köhler/Willenberg). 08.12.1978: Exiljugoslawische Extremisten. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe, S. 6. Vgl. Cvetković, Srđan: Terorizam i jugoslovenska politička emigracija [Terrorismus und die jugoslawische politische Emigration]. In: Istorija 20. veka 32/2 (2014), S. 171–197, hier S. 191–196.

55 Vgl. das Gutachten des Verf. für das Oberlandesgericht München vom 08.12.2015, in: Nobilo, Obrana hrvatskog kontraobavještajaca Josipa Perkovića (wie Anm. 25), S. 266.

56 Ministerialdirigent Redies. 23.01.1985. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1985. Bd. 1. Berlin-Boston 2016, S. 111–115, hier S. 112.

57 Vgl. PA AA. B 42. Bd. 99: Sicherungsgruppe des BKA (Brückner). 18.07.1963: Kriminalpolizeiliche Erkenntnisse über das Verhalten jugoslawischer Emigranten und Gastarbeiter in der BRD, S. 54; vgl. Schlomann, Friedrich-Wilhelm: Operationsgebiet Bundesrepublik. Spionage, Sabotage und Subversion. Frankfurt/M.-Berlin [2]1989, S. 191 f.

58 Vgl. HDA. 1561/202.2, 87: PSUP Vojvodina. Okt. 1983: Organisierung der Volksdeutschen und neuere Elemente ihrer feindlichen Tätigkeit, S. 13.

59 Vgl. PA AA. ZA/116711: LKA Rheinland-Pfalz. 26.11.1975: Zeugenvernehmung.

schen Konsulats in Mannheim. Seine Aussage diente Generalbundesanwalt Siegfried Buback dazu, beim Auswärtigen Amt in dieser Angelegenheit vorstellig zu werden.[60] Bevor der sensible Sachverhalt jedoch weitere Kreise ziehen würde, entschied sich das AA dafür, seine direkten Kanäle zu nutzen: Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski pflegte bereits seit längerem freundschaftliche Kontakte zu Stane Dolanc, dem Sekretär des Exekutivbüros des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens.[61] Bei einer Besprechung im Mai 1976 sollte Wischnewski das Problem zur Sprache bringen.[62] Da Dolanc bei einer anschließenden Konsultation des jugoslawischen Staatspräsidiums im Juni 1976 den Innensekretär Franjo Herljević, der als Hardliner bekannt war, wegen der drastischen Auslandsaktivitäten der Staatssicherheit kritisierte, kann davon ausgegangen werden, dass Wischnewski in diesem Punkt erfolgreich gewesen war.[63]

Eine weitere Episode lieferte der inzwischen zum BfV gewechselte „Hamilton“ mit einer Falle, die er zwei Angehörigen der kroatischen Staatssicherheit stellte, als sie ihn für die Erschießung von zwei Exilkroaten in Westdeutschland rekrutieren wollten. Bei einem Vorbereitungstreffen in Ludwigshafen wurde einer der beiden Jugoslawen am 22. November 1977 bei einer verdeckten Observation von der Polizei verhaftet.[64] Der vereitelte Rekrutierungsversuch, den das BfV als stichhaltiges Indiz einer Verwicklung jugoslawischer Staatsstellen in gezielte Tötungen wertete, brachte nicht nur den offiziellen Vertreter des Innensekretariats in Belgrad – bei dem es sich hinter den bilateralen Kulissen in Wirklichkeit um einen hochrangigen SDB-Mann handelte – gegenüber seinen Gesprächspartnern vom Bundeskriminalamt (BKA) in Erklärungsnöte.[65] Der hauptamtliche Geheimdienstler aus Kroatien, der der Polizei ins Netz gegangen war, wurde zwar wegen außenpolitischer Komplikationen zurück in die SFRJ abgeschoben. Gleichwohl wirkte das Ereignis nach, denn allmählich nahmen die bundesdeutschen Innenbehörden im Spannungsfeld der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen jugoslawischen Staatssicherheitsdiensten und Emigranten eine Neuausrichtung vor. Hatte sich das Bundesinnenministerium Anfang der 1970er Jahre

60 Vgl. ebd.: GBA (Buback) an BJM. 24.02.1976: Ermittlungsverfahren gegen Josef Müller wegen Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeit.

61 Vgl. z. B. SPD-Pressemitteilung Nr. 79. 19.02.1974 (als Digitalisat verfügbar über: Friedrich-Ebert-Stiftung: Retrodigitalisierung des Sozialdemokratischen Presseservices. URL: http://library.fes.de/cgi-bin/pdpdf.pl?d=18&f=223 [17.02.2022]).

62 Vgl. PA AA. ZA/116711: AA (Ref. 511) an Ref. 214 (Finke-Osiander). 15.03.1976: Tätigkeit jugoslawischer Konsuln in der BRD; PA AA ZA/116705: AA (Ref. 131, Busse). 13.05.1976: Gespräch mit Stane Dolanc am 14.05.1976. Aktivitäten jugoslawischer Exilorganisationen in der BRD.

63 Vgl. Memorandum der Central Intelligence Agency. 10.12.1976. In: Foreign Relations of the United States. 1969–1976. Bd. E-15/1: Documents on Eastern Europe. 1973–1976. URL: https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76ve15p1/d83 (04.03.2022).

64 Vgl. PA AA. B130. Bd. 12418 A: AA (Ref. 214). 23.11.1977: Verdacht der Aktivität des jugoslawischen Geheimdienstes in der BRD.

65 Vgl. ARS. 1931/2410, Bl. 1867–1875: Staatssicherheitsdienst der Sozialistischen Republik Slowenien. 27.01.1978: Über „Sänger“ – Tätigkeit der feindlichen kroatischen Emigration in der BRD, S. 5; PA AA. B130. Bd. 10793 A: AA an dt. Botschaft Belgrad. 15.12.1977: Verhaftung des jugoslawischen Staatsangehörigen Ilija Svilar.

noch eindeutig hinter den jugoslawischen Staat gestellt, so gerieten nun die Geheimdienstaktivitäten zunehmend in den Fokus.[66]

Schlussbetrachtung

Zunächst muss festgehalten werden, dass die ‚Volksdeutschen‘ in der Wahrnehmung jugoslawischer Staatssicherheitsdienste eine eher untergeordnete Rolle spielten. Eine Rückkehr in die von ihnen verlassenen Gebiete lag nicht nur räumlich in weiter Ferne. Wegen Titos Westorientierung konnte die Landsmannschaft der Jugoslawiendeutschen weitaus weniger von der Situation des Kalten Krieges profitieren als etwa die sudetendeutschen oder schlesischen Vertriebenenverbände. Es ist allerdings von Vorteil, die ‚Volksdeutschen‘ nicht isoliert zu betrachten. Angesichts der jugoslawischen Verteidigungsdoktrin, die vor allem in einer Gemengelage feindlicher Faktoren eine ernste Bedrohung sah, relativiert sich der anfangs erwähnte Befund, wenn wir die Kooperationen zwischen Donauschwaben und Exilkroaten berücksichtigen. Anders als bei den Sudetendeutschen oder den Flüchtlingen von jenseits der Oder und Neiße standen hier einem gemeinsamen Vorgehen unter dem Banner des Antikommunismus keine nationalistischen Animositäten entgegen. Die sonst so ambivalente Haltung zwischen Vertriebenenorganisationen und antikommunistischen Emigranten aus dem östlichen Europa war im deutsch-kroatischen Fall von Einvernehmlichkeit gekennzeichnet.

Aufgrund von hybriden Identitäten, die schon vor dem Zweiten Weltkrieg in der kroatischen Politik aufgetreten waren, rückten ‚Volksdeutsche‘ besonders als Angehörige exilkroatischer Organisationen ins Blickfeld jugoslawischer Staatssicherheitsdienste. Auf der operativen Ebene half diese ethnische Dualität den westdeutschen Innenbehörden dabei, die Anbahnung einer gewaltsamen Intervention der kroatischen Staatssicherheit aufzudecken. Im Unterschied zu anderen Doppelinformanten aus Jugoslawien (z. B. „Mišo“ oder „Hanzi“), die sowohl dem BfV als auch jugoslawischen Staatssicherheitsdiensten berichteten, lag die Loyalität des Slawoniendeutschen „Hamilton“ bei den Behörden seines neuen Heimatlandes. Zwar hatten sich bereits zuvor vereinzelt Agenten jugoslawischer Staatssicherheitsdienste gegenüber westlichen Polizeistellen offenbart; „Hamilton“ ging jedoch einen Schritt weiter, indem er seine kroatischen Kontaktmänner in einen Hinterhalt lockte. In der Konfrontation mit dem jugoslawischen Staat waren ‚Volksdeutsche‘ demnach nicht nur Be-

66 Vgl. HDA. 1409/IV/108, 78: DSIP. 05.06.1970: Probleme im Zusammenhang mit der politischen Emigration und die Notwendigkeit ständiger und koordinierter Gegenmaßnahmen, S. 37; Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Vrhovec in Zagreb. 16.08.1979. In: AADP 1979. München 2010, S. 1117–1134, hier S. 1132, Anm. 44; Dt. Bundestag 8/3615: Antwort der Bundesregierung auf Gr. Anfrage der CDU/CSU-Fraktion. 24.01.1980: Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Berichterstattung der Bundesregierung über den Verfassungsschutz, S. 11, URL: https://dserver.bundestag.de/btd/08/036/0803615.pdf (17.02.2022).

obachtungsobjekte, sondern auch handlungsfähige Akteure, wobei die nationalen Ambiguitäten hier einmal mehr den Topos von den ‚Deutschen im östlichen Europa' in Frage stellen.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Heike Amos, Dr., wiss. Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin. Forschungsschwerpunkte: SED-Organisations-, Deutschland-, Justiz-, Verfassungs- und Vertriebenenpolitik, Wissenschaftskarrieren vor und nach 1990. Ausgewählte Publikationen: *Karrieren ostdeutscher Physikerinnen in Wissenschaft und Forschung 1970 bis 2000* (2020); *Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess* (Mitbearb. 2015); *Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989. Ziele, Aktivitäten und Konflikte* (2015); *Auferstanden aus Ruinen… Die Nationalhymne der DDR 1949 bis 1990* (1997).

Beáta Katrebová Blehová, Dr., wiss. Mitarbeiterin am Institut für das Nationale Gedenken in Bratislava, bis 2009 Universitätsassistentin am Institut für osteuropäische Geschichte der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Slowakei nach 1945; antikommunistischer Widerstand und politisches Exil; Beobachtung durch die tschechoslowakische Staatssicherheit; Fall des Kommunismus im internationalen Kontext. Ausgewählte Publikationen: *‚Annus mirabilis' 1989 and Slovakia: From a Totalitarian Regime to Democracy. Proceedings from the International Scholar Conference in Bratislava. 12 – 13 November 2019* (Hrsg. 2021); *Armed Anti-Communist Resistance in Slovakia in the Postwar Years, 1948 – 1953. The Cases of Augustín Lednický and Ján Rešetko*. In: Gehler, Michael; Schriffl, David (Hg.): Violent Resistance. From the Baltics to Central, Eastern and South Eastern Europe 1944 – 1956 (2020), S. 189 – 215; *Slovenská emigrácia v Taliansku v rokoch 1945 – 1950* [Die slowakische Emigration in Italien 1945 – 1950] (2019).

Judit Klein, Dr., Journalistin. Forschungsschwerpunkte: Mediengeschichte; Minderheitenmedien; Kommunikation der Minderheiten. Ausgewählte Publikationen: *Die Funktion und die Geschichte der deutschsprachigen Minderheitenmedien in Ungarn im Sozialismus* (2016); *Südtirols Medienlandschaft*. In: Medienimpulse 53/1 (2015). DOI: https://doi.org/10.21243/mi-01-15-14; *Die (un)freie Presse im sozialistischen Ungarn am Beispiel der Minderheitenjournalisten*. In: Haberkorn, Katharina u. a. (Hg.): „Ver-rückte Lebenswelten!?" Sozialismus und Kommunismus in Mitteleuropa (2015), S. 29 – 44; *A kisebbségi média helyzete és helye Európában és Magyarországon. Gondolatok az EBU IDPG munkájához* [Die Stellung und der Platz der Minderheitenmedien in Europa und Ungarn. Reflexionen über die Arbeit der EBU IDPG]. In: Bogdán, Mária; Feischmidt, Margit; Guld, Ádám (Hg.): „Csak másban". Romareprezentáció a magyar médiában [„Einfach anders". Darstellung der Roma in den ungarischen Medien] (2013), S. 216 – 231.

Stefan Lehr, Dr., wiss. Mitarbeiter am Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) in Oldenburg und Lehrbeauftragter an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei (18.–20. Jh.); deutsch-tschechische Beziehungen; NS-Besatzungspolitik und Staatsozialismus im östlichen Europa. Ausgewählte Publikationen: *Communication and Collective Decision-Making in the Presidium of the KSČ Central Committee (1971 – 1989)*. In: Brenner, Christiane; Pullmann, Michal; Tippner, Anja (Hg.): After Utopia: Czechoslovak Normalization between Experiment and Experience, 1968 – 1989 (2022), S. 45 – 75; *„Genossen, das geschieht nicht zufällig". Narrative des politischen Entscheidens in der sozialistischen Tschechoslowakei (1945 – 1989)*. In: Hoffmann-Rehnitz, Philip u. a. (Hg.): Semantiken und Narrative des Entscheidens (2021), S. 393 – 412; *Politisches Entscheiden im Kalten Krieg. Orte, Praktiken und Ressourcen in Ost und West* (Mithrsg. 2020).

Paweł Migdalski, Dr., wiss. Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Universität Szczecin. Forschungsschwerpunkte: Geschichte Pommerns; Geschichte der Geschichtsforschung; Geschichtspolitik. Ausgewählte Publikationen: *Kazimierz Ślaski jako pionier badań historycznych nad Pomorzem Zachodnim. Przyczynek do życiorysu polskiego historyka oraz badań zachodnich w latach 1945 – 1956* [Kazimierz Ślaski als Pionier der historischen Forschung in Westpommern. Beitrag zur Biographie eines polnischen Historikers und der Westforschung 1945 – 1956], In: Roczniki Historyczne 87 (2021), S. 147 – 170; *Early-Medieval Slavdom as a Factor Legitimizing the Polish Presence Westward as Exemplified by Western Pomerania*. In: Quaestiones Medii Aevi Novae 25 (2020), S. 163 – 179; *Słowiańszczyzna północno-zachodnia w historiografii polskiej, niemieckiej i duńskiej* [Das nordwestliche Slawentum in der polnischen, deutschen und dänischen Geschichtsschreibung] (2019).

Corneliu Pintilescu, Dr., wiss. Mitarbeiter am George Bariţiu Institut für Geschichte der Rumänischen Akademie der Wissenschaften in Cluj-Napoca. Forschungsschwerpunkte: Geschichte des kommunistischen Regimes in Rumänien; Geschichte der nationalen Minderheiten in Rumänien im 20. Jh.; Militärgerichte und Kriegsrecht im Europa der Zwischenkriegszeit. Ausgewählte Publikationen: *The Reverberations of the October 1917 Revolution and the State of Siege in Interwar Romania*. In: Besier, Gerhard; Stoklosa, Katarzyna (Hg.): 1917 and the Consequences (2020), S. 111 – 130; *The Production of the Securitate's ‚Truth'. Dealing with the Institutional Practices and Encapsulated Discourses of the Romanian Secret Police*. In: Kührer-Wielach, Florian; Nowotnick, Michaela (Hg.): Aus den Giftschränken des Kommunismus. Methodische Fragen zum Umgang mit Überwachungsakten in Zentral- und Südosteuropa (2018), S. 125 – 148; *Justiție militară și represiune politică în România comunistă (1948 – 1956). Studiu de caz: activitatea Tribunalului Militar Cluj* [Militärjustiz und politische Unterdrückung im kommunistischen Rumänien (1948 – 1956). Eine Fallstudie zur Aktivität des Klausenburger Militärgerichts] (2012).

Bernd Robionek, Dr., Dozent, Lehrbeauftragter an der Universität Leipzig, 2008 u. 2014 – 2016 Sachverständiger am Oberlandesgericht München. Forschungsschwerpunkte: Wirtschaftsgeschichte deutscher Minderheiten in Osteuropa; Exilkroaten; jugoslawische Staatssicherheitsdienste; Erinnerungskulturen. Ausgewählte Publikationen: *A New Light on Yugoslav-German Trade Relations and Economic Anti-Semitism. The Ethnic-German Poultry Product Cooperative in the Vojvodina during the 1930s*. In: Molnar, Christopher; Zakić, Mirna (Hg.): German-Balkan Entangled Histories in the Twentieth Century (2020), S. 45 – 60; *Outsiders of the Cold War? Changing Attitudes towards anti-Communism within the Croatian Political Emigration (1945 – 80s)*. In: Jašek, Peter (Hg.): Politický exil z krajín strednej a východnej Európy [Politisches Exil aus Mittel- und Osteuropa] (2017), S. 84 – 94; *„Bleiburg" and the British Treatment of Croatian Collaborators 1945 – 48*. In: Janjetović, Zoran (Hg.): 1945. Kraj ili novi početak? [1945. Ende oder Neuanfang?] (2016), S. 277 – 308; *Ethnic-German Cooperatives in Eastern Europe between the World Wars. The Ideology and Intentions behind an Ethnic Economy*. In: Kreutzmüller, Christoph; Wildt, Michael; Zimmermann, Moshe (Hg.): National Economies. Volks-Wirtschaft, Racism and Economy in Europe between the Wars (2015), S. 212 – 228, URL: http://hdl.handle.net/10419/234423.

Sebastian Rosenbaum, Dr., wiss. Mitarbeiter am Institut für Nationales Gedenken, Zweigstelle für Historische Forschungen in Katowice. Forschungsschwerpunkte: Soziale, politische, nationale, kulturelle und konfessionelle Geschichte Oberschlesiens im 20. Jh.; deutsche Minderheit in der Zweiten Republik Polen und in der Woiwodschaft Schlesien 1922 – 1939; Sicherheitsapparat der Volksrepublik Polen, v. a. in Oberschlesien. Ausgewählte Publikationen: *Między katolicyzmem i nacjonalizmem. Związek Niemieckich Katolików w Polsce w województwie śląskim 1923 – 1939* [Zwischen Katholizismus und Nationalismus. Der Verband Deutscher Katholiken in Polen und in der Woiwodschaft Schlesien 1923 – 1939] (2020); *„Po linii rewizjonizmu zachodnioniemieckiego". Aparat*

bezpieczeństwa i akcja antyrewizjonistyczna wobec ludności niemieckiej i rodzimej w Polsce [„Dem westdeutschen Revisionismus auf der Spur". Der Sicherheitsapparat und die antirevisionistischen Aktionen gegen die deutsche und einheimische Bevölkerung in Polen] (Hrsg. 2020); *Pod czerwoną gwiazdą. Aspekty sowieckiej obecności w Europie Środkowo-Wschodniej w 1945 roku* [Unter dem roten Stern. Aspekte der sowjetischen Präsenz in Ostmitteleuropa 1945] (Mithrsg. 2017); *Die deutsche Minderheit in Polen und die kommunistische Behörden 1945 – 1989* (Mithrsg. 2017).

Michal Schvarc, PhDr., PhD., wiss. Mitarbeiter am Historischen Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften und des Slowakischen Nationalmuseums – Museum der Kultur der Karpatendeutschen in Bratislava. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der deutschen Minderheit in der Slowakei im 20. Jh.; slowakisch-deutsche Beziehungen 1938 – 1945; nationalsozialistische ‚Volkstumspolitik' 1933 – 1945. Ausgewählte Publikationen: *„Every German in the Specified Year Groups Has to Appear before the Commissions without Invitation." The Recruitment and Service of Germans from Slovakia in the Waffen-SS 1939 – 1945*. In: Historický časopis 68/6 (2020), S. 991 – 1027; *Die Evakuierung der Deutschen aus der Slowakei 1944/45. Verlauf, Kontexte, Folgen* (Mitautor 2019); *Der ‚Judenkönig' der Edlgasse. Gustav Hauskrecht und die Verfolgung der Juden in Bratislava 1944/ 1945*. In: S:I.M.O.N. 6/2 (2019), S. 94 – 109; *Migration – Zentrum und Peripherie – Kulturelle Vielfalt. Neue Zugänge zur Geschichte der Deutschen in der Slowakei* (Mithrsg. 2016).

Virgiliu Leon Țârău, Prof. Dr., Professor für Zeitgeschichte an der Babeș-Bolyai Universität Cluj-Napoca, 2007 – 2018 Vizepräsident des Landesrates für das Studium der Securitate-Archive (CNSAS) in Bukarest. Forschungsschwerpunkte: Ostmitteleuropäische Zeitgeschichte; kommunistische Regime; Geheimdienste nach 1945; Geschichte Siebenbürgens. Ausgewählte Publikationen: *Learning History through Past Experiences: Ordinary Citizens under the Surveillance of Securitate during the 1970s–1980s* (Mithrsg. 2009); *Liberali clujeni. Destine în marea istorie* [Die Liberalen von Klausenburg. Schicksale in der großen Geschichte] (2 Bde., Mitautor 2008/09); *Alegeri fără opţiune. Primele scrutinuri parlamentare din Centrul şi Estul Europei după cel de-al Doilea Război Mondial* [Wahlen ohne Optionen. Die ersten Parlamentswahlen in Mittel- und Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg] (2005).

Ágnes Tóth, Dr. habil., wiss. Mitarbeiterin und Forschungsprofessorin am Institut für Minderheitenforschung im Zentrum für Sozialwissenschaften in Budapest, 2010 – 2013 Direktorin des Instituts, 2015 – 2020 Leitung des Lehrstuhls für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Universität Pécs. Forschungsschwerpunkte: Geschichte des 20. Jh.; Nationale Minderheiten und Minderheitenpolitik in Mittel- und Osteuropa; Geschichte der Ungarndeutschen und der Zwangsmigrationen. Ausgewählte Publikationen: *Németek Magyarországon 1950 – 1970* [Deutsche in Ungarn 1950 – 1970] (2020, dt. Übersetzung in Vorb.); *Dokumentumok a magyarországi németek történetéhez 1944 – 1953 / Quellen zur Geschichte der Deutschen in Ungarn 1944 – 1953* (Hrsg. 2018); *Rückkehr nach Ungarn 1946 – 1950. Erlebnisberichte ungarndeutscher Vertriebener* (2012); *Migrationen in Ungarn 1945 – 1948. Vertreibung der Ungarndeutschen, Binnenwanderungen und slowakisch-ungarischer Bevölkerungsaustausch* (2001).

William Totok, M. A., Schriftsteller, Publizist und Verfasser zeitgeschichtlicher Studien, 1972 – 1975 Gründungsmitglied der „Aktionsgruppe Banat" in Timișoara, 1975 – 1976 politische Haft wegen „Verbreitung staatsfeindlicher Gedichte", seit 1987 in Berlin. Redaktionsmitglied der *Halbjahresschrift für Geschichte und Zeitgeschehen in Zentral- und Südosteuropa* (vormals: *Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte und Politik*). Ausgewählte Veröffentlichungen: *Geschichtspolitische Beeinflussung des Auslands durch die Securitate*. In: Kührer-Wielach, Florian; Nowotnick, Michaela (Hg.): Aus den Giftschränken des Kommunismus. Methodische Fragen zum Umgang mit Überwachungsakten in Zentral- und Südosteuropa (2018), S. 359 – 386; *Între mit şi*

bagatelizare. Despre reconsiderarea critică a trecutului, Ion Gavrilă Ogoranu şi rezistenţa armată anticomunistă din România [Zwischen Mythos und Verharmlosung. Über die kritische Vergangenheitsbewältigung, Ion Gavrilă Ogoranu und den bewaffneten, antikommunistischen Widerstand in Rumänien] (Mitautor 2016); *Die Kirchen in Osteuropa im Kommunismus* (Mithrsg. 2011).

Ottmar Trașcă, Dr., wiss. Mitarbeiter am George Barițiu Institut für Geschichte der Rumänischen Akademie der Wissenschaften in Cluj-Napoca. Forschungsschwerpunkte: Zweiter Weltkrieg und Holocaust in Rumänien; rumänisch-deutsche und rumänisch-ungarische Beziehungen; deutsche Geheimdienste in Rumänien 1939 – 1945; Minderheiten in Südosteuropa. Ausgewählte Publikationen: *Un veac frământat. Germanii din România după 1918* [Ein bewegtes Jahrhundert. Die deutsche Minderheit in Rumänien nach 1918] (Mithrsg. 2018); *Soviet Occupation of Romania, Hungary and Austria. 1944/45 – 1948/49* (Mithrsg. 2015); *Ideological Transfers and Bureaucratic Entanglements: Nazi ‚Experts' on the ‚Jewish Question' and the Romanian-German Relations, 1940 – 1944*. In: Fascism 4/1 (Mitautor 2015), S. 48 – 100; *Relaţiile politice şi militare româno-germane. Septembrie 1940–august 1944)* [Die rumänisch-deutschen politischen und militärischen Beziehungen. September 1940–August 1944] (2013).

Michał Turski, M. A., wiss. Mitarbeiter am Zentrum für Historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin, Doktorand an der Justus-Liebig-Universität Gießen sowie an der Universität Łódź. Forschungsschwerpunkte: Deutsch-polnische Beziehungen im 20. Jh.; Biographien und Ego-Dokumente; Deutsche Volksliste; Geschichte von Łódź im 20. Jh. Ausgewählte Publikationen: *Akkulturation und Assimilation im Lodz der Vorkriegszeit am Beispiel der Romane von Israel J. Singer und Bruno Raymond*. In: Barelkowski, Matthias; Schutte, Christopher (Hg.): Neuer Staat, neue Identität? Deutsch-polnisch-jüdische Biografien in Polen nach 1918 (2021), S. 271 – 288; *Niemiecka Lista Narodowościowa w regionie łódzkim w trakcie drugiej wojny światowej* [Die Deutsche Volksliste in der Region Lodz während des Zweiten Weltkrieges]. In: Przegląd Zachodni 77/1 (2021), S. 51 – 72.

Niklas Zimmermann, M. A., Politischer Redakteur der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) und Doktorand an der Ludwigs-Maximilians-Universität München mit einem Dissertationsprojekt über die Geschichte der Ackermann-Gemeinde. Forschungsschwerpunkte: Politik- und Kulturgeschichte Ostmitteleuropas im 20. Jh., Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen. Ausgewählte Publikationen: *Versöhnung als Mission. Vor 75 Jahren gründeten sudetendeutsche Vertriebene die Ackermann-Gemeinde*. In: FAZ, 13. 02. 2021, S. 8; *Mit Kopf, Herz und Hand. Sudetendeutsche Katholiken in den deutsch-tschechischen Beziehungen*. In: Kulturkorrespondenz östliches Europa 1416 (2020), S. 16 – 19.